

# Schriften des Historischen Kollegs

Herausgegeben  
von der  
Stiftung Historisches Kolleg

Kolloquien  
10

R. Oldenbourg Verlag München 1987

# Europa vor dem Krieg von 1870

Mächtekonstellation –  
Konfliktfelder – Kriegsausbruch

Herausgegeben von  
Eberhard Kolb  
unter Mitarbeit von  
Elisabeth Müller-Luckner

## Schriften des Historischen Kollegs

im Auftrag der  
Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft  
herausgegeben von  
Horst Fuhrmann  
in Verbindung mit

Knut Borchardt, Lothar Gall, Alfred Herrhausen, Karl Leyser, Christian Meier,  
Horst Niemeyer, Arnulf Schlüter, Rudolf Smend, Rudolf Vierhaus  
und Eberhard Weis

Geschäftsführung: Georg Kalmer  
Redaktion: Elisabeth Müller-Luckner  
Organisationsausschuß:

Georg Kalmer, Franz Letzelter, Elisabeth Müller-Luckner, Heinz-Rudi Spiegel

Die Stiftung Historisches Kolleg hat sich für den Bereich der historisch orientierten Wissenschaften die Förderung von Gelehrten, die sich durch herausragende Leistungen in Forschung und Lehre ausgewiesen haben, zur Aufgabe gesetzt. Sie vergibt zu diesem Zweck jährlich Forschungsstipendien und alle drei Jahre den „Preis des Historischen Kollegs“. Die Forschungsstipendien, deren Verleihung zugleich eine Auszeichnung darstellt, sollen den berufenen Wissenschaftlern während eines Kollegjahres die Möglichkeit bieten, frei von anderen Verpflichtungen eine größere Arbeit abzuschließen. Professor Dr. Eberhard Kolb (Köln) war – zusammen mit Professor Dr. Helmut G. Koenigsberger (London) und Professor Dr. Winfried Schulze (Bochum) – Stipendiat des Historischen Kollegs im fünften Kollegjahr (1984/85). Den Obliegenheiten der Stipendiaten gemäß hat Eberhard Kolb aus seinem Arbeitsbereich ein Kolloquium zum Thema „Europa vor dem Krieg von 1870. Mächtekonstellation – Konfliktfelder – Kriegsausbruch“ vom 27. bis 30. März 1985 in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften gehalten. Die Ergebnisse des Kolloquiums werden in diesem Band veröffentlicht.

Die Stiftung Historisches Kolleg wird vom Stiftungsfonds Deutsche Bank zur Förderung der Wissenschaft in Forschung und Lehre und vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft getragen.

*CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek*

**Europa vor dem Krieg von 1870 [achtzehnhundert-siebzig]** : Mächtekonstellation, Konfliktfelder, Kriegsausbruch / hrsg. von Eberhard Kolb unter Mitarb. von Elisabeth Müller-Luckner. – München : Oldenbourg, 1987.

(Schriften des Historischen Kollegs :  
Kolloquien ; 10)

ISBN 3-468-54121-8

NE: Kolb, Eberhard [Hrsg.]; Historisches  
Kolleg (München): Schriften des Historischen  
Kollegs / Kolloquien

© 1987 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München  
ISBN 3-486-54121-8

# Inhalt

Zur Einführung	
<i>Eberhard Kolb</i> .....	VII
Verzeichnis der Tagungsteilnehmer .....	XI
I. Außenpolitische Prioritäten, Lagebeurteilungen, Krisenzonen am Vorabend des Krieges	
<i>Heinrich Lutz</i>	
Außenpolitische Tendenzen der Habsburger Monarchie von 1866 bis 1870: „Wiedereintritt in Deutschland“ und Konsolidierung als europäische Macht im Bündnis mit Frankreich .....	I
<i>Jan Křen</i>	
Die böhmischen Länder in der Krise von 1870/71 .....	17
<i>Lothar Gall</i>	
Bismarcks Süddeutschlandpolitik 1866–1870 .....	23
<i>Wilfried Radewahn</i>	
Europäische Fragen und Konfliktzonen im Kalkül der französischen Außenpolitik vor dem Krieg von 1870 .....	33
<i>Dietrich Beyrau</i>	
Russische Interessenzonen und europäisches Gleichgewicht 1860–1870 ..	65
<i>Peter Alter</i>	
Weltmacht auf Distanz. Britische Außenpolitik 1860–1870 .....	77
<i>Rudolf Lill</i>	
Italiens Außenpolitik 1866–1871 .....	93
<i>Horst Lademacher</i>	
Zwischen Bismarck und Napoleon: Das Problem der belgischen Neutralität von 1866–1870 .....	103

<i>Peter Stadler</i>	
Die Schweiz und die Wende von 1870/71 .....	113
<i>Peter Graf Kielmansegg</i>	
Mächtesystem und Entscheidungsprozeß um 1870. Anmerkungen eines Politikwissenschaftlers .....	119
II. Zur Diskussion von Genesis und Ausbruch des Krieges	
<i>Hans-Otto Kleinmann</i>	
Die spanische Thronfrage in der internationalen Politik vor Ausbruch des deutsch-französischen Krieges. ....	125
<i>Jean Stengers</i>	
Le rôle de l'opinion publique dans la genèse d'une guerre: 1870 et 1914 .	151
<i>Beate Gödde-Baumanns</i>	
Ansichten eines Krieges. Die „Kriegsschuldfrage“ von 1870 in zeitgenös- sischem Bewußtsein, Publizistik und wissenschaftlicher Diskussion 1870–1914 .....	175
<i>Eberhard Kolb</i>	
Mächtepolitik und Kriegsrisiko am Vorabend des Krieges von 1870. An- stelle eines Nachworts .....	203
Personenregister .....	211
Geographisches Register .....	215

## Zur Einführung

„Es gibt keine einzige diplomatische Tradition, die nicht hinweggefegt worden ist.“ Mit diesen Worten kommentierte der konservative Parteiführer Benjamin Disraeli am 9. Februar 1871 im britischen Unterhaus den Ausgang des deutsch-französischen Krieges. Sichtlich unter dem Schock der Ereignisse fuhr er dann fort: „Wir haben eine neue Welt, neue Einflüsse am Werk, neue und unbekannte Größen und Gefahren, mit denen wir fertig werden müssen und die zur Zeit, wie alles Neue, noch undurchschaubar sind.“ Die große Mehrheit der Zeitgenossen war sich wie Disraeli Anfang 1871 der Tatsache bewußt, daß sich während der 1860er Jahre und schließlich durch den Krieg von 1870 in Europa erhebliche Machtverschiebungen vollzogen hatten. Diese Machtverschiebungen gaben der Konfiguration des europäischen Staatensystems für einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten das Gepräge. Verständlicherweise wurden daher Vorgeschichte, Kontext und Reichweite der ebenso spektakulären wie folgenschweren Entscheidungen von 1866 und 1870/71 schon bald ein bevorzugter Gegenstand historischer Forschung. Wer sich mit Mächtebeziehungen und Mächtekonflikten im Europa der 1860er Jahre beschäftigt, betritt somit kein wissenschaftliches Neuland.

Indes ist es bemerkenswert, daß ein Themenbereich, der frühere Historikergenerationen so stark faszinierte und zu so intensiver Beschäftigung herausgefordert hat wie gerade die internationalen Beziehungen und die Veränderungen im europäischen Mächtesystem in den Jahren vor 1870, schon seit geraumer Zeit völlig an die Peripherie des historischen Interesses, aber auch der Forschungsaktivitäten gerückt ist. Eine derartige Feststellung läßt sich nicht nur mit Blick auf die deutsche Historiographie über diesen Zeitabschnitt treffen, sie gilt für die internationale Geschichtswissenschaft ganz allgemein. Schlaglichtartig beleuchtet diesen Sachverhalt beispielsweise die Tatsache, daß sich seit Jahren kein französischer Historiker mehr eingehender mit der Außenpolitik des Zweiten Kaiserreichs zwischen 1866 und 1870 befaßt hat.

Diese nachdrücklich zu konstatierende Verlagerung der Forschungsschwerpunkte ist sicherlich auf ein komplexes Bündel von Ursachen zurückzuführen. Zum einen gilt das vorrangige historiographische Interesse gegenwärtig zweifellos den vielfältigen Aspekten einer Gesellschaftsgeschichte im industriellen Zeitalter; daher konzentrieren sich die Forschungsbemühungen auf die Herausbildung der neuen Gesellschaftsformationen und die Aufhellung der Modernisierungsprozesse, auf Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung, auf soziale Konflikte und innenpolitische Auseinandersetzungen. Zum anderen dürfte die Auffassung weit verbreitet sein, der Bereich der Mächtebeziehungen und Mächtekonflikte in den

1860er Jahren sei durch die ältere Historiographie umfassend und schlechthin „erschöpfend“ abgehandelt, so daß es auf diesem Felde nicht mehr viel Neues zu entdecken gäbe. Selbst der einst mit Leidenschaftlichkeit und großem emotionellem Engagement ausgetragene Meinungsstreit über einzelne Vorgänge und kontroverse Bewertungen der Zusammenhänge wird in jüngerer Zeit bestenfalls auf Sparflamme geführt, obwohl inzwischen die Chance besteht, im Horizont verminderter nationaler Empfindlichkeiten die alten Streitfragen in neuer Perspektive und mit veränderten Beurteilungskriterien zu erörtern, sachlicher und nüchterner, als das früher möglich und üblich war.

Daß wichtige Themenbereiche längere Zeit aus der aktuellen Forschung und Forschungsdiskussion ausgeblendet bleiben, erscheint nicht vertretbar; Pluralismus nicht nur hinsichtlich der methodischen Ansätze, sondern auch bei der Beschäftigung mit den Gegenständen muß ein Postulat moderner Geschichtswissenschaft sein. Deshalb habe ich es dankbar begrüßt, daß sich mir im Rahmen meiner Tätigkeit als Stipendiat am Historischen Kolleg München die Gelegenheit bot, ein Symposium durchzuführen, auf dem die außenpolitischen Intentionen und Prioritäten der Mächte am Vorabend des Krieges von 1870 analysiert und die zentralen Konfliktfelder in der europäischen Politik dieser Jahre ausgeleuchtet werden konnten. Dieses Kolloquium, an dem Kolleginnen und Kollegen aus sieben Ländern teilnahmen, fand vom 27. bis 30. März 1985 in den Räumen der Bayerischen Akademie der Wissenschaften in München statt.

Wenn das Kolloquium unter das Thema „Europa vor dem Krieg von 1870“ gestellt wurde, so beinhaltet die Formulierung „vor dem Krieg von 1870“ lediglich eine Zeitbestimmung. Keinesfalls sollte und soll damit suggeriert werden, der Krieg von 1870 bilde den sozusagen logischen Endpunkt der internationalen Auseinandersetzungen in den Jahren ab 1866, die ganze Entwicklung laufe auf den im Grunde unvermeidlichen Krieg zwischen dem bonapartistischen Frankreich und der deutschen Führungsmacht Preußen zu. Vielmehr lag dem Kolloquium gerade die Absicht zugrunde, die Analyse der Mächtebeziehungen und Mächtekonflikte in den 1860er Jahren herauszulösen aus einer – früher wie heute dominierenden – allzu verengten Perspektive, bei der durch die ausgeprägte Fixierung auf das preußisch-französische Verhältnis nach 1866 und die Bismarcksche Politik die komplexe Vielfalt der mächtropolitischen Auseinandersetzungen weitgehend auf eine eindimensionale „Vorgeschichte“ des Krieges von 1870 reduziert wird. Gewiß war es nach 1866 ein beherrschendes Problem der internationalen Politik, in welcher Weise sich die „deutsche Frage“ weiterentwickeln, zu welcher unter den denkbaren und möglichen „Lösungen“ es schließlich kommen würde: Schaffung eines kleindeutschen Nationalstaats durch Zusammenschluß des Norddeutschen Bundes mit den süddeutschen Staaten oder Zementierung des 1866 erreichten und vertraglich fixierten Zustands oder gar „Rückwärtsrevision“ des Ergebnisses von 1866. Aber außer der deutschen Frage spielten damals zahlreiche andere Probleme eine erhebliche Rolle für die Beziehungen zwischen den europäischen Mächten. Nach

wie vor stand die römische Frage auf der Tagesordnung der internationalen Politik, erst mit deren Lösung konnte der italienische Einigungsprozeß als abgeschlossen gelten. Die Habsburgermonarchie befand sich – im Gefolge der Niederlage 1866 und des österreichisch-ungarischen Ausgleichs von 1867 – auf der Suche nach einem neuen Selbstverständnis als europäische Macht und einer neuen Position im Staatensystem. Die napoleonische Außenpolitik unternahm wiederholt Vorstöße zur Erweiterung der wirtschaftlichen – und womöglich territorialen – Machtsphäre Frankreichs (Luxemburg, Belgien). Demgegenüber standen für die europäischen Flügelmächte Rußland und England in diesen Jahren die mitteleuropäischen Entwicklungen und Konflikte nicht im Zentrum ihres außenpolitischen Engagements: das Petersburger Kabinett trieb die russische Expansion in Mittelasien voran, widmete den Vorgängen auf dem Balkan gespannte Aufmerksamkeit und hielt Ausschau nach Möglichkeiten zur Revision der Pontusklauseln des Pariser Friedens von 1856, während die britische Außenpolitik vorrangig auf die überseeischen Interessen des Weltreichs ausgerichtet war – mit der Konsequenz einer nur sehr begrenzten Bereitschaft zu aktivem Eingreifen in die kontinentaleuropäischen Konflikte.

Aufgrund der spezifischen Prioritätenskala, Interessendefinition und Lagebeurteilung, die den außenpolitischen Aktionen der einzelnen europäischen Staaten die Richtung wiesen und das Profil gaben, besaßen das preußisch-französische Verhältnis und die „deutsche Frage“ für die großen Mächte einen sehr unterschiedlichen Stellenwert. Diese Tatsache wie auch die Existenz einer ganzen Reihe von Krisenzonen in Europa lassen es durchaus denkbar erscheinen, daß in jenem Zeitraum auch ein anderes Konfliktfeld als das französisch-deutsche jenes Terrain hätte darstellen können, auf dem eine sich verschärfende Krisenlage zur kriegerischen Auseinandersetzung eskalierte. Nur wenn das ganze breite Panorama der europäischen Politik während der 1860er Jahre in den Blick genommen wird, kann es dem Historiker gelingen, der europäischen Gesamtkonstellation jenes Dezenniums ihre damals offene Zukunft zurückzugeben.

Entsprechend dieser Zielsetzung gliederte sich das Kolloquium und gliedert sich der vorliegende Band in zwei Teile. Im ersten Teil werden – auf einer weitgespannten *tour d'horizon* durch die europäische Staatenwelt der 1860er Jahre – die außenpolitischen Prioritäten und Lagebeurteilungen der führenden Mächte sowie die sich daraus ergebende Stoßrichtung des außenpolitischen Engagements herausgearbeitet und die wichtigsten der damals virulenten Konfliktherde einer Analyse unterzogen. Aus einzelnen Mosaiksteinen entsteht so ein differenziertes Bild der europäischen Mächtekonstellation am Vorabend des Krieges von 1870 mit all ihren Ambivalenzen. Der zweite Teil ist auf den Ausbruch des Krieges konzentriert. Allerdings soll dabei nicht die jahrzehntelang geführte Diskussion um Motivation, Kalkül und Verantwortlichkeit der Hauptakteure in voller Breite neu aufgerollt werden. Das Augenmerk gilt vielmehr einigen bislang vernachlässigten Aspekten wie der spanischen Thronfrage als Problem nicht nur der internationalen, sondern

auch der spanischen Politik sowie der Auseinandersetzung mit der „Kriegsschuldfrage“ von 1870 in Frankreich und Deutschland während der ersten Jahrzehnte nach dem Krieg. In welchem Maße vor allem in Frankreich die Entschließungen der politischen Führung auf dem Höhepunkt der Krise durch die öffentliche Meinung beeinflusst worden sind, ist bereits mehrfach untersucht worden; neue interessante Perspektiven ergeben sich jedoch durch den instruktiven Vergleich des Faktors „öffentliche Meinung“ beim Eskalationsprozeß während der Julikrise 1870 und demjenigen im Juli 1914.

Im Rückblick auf das ertragreiche und in kollegialer, diskussionsfreudiger Atmosphäre verlaufene Symposium möchte ich allen danken, die in verschiedenster Weise zu seinem Gelingen beigetragen haben: dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft resp. dem Stiftungsfonds Deutsche Bank, die die Durchführung ermöglichten, der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, die den Tagungsraum zur Verfügung stellte, den Referenten, Diskussionsleitern und Diskutanten für ihre gehaltvollen Beiträge und die zahlreichen Anregungen, die sie gaben, Frau Christine Lattek und Herrn Dirk Schumann, die den Verlauf der Diskussion aufzeichneten. Mein besonders herzlicher Dank gilt dem Geschäftsführer der Stiftung Historisches Kolleg, Herrn Georg Kalmer, und der Assistentin Frau Dr. Müller-Luckner, die mit großer Umsicht und diplomatischem Geschick die technisch-organisatorischen Aufgaben bewältigten. Frau Dr. Müller-Luckner hat darüber hinaus bei der Redigierung des vorliegenden Bandes mitgewirkt.

Köln, August 1986

Eberhard Kolb

## Verzeichnis der Tagungsteilnehmer

- Prof. Dr. Peter Alter, London  
Prof. Dr. Erich Angermann, Köln  
Prof. Dr. Dr. h. c. Josef Becker, Augsburg  
Priv.-Doz. Dr. Dietrich Beyrau, Bremen  
Prof. Dr. Walter Bußmann, Bad Herrenalb  
Prof. Dr. Dr. h. c. Ernst Engelberg, Berlin/DDR  
Prof. Dr. Elisabeth Fehrenbach, Saarbrücken  
Prof. Dr. Lothar Gall, Frankfurt/M.  
Dr. Beate Gödde-Baumanns, Duisburg  
Prof. Dr. Heinz Gollwitzer, München  
Prof. Dr. Rainer Hudemann, Trier (jetzt Saarbrücken)  
Georg Kalmer, München (Historisches Kolleg)  
Prof. Dr. Peter Graf Kielmansegg, Köln (jetzt Mannheim)  
Priv.-Doz. Dr. Hans-Otto Kleinmann, St. Augustin  
Prof. Dr. Ursula Koch, Nanterre (jetzt München)  
Prof. Dr. Eberhard Kolb, Köln (Stipendiat des Historischen Kollegs 1984/85)  
Prof. Dr. Horst Lademacher, Kassel  
Prof. Dr. Dieter Langewiesche, Tübingen  
Christine Lattek, Köln  
Dr. Franz Letzelter, Essen (Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft)  
Prof. Dr. Rudolf Lill, Karlsruhe  
Prof. Dr. Heinrich Lutz †, Wien  
Georg Mölich, Köln  
Dr. Elisabeth Müller-Luckner, München (Historisches Kolleg)  
Dr. Wilfried Radewahn, Herrenberg  
Dirk Schumann, München  
Prof. Dr. Peter Stadler, Zürich  
Prof. Dr. Jean Stengers, Brüssel  
Prof. Dr. Alfred Wahl, Metz  
Prof. Dr. Eberhard Weis, München  
Herrn Priv.-Doz. Dr. Jan Křen (Prag) wurde die Reise genehmigung versagt; er konnte daher nicht persönlich am Kolloquium teilnehmen.

# I. Außenpolitische Prioritäten, Lagebeurteilungen, Krisenzonen am Vorabend des Krieges

*Heinrich Lutz†*

## Außenpolitische Tendenzen der Habsburger Monarchie von 1866 bis 1870: „Wiedereintritt in Deutschland“ und Konsolidierung als europäische Macht im Bündnis mit Frankreich

Die europäische Historiographie hat sich nach 1945 ausführlich mit der Bedeutung der preußischen Politik unter Bismarck und der Gründung des Deutschen Reiches 1870/71 beschäftigt. Auch nach dem Ende der damals geschaffenen deutschen Einheit konzentrierte sich das Interesse weiterhin in starkem Maße auf die Sieger von damals. Demgegenüber stellt sich die Aufgabe, die damaligen Veränderungsprozesse Europas in einem weiteren Kontext zu analysieren und eine zu starke Fixierung auf Bismarck und Preußen zu überwinden. Hierzu gehört vor allem eine Untersuchung der österreichisch-ungarischen Innen- und Außenpolitik, die auch nach 1866 noch aufs engste mit der deutschen Frage verknüpft war, während sie andererseits eine durchaus selbständige Funktion im europäischen Rahmen hatte. Diese Doppelstellung der Habsburger Monarchie zwischen der deutschen und der europäischen Geschichte macht nur *eine* der methodischen Schwierigkeiten aus, vor die der Forscher gestellt ist. Eine andere Eigenart der damaligen Situation, aus der sich besondere Anforderungen an den Historiker ergeben, ist das überaus komplexe Ineinanderwirken von innerer und äußerer Politik in dem Vielvölkerstaat der Habsburger, dessen Nationalitätenprobleme durch die dualistische Verfassung von 1867 keineswegs eine befriedigende Lösung gefunden hatten<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Eine umfassende Orientierung über die Probleme der inneren und äußeren Politik Österreich-Ungarns bietet jetzt das große Sammelwerk: *Adam Wandruszka/Peter Urbanitsch* (Hrsg.), *Die Habsburger Monarchie 1848–1918*, bisher 4 Bände (Wien 1973 ff.). Ein einführender Überblick in dem Aufsatzband des Ausstellungskatalogs: *Das Zeitalter Kaiser Franz*

Die folgende Skizze gliedert sich in zwei Teile. Eine Einleitung verfolgt rekapitulierend die Bedeutung der deutschen Frage für Österreichs Politik und europäische Stellung von Metternich bis nach Königgrätz. Hier fasse ich einige Ergebnisse der neueren Diskussion zusammen, die u. a. in meinem Buch „Zwischen Habsburg und Preußen. Deutschland 1815–1866“ ihren Niederschlag gefunden haben<sup>2</sup>. Der Hauptteil konzentriert sich auf einige Aspekte der Beziehungen Österreichs zu Frankreich 1869/70. Die Entwicklungen in Südosteuropa, die für Rußland und die russisch-preußischen Blocktendenzen seit 1867 sehr wichtig waren und Österreichs Politik unmittelbar betrafen, können dabei ebensowenig verfolgt werden wie die nicht minder bedeutungsvollen Bemühungen Wiens um die süddeutschen Staaten und ihre Selbständigkeit gegenüber Berlin<sup>3</sup>.

\* \* \*

Der Deutsche Bund, der für die Mitte Europas ein halbes Jahrhundert friedlicher Entwicklung der wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte sicherte, hatte seit der reaktionären Wende von 1819/20 den freiheitlichen und nationalen Bestrebungen immer weniger Raum geboten. Metternichs erhaltende Politik wurde repressiv und sicherte dadurch zunächst die Macht Österreichs in Europa und über Preußen und das dritte Deutschland. Doch im Zeitalter des aufsteigenden Bürgertums, der Industrialisierung und der nationalen Idee zeigte sich, daß der habsburgische Vielvölkerstaat auf diesem Wege letztlich weder die eigenen Probleme zu lösen noch der deutschen Entwicklung zukunftssträchtige Wege zu weisen vermochte. Anders Preußen, das in eigener Weise alte Autoritätsformen mit wirtschaftlicher und soziokultureller Modernisierung verband und dem bürgerlichen Nationalgedanken näher blieb.

Die Revolution von 1848/49 hatte große Anfangserfolge und stellte alle Fragen der künftigen deutschen Geschichte: ihr Scheitern hängt aufs engste mit dem Ge-

Josephs. I. Teil: Von der Revolution zur Gründerzeit. Niederösterreichische Landesausstellung in Schloß Grafenegg, hrsg. von *Harry Kühnel* (Wien 1984).

<sup>2</sup> *Heinrich Lutz*, *Zwischen Habsburg und Preußen. Deutschland 1815–1866* (Die Deutschen und ihre Nation 2, Berlin 1985); im folgenden zitiert: *Lutz*, 1815–1866.

<sup>3</sup> Für die Entwicklungen von 1867 bis 1872 siehe *Istvan Diószegi*, *Österreich-Ungarn und der französisch-preußische Krieg 1870–1871* (Budapest 1974); *Heinrich Lutz*, *Österreich-Ungarn und die Gründung des Deutschen Reiches. Aspekte europäischer Entscheidungen* (Berlin 1979); im folgenden zitiert: *Lutz*, *Österreich-Ungarn. Weiterführende Beiträge* in dem Sammelband: *Österreich und die deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert*, hrsg. von *Heinrich Lutz/Helmut Rumppler* (Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit 9, Wien/München 1982); für Süddeutschland siehe auch den Aufsatz von *Lothar Gall* im vorliegenden Band S. 23 ff. – Für die russische Politik und ihre Bedeutung für die Entwicklungen in Südosteuropa siehe *Dieter Beyrau*, *Russische Orientpolitik und die Entstehung des deutschen Kaiserreiches 1866–1870/71* (Wiesbaden 1974) und den Beitrag des gleichen Autors im vorliegenden Band S. 65 ff.

gensatz zwischen den liberalen und den demokratischen Gruppen und mit dem Problem des habsburgischen Vielvölkerstaates zusammen. Die Alternative einer demokratischen Umgestaltung der Habsburger Monarchie wurde damals von der kleindeutsch orientierten Mehrheit der Liberalen nicht ernst genug genommen.

Sie sahen als eigentlichen Partner meist nur die preußische Monarchie. In der Einschätzung der Macht und Bedeutung Österreichs für die deutsche Frage waren die demokratischen Gruppen 1848/49 realistischer. Daß die bisherige Struktur der Habsburger Monarchie zumindest in einer demokratisch-föderalistischen Richtung gründlich umgestaltet werden mußte, um eine freiheitliche Neugestaltung Deutschlands möglich zu machen, ist keine theoretische, nachträgliche Folgerung; dies stand 1848/49 im Programm der Demokraten, allerdings nicht im Programm der in der Frankfurter Paulskirche dominierenden Liberalen<sup>4</sup>. Nach der militärischen Rekonstruktion des Kaiserstaates konnte Schwarzenberg das Bündnis der kleindeutschen Liberalen mit der preußischen Monarchie zunichte machen. Aber der Sieg der Gegenrevolution in Wien und überall in Deutschland führte auch nicht zu dem von Schwarzenberg und Bruck geforderten großösterreichisch-großdeutschen 70-Millionen-Block, sondern nur zur Wiederherstellung des alten, unreformierten Bundes. Preußen und Österreich standen sich – aufgrund der gegenseitigen Blockierung ihrer nachrevolutionären Deutschlandkonzeptionen – immer unverhüllter als Partner eines Machtkampfes um und in Deutschland gegenüber.

Weder der Krimkrieg, noch der italienische Einigungskampf 1859, noch die mittelstaatlichen Reformkonzepte brachten die deutsche Frage deutlich weiter. Auch Österreichs Übergang von einer neoabsolutistischen Modernisierungspolitik zum Verfassungsstaat (1860/61) konnte das Nationalitätenproblem nicht lösen und führte deshalb außerhalb Österreichs nur in beschränktem Ausmaß zu „moralischen Eroberungen“. Der wirtschaftliche und soziokulturelle Vorsprung Preußens und seine nationale Werbekraft wirkten weiter und wurden durch die nachrevolutionäre Verketzerung aller entschiedenen Linkskräfte und die Anpassungsbereitschaft vieler Exponenten des Bürgertums begünstigt. Dagegen blieb die großdeutsche Aktion – gipfelnd in der Frankfurter Bundesreforminitiative Kaiser Franz Josephs 1863 – durch innerösterreichische Widerstände und durch die Widersprüchlichkeit der politischen Ziele (von ganz rechts bis links) gehemmt. Sie scheiterte rasch an dem preußischen Boykott, der Bismarcks Werk war. Bismarcks Eingreifen in die deutsche Frage war durch großartige Manipulierungskunst gekennzeichnet, die über die klassische Diplomatie hinaus die Nationalidee in Dienst zu nehmen wußte. Es gelingt ihm in der Schleswig-Holstein-Frage, Österreich von seiner traditionellen Anhängerschaft unter den Mittel- und Kleinstaaten des Bundes zu trennen. 1866 kreist er Österreich durch das Bündnis mit Italien ein; der Krieg gegen Österreich (und die Mehrheit des Bundes) bringt den Sieg der überlegenen Militärorganisation Berlins und damit die Befestigung einer Militärmonarchie neuen Stils

<sup>4</sup> Siehe *Lutz*, 1815–1866, 320 f.

in Preußen. Zugleich gewinnt Bismarck die Mehrheit der kleindeutschen Nationalbewegung für den Weg der Hohenzollerndynastie zur Führung des außerösterreichischen Deutschlands. So fällt der Ausschluß Österreichs aus Deutschland mit der Bindung entscheidender nationalbürgerlicher Kräfte an den preußischen Militärstaat zusammen.

Die Ergebnisse der Epoche bis Königgrätz lassen die früher wichtig genommene Frage nach dem „Recht Preußens zum Bundesbruch“ oder – wie es Theodor Mommsen damals formulierte – nach dem „revolutionären Recht der souveränen deutschen Nation“ auf die Zerstörung des Bundes und die Errichtung einer neuen staatlichen Form als falsch gestellt und irreführend erkennen<sup>5</sup>. Bei den Vorgängen, die zum Ende des Deutschen Bundes und weiterhin zur Gründung des Deutschen Reiches führten, handelte es sich gewiß nicht um die „revolutionäre“ Setzung eines neuen, höheren Rechtes der deutschen Nation auf eine ihr angemessene Staatlichkeit. Es handelte sich um die erfolgreiche Durchsetzung des Führungsanspruchs eines dynastischen Einzelstaates, der die Ausschließung der österreichischen Deutschen aus dem angestrebten neuen Staatsverband wollte und sie durch militärische Gewalt erreichte. Daß dieser Teil des deutschen Volkes auch im politischen Sinne der „deutschen Nation“ angehörte, konnte – spätestens seit der Revolution 1848 – niemandem zweifelhaft sein. Die Auffassung, daß Preußen 1866 „stellvertretend für die Nation das nationale Recht auf ein höheres Maß an Einheit, Sicherheit und allgemeiner Wohlfahrt erkämpfte“, verdient also Beachtung nur als Nachhall alter Parteilichkeit und Propaganda und nicht als Hilfe zu heutiger historischer Rechenschaft. Max Weber ist der tatsächlichen Entwicklung und Motivation in einer Analyse von 1896 viel näher gekommen: „Das dynastische Österreich [war], von Bismarcks Standpunkt aus gesehen, eine Veranstaltung, welche die Zugehörigkeit von zehn Millionen Deutschen zum Reich opferte, um 30 Millionen Nichtdeutsche zu isolieren.“<sup>6</sup>

Der tiefe Wandlungsprozeß, den die alte Habsburger Monarchie nach 1866 durchlief, kam ihrer europäischen Stellung, die durch Königgrätz angeschlagen war, zugute. Der Durchbruch liberaler Wirtschaftsgesinnung wirkte zusammen mit einem starken konjunkturellen Aufschwung (der erst mit dem großen Wiener Börsenkrach 1873 in eine längere Depression umschlug). In politisch-konstitutioneller Hinsicht brachte der „Ausgleich“ von 1867 die Begründung des österreichisch-ungarischen Dualismus mit einer Weiterführung des liberalen Verfassungslebens. Im östlichen Teil der Monarchie übernahm die ungarische Gentry die Macht, im westlichen Teil wurden die liberalen und zentralistisch eingestellten Deutschliberalen, die sogenannte „Verfassungspartei“, zur bestimmenden politischen Kraft. Diese deutsch-ungarische Doppelherrschaft ging eindeutig auf Kosten der slawischen Bevölkerungsteile; bald zeigte sich auch, daß die nationale und politische Ge-

<sup>5</sup> Anders zuletzt noch *Ernst Rudolf Huber*, *Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte* 1 (Stuttgart 1963) 551 ff.

<sup>6</sup> Siehe *Max Weber*, *Gesammelte politische Schriften* (Tübingen <sup>3</sup>1971) 449.

geschlossenheit der Ungarn der deutschsprachigen Bevölkerung Cisleithaniens weit überlegen war. Der „Verfassungspartei“ standen von Anfang an klerikal-konservative Gruppierungen der Deutschen gegenüber; die Deutschliberalen waren weder in ihrer Innenpolitik noch hinsichtlich der deutschen Frage einig. Kleine radikale Minderheiten plädierten schon 1866 für die Auflösung der Habsburger Monarchie und den Anschluß an ein preußisch geführtes Deutschland.

Kaiser Franz Joseph und die österreichischen Führungsschichten hatten nach der Zerstörung des Bundes keineswegs auf die mitteleuropäische Orientierung der Monarchie verzichtet. Die Berufung des ehemaligen sächsischen Ministers Beust – eines Mannes der mittelstaatlichen Reformpolitik – zum österreichischen Außenminister und Reichskanzler bedeutete innenpolitisch ein liberales Reformprogramm, für die deutsche Frage eine neue Initiative, in Süddeutschland und darüber hinaus Einfluß zu gewinnen und die mitteleuropäische Position Österreichs mit Hilfe eines wirksamen Allianzsystems auszubauen<sup>7</sup>. Als sich zeigte, daß Preußen zu keiner Zusammenarbeit bereit war, die Österreichs deutsche Interessen anerkannte, suchte Wien den Weg nach Deutschland über Frankreich. Zwar wurde die neue „Achse“ Wien – Paris nun für einige Jahre zu einer bedeutsamen Realität der europäischen Politik. Aber die Ziele, die Beust und seine Gesinnungsgenossen in Österreich und Deutschland damit verknüpften, wurden aus mehreren Gründen nicht erreicht. Das nationale Bewußtsein – auch und ganz besonders bei den Großdeutschen im Süden und Westen – orientierte sich weiter in antifranzösischer Richtung; die Versuche Napoleons, jene territorialen Kompensationen an der französischen Ostgrenze, die ihm Bismarck verweigert hatte, jetzt mit Hilfe der österreichischen Allianz zu erreichen, steigerten das Mißtrauen breitester Schichten in Deutschland. Das galt ebenso für die Deutschliberalen in Österreich, während die Ungarn grundsätzlich gegen jeden „Wiedereintritt in Deutschland“ waren und nur bei den – außenpolitisch machtlosen – Tschechen Sympathien für Frankreich herrschten.

\* \* \*

Nach der Luxemburgkrise schwankte die französische Politik noch einige Zeit zwischen einem „Apaisement“ mit Preußen und einer antipreußischen Allianz mit Österreich. Im Sommer 1868 ergriff Napoleon III. die Initiative zum Abschluß eines Bündnisses mit der Habsburger Monarchie, das die europäische Politik im Sinne einer Festigung der Stellung Frankreichs beeinflussen sollte. Im November/

<sup>7</sup> Zur Beurteilung Beusts siehe *Helmut Rumpler*, Die deutsche Politik des Freiherrn von Beust 1848–1850. Zur Problematik mittelstaatlicher Reformpolitik im Zeitalter der Paulskirche (Wien 1972) und *Lutz*, Österreich-Ungarn, passim. Dort auch S. 73 ff. die Analyse der beginnenden Zusammenarbeit zwischen Napoleon III. und Österreich und ihrer von Anfang an gegebenen Schwierigkeit.

Dezember verlagerten sich die Verhandlungen über einen Allianzvertrag auf eine neue Ebene: Beiziehung Italiens und Abschluß einer Tripleallianz<sup>8</sup>.

Worum ging es bei diesen zwischen Wien, Paris und Florenz in größtem Geheimnis geführten Verhandlungen? Der Vertragsentwurf vom 20. Mai 1869, Ergebnis intensivster Vorarbeiten und Basis aller weiteren Berechnungen (bis zur französischen Hoffnung auf Österreichs Kriegseintritt im Juli 1870) erschließt rasch das Problemfeld. Der Text, damals zwischen Wien und Paris bereits verabredet, aber noch ohne die Zustimmung König Viktor Emanuels, bestand aus einem Hauptteil und einem Zusatzprotokoll, das wesentliche Einzelfragen regelte<sup>9</sup>.

Der von den drei Monarchen zu schließende „Friedens-, Beistands- und Freundschaftspakt“ verpflichtete zu einem gemeinsamen Vorgehen in allen Fragen der europäischen Politik und garantierte gegenseitig den territorialen Besitzstand. Beim Auftreten von „symptômes de guerre“ in Europa werden die drei Monarchen eine Offensiv- und Defensivallianz abschließen, deren Bedingungen durch eine eigene Konvention zu regeln sind. Friedensverhandlungen und territoriale Regelungen infolge eines Krieges werden nur gemeinsam und in Übereinstimmung durchgeführt werden. Diesen allgemeinen Rahmen füllten die Einzelbestimmungen des Zusatzprotokolls aus. Italien ist verpflichtet, falls Frankreich oder Österreich in den Krieg eintreten, sogleich eine Armee von 200 000 Mann zur Verfügung zu stellen. Österreich wird im Falle eines Krieges mit Preußen der sofortige Kriegseintritt Frankreichs und Italiens zugesagt, „de tout le concours de leurs armes, dans le but d'assurer son intégrité“. Frankreich und Österreich versprechen Italien eine Verständigung über ein gemeinsames Vorgehen auf dem Vatikanischen Konzil und im Falle der Wahl eines Nachfolgers für Pius IX. Italien darf im Gebiet von Tunis einen Flottenstützpunkt errichten und darf, falls die Schweiz die Neutralität verletzt, den Kanton Tessin annektieren; es erhält von Wien, im Falle eines gemeinsamen Sieges und anderweitiger Territorialgewinne Österreichs, Trient und Rovereto; von Frankreich wird ihm im gleichen Falle eine Grenzberichtigung bei Nizza gewährt. Frankreich wird Italien im Kriegsfall sämtliche Militärausgaben vorschußweise bezahlen (Tilgung durch Kriegsschädigung oder durch Frankreich zugesagt). Frankreich wird mit allen Mitteln eine Anleihe, die Österreich vor Eintritt in den Krieg benötigt, unterstützen.

Eine für Österreich zentrale Frage war in diesem Vertragstext mit Stillschweigen übergangen bzw. durch den Verweis auf die im Kriegsfall abzuschließende, ergänzende Konvention offengelassen worden: die unbedingte Forderung Wiens, daß

<sup>8</sup> Die Quellenbasis für diese Verhandlungen bietet bis heute vor allem die Edition von *Hermann Oncken*, *Die Rheinpolitik Kaiser Napoleons III. von 1863 bis 1870 und der Ursprung des Krieges von 1870/71*, 3 Bde. (Berlin – Leipzig 1926), im folgenden zitiert: *Oncken*. Vgl. insgesamt zur französischen Politik den Beitrag von *Wilfried Radewahn* im vorliegenden Band, S. 33 ff., der sich in einigen Interpretationsfragen von meinen Auffassungen in anregender Weise unterscheidet.

<sup>9</sup> Siehe *Oncken* 3, 185 ff.

Österreich bei einem Konflikt zwischen Frankreich (und Italien) nur mit Preußen (ohne Rußland) neutral bleiben könne. Dies war in der Tat der Angelpunkt der österreichischen Vertragspolitik. Die Zustimmung Napoleons zu dem Projekt vom 20. Mai zeigt, daß er im Punkte der österreichischen Neutralität jedenfalls zeitweilig nachzugeben bereit war (was eine für Wien sehr günstige, einseitige Hilfsverpflichtung Frankreichs bedeutet hätte und dem Vertrag eine wesentlich pazifizierende und Paris zurückhaltende Funktion gegeben hätte).

Die in der deutschsprachigen Forschung bis heute stark nachwirkende These Hermann Onckens – konzipiert in der antifranzösischen Stimmung der frühen 20er Jahre – sah die Geschichte dieser Vertragsverhandlungen als einen kohärenten Verlauf, der trotz aller Wechselfälle zu einer immer engeren Gemeinsamkeit der gegen Deutschlands nationale Lebensziele gerichteten Politik Frankreichs und Österreich-Ungarns führte. Die breite dokumentarische Basis, die Oncken in den drei Bänden seiner „Rheinpolitik Kaiser Napoleons III.“ 1926 geboten hat, ist bis jetzt nicht sehr wesentlich erweitert worden. Sie hätte den Herausgeber selbst eines Besseren belehren können. Aber Oncken blieb ganz auf die einseitige These der französischen „Rheingelüste“ fixiert. Er übersah die Bedeutung der orientalischen Frage, verfehlte die Linien der Wiener Politik und blieb in seinem moralischen Urteil ganz einseitig: Das Recht war auf seiten der deutschen Nation und ihres Einheitswillens. Das französische Sicherheitsbedürfnis verstieß gegen dieses Recht; es war nur ein kaum verhüllter nationaler Egoismus, der das „ungeschriebene Sittengesetz des Völkerlebens“ verletzte<sup>10</sup>. So wurden die tief in der europäischen Geschichte angelegten Probleme der politischen Struktur Deutschlands in ihrem Verhältnis zum französischen Nationalstaat und zum europäischen Gleichgewicht geradezu als nicht existent erklärt. Oncken sprach gewissermaßen Frankreich das Recht ab, seine Interessen durch das erstmalige Entstehen einer modernen nationalistischen Militärmacht in der Mitte Europas bedroht zu sehen. – Die Revision dieser faktischen und moralischen Fehltritte hat inzwischen kräftig eingesetzt. Mit den Arbeiten von Engel-Janosi, Victor L. Tapié und auch Potthoff hat die Forschung einen neuen Stand erreicht<sup>11</sup>. Die eigentlichen Fragen können nun differenziert behandelt werden. Bei einer Analyse des gesamten bekannten Aktenmaterials treten einige Gesichtspunkte besonders deutlich hervor. Beust hatte wohl im wesentlichen recht, wenn er während und auch nach den Vertragsverhandlungen stets die „intentions pacifiques“ der österreichischen Seite betonte und seinen aggressiveren Botschafter in Paris, Fürst Richard Metternich, immer wieder mit

<sup>10</sup> Ebd. 1, 119.

<sup>11</sup> *Friedrich Engel-Janosi*, Die römische Frage in den diplomatischen Verhandlungen 1869/70, in: *ders.*, Geschichte auf dem Ballhausplatz (Graz 1963) 143 ff.; *Victor-Lucien Tapié*, Autour d'une tentative d'Alliance entre la France et l'Autriche 1867–70 (Österreichische Akademie der Wissenschaften, phil.-hist. Klasse, SB 274, 5. Abteilung, Wien 1971); *Heinrich Potthoff*, Die deutsche Politik Beusts von seiner Berufung zum österreichischen Außenminister Oktober 1866 bis zum Ausbruch des deutsch-französischen Krieges 1870/71 (Bonn 1968).

Schärfe auf diese Linie zurückholte. Die französische Seite hatte ursprünglich eine Formulierung von Kriegszielen in Deutschland in den Vertrag bringen wollen:

„daß, im Falle eines Krieges in Deutschland, beide Mächte oder Frankreich allein, falls es allein engagiert ist, die Waffen nicht eher niederlegen, als bis in Deutschland die Grundlagen eines dauernden Friedens durch Herstellung eines neuen, aus möglichst gleich mächtigen Staaten zu bildenden Bundes geschaffen, der Zweck des Krieges sonach erreicht ist“<sup>12</sup>.

Das war alles andere als harmlos. Es bedeutete: Rückgriff hinter 1866 und eine noch weitergehende Schwächung, wenn nicht Zerstückelung Preußens. Doch dieser Passus verschwand im Laufe der weiteren Verhandlungen völlig. Es blieb eine allgemeine Bestimmung (Artikel VI.), die alle Fragen „de compensations et de remaniements territoriaux en conséquence d’une guerre éventuelle“ der gemeinsamen Beschlußfassung der drei Monarchen zuwies. – Mit der orientalischen Frage ging es ähnlich. Sie stand am Anfang *von Wien her* im Vordergrund<sup>13</sup>. Nachdem sich aber herausstellte, daß Frankreich keineswegs bereit war, im Falle eines österreichisch-russischen Krieges ein Expeditionskorps in den Orient zu entsenden – nur keine Wiederholung des Krimkrieges! –, erscheint ein Interesse Wiens an einer Akzentuierung der orientalischen Frage im Vertragstext nicht mehr gegeben.

Insgesamt ergibt sich ein umfassendes Tableau der defensiven Bedürfnisse Österreich-Ungarns und der entsprechenden, von der Tripleallianz erwarteten Sicherheiten:

Sicherheit gegen Isolierung im Falle eines preußischen Angriffes

Sicherheit gegen Isolierung im Falle eines russischen Angriffes

Sicherheit gegen einen italienischen Angriff

Sicherheit gegen ein Arrangement Frankreichs mit Preußen auf Österreichs Kosten

Allgemeine außenpolitische Absicherung, um der inneren Krise entgegenwirken zu können.

Ein weiteres Ziel der österreichischen Allianzpolitik gegenüber Frankreich wurde von Beust *post festum*, d. h. nach dem Kriege und im Rückblick auf die scharf kritisierte Pariser Politik in der Hohenzollernkrise, stark betont. Beust analysierte 1874 gegenüber seinem Amtsnachfolger Andrassy die Absicht einer „Kontrolle“ der *antipreußischen Politik* Napoleons (als Ergänzung zu der Verhinderung einer Verständigung mit Preußen) folgendermaßen:

„... Die Gefahr, die uns bei dem bekannten Charakter ... des Kaisers Napoleon vorschweben mußte, war eine doppelte, daß er sich auf unsere Kosten in eine Verhandlung mit Preußen einlassen, und daß er zu unserem Schaden einen Krieg mit Preußen überstürzen werde. Wie sehr die erstere Befürchtung begründet gewesen, beweist die seitdem bekannt gewordene Verhandlung wegen Belgien, die zweite

<sup>12</sup> *Oncken* 3, 112.

<sup>13</sup> Siehe *Lutz*, Österreich-Ungarn, 99 ff.

hat der Krieg von 1870 in dem stärksten Maße verwirklicht. Die erstere Gefahr wurde durch den Brief des Kaisers Napoleon entfernt, die zweite nicht; sie wäre es aber gewesen, wenn die beabsichtigte Vereinbarung ratifiziert wurde, daß nämlich in allen Fragen gemeinsame diplomatische Aktion einzutreten habe. Es ist gewiß keine Überhebung zu behaupten, daß solchenfalls wir den Krieg von 1870 zu verhindern gewußt hätten.“<sup>14</sup>

Diese nachträglichen Feststellungen Beusts lassen sich natürlich hinsichtlich der Behauptung, der Vertrag mit Österreich und Italien hätte den Krieg Frankreichs mit Preußen verhindert, nicht kontrollieren. Sie lassen sich aber hinsichtlich der österreichischen Absicht kontrollieren, mit allen Mitteln Napoleon an einer anti-preußischen Provokation zu hindern. Davor warnt Beust 1868 und 1869: eine solche Provokation würde die Entente Österreichs mit Frankreich kompromittieren, Österreich und Italien in die schwierigste Lage bringen, Preußen außerordentlich nützen, da das *ganze Deutschland* sich dann auf seine Seite schlagen werde. Das war die präzise Vorwegnahme der dann im Juli 1870 eingetretenen Situation.

Noch ist in aller Kürze auf die Situation einzugehen, die sich durch das Nichtzustandekommen eines formalen Vertragsabschlusses ergab. Bekanntlich wurden die Vertragsverhandlungen im Herbst 1869 mit dem Austausch von Briefen zwischen den drei Monarchen eingestellt. Napoleons Brief an Franz Joseph vom 24. September enthielt eine doppelte Zusage<sup>15</sup>: sofortige uneingeschränkte Hilfe Frankreichs für Österreich, wenn es durch einen Angriff bedroht wird; keine Verhandlung mit einer fremden Macht ohne vorherige Verständigung mit Österreich. Der entsprechende Brief Franz Josephs an Napoleon ist verschollen – auch ich konnte ihn nicht auffinden. Das ist aber nicht wichtig, da sich sein Inhalt ziemlich genau rekonstruieren läßt<sup>16</sup>. Franz Josephs Erklärung bot *keine* volle Reziprozität zu Napoleons Zusagen, sondern beschränkte sich auf den zweiten Punkt: ohne vorherige Verständigung wird er keine „*négotiation*“ mit einer anderen Macht aufnehmen. Schließlich der Brief Viktor Emanuels an Napoleon<sup>17</sup>: er legte sich weder in dem einen noch in dem anderen Punkt fest, sondern gab nur eine bedingte Absichtserklärung: Wunsch nach baldigem Abschluß der Tripleallianz, Bereitschaft zur Unterzeichnung, wenn eine befriedigende Lösung der römischen Frage gefunden ist.

Damit stehen wir nun vor der Frage nach den Gründen des Scheiterns der Allianzverhandlungen. Friedrich Engel-Janosi hat in eindringlicher Weise die Bedeutung der römischen Frage für das Scheitern herausgearbeitet<sup>18</sup>. Die römische Frage, d. h. die Frage der Aufrechterhaltung der weltlichen Herrschaft des Papstes in Rom und in den Resten des Kirchenstaates, war damals von dem moralischen

<sup>14</sup> Friedrich Ferdinand Graf von Beust, Aus drei Viertel-Jahrhunderten. Erinnerungen und Aufzeichnungen, Bd. 2 (Stuttgart 1887) 341.

<sup>15</sup> Oncken 3, 235.

<sup>16</sup> Siehe Lutz, Österreich-Ungarn, 146 und 524 f.

<sup>17</sup> Oncken 3, 240 f.

<sup>18</sup> Friedrich Engel-Janosi (siehe Anm. 11).

und faktischen Schutz Napoleons abhängig. Ein kleines französisches Okkupationskorps sicherte Rom. Gegenüber der in ganz Italien laut gewordenen Parole „Roma capitale!“ hatte 1867 Napoleons Staatsminister Rouher emphatisch erklärt: „L’Italie ne s’emparera de Rome, jamais!“ Dafür hatte er Beifall und Unterstützung der katholisch-konservativen Gruppen nicht nur in Frankreich, sondern in ganz Europa. Das Pro und Contra in der römischen Frage war tief in der politischen und kirchlichen Geschichte des Kontinents begründet. Der liberale Protestant Beust vermochte es, die traditionell papstfreundliche Politik Österreichs im Interesse der Allianz mit Frankreich und Italien weitgehend zu modifizieren. Das entscheidende Hemmnis lag in Paris. Dort weigerte man sich, Viktor Emanuels Forderungen nachzukommen, um so mehr, als alle Ausgleichsverhandlungen mit Pius IX. gescheitert waren und der Beginn des 1. Vatikanischen Konzils das öffentliche Interesse am päpstlichen Rom weiter steigerte. Beust versuchte wiederholt, zwischen Viktor Emanuel und Napoleon im Sinne eines baldigen Abzugs der französischen Truppen – also einer Preisgabe des päpstlichen Roms – zu vermitteln. Aber selbst nach Kriegsbeginn kam er damit nicht zum Ziele. Es erwies sich die Unmöglichkeit, ein so tief in der europäischen Geschichte begründetes Problem wie die ‚Question Romana‘ mit den Mitteln der Geheimdiplomatie auf der Ebene der angestrebten Tripleallianz zu lösen. Der 20. September 1870 brachte mit der militärischen Eroberung der von den französischen Truppen verlassenen Stadt Rom eine Gewaltlösung. Dies entsprach der Signatur des neuen Zeitalters.

Victor-L. Tapié<sup>19</sup> hat sodann in einer ausgewogenen Analyse der Allianzverhandlungen neben der Bedeutung der römischen Frage einen weiteren Gesichtspunkt betont, der hervortritt, wenn man die Geheimverhandlungen mit dem Blick auf die innenpolitischen Verhältnisse und auf die öffentliche Meinung der beiden Kaiserstaaten verfolgt: beide Partner wollten das Bündnis, aber jeder wollte es zu einem anderen Zweck. Tapié faßt zusammen: „La France, le gouvernement et l’opinion publique souhaitaient l’alliance de l’Autriche en prévision d’une guerre contre la Prusse. En Autriche, seulement des cercles restreints acceptaient cette perspective; le chancelier Beust croyait l’alliance utile, si elle fournissait des garanties pour la politique en Orient et à l’extrême, dans le cas d’une guerre avec la Russie. Une partie de l’opinion autrichienne et la Hongrie tout entière répugnaient à un nouveau conflit avec la Prusse, encore plus avec toute l’Allemagne.“

Das ist richtig gesehen. Doch weitere Beobachtungen führen dazu, diese Betrachtungsweise, die Innenpolitik und öffentliche Meinung einbezieht, zu erweitern und zu radikalisieren. Die innere Dynamik des Empire libéral drängte zum baldigen Einsatz seiner Kräfte, zum Kampf mit Preußen um Sicherheit und Hegemonie. Gleichzeitig werden aber in Frankreich von 1868 bis 1870 grundlegende Krisensymptome des bestehenden staatlichen Systems sichtbar. Ähnliches gilt in verschärfter Weise für Österreich. Die Erschütterung der anscheinend noch festen

<sup>19</sup> Victor-Lucien Tapié (siehe Anm. 11) 35.

staatlichen Fundamente, von denen aus Frankreich und Österreich-Ungarn 1868 die Verhandlungen begonnen hatten, macht einen wesentlichen Inhalt der inneren Politik der folgenden zwei Jahre auf beiden Seiten aus. Beide Partner beobachteten sehr genau die Krisensymptome der Gegenseite. Auf beiden Seiten sank 1869/70 das Zutrauen zum Bündnispartner. Und nicht nur Frankreich begann im Winter 1869/70 einen Flirt mit Rußland; auch Österreich suchte damals neuerlich eine Entspannung im Verhältnis zu Preußen und Rußland. Diese partielle Neuorientierung hing nicht nur mit dem gesunkenen Vertrauen zu Paris, sondern auch mit der inneren Krise der Donaumonarchie zusammen.

Dabei lag für den Ballhausplatz auf französischer Seite – abgesehen von der Gesamtkrise des napoleonischen Systems, auf die ich hier nicht eingehen kann – eine ganz unmittelbare Störung in der fundamentalen Erschwerung von Geheimverhandlungen, bedingt durch den Abbau der persönlichen Autorität Napoleons, den Übergang zum parlamentarischen System und die Schwankungen der außenpolitischen Linie. Auf Moustier folgte La Valette als Außenminister, dann La Tour d'Auvergne, schließlich Daru als erster parlamentarischer Ressortchef, zuletzt Gramont. Der Staatsminister Rouher, der eigentliche Träger der Geheimverhandlungen, hatte schon im Mai 1869 demissioniert. Ollivier hatte mit Hilfe des Generals Fleury versucht, im Winter 1869/70 eine Annäherung an Rußland zu betreiben, die mit Wien gar nicht abgesprochen war. So kam es beispielsweise zu der grotesken Situation, daß Ollivier den österreichischen Botschafter Metternich ‚entre poire et fromage‘ auf eine mögliche Abtretung Galiziens an Rußland ansprach<sup>20</sup>. Unter vielen Verunsicherungen ist noch ein Beispiel zu nennen: Gramont, bisheriger Botschafter Frankreichs in Wien, wird im Mai 1870 Außenminister. Wien drängt Napoleon, ihn nun endlich in die Geheimverhandlungen und in die „moralische Bindung“ der Monarchenbriefe einzuweißen. Napoleon weigert sich zunächst. Er gibt dann insofern der österreichischen Forderung nach, als er Gramont, der Ende Mai nochmals in Wien weilte, durch Beust mit den Geheimverhandlungen und ihrem Ergebnis bekannt machen läßt. Die Reaktion Gramonts, hochmütig und für Österreich wohl wenig vertrauenerweckend: der Wille des Souveräns genüge jetzt nicht mehr, um das Land zu verpflichten. Auf Beusts Einwand, das Plebiszit vom 8. Mai habe doch das persönliche Regime wieder befestigt, war Gramonts Antwort: „Cela n'empêche pas que les engagements pris n'auraient aucune signification, si je ne les acceptais pas, mais je les accepte.“<sup>21</sup> Von einer Wiederaufnahme der Verhandlungen und einer baldigen Unterzeichnung des Vertrags wollte Gramont aber nichts hören. Eine Wiener Sondierung im Sinne der Reaktivierung der „grande affaire“ wies er Ende Juni eindeutig ab: „Il faut la laisser dormir maintenant.“ Im Juli sah es dann bald anders aus.

Der Vorgang der Erschütterung des staatlichen Systems auf österreichischer

<sup>20</sup> Siehe *Lutz*, Österreich-Ungarn, 147.

<sup>21</sup> Siehe *Oncken* 3, 370 ff.; dazu *Lutz*, Österreich-Ungarn, 148 f. und *Radevahn* in diesem Band, S. 54 f.

Seite von 1868 bis 1870 müßte ausführlich illustriert werden, um die alarmierende, rasche Verschärfung der Krise des dualistischen Systems durch die Nationalitäten- und Verfassungskämpfe und damit die wesentliche Schwächung der politischen Aktionsfähigkeit der Regierung zu zeigen. Die tschechischen Autonomieforderungen, seit 1868 im Sinne des historischen böhmischen Staatsrechtes in der berühmten „Deklaration“ formuliert, stellten das Gesamtgefüge des Dualismus in Frage. Sie suchten Unterstützung im Ausland, in Rußland und in Frankreich<sup>22</sup>. Daß Paris die tschechischen Forderungen nicht unterstützte, vielmehr einen Ausgleich im dualistischen Rahmen empfahl, war eine loyale Unterstützung für den Ballhausplatz, vermochte aber die Krise nicht zu bremsen. Die nationalen Forderungen der Polen, der Slowenen, der Kroaten, Serben, Italiener und Rumänen machten sich mit zunehmender Stärke geltend. Beusts Verhandlungen mit den Prager Führern über partielle Zugeständnisse blieben erfolglos, dagegen verschärfte sich der Widerspruch der Deutschliberalen gegen jede proslawische Konzession. Der cisleithanische Reichsrat, von Anfang an von den Tschechen boykottiert, wurde im Januar 1870 von den Klerikalen verlassen, im März 1870 durch den Exodus der Polen, Rumänen, Slowenen und Italiener vollends arbeitsunfähig. Im Dezember 1869 spaltete sich das cisleithanische Ministerium in eine deutsch-zentralistische Mehrheit und eine Minderheit, die für Kompromisse mit den slawischen Nationalitäten eintrat. In letztere Richtung wies das föderalistische Reformprogramm der neuen Regierung, die seit April 1870 von dem polnischen Grafen Potocki geführt wurde. Aber nicht nur die Deutschliberalen, auch die Tschechen leisteten der neuen Regierung unerbittlichen Widerstand. All diese Vorgänge in Cisleithanien schwächten die Position des Reichskanzlers Beust und hoben den Einfluß der ungarischen Regierung mit ihrer kompakten parlamentarischen Basis (in der Déakpartei) und ihrem mächtigen Ministerpräsidenten Andrassy. Er wurde seit 1869 als möglicher und baldiger Nachfolger Beusts genannt.

Natürlich kam die Frage der französischen Allianz niemals offiziell in parlamentarischen oder sonstigen Beratungen mit den Vertretern der Tschechen, Polen, Ungarn oder Deutschliberalen zur Sprache. Doch ihre Stellungnahme im damaligen Parallelogramm der Kräfte war bekannt und mußte von Wien bei dieser prekären Situation ständig beachtet werden: Dominierend war die Ablehnung jedes Zusammengehens mit Frankreich durch die Deutschliberalen. Auch die in Ungarn herrschende Déakpartei war sehr skeptisch gegen die profranzösische Politik des Ballhausplatzes; sie fürchtete antipreußische Engagements und wollte auf jeden Fall den Ballhausplatz an einer Wiederaufnahme einer aktiven Deutschlandpolitik hindern. Dagegen fiel die Sympathie der Polen und Tschechen für Frankreich wenig ins Gewicht, wenig auch die profranzösisch-antipreußische Haltung der sogenannten „Hofpartei“. Zusammengefaßt: die innenpolitische Basis für ein langfristiges,

<sup>22</sup> Für die tschechische Bewegung und ihre Wirkungen auf die Wiener Politik siehe zuletzt *Thomas Kletečka, Das Ministerium Hohenwart-Schäffle 1871 (Wiener phil. Diss. 1985)* und den Beitrag von *Jan Křen* in diesem Bande, S. 17 ff.

wirkungsvolles Zusammengehen der Monarchie mit Frankreich war von Anfang an nicht stark und wurde durch die Krise des Vielvölkerstaates 1869/70 noch weiter geschwächt.

Zuletzt sollen in knapper Form noch die militärischen Verhandlungen analysiert werden, die im Frühjahr und Frühsommer 1870 zwischen Paris und Wien stattfanden. Sie hatten keinerlei unmittelbare reale Folgen, sind aber in hohem Grade aufschlußreich für die tieferliegenden Probleme der österreichischen, der französischen und der europäischen Politik und Kräftekonstellation kurz vor dem Ausbruch des Krieges. Protagonist auf österreichischer Seite war Erzherzog Albrecht, Generalinspektor der Armee, hochkonservativer Exponent der „Hofpartei“, Gegner Preußens und der österreichischen Deutschliberalen. Wir wissen über diese Verhandlungen nur aus den Memoiren der französischen Generäle Jarras und Lebrun; das ist viel und wenig zugleich<sup>23</sup>. Es ist nicht bekannt, was Beust von der Frankreichreise Albrechts und den anschließenden Verhandlungen mit General Lebrun in Wien hielt. Man weiß auch nicht, welchen Stellenwert Franz Joseph diesem militärischen Meinungsaustausch beimaß – ob er nur Klarheit über die militärische Leistungsfähigkeit und Planung Frankreichs wünschte, ob er ein Alibi gegenüber den zum baldigen Krieg mit Frankreich gegen Preußen drängenden Kräften suchte (Albrecht gehörte wohl nicht dazu; er wies damals ständig auf den noch unfertigen Stand der Heeresreorganisation Österreichs hin), oder ob er – im Sinne Beusts – Frankreich nochmals vor einem Abenteuer gegen Preußen warnen wollte.

Eines sind die strategischen Pläne Österreichs für eine Zusammenarbeit mit Frankreich, wie sie Albrecht bei Gelegenheit einer Reise in Paris darlegte, ein anderes die etwas spätere politische Stellungnahme des Kaisers in seiner für Napoleon bestimmten Erklärung gegenüber General Lebrun, der ihn im Juni 1870 in Wien aufsuchte. Die Monarchie – so Albrecht – braucht sechs Wochen zur Mobilmachung, wird deshalb zunächst im Schutze der Neutralität sich bereit machen. Die französische Armee, nach seiner Meinung rascher marschbereit als die preußische, sollte sofort mit möglichst starken Kräften über den Rhein nach Süddeutschland vorstoßen und die Süddeutschen von Norddeutschland trennen, während an der Saar eine zweite, wesentlich schwächere Formation eine Ablenkungsoffensive durchführt. Wenn der massive französische Vorstoß über Stuttgart bis in den Raum von Nürnberg gelangt ist, hat Österreich seinen Aufmarsch in Böhmen beendet, erklärt den Krieg und vereinigt seine Hauptarmee in Oberfranken mit den Franzosen, während gleichzeitig die Italiener über den Brenner in Bayern einrücken (geringe Widerstandskraft der süddeutschen Truppen, vielleicht Abfall von Preußen wird erwartet). Die vereinigten Armeen Frankreichs und Österreichs marschieren gegen Berlin, in der Ebene von Leipzig ist mit der ersten großen Schlacht zu rechnen. Preußen wird an seiner „Wespentaille“ von Berlin bis Stettin durchsto-

<sup>23</sup> *L. Jarras*, *Souvenirs du Général Jarras, Chef d'État-Major général de l'Armée du Rhin 1870* (Paris 1892); *Barthélemy Lebrun*, *Souvenirs Militaires 1866–1870* (Paris 1895). Dazu *Lutz*, *Österreich-Ungarn*, 149 ff.

ßen. Nur östlich davon ist mit weiterem Widerstand zu rechnen. Jedenfalls muß die Mobilmachung im März beginnen, die erste Entscheidungsschlacht soll möglichst noch im Mai stattfinden. Bei späteren Terminen besteht die Gefahr eines Eingreifens Rußlands, das bis in den April durch Tauwetter gelähmt ist.

Dieser Feldzugsplan, phantastisch klingend, ergab sich logisch aus den damaligen Bedingungen österreichischer Rüstung und Politik. Fundamental war der Sechswochenvorbehalt. Daß er nicht nur militärorganisatorisch bedingt war, sondern auch politische Bedeutung hatte, wurde von Albrecht nicht gesagt, von französischer Seite aber rasch erkannt. Und hier setzte nach dem Pariser „Kriegsrat“ im Mai 1870 unter Napoleons Vorsitz die Gegenforderung ein: Lebrun sollte nach Wien reisen, um das Projekt so umzuändern, daß Frankreich nicht sechs Wochen einem überlegenen Gegner gegenüberstehe. Dies gelang Lebrun im Juni 1870 nicht; es ist sehr fraglich, ob man bei weiteren Verhandlungen zu einem Kompromiß gekommen wäre. Denn in der Audienz, die der Kaiser im Park von Laxenburg General Lebrun erteilte, kamen die politischen Implikationen deutlich zur Sprache. Laut Lebruns Bericht erklärte Franz Joseph:

„Je ne puis qu'approuver les moyens proposés pour l'exécution du plan dont il [l'archiduc] m'a parlé, au point de vue militaire. Mais je dois vous dire qu'avant tout, je veux la paix; si je fais la guerre, il faut que j'y sois forcé. Je me plais à espérer que l'Empereur Napoléon voudra bien tenir compte de ma situation personnelle politique, tant à l'intérieur qu'à l'extérieur. Si je déclarais la guerre, en même temps que lui, il n'est pas douteux, qu'exploitant de nouveau l'idée allemande, la Prusse pourrait surexciter et soulever à son profit les populations allemandes, non pas seulement chez elle et dans l'Allemagne du sud; mais aussi dans l'Empire austro-hongrois, ce qui serait très fâcheux pour mon gouvernement.

Mais si l'Empereur Napoléon, forcé d'accepter ou de déclarer la guerre, se présentait avec ses armées dans le midi de l'Allemagne, non point en ennemi, mais en libérateur, je serais forcé de mon côté de déclarer que je fais cause commune avec lui. Aux yeux de mes peuples, je ne pourrais faire autrement que de joindre mes armées aux armées françaises. Voilà ce que je vous prie de dire de ma part à l'Empereur Napoléon, j'espère qu'il verra, comme moi, ma situation politique, intérieure et extérieure.“<sup>24</sup>

Der Kaiser stellte sich damit auf den Boden, der durch die Geheimverhandlungen vorbereitet war: abwartende Neutralität Österreichs bei einem isolierten Krieg zwischen Frankreich und Preußen und äußerste Schonung des deutschen Nationalgefühls als Voraussetzung einer gemeinsamen Aktion. Von dem naheliegenden Problem Rußland war freilich gar nicht die Rede. Und man muß sich fragen, ob eine Situation mit Napoleon als „Befreier“ in Süddeutschland, wie sie der Kaiser hypothetisch einsetzte, in Wien damals noch ernsthaft für möglich gehalten wurde. Und was die französische Seite anging, so vermitteln die oben erwähnten Verhand-

<sup>24</sup> *Lebrun* 146 ff., Wiederabdruck bei *Oncken* 3, 376 ff.

lungen zwischen Beust und Gramont im Juni 1870 nicht den Eindruck, daß von Paris her damals eine auch nur einigermaßen funktionierende Koordination der militärischen mit den politischen Perspektiven gegeben war. Während also Wien sich mit großer Vorsicht so lange wie möglich die Chance einer politisch-militärischen Option für Frankreich gegen Preußen (und mit Italien) offenhielt, war der Weg der französischen Politik vom Juni 1870 bis zu dem bei Kriegsbeginn auftauchenden Rechnen-Wollen mit einem sofortigen Eingreifen Österreichs und der darauf folgenden Enttäuschung von Unsicherheit und Illusionismus geprägt. Doch diese wesentlichen Unterschiede bedeuteten nicht, daß Österreich von dem Zusammenbruch der bisherigen europäischen Kräftekonstellation, die Sedan brachte, unberührt blieb.

Ein Ausblick auf die Entscheidungen von 1870/71 erhärtet, was über den sehr engen Zusammenhang der deutschen Frage mit der europäischen Stellung Österreich-Ungarns einleitend gesagt wurde. Der Sieg Preußens über Frankreich, das Ende der Selbständigkeit der süddeutschen Staaten und die Entstehung des Deutschen Reiches bewirkten, daß Österreich nicht mehr zu der ersten Garnitur der europäischen Mächte gehörte.

Die Umstände, unter denen im Sommer 1870 der Krieg Preußens gegen Frankreich begann, zerstörten die Grundlagen der bisherigen österreichischen Deutschlandpolitik. Genau das hatte Bismarck gewollt: Im Zeichen der „Emscher Depesche“, der Verteidigung nationaler Ehre und Existenz, funktionierten die Militärbündnisse der süddeutschen Staaten mit Preußen auf der Stelle. Von einer abwartenden Neutralität Süddeutschlands, wie sie Wien gewünscht hätte, war keine Rede. Die Donaumonarchie selbst konnte Frankreich keine militärische Hilfe leisten; sie mußte auf die Sicherung ihrer Ostflanke gegen das mit Preußen verbündete Rußland bedacht sein. Und schon nach den ersten großen Siegen der deutschen Heere in Frankreich erfaßten nationale Triumphgefühle ohnegleichen die Bevölkerung in Nord- und Süddeutschland, auch viele der Deutschen in Österreich. Wien versuchte durch eine Liga der Neutralen – mit England, Rußland und Italien – vermittelnd in das französisch-preußische Duell einzugreifen und vor allem die Selbständigkeit Süddeutschlands zu erhalten<sup>25</sup>. Noch einmal tauchte die Konzeption des engeren und weiteren Bundes auf. Bayern und Württemberg sollten als „Pufferzone“ zwischen Österreich und dem preußisch geführten Bund erhalten bleiben. Aber Bismarck gelang es, Rußland und Italien von einer solchen Aktion abzuhalten und die Süddeutschen in den neuen Bundesstaat zu bringen. Daraufhin vollzog die Wiener Politik seit November/Dezember 1870 eine entschiedene Schwenkung, die auch in der Monarchie mit der Zustimmung der Deutschliberalen und

<sup>25</sup> Zum Folgenden vgl. *Lutz*, Österreich-Ungarn 284 ff. – Zur Frage der längerfristigen Bedeutung des Endes der Selbständigkeit der süddeutschen Staaten für die europäische Politik siehe jetzt die weiterführenden Überlegungen von *Paul W. Schroeder*, *The Lost Intermediaries: The Impact of 1870 on the European System*, in: *The International History Review* 6 (1984) 1 ff.

der Ungarn rechnen konnte: Wien ging auf Bismarcks Angebote ein und sicherte Bismarck die freundschaftliche Anerkennung des neuen Reiches zu.

Die Motive dieser folgenreichen Wendung, die schon auf den Zweibund von 1879 hinwies, sind auf der österreichischen Seite klar: Wien fürchtete 1870/71 die Anziehungskraft des neuen deutschen Nationalstaates auf die Deutschen in Österreich; angesichts der eindeutigen Zusicherungen Bismarcks, keinen „Anschluß“, sondern die Erhaltung der Monarchie zu wollen, konnte Wien fest damit rechnen, durch die rasche Annäherung an das neue Reich jede Unterstützung einer Anschlußbewegung durch Berlin abzuschneiden. Zugleich erwartete sich die österreichische Regierung eine Förderung ihrer Balkaninteressen durch Bismarck und faßte schon jetzt – 1871 – einen beherrschenden Mitteleuropablock durch das Zusammengehen mit Preußen-Deutschland ins Auge. „Faktisches Prädominieren Mitteleuropas in der Waagschale der europäischen Geschichte“ – so bezeichnete Beust im Mai 1871 gegenüber Franz Joseph das Ziel der entschiedenen Hinwendung zu dem neuen Deutschen Reich<sup>26</sup>.

<sup>26</sup> Siehe *Heinrich Lutz*, Zur Wende der österreichisch-ungarischen Außenpolitik 1871. Die Denkschrift des Grafen Beust für Kaiser Franz Joseph vom 18. Mai, in: *Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs* 25 (1972) 169 ff. Von *Istvan Diószegi* erscheint demnächst in deutscher Sprache eine Analyse der Außenpolitik Österreich-Ungarns in der Ära Andrassy.

*Jan Křen*

## Die böhmischen Länder in der Krise von 1870/71

Während der Beitrag von Heinrich Lutz die großen Linien der Außenpolitik der Habsburger Monarchie nachgezeichnet hat, die vom Hof, der deutschliberalen Verfassungspartei und der ungarischen Regierung mitbestimmt wurden, soll im vorliegenden ergänzenden Beitrag auf die böhmischen Länder und insbesondere auf die tschechischen Reaktionen zur deutschen Frage eingegangen werden. Die böhmischen Länder waren zweifellos nur Provinz, die Position der Tschechen hatte gegenüber dem Austrodeutschtum, an dessen politischem Leben die Deutschen aus Böhmen maßgeblich partizipierten, nur ein vergleichbar geringes Gewicht. Aber die Beschreibung der von den tschechischen Gruppierungen und Parteien eingenommenen Positionen kann verdeutlichen, auf wie viele innere Faktoren die Außenpolitik der Habsburger Monarchie Rücksicht zu nehmen hatte und wie viele divergierende nationale Interessen zu bündeln waren.

Die Tschechen waren umschlossen von deutschen Siedlungsgebieten, ihr Territorium war zudem bis 1866 staatsrechtlich ein Teil des Deutschen Bundes. Daher war die deutsche Frage eines der zentralen Probleme der tschechischen Politik. Zwei recht gegensätzliche Positionen lassen sich gegenüber der Politik Preußens in den sechziger Jahren beobachten. Der linke, liberal-demokratische Flügel, die sog. Jungtschechen, sah im kleindeutschen Modell liberaler Gestalt eine hoffnungsvolle Chance zur Demokratisierung in Europa überhaupt. Der klerikal-aristokratische Flügel, der nur bedingt zum national-tschechischen Lager zu rechnen ist, unterstützte in der deutschen Frage hingegen die Wiener Politik. Die Mehrheit der tschechischen Nationalen Partei, die sog. Alttschechen, die im Wiener Großdeutschtum schon längst ihren Hauptwidersacher sah, betrachtete die österreichisch-preußische Rivalität mit gemischten Gefühlen. War das Preußenbild in Österreich negativer als im Westen, so war die antipreußische Haltung der tschechischen Öffentlichkeit insgesamt noch ausgeprägter. Letzten Endes gab hier das nationale Motiv den Ausschlag. Die traditionelle Sichtweise Deutschlands war schon im Jahre 1848 erschüttert worden. Seither erschienen die Deutschen den Tschechen zum ersten Mal als eine potentielle Gefahr, welche die Ängste vor der zarischen „Universal-Monarchie“ allmählich verdrängte. Die traumatisierende Projektion vom „Tode in den Fluten des deutschen Meeres“ wurde seitdem zu einer Dominante tschechischen Denkens.

Diese Einstellung wurde durch den preußischen Verfassungskonflikt nur noch

bestärkt. Gegenüber Bismarck war die Haltung aller tschechischen Richtungen von Anfang an negativ. Auch die Jungtschechen, enttäuscht von der Schwäche des preußischen Liberalismus, kehrten politisch in den Schoß der Nationalpartei zurück. Die politische Elite hatte die Zukunft der tschechischen Nation ohnehin nur im Rahmen der Habsburger Monarchie gesehen, die jedoch in einen Bund kleiner Völker Ostmitteleuropas umstrukturiert werden sollte. Diese Ausrichtung wurde durch den Kampf um die Einigung Deutschlands nur noch verstärkt. Deshalb wurde die Loyalität der Tschechen gegenüber der Monarchie erheblich belastet, als diese um die Hegemonie in Deutschland kämpfte. Denn die Verbindung Österreichs mit Deutschland erschien als ein Hindernis für die gewünschte Umgestaltung der Donaumonarchie. Daher forderte man die Aufhebung der staatsrechtlichen Bindungen auch der böhmischen Länder an den Deutschen Bund. Denn in dieser Bindung sah man eine der Hauptstützen der deutschen Dominanz in Österreich im allgemeinen und in den böhmischen Ländern im besonderen. Der preußisch-österreichische Konflikt zwang die tschechische Politik zur Entscheidung – zugunsten der Monarchie. Obwohl die „Bruderkriegs-These“ und die Perspektive eines österreichischen Triumphes unter den Tschechen keine Begeisterung hervorrief, war die tschechische öffentliche Meinung am Vorabend des Krieges österreichisch-patriotisch. Eine Ausnahme bildeten lediglich die radikal-demokratischen Emigranten um J. V. Frič. Ähnlich der magyarischen Emigrationsbewegung bemühten er und seine wenigen Anhänger (Fürst R. Thurn-Taxis und andere) sich darum, die Diversionen Bismarcks gegenüber Wien auszunutzen. Im Sieg der Preußen sah diese Fraktion eine Chance für die Verwirklichung ihrer Vision von einem selbständigen und neutralen tschechischen Staat. Er sollte eine ähnliche Brücke zwischen Slaven und Germanen bilden wie die Schweiz oder Belgien zwischen Romanen und Germanen. Vergebens warben sie um die Unterstützung durch die Jungtschechen. Diese aber teilten mit der gesamten tschechischen Öffentlichkeit die – nicht unberechtigte – Angst vor einer preußischen Annexion. Wie der Krieg von 1866 erneut zeigte, waren die Geschicke der Deutschen und der Tschechen unauflöslich miteinander verbunden: Der erste Akt des Kampfes um die Vereinigung Deutschlands spielte sich in Böhmen ab, und der erste Anlauf zu einer tschechischen staatlichen Unabhängigkeit stand in einer paradoxen Verbindung mit Bismarck.

Die österreichische Niederlage erschütterte die Tschechen nicht so tief wie die Austrodeutschen. Der deutsche Nationalstaat im weiten Norden, der föderativ sein sollte, und die vermeintliche Selbständigkeit der süddeutschen Staaten erschienen den Tschechen kaum als eine akute Gefahr. Die Verdrängung der Monarchie aus Deutschland, die zugleich die staatsrechtliche Zugehörigkeit der böhmischen Länder zu Deutschland beendete, nahm die tschechische Seite mit unverhohlener Zufriedenheit zur Kenntnis. Aufflammende Hoffnungen auf eine föderative Umgestaltung der Monarchie wurden jedoch bald enttäuscht. Obwohl die liberalen Reformen nach 1866 für die Tschechen nicht ohne Nutzen waren, rief der Dualismus

jedoch einen Sturm der Entrüstung hervor. Die tschechische Führung griff wieder auf das maximale staatsrechtliche Programm (Trialismus) und auf die Taktik des passiven Widerstandes (Boycott aller zisleithanischen Institutionen) zurück. Demonstrativ bemühte man sich wieder um die Unterstützung Rußlands und Frankreichs. Die böhmischen Länder wurden damals zum Schauplatz mächtiger Manifestationen der Opposition. An den Protestkundgebungen, den sog. *tábory*, nahmen in den Jahren 1868 bis 1871 Hunderttausende teil. Diese Bewegung wurde von neuen demokratischen Kräften geführt und bezog auch die bisher passiven Bauern und Arbeiter mit ein. Dabei fiel den Selbstverwaltungsorganen eine große Rolle zu. Sie waren während der preußischen Besetzung an die Stelle der österreichischen Behörden getreten und hatten dadurch an Bedeutung und Selbstbewußtsein gewonnen. Diese *tábory* verfehlten auch in Wiener Hofkreisen ihre Wirkung nicht. Dem nachgezogenen Ausgleich mit den Tschechen (1871) leistete die deutsch-liberale Regierung heftigen Widerstand. Aber der Ausgleich gewann im Zusammenhang mit den französisch-preußischen Spannungen an Dringlichkeit. Hier zeigte sich wieder der Zusammenhang zwischen der deutschen Frage und der Lösung des tschechischen Problems in Österreich.

Auch um 1870 war die Haltung der tschechischen Politik weder eindeutig noch einheitlich. Das nationale Interesse konnte sich nur bedingt mit dem Frankreichs oder Preußens identifizieren. Die Presse *Skrejšovskýs*, eines der bedeutendsten tschechischen Führer, den seine Abneigung gegenüber Österreich schon 1866 in die Nähe der *Frič*-Gruppe gerückt hatte, gab jetzt die Losung aus, daß der Sieger an der Seine den Tschechen gefährlicher sei als der Sieger an der Oder<sup>1</sup>. Die anderen Führer, besonders die Jungtschechen, neigten eher zu Frankreich. Sie nahmen an, daß der preußische Triumph die Unnachgiebigkeit der Austrodeutschen stärken werde. Das bonapartistische Regime stand aber immer unter dem Verdacht, es wolle im Falle eines Sieges „in die alten Bahnen von vor 1866“ zurückklenken und die „deutsche Mission“ Österreichs erneuern. Dies wäre mit dem Interesse der Tschechen kaum in Einklang zu bringen gewesen<sup>2</sup>.

Bereits nach den ersten Wochen nahm in den Augen der Tschechen der deutsch-französische Krieg auf preußischer Seite einen zunehmend aggressiver und abstoßender werdenden Charakter an. Eine deutsche Zeitung in Prag schrieb: Jetzt müßten sich die tschechischen Führer „als Mitgeschlagene fühlen ... und wähnen, daß das künftige deutsche Kaiserreich schon morgen anfangen wird, die tschechische Nation mit Feuer und Schwert auszurotten“<sup>3</sup>. Abscheu und zugleich Respekt vor der preußischen Kriegsmaschinerie steigerten sich besonders, nachdem die Mainlinie aufgehoben worden war. Aber dann beruhigte sich die tschechische Öffentlichkeit mit dem Hinweis auf die anderen europäischen Mächte, die

<sup>1</sup> „Politik“ v. 21., 24., 28.7.1870.

<sup>2</sup> „Politik“ v. 17.7.1870; „Pokrok“ v. 12., 14.8.1870; „Národní listy“ v. 21., 23.7.1870.

<sup>3</sup> „Tagesbote aus Böhmen“ v. 13.8.1870.

sich „um die Bewahrung des Gleichgewichtes sorgen werden“<sup>4</sup>. Bei den Altschechen überwogen dabei Hoffnungen auf Rußland; die Jungtschechen richteten ihre Blicke eher auf die französische Republik; deshalb wurde die Pariser Commune hier nicht so scharf beurteilt.

Am Vorabend der Gründung des Deutschen Reiches hielt es das führende Gremium der Tschechen, der Abgeordnetenclub, für nützlich, seine Einstellung öffentlich bekanntzumachen. In einer feierlichen Erklärung, die alle tschechischen Zeitungen am 11. 12. 1870 abdruckten, wurde zwar das Recht der Deutschen auf staatliche Einheit unter der Bedingung freiwilliger Zustimmung der betroffenen „Stämme“ anerkannt, gleichzeitig aber die Sympathie für das unterlegene Frankreich betont und vor preußischen Annexionen gewarnt. Die Grundlage des Dokuments war das moderne Prinzip des nationalen Selbstbestimmungsrechtes. Damit bezog sich dieses Dokument auf die inneren Verhältnisse der Monarchie, denn „Österreich [sollte] auf der Grundlage der freien Selbstbestimmung umgestaltet“ werden. Damit wollte man die Lösung der tschechischen Frage auf die Tagesordnung setzen.

Nachdem die Hoffnungen auf Revanche für Sadowa begraben waren und Österreich-Ungarn gezwungen war, sich mit Berlin zu arrangieren, bemühte sich Wien um eine innere Festigung des Staates gegenüber Deutschland. Die Abneigung der Hofkreise gegen die liberale Regierung erhielt nun neue Impulse: Die Zuverlässigkeit der deutsch-liberalen Partei wurde durch propreußische Tendenzen in ihren Reihen untergraben. Das veranlaßte den Kaiser, Stütze in der bisherigen konservativen, aber österreichisch-patriotischen Opposition zu suchen. Zu dieser Opposition gehörten auch zwei Deutschland benachbarte Völker, die Polen und die Tschechen. Eine teilweise Erfüllung ihrer Hoffnungen sollte diese Völker an Wien binden und einen Damm gegen eventuelle zentrifugale Tendenzen der Austrodeutschen errichten. Die im Rahmen des Dualismus geplante Autonomie Galiziens und Böhmens (Subdualismus) wurde auf einer konservativen Grundlage konzipiert: Sie sollte von den konservativen Kabinetten im Einvernehmen mit den konservativ-aristokratischen Fraktionen durchgeführt werden. Diese standen an der Spitze der polnischen Repräsentation oder hatten sich – wie bei den Tschechen – bereits eine führende Stellung erobert. Der konservative Charakter dieser autonomistischen Reform in Galizien wirkte auf die austrodeutschen liberalen Kreise nicht so negativ wie die gleichgeartete Umgestaltung in Böhmen. Der Grund dafür lag eher in nationalen als in politischen Interessen. „Man kann ... recht gut polonisieren und magyarisieren“, schrieb damals Ignaz Plener, „man kann aber nicht die Deutschen czechisieren.“<sup>5</sup> Im Gegensatz zu Galizien oder Ungarn wurde die deutsche Dominanz in den böhmischen Ländern und die unge-

<sup>4</sup> „Pokrok“ v. 12. 8. 1870.

<sup>5</sup> Paul Molisch (Hrsg.), Briefe zur deutschen Politik in Österreich 1848 bis 1918 (Wien – Leipzig 1934) 75.

störte Verbindung mit den „Sudetendeutschen“ als eine elementare Voraussetzung der nationalen Existenz und Stärke des Austrodeutschtums angesehen. Selbst nach Plener gefährdete daher die Regierung des Grafen Hohenwart mit einigen polnischen und tschechischen Ministern nicht die Deutschen in Österreich, dies um so weniger, als im Rahmen der Autonomie Böhmens ein großzügiger rechtlicher Schutz für die deutsche Minderheit geplant war. Doch das Gefühl der nationalen Schwächung durch die Ereignisse der Jahre 1866–67 einerseits und das durch die preußischen Triumphe wieder auflebende Selbstbewußtsein andererseits machten die österreichischen Deutschen noch weniger kompromißbereit als früher – zumindest den Tschechen gegenüber. Das Projekt des böhmischen Ausgleichs, die sog. Fundamental-Artikel, scheiterten im Herbst 1871, als die vereinte Front der Gegenspieler mit den liberalen Deutschen und Magyaren an der Spitze Unterstützung von seiten des offiziellen Deutschland erhielt.

Wie üblich war auch in diesem Fall die Politik Bismarcks keineswegs einfach. Gleichzeitig mit der Intervention gegen die Errichtung eines tschechischen Nationalstaates an der Grenze Deutschlands – obwohl eine begrenzte Autonomie Böhmens von einer wirklichen Staatlichkeit sehr weit entfernt war – bestätigte der Kanzler Deutschlands Interesse an der Existenz und Unteilbarkeit der Habsburger Monarchie. Bismarck war immer der Ansicht, daß die Habsburger Monarchie „für Deutschland ein Bedürfnis des Gleichgewichtes in Europa“ sei<sup>6</sup>. Gegenüber der Donaumonarchie gab Bismarck die Saturiertheit Deutschlands fast zehn Jahre früher zu erkennen als gegenüber Frankreich. Das Verhältnis zu Österreich sah er auf der Grundlage von zwischenstaatlichen Beziehungen und auf dem Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten begründet. Er sah es nicht national. Zu den Austrodeutschen hatte er ein vergleichsweise kaltes und teilnahmsloses Verhältnis; als Liberale und Katholiken waren sie ihm fremd; darüber hinaus hielt er sie für stark genug, um die Dominanz in der Monarchie zu erhalten.

Bismarcks Überzeugung, daß dieser Teil Europas nur auf der Grundlage der historischen Staaten organisierbar sei – „die Errichtung von kleinen Nationalstaaten im Osten Europas ist unmöglich“<sup>7</sup> –, hatte zwar eine Distanzierung von „alldutschen“ Tendenzen unter den Austrodeutschen zur Folge, gleichzeitig bedeutete sie jedoch die Negierung staatsrechtlicher Ansprüche anderer, besonders der slavischen Völker dieser Region, also vor allem der Polen und der Tschechen. *Conditio sine qua non* der Bismarckschen Politik gegenüber der Habsburger Monarchie war die Bewahrung der dualistischen Ordnung. Die Interessenidentität zwischen Deutschland und den produalistischen Kräften in Österreich-Ungarn setzte den staatlichen Emanzipationsbemühungen der nichtdeutschen Völker der Monarchie eine Grenze, die in Zisleithanien durch die Dezemberversfassung von 1867 und

<sup>6</sup> *Otto von Bismarck*, Gedanken und Erinnerungen (Stuttgart 1959) 466.

<sup>7</sup> Zit. nach *Friedrich Gause*, Deutsch-slawische Schicksalsgemeinschaft (Würzburg 1967) 245.

einen mehr oder weniger deutsch gefärbten Zentralismus ihren Ausdruck fand. Beide Bedingungen waren ohne Veränderung der Machtverhältnisse in Mitteleuropa nicht zu ändern.

Obwohl die tschechische Elite ihre Möglichkeiten im Rahmen dieser Ordnung – etwa im Sinne der galizischen Autonomie – kaum ausgenutzt hatte, waren die Tschechen die ersten, die an diese Grenze stießen. Es kostete fast zehn Jahre vergeblichen passiven Widerstandes, bis die tschechische Politik den Raum erkundet hatte, in dem sie künftig zu agieren hatte, und bis sie die Chancen der nationalen Selbstverwirklichung und Entfaltung auch in diesem Rahmen zu realisieren begann.

Die Geschichte des wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Aufstiegs der Tschechen seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts zeigt, daß die Entfaltung der Nationalitäten dieses Raumes durch Restriktionen keineswegs so sehr blockiert wurde, wie oft angenommen wird. Auf diesem Feld sind viele Vorstellungen zu revidieren. So fällt auf, daß sich die Völker oder Volksteile ohne eigenen Staat, wie die Tschechen, die Polen in Posen und im russischen Teilgebiet, rascher entwickelten als jene „Staatsnationen“ – wie die Magyaren oder die galizischen Polen –, deren Energie durch ihre Staatlichkeit in erheblichem Umfang absorbiert wurde. Die verweigerte Staatlichkeit und der Zwang zur Konzentration auf das Feld binnenorientierter Entwicklung, auf den Aufbau und auf die Entfaltung der nationalen Gesellschaft, zeitigten beachtenswerte Erfolge.

Dennoch waren diese Lösungen der Jahre 1866/67, 1871 und 1879 für die meisten kleinen Nationen des Habsburgerreiches auf die Dauer kaum erträglich. Selbst in der Zeit der Saturiertheit Deutschlands und seiner Interessengemeinschaft mit dem dualistisch verfaßten Österreich-Ungarn gab es unzählige Konflikte. Der Druck der immer kräftiger und reger gewordenen, aber noch immer nicht gleichberechtigten Nationen nahm zu, und die Spannungen wuchsen. Das Verlassen einer Politik relativer Saturiertheit, besonders im 20. Jahrhundert, führte zu einem qualitativen Umschwung: In einem von Deutschland dominierten Mitteleuropa wurde der Raum für die benachbarten Völker so eingeengt, daß sie sich in ihren Lebenschancen bedroht fühlen mußten. Das ohnehin labile Gleichgewicht in Mitteleuropa wurde erschüttert, und die Spannungen richteten sich letzten Endes gegen Deutschland und gegen die Deutschen überhaupt. Dies bedrohte nicht nur die Nachbarn Deutschlands, sondern auch die Deutschen selbst und zerstörte ihre größte Errungenschaft aus dem 19. Jahrhundert – den deutschen Nationalstaat.

*Lothar Gall*

## Bismarcks Süddeutschlandpolitik 1866–1870

In der Stagnation seiner Politik gegenüber Süddeutschland und den süddeutschen Staaten nach 1866/67 sei, so lautete viele Jahrzehnte die vorherrschende Meinung der Historiker, eines der wesentlichen Motive Bismarcks und der preußischen Politik zu suchen, einem militärischen Konflikt mit Frankreich nach 1867, nach Überwindung der Luxemburg-Krise, zumindest nicht mehr auszuweichen. Das Ziel dieser Politik sei nun, nach 1866, darüber war man sich weithin einig, endgültig die Lösung der deutschen Frage im preußisch-kleindeutschen Sinne gewesen. Dieser Stagnationsthese hat zunächst Otto Becker<sup>1</sup> und dann, auf einer wesentlich erweiterten Quellengrundlage, vor wenigen Jahren Rolf Wilhelm<sup>2</sup> nachdrücklich widersprochen: Von einer Stagnation, gar von einem Scheitern könne keine Rede sein. Im Gegenteil. „Eine genaue Untersuchung des Verhältnisses der süddeutschen Staaten zum Norddeutschen Bund“ ergebe vielmehr, „daß in den Jahren vor dem deutsch-französischen Krieg eine Entwicklung im Gang war, die – wenn Frankreich sie hinnahm – mit großer Wahrscheinlichkeit früher oder später zum Eintritt der süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund führen mußte“<sup>3</sup>. Anders gesagt: Bismarcks Politik gegenüber Süddeutschland und den süddeutschen Staaten sei in Anlage und Durchführung durchaus erfolgreich gewesen. „War der Krieg mit Frankreich unvermeidlich“, so Wilhelm, „so war er es also nicht, weil die Einigung mit dem Süden sonst an sich nicht hätte erreicht werden können, sondern weil Frankreich aus Gründen der traditionellen Gleichgewichtspolitik die Bildung einer hochgerüsteten Großmacht in der Mitte des Kontinents, die seit Bestehen des französischen Nationalstaats föderativ organisiert und offen für den französischen Einfluß war, glaubte verhindern zu müssen.“<sup>4</sup>

Zu einer vertieften Auseinandersetzung mit dieser Auffassung ist es allerdings bisher ebensowenig gekommen wie seinerzeit mit derjenigen Otto Beckers. Ähnliches gilt, und das ist noch sehr viel erstaunlicher, für eine Studie, die die Thesen-

<sup>1</sup> Bismarcks Ringen um Deutschlands Gestaltung. Hrsg. u. ergänzt von *Alexander Scharff* (Heidelberg 1958).

<sup>2</sup> Das Verhältnis der süddeutschen Staaten zum Norddeutschen Bund (1867–1870) (Husum 1978).

<sup>3</sup> Ebd. 163.

<sup>4</sup> Ebd. 171 f.

bildung sozusagen in die andere Richtung am weitesten vorangetrieben hat: für Josef Beckers Aufsatz „Zum Problem der Bismarckschen Politik in der spanischen Thronfrage 1870“, der im Juni 1971 in der „Historischen Zeitschrift“ erschien<sup>5</sup>. Obwohl hier, wenngleich in oft eher vorsichtigen Formulierungen, der Anteil Bismarcks und Preußens am Ausbruch des Krieges von 1870 sehr akzentuiert und gegenüber den bisher in der deutschen Geschichtswissenschaft vorherrschenden Einschätzungen wesentlich neu gewichtet wurde, löste der Beitrag, wenn ich richtig sehe, kaum Reaktionen aus, schon gar nicht solche, die etwa mit dem Echo auf Fritz Fischers Neuerörterung der Kriegsschuldfrage von 1914 zehn Jahre vorher vergleichbar gewesen wären.

Beckers Untersuchung, in deren Mittelpunkt die neuerliche akribische Rekonstruktion und Analyse der Vorgeschichte und Geschichte der spanischen Thronkandidatur stand, ging in wesentlichen Punkten ihrer Argumentation von der These aus, daß Bismarcks Süddeutschlandpolitik nach 1866 im Kern gescheitert sei und schließlich kaum noch Erfolgsaussichten im Sinne ihrer eigenen Zielsetzungen geboten habe. So habe sich eine Flucht nach vorne, das „Acheronta movebo“ eines neuen Krieges geradezu aufgedrängt, eines „mit den Mitteln der klassischen Kabinettpolitik und im Geiste bonapartistischer Krisenbewältigung“ herbeigeführten „provzierten Defensivkrieges“<sup>6</sup>.

Erfolg, Stagnation, weitgehendes Scheitern – das umschreibt das Spektrum der Deutungen, die die Bismarcksche Süddeutschlandpolitik nach 1866, übrigens auch schon bei den Zeitgenossen, gefunden hat. Jede dieser Deutungen hat weitreichende Konsequenzen für die Interpretation der Bismarckschen Gesamtpolitik und insbesondere für seinen und Preußens Anteil an der Entstehung des Krieges von 1870: Es liegt auf der Hand, daß es hier stets zugleich eine Wechselwirkung gab und gibt, daß die Interpretation des Ausgangs sehr stark auch die Deutung der spezielleren Entwicklung, also die des Verhältnisses Preußens und des Norddeutschen Bundes zu Süddeutschland und den süddeutschen Staaten, bestimmt. Davon bei der Betrachtung und Analyse jener Entwicklung zu abstrahieren, ist kaum möglich und soll hier auch gar nicht versucht werden. Wohl aber erscheint es sinnvoll, jene Entwicklung etwas stärker, als dies bisher geschehen ist, unter dem Aspekt der möglichen Alternativen und der innen- und verfassungspolitischen Prioritäten zu betrachten.

Kaum etwas hat Perspektive und Einschätzung der Entwicklung nach 1866 und die Diskussion über sie nachhaltiger bestimmt als die These, es habe sich hier um eine durchaus provisorische Gestaltung der Verhältnisse, um ein Provisorium gehandelt. Sicher, das entsprach der Auffassung vieler Zeitgenossen, wenngleich nicht so vieler und vor allem nicht mit so eindeutiger Zielrichtung, wie es dann im Zeichen der weiteren Entwicklung und der schließlich eindeutig vorherrschenden

<sup>5</sup> HZ 212 (1971) 529 ff.

<sup>6</sup> Ebd. 606.

kleindeutsch-borussischen Interpretation dieser Entwicklung vielfach schien. Und sicher gab es auch eine Fülle von objektiven Elementen und Faktoren, die über die innen- und außenpolitische Situation, wie sie 1866 in Mitteleuropa entstanden war, hinausdrängten bzw. im Sinne der Wiederherstellung älterer Zustände, der Revision der „Ordnung von 1866“, hinter sie zurück wollten. Blickt man jedoch speziell auf Bismarck und auf die innere, insbesondere auch verfassungspolitische Ordnung des Norddeutschen Bundes<sup>7</sup>, so wird man entgegen der bisher vielfach vorherrschenden Provisoriumsthese sagen können, daß bei dem, was der preußische Ministerpräsident hier der speziellen Konstellation des Jahres 1866, nicht zuletzt in Beschwörung nationaler Erwartungen, abgewann, die Elemente des Definitiven deutlich überwogen. Entscheidendes, so vor allem die Stellung des Monarchen und der von ihm allein bestimmten Exekutive, Rolle und Funktion des Parlaments einschließlich des so zentralen Budgetrechts, die Position von Heer und Bürokratie, aber auch die Grundprinzipien des Wirtschaftssystems und der sozialen Ordnung und des Verhältnisses zu den Kirchen wurden von nun an niemals mehr ernsthaft zur Diskussion gestellt. Hat man dies im Auge, so hatte Heinrich von Sybel mit seiner bewußt zuspitzenden Formulierung durchaus recht: „Im Herbst 1866 war das Deutsche Reich gegründet.“<sup>8</sup>

Sybel hat daran – nicht als erster, aber mit besonders nachhaltiger Wirkung – die von Freund und Feind in der Folgezeit immer uneingeschränkter akzeptierte These geknüpft, die Nationalliberalen hätten sich im Interesse der nationalen Einheit rasch auf dieses Fundament gestellt und die darauf gegründete Politik, bei einigen Abweichungen im einzelnen und im Taktischen, im wesentlichen mitgetragen. Diese Politik sei die Politik des Anschlusses der süddeutschen Staaten an den neugegründeten Norddeutschen Bund gewesen, wie er, vor dem Hintergrund und unter den Bedingungen des Krieges gegen Frankreich im Spätherbst 1870, schließlich auch vollzogen worden sei.

Aus dieser Perspektive scheinen die Positionen und Fronten ganz klar: hier die Regierung Bismarck und die nationale Partei, sprich die Nationalliberalen und die ihr zuneigenden Kräfte im Süden Deutschlands, dort ihre gemeinsamen Gegner, eher schwach im Bereich des Norddeutschen Bundes, nach einer kurzen Zeit der Lähmung überraschend stark und an Zahl und Einfluß ständig zunehmend im Süden Deutschlands, mit der Habsburger Monarchie als ehemaliger Vormacht und heimlichem Protektor im Hintergrund. Und da, so kann man mit Heinrich Lutz die Linie ausziehen<sup>9</sup>, von dieser Basis aus die Chancen für ein internationales Revi-

<sup>7</sup> Vgl. dazu jetzt ausführlich *Klaus Erich Pollmann*, *Parlamentarismus im Norddeutschen Bund 1867–1870* (Düsseldorf 1985).

<sup>8</sup> *Die Begründung des deutschen Reiches durch Wilhelm I.*, Bd. 6 (München/Leipzig 1894) 21. Buch, 1. Kapitel.

<sup>9</sup> *Heinrich Lutz*, *Österreich-Ungarn und die Gründung des Deutschen Reiches. Europäische Entscheidungen 1867–1871* (Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1979).

sionsbündnis zwischen den direkt oder indirekt Unterlegenen von 1866 zunächst nicht schlecht schienen, hatte die nationale Partei allen Anlaß, Bismarck keine Schwierigkeiten zu machen, sondern sich ihm in der Außenpolitik als Juniorpartner ganz zur Verfügung zu stellen.

Fraglos gab es eine Reihe von Kräften in der nationalliberalen Partei und Fraktion und bei den ihr Zuneigenden im Süden Deutschlands, die diese Einschätzung teilte und daraus die entsprechenden Konsequenzen zog: Die badische Regierung unter Karl Mathy und dann, nach Mathys Tod Anfang Februar 1868, unter Julius Jolly ist dafür in ihrer Spitze ein besonders handfestes Beispiel. Aber ebenso unbestreitbar ist – die innerparteiliche Reaktion auf die Politik der badischen Regierung macht das von der anderen Seite her gleichfalls besonders anschaulich –, daß diese Kräfte dabei teilweise auf sehr scharfen Widerstand in den eigenen Reihen stießen<sup>10</sup>. Wurde dadurch doch das im Kern in Frage gestellt, was jenseits der vielbeschworenen „Kapitulation vor der Macht“ nicht nur nach außen zur Begründung der Annäherung an Bismarck und des teilweisen Ausgleichs mit ihm diente: daß die Einheit zur Freiheit führen werde und daß vor allem das konstitutionelle und liberale Erbe des deutschen Südens und Südwestens die Struktur des deutschen Nationalstaats entscheidend bestimmen, die im alten Preußen verkörperten obrigkeitstaatlichen Elemente rasch in den Hintergrund drängen werde. Damit warben vor allem die süd- und südwestdeutschen Liberalen, die vielfach vor 1866 noch großdeutsch, zumindest aber antipreußisch und jedenfalls antibismarckisch gewesen waren, für die kleindeutsche Einigung. Und ihnen zerbröckelten die Argumente und mit ihnen die Anhängerschaft umso mehr, je deutlicher wurde, worauf die nationale Einigungspolitik, sprich die Politik des preußischen Ministerpräsidenten und neuen Kanzlers des Norddeutschen Bundes, gegenüber dem Süden Deutschlands hinauslief.

Diese Politik war, wie immer bei Bismarck, vielgeisig. Sie umfaßte Elemente der klassischen Allianzpolitik ebenso wie solche der Handels- und Zollpolitik, militärpolitische Abmachungen auf verschiedenen Ebenen ebenso wie Versuche, durch offene und versteckte Beeinflussung der Presse und durch die Schaffung eines speziellen „Zollparlaments“ Druck von unten zu erzeugen – Versuche, die wie im Fall der Zollparlamentswahlen vom Frühjahr 1868 auch einmal gründlich danebengehen konnten. Im Kern aber zielte sie, alle zentralen Dokumente sprechen hier bei unbefangener Prüfung eine sehr eindeutige Sprache, ganz klar darauf, die süddeutschen Monarchen und ihre Ratgeber und Regierungen davon zu überzeugen, daß ein kleindeutscher Nationalstaat unter preußischer – und das hieß zugleich unter seiner, Bismarcks – Führung innenpolitisch, was die inneren Machtverhältnisse an-

<sup>10</sup> Vgl. dazu *Lothar Gall, Der Liberalismus als regierende Partei. Das Großherzogtum Baden zwischen Revolution und Reichsgründung* (Wiesbaden 1968).

ging, kein Instrument der Veränderung, sondern eines der Bewahrung sein werde<sup>11</sup>.

Der Tendenz dieser Politik entsprach es, daß Bismarck bei der Begründung des Norddeutschen Bundes auch und gerade nach außen die Tradition des Deutschen Bundes von 1815 sehr betonte. Und ebenso entsprach es ihr, daß der preußische Ministerpräsident die im Prager Frieden anvisierte Idee eines süddeutschen Bundes – der dann eines Tages vielleicht doch in irgendeiner Form, etwa in der eines „erweiterten Bundes“, mit dem Norddeutschen Bund würde verknüpft werden können – zu Zeiten wohl durchaus ernsthaft ventilerte. Vor allem aber fügt sich in diesen Zusammenhang, daß Bismarck die von Eduard Lasker Ende Februar 1870 im Reichstag des Norddeutschen Bundes vorgetragene Interpellation, wie die Regierung zu einem etwaigen Antrag Badens auf Aufnahme in den Bund stehe, mit ganz unerwarteter Schärfe beschied und dafür ohne weiteres eine schwere Belastung seines Verhältnisses zu den Nationalliberalen – und auch zur badischen Regierung – in Kauf nahm<sup>12</sup>: Ein liberal, über Jahre sogar parlamentarisch regierter Staat, das konstitutionelle „Musterland“ Mitteleuropas, so demonstrierte er damit, könne keine besondere Behandlung erwarten, so entgegenkommend sich seine Regierung bis hinauf zu seinem mit dem preußischen Königshaus verschwägerten Monarchen seit Jahren gegenüber Preußen und dem Norden verhalten habe. Im Gegenteil, die Richtung, die das Ganze dadurch angenommen habe, daß die Nationalliberalen versucht hätten, die Frage zu einer parlamentarischen Angelegenheit zu machen, sei ihm, Bismarck, durchaus zuwider: Initiativen und Entscheidungen auf diesem Gebiet seien allein Sache der Monarchen und der Regierungen, und er werde sich jedenfalls hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Nord und Süd und der nationalen Frage nicht von liberalen Parteiüberlegungen leiten lassen.

Bismarcks Süddeutschlandpolitik nach 1866 stand also wie der gesamte Komplex seiner sogenannten nationalen Politik, so vielfältig und auch verwirrend seine Schachzüge im einzelnen oft waren, aufs Ganze gesehen eindeutig unter dem Primat machtpolitischer Strukturentscheidungen im Inneren, wie er sie nach 1866 im Bereich des Norddeutschen Bundes durchgesetzt hatte und wie er sie um keinen Preis wieder zurücknehmen oder auch nur zur Diskussion stellen wollte, also auch nicht um den Preis rascherer Fortschritte in der Einigungsfrage. Für ihn war also der Norddeutsche Bund nicht, wie es dann die kleindeutsch-liberale Geschichtsschreibung immer wieder dargestellt hat, ein Provisorium, sondern in den entscheidenden Elementen seiner inneren Struktur etwas Definitives: eine äußere Erweiterung, so wünschenswert sie auch ihm aus nationalpolitischen und vor allem machtpolitischen Gründen schien, durfte seine innere Gestalt keineswegs in Frage stellen.

<sup>11</sup> So aus der Position der Gegnerschaft schon von den Zeitgenossen sehr klarsichtig: (*Joseph Edmund Jörg*). Die neueste Improvisation des Grafen Bismarck, in: *Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland* 61 (1868) 637 ff.

<sup>12</sup> Vgl. dazu *Becker*, *Spanische Thronfrage* (Anm. 5), 549 ff.

Da sein Spielraum angesichts dessen einigermaßen eng war und, unerwartete äußere Anstöße und Ereignisse nicht einkalkuliert, eher enger wurde – mit ihrer Fortdauer überzeugten sich die streng monarchischen Kräfte in Bayern und Württemberg und auch die dortigen Monarchen zunehmend von der Haltbarkeit der neuen Verhältnisse –, stellte er sich selber und suchte er vor allem seine Umgebung und die ihm zugängliche Öffentlichkeit auf immer längere Fristen einzustellen. Leicht war das angesichts der Erwartungen, die das Jahr 1866 geweckt hatte, nicht und auch nicht ungefährlich: Zumal in der nationalliberalen Partei wuchs die Unruhe, und auf sie war er angesichts seines sich ständig verschlechternden Verhältnisses zu den Konservativen im Hinblick auf den Haushalt und die Gesetzgebung mehr als je zuvor angewiesen. Es kann jedoch keine Rede davon sein, daß er auch nur einen Augenblick erwogen habe, von seinem bisherigen Kurs in der Einigungsfrage abzuweichen. Er war und blieb offenkundig überzeugt, daß er die Sache erfolgreich werde durchstehen können.

Für die Nationalliberalen hingegen sah das Ganze sehr viel anders aus. Sie waren die nationale Partei schlechthin. Darauf, auf der Bündelung der Erwartungen, die sich auf den deutschen Nationalstaat in der jetzt praktisch nur noch denkbaren kleindeutschen Form richteten, beruhte ganz wesentlich ihre Anziehungskraft. Je mehr sich die Verhältnisse von der neuen Basis aus verfestigten, desto mehr war, zumal im Süden Deutschlands, diese Anziehungskraft bedroht: Die Zollparlamentswahlen von 1868, aber auch die anschließenden Landtagswahlen zeigten das in sehr dramatischer Form. Dabei kam, wie gesagt, hinzu, daß ihr neuer Partner, der preußische Ministerpräsident und Kanzler des Norddeutschen Bundes, wenig dazu tat, die innenpolitischen Erwartungen zu nähren, die breitere Volksschichten mit der nationalen Einigung verbanden. Im Gegenteil. Mit dem preußischen Heersystem, das die süddeutschen Staaten in mehr oder weniger modifizierter Form nach 1866 einführten, mit den Kosten, die es verursachte, mit der Verfassung des Norddeutschen Bundes und ihrer Praxis, mit den außen- und handelspolitischen Überlegenheitsgebärden der Vor- und Großmacht zeigten sich Preußen und sein Regierungschef immer wieder von einer eher unvorteilhaften Seite. Die Warnungen der politischen Gegner vor einer „Verpreußung“ des Südens, vor einem Verlust der eigenen Freiheiten, der eigenen Lebensart, der eigenen Traditionen, vor dem Aufgehen in einem autoritären „Kasernenstaat“, fanden hier in der Wirklichkeit ständig neue Nahrung.

„Ein einiges Deutschland haben wir gewollt, aber kein durch Annexion vergrößertes Preußen. Und das ist der Inhalt und der Ausgang der norddeutschen Bundesverfassung“, erklärte selbst ein eher auf dem rechten Flügel der Liberalen angesiedelter Mann wie der damalige württembergische Justizminister und spätere Ministerpräsident Hermann von Mittnacht 1867 in einer Wahlrede<sup>13</sup>. Angesichts des-

<sup>13</sup> *Walter Seefried*, *Mittnacht und die deutsche Frage* (Stuttgart 1928) 71. Weit schärfer hieß es in dem in Mannheim erscheinenden „Organ der deutschen Volkspartei“, dem „Deutschen Wochenblatt“, also dem Sprachrohr der süddeutschen Demokraten, der Entwurf für eine

sen begannen sich in der nationalen Partei die Hoffnungen mehr und mehr auf ein neuerliches großes und massenbewegendes, die Szenerie von Grund auf veränderndes außenpolitisches Ereignis, auf einen einheitsstiftenden Konflikt zu richten. Eduard Lasker, der immer wieder betonte, die Verfassung des Norddeutschen Bundes müsse nach der Aufnahme der süddeutschen Staaten gründlich revidiert werden<sup>14</sup>, soll in dieser Beziehung schon 1868 in seinem sächsischen Wahlkreis erstaunliche Reden gehalten haben<sup>15</sup>, und jedenfalls wuchs seit 1869 im kleindeutsch-nationalen Lager die Zahl der Stimmen beträchtlich an, die auf ein entschlossenes Vorgehen in der Einigungsfrage, ja auf einen Konfrontationskurs gegenüber Frankreich drängten<sup>16</sup>: Das Kaiserreich sollte klar vor die Alternative gestellt werden, die kleindeutsche Einigung hinzunehmen oder einen Nationalkrieg zu riskieren.

Mehr als Reden und Zeitungsartikel standen freilich der nationalen Partei nicht zu Gebote, und seit Schleswig-Holstein glaubte Bismarck genau zu wissen, was von der Kraft und Selbständigkeit solcher „publizistischer“ Bewegungen zu halten sei. Immerhin aber hielt er es, neben den schon genannten Motiven, doch für geboten, anlässlich der Baden-Interpellation Laskers die Grenzen liberaler Aktivitäten und Initiativen auf dem Gebiet der auswärtigen Politik noch einmal ganz scharf zu markieren. Ob er selber die Dinge vielleicht im Kern ähnlich sah, spielte dabei keine Rolle. Er wäre wohl im Gegenteil eher geneigt gewesen, etwaige eigene Pläne in dieser Richtung zurückzustellen, als auch nur den Anschein zu erwecken, der Wunsch nach Fortschritten in der Einigungsfrage sei möglicherweise ein Nasenring, an dem man ihn schließlich doch in eine Richtung führen könne, in die er nicht wollte.

Von einer Partnerschaft mit taktischen Divergenzen zwischen Bismarck und den Nationalliberalen kann also bei genauerem Zusehen auch und gerade hinsichtlich der Einigungsfrage nach 1866 in keiner Weise die Rede sein. Die Erwartungen und Zielsetzungen beider Seiten klafften vielmehr immer weiter auseinander. „Auf das große Programm Bismarcks in der süddeutschen Frage“, schrieb Hermann Baumgarten Anfang März 1870 an Heinrich v. Treitschke, „gebe ich sehr wenig. Es ist vor der Hand nichts als eine Phantasie, eine ferne Möglichkeit, der er selber nach Kräften die realen Bedingungen raubt. Denn was wir heute in Bayern und

Verfassung des Norddeutschen Bundes sei der „Versuch, ein Militärgesetz zur Verfassung zu erheben, die nationalen Wünsche und Bestrebungen des Volkes mit der gleichförmigen Uniformierung, gleichen Bewaffnung und gleichen Dressur abzuspeisen und den Drang des Volkes für freiheitliche Entwicklung zur Stärkung der Macht des Staates, zur Stütze des Königtums in seinen willkürlichen Ausschreitungen zu mißbrauchen“: 23. Februar 1869, in: *Karl-Georg Faber, Die nationalpolitische Publizistik Deutschlands 1866–1871. Eine kritische Bibliographie*, Bd. 1 (Düsseldorf 1961) 219.

<sup>14</sup> Vgl. etwa seine Rede vom 28. 4. 1867: *Faber, Nationalpolitische Publizistik* (Anm. 13), 208.

<sup>15</sup> *Becker, Spanische Thronfrage* (Anm. 5), 550 f.

<sup>16</sup> An ihrer Spitze stand bereits seit 1867 die in Leipzig von Gustav Freytag (seit 1869 gemeinsam mit Julius Eckardt) herausgegebene Zeitschrift „Die Grenzboten“.

Württemberg sehen, das ist wesentlich die Frucht dieser grundverkehrten Politik, die Feinde zu schonen und die Freunde mit Füßen zu treten. Dieser Politik hat er am 24. Februar“ – dem Tag seiner Antwort auf die Interpellation Laskers – „die Krone aufgesetzt.“ Und fünf Tage später: „Bismarck weiß vom Süden nichts und seine sehr mittelmäßigen Gesandten nicht mehr. Außerdem aber – und das ist die Hauptsache – steht das Fundament seiner Weltanschauung dem entgegen, was unser Volk wollen muß.“<sup>17</sup>

Bismarck gab sich über diese Stimmung und Einschätzung keinen Illusionen hin. Er wußte in jeder Phase nur zu gut – eine Fülle von Äußerungen bei unterschiedlichster Gelegenheit machte das sehr deutlich –, daß die Mehrheit der Nationalliberalen mit der Einigung und Einheit Hoffnungen verband, die mit dem, was er politisch, allgemein und für sich persönlich anstrebte, letztlich unvereinbar waren. In diesem Sinne war die Einigung hier wie dort kein Wert an sich, für den man letztlich fast jeden Preis zu zahlen bereit gewesen wäre, sondern in beiden Fällen ein Mittel zu unterschiedlichen Zwecken und Zielen, ein Faktor in einer Kosten-Nutzen-Rechnung, die jeweils sehr verschieden aussah.

Ist man an diesem Punkt angelangt, so ordnen sich die Fakten und Problemzusammenhänge im Verhältnis zwischen Norddeutschem Bund und Süddeutschland nach einem sehr klaren Muster. Von einem Versuch des wirklichen Werbens Bismarcks um Süddeutschland, um seine Bevölkerung und seine einzelnen Parteien kann danach definitiv keine Rede mehr sein. Es ging ihm zu keinem Zeitpunkt um die Entfesselung einer Anschlußbewegung: Sie würde, darüber war er sich vollständig im klaren, und die Mehrheit der Nationalliberalen ließ darüber auch keinen Zweifel aufkommen, im Falle des Erfolges sogleich verstärkte politische Ansprüche geltend machen. Worum es ihm ging, war, gleichsam objektive Bindungen und strukturelle Einflußmöglichkeiten zu schaffen, im Heerwesen, in der Handels- und Zollpolitik, durch Allianzautomatismen, durch Angleichung gesetzlicher Normen auf vielen Gebieten. Es sollte so ein immer dichter werdendes Geflecht entstehen, das schließlich die Monarchen und ihre Regierungen auch in dieser Hinsicht aus Gründen der Staats- und Machtrason zum Anschluß an den Norden veranlassen würde.

Charakteristisch dafür ist, daß Bismarck auch hier Ende der sechziger Jahre den Hauptansatzpunkt, Druck auszuüben, wieder, wie zu Beginn seiner Amtszeit, in den Zollvereinsverträgen und ihrer Verlängerung sah: Sie bildeten die Interessensklammer, die Nord und Süd seit Jahrzehnten verband und deren Existenz selbst im Lager der eingefleischtesten „Partikularisten“ nur von ganz wenigen in Frage gestellt wurde<sup>18</sup>. Alle seine Mahnungen zur Geduld, seine Warnungen vor dem

<sup>17</sup> 7. bzw. 12. März 1870: Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks. Eine politische Briefsammlung, Bd. 1. Hrsg. v. *Julius Heyderhoff* (Bonn/Leipzig 1925) 464 bzw. 466.

<sup>18</sup> Ein Beispiel für eine solche grundsätzlich argumentierende Kritik am Zollverein bei *Bekker*, *Spanische Thronfrage* (Anm. 5), 522, Anm. 52, der freilich dessen Tragweite m. E. etwas überschätzt.

„Abschlagen unreifer Früchte“<sup>19</sup> muß man vor diesem Hintergrund sehen. Sie beruhen auf der entschiedenen Ablehnung des Gedankens, daß der deutsche Nationalstaat schließlich doch noch aus einem Akt kollektiver Selbstbestimmung hervorgehen könnte, mit all den politischen Konsequenzen, die das zu haben drohte.

Denn auch wenn sich die gegenteilige Meinung tief eingewurzelt hat: Was die Nationalliberalen um Eduard Lasker als Konzeption entwickelten, bildete durchaus eine Alternative. Und niemand kann im nachhinein sagen, wie sich die französische Seite entschieden hätte, wenn sie vor die Wahl gestellt worden wäre, sich dem parlamentarisch abgesicherten und legitimierten Anschluß Badens mitsamt allem, was davon an Impulsen ausgehen konnte, zu beugen oder einen Krieg auszulösen. Daß andererseits eine Kriegserklärung wegen Baden und seiner Anschlußentscheidung auf deutscher, sprich süddeutscher Seite nicht die gleichen Konsequenzen gehabt hätte wie die Vorgänge im Juli im Zusammenhang mit der spanischen Thronkandidatur, ist angesichts der Haltung auch der großdeutsch-katholischen und „partikularistischen“ Kräfte gegenüber Frankreich<sup>20</sup> nur schwer zu glauben. Eines aber wäre jedenfalls anders gewesen, und das war für Bismarck entscheidend. Es wäre vom ersten Tag an ein Krieg um die deutsche Einheit gewesen mit einer ganz anderen Stellung derjenigen, die mit einem deutschen Nationalstaat durchaus andere Vorstellungen verbanden als die eines Großpreußen bzw. diejenige eines Schutzverbandes zur Aufrechterhaltung des „monarchischen Prinzips“ nach Art eines weiterentwickelten Deutschen Bundes. Mit einem Wort: Das Ganze drohte dann auch innenpolitisch zu einem Nationalkrieg zu werden, der sich leicht der Steuerung und Beherrschung entzog, auf die es Bismarck so sehr ankam und die ihm im Herbst und Winter 1870/71 unter für ihn ungleich günstigeren Bedingungen dann so meisterhaft gelang.

Hier mündet die Frage nach Bismarcks Süddeutschlandpolitik, sprich nach seiner deutschen Politik nach 1866, unvermeidlicherweise wieder ein in die Frage nach seinem Anteil an dem Ausbruch des Krieges von 1870. Sie ist hier nicht mein Thema. Ich habe an anderer Stelle meine Meinung dargelegt, daß er ihn weder bewußt und bis in die letzten Einzelheiten inszeniert habe noch aber auch ihm ausgewichen sei<sup>21</sup>. Aus dem hier Dargelegten ergibt sich zusätzlich, daß ihm, so wie sich die Dinge und vor allem auch sein Verhältnis zu der nationalen Partei, zu den Nationalliberalen entwickelt hatte, die Art und die Bedingungen, unter denen

<sup>19</sup> 20. Februar 1869, Erlaß an den Münchener Gesandten Werthern, Gesammelte Werke (Friedrichsruher Ausgabe) VI b, 2.

<sup>20</sup> Vgl. *Hugo Lacher*, Politischer Katholizismus und kleindeutsche Reichsgründung. Eine Studie zur politischen Ideenwelt im deutschen Katholizismus, 1859–1871 (Diss. Mainz 1963) 207 ff.; s. a. *Rudolf Lill*, Die deutschen Katholiken und Bismarcks Reichsgründung, in: *Theodor Schieder/Ernst Deuerlein* (Hrsg.), Reichsgründung 1870/71 (Stuttgart 1970) 345 ff., und der Beitrag v. *Heinrich Lutz* in diesem Band.

<sup>21</sup> Bismarck. Der weiße Revolutionär (Frankfurt am Main/Berlin/Wien <sup>3</sup>1981) 414 ff.

der Krieg sich ihm darbot, jedenfalls hochwillkommen waren. Sie erst erlaubten ihm die weitgehende Kontrolle des Ablaufs der Entwicklung und neben der Beherrschung der außenpolitischen auch die der innenpolitischen Risiken. So brauchte er schließlich, was die innere Gestalt des neugegründeten Reiches betraf, keine substantiellen Kompromisse einzugehen: Es blieb im wesentlichen beim bloßen Anschluß der süddeutschen Staaten an den Bund, so wie er ihn im Herbst und Winter 1866/67, auf einem Höhepunkt seiner Macht und seines politischen Einflusses, ins Leben gerufen hatte.

Daß ihm bei diesem neuerlichen Erfolg nicht nur das Glück, die Gunst der Umstände entgegengekommen seien – dieser Gedanke liegt nahe. Beweisen aber lassen sich, wie mir scheint, die darauf gegründeten Hypothesen bis heute nicht, und auch die Geschichte seiner Politik gegenüber den süddeutschen Staaten in den Jahren 1866 bis 1870 präsentiert sich bei nüchterner Betrachtung wohl doch nicht so, daß man daraus einen Zwang zu einer Flucht nach vorne ableiten müßte.

## Wilfried Radewahn

# Europäische Fragen und Konfliktzonen im Kalkül der französischen Außenpolitik vor dem Krieg von 1870

Die Revision des Wiener Vertragssystems von 1815 zugunsten Frankreichs und die Ausweitung des französischen Einflusses in Deutschland, Europa und Übersee gelten heute weithin als die eigentlichen Hauptziele der Außenpolitik Napoleons III., zumindest bis 1866<sup>1</sup>. Dabei – so wird betont – ging es dem Zweiten Kai-

<sup>1</sup> *Wolf D. Gruener*, Frankreich und der Deutsche Bund 1815–1866. Aspekte französischer Deutschlandpolitik zur Zeit des Second Empire, in: *Aspects des relations franco-allemandes à l'époque du Second Empire 1815–1866*, hrsg. v. *Raymond Poidevin* und *Heinz-Otto Sieburg* (Metz 1982) 43, 45. Den Willen Napoleons III., als Erbe der bonapartistischen Außenpolitik den Deutschen Band zu zerstören, betont *Evelyn Ann Pottinger*, Napoleon III and the German Crisis 1865–1866 (Cambridge/Mass. 1966) 210. In der neueren Forschung heben mehrere Historiker hervor, wie beharrlich sich Napoleon III. darum bemühte, mit Kongreßvorschlägen und kriegerischen Mitteln die territoriale Umgestaltung Europas durchzusetzen und sich dabei ideologisch des revolutionären Nationalitätsprinzips bediente. Vgl. hierzu *William E. Echard*, Napoleon III and the Concert of Europe (Baton Rouge, London 1983); im folgenden zitiert: *Echard*, Napoleon III; *Winfried Baumgart*, Der Friede von Paris. Studien zum Verhältnis von Kriegführung, Politik und Friedensbewahrung (München, Wien 1972) 40; im folgenden zitiert: *Baumgart*, Der Friede von Paris; *N. Isser*, The Second Empire and the press. A study of government-inspired brochures on French foreign policy in their propaganda milieu (Den Haag 1974); *Raymond Poidevin/Jacques Bariéty*, Frankreich und Deutschland. Die Geschichte ihrer Beziehungen 1815–1975 (München 1982) 89 ff.; im folgenden zitiert: *Poidevin/Bariéty*, Frankreich und Deutschland; *Herbert Geuss* (Bismarck und Napoleon III. Ein Beitrag zur Geschichte der preußisch-französischen Beziehungen (Köln, Graz 1959) 71 ff.) sieht das strategische Fernziel der bonapartistischen Außenpolitik in der Errichtung einer dauerhaften französischen Hegemonie in Europa durch die Bildung abhängiger Satellitenstaaten; im folgenden zitiert: *Geuss*, Bismarck und Napoleon III. *Walter Bußmann* erinnert daran, daß die großen internationalen Spannungen der fünfziger und sechziger Jahre mit dem Streben Napoleons III. nach Veränderung der europäischen Landkarte von 1815 und dem Anknüpfen an die bonapartistische Tradition verbunden gewesen sind. Vgl. *Walter Bußmann*, Europa von der Französischen Revolution zu den nationalstaatlichen Bewegungen des 19. Jahrhunderts, in: *Handbuch der europäischen Geschichte*, hrsg. v. *Theodor Schieder*, Bd. V (Stuttgart 1981) 65.

Die sehr variable politische Taktik erläutert *Albert Pingaud*, La politique extérieure du Second Empire, in: *Revue historique* 156 (1927). Zur Mittelmeer- und Überseepolitik vgl. *Peter Hawig*, Napoleon III. und Europa. Revision eines Geschichtsbildes, aufgezeigt an der Beurteilung seiner Mittelmeerpolitik (Frankfurt a. M. 1983); *William H. C. Smith*, Napoléon III

serreich gar nicht in erster Linie um „Eroberungen“ großen Stils; vielmehr sollte Frankreichs Anspruch auf die kontinentaleuropäische Hegemonie – entsprechend der modernisierten bonapartistischen Ideologie und aufgrund des relativen ökonomisch-industriellen und soziopolitischen Vorsprungs – durch die Herstellung moderner informell-struktureller Abhängigkeiten und das propagandistische Werben mit dem nationalen und demokratischen Gedankengut der Französischen Revolution durchgesetzt, zugleich aber auch gegenüber den mißtrauischen europäischen Großmächten verschleiert werden.

Zwar wird die Außenpolitik des französischen Kaisers oftmals mit Begriffen wie Prestige- und Kompensationspolitik, Gelegenheits- oder Hegemonialpolitik richtig, aber nur unzureichend charakterisiert; sie treffen den Kern des bonapartistischen Europakonzepts und die Verpflichtung auf die „idées napoléoniennes“ nicht, welche die verschiedenen außenpolitischen Denkschulen verband. Die Europapolitik des Zweiten Kaiserreichs ging weiter, als es in dem widersprüchlichen Geflecht aus Prestige und „frontières naturelles“, aus Gleichgewichts- und Nationalitätsprinzip zunächst erscheint.

In den Grundzügen der Politik kommen die weltpolitischen Rahmenbedingungen und die Prioritäten der französischen Außenpolitik, das Ringen um Positionsverbesserungen im weltpolitischen System in der Übergangsphase zum Hochimperialismus zum Ausdruck: Im festen Willen, die Expansion Rußlands, der Hegemonialmacht des nicht mehr funktionierenden Systems von 1815, in Richtung seiner Hauptinteressenzone Balkan und Mittelmeer bis 1870 zu verhindern; im Ziel, die Macht der USA, die als mögliche zukünftige Konkurrenten Europas gefürchtet wurden, durch die Protektion eines mexikanischen Kaiserreichs mit französischen Truppen und die diplomatische Unterstützung der Südstaaten, wenn nicht gar militärische Intervention während des Sezessionskrieges einzuschränken; in der Entkräftung des säkularen Gegensatzes zu England durch die „Entente cordiale“ und die wirtschaftliche Zusammenarbeit<sup>2</sup>.

(Poitiers 1982) 243 ff.; im folgenden zitiert: *Smith*, Napoléon III. Besonders anschaulich beschreibt *Hawig* die machtpolitische, industrielle und wirtschaftliche Expansion Frankreichs im Mittelmeerraum und in Übersee sowie die eher freundschaftliche Rivalität zum liberalen England.

<sup>2</sup> Im Krimkrieg hatte allerdings die französisch-englische Allianz ihre eigentlichen Kriegsziele, die russische Weltmacht aus dem Ostsee-, Schwarzmeer- und Mittelmeerraum zu verdrängen und Polen sowie Italien als Nationalstaaten zu restaurieren, nicht erreicht. Das lag zum Teil auch am Deutschen Bund, der den Westmächten, die Rußland in Polen bekämpfen wollten, das Durchmarschrecht verweigerte. Zur Krimkriegsproblematik vgl. vor allem *Echard*, Napoleon III, 46. Nach kurzfristigen englisch-französischen Spannungen führte die liberale Wirtschaftspolitik Napoleons III. seit 1860 zu einer Vertiefung der Entente cordiale mit England und zu einer partiellen Zusammenarbeit in der Amerika-Frage. Trotz des Drucks von Ratgebern, die sich für die Südstaaten einsetzten, hat der zögernde Napoleon III. angesichts des überlegenen nordamerikanischen Millionenheeres einen französisch-amerikanischen Krieg nicht riskiert, aber gemeinsam mit England die Konföderierten Staaten von Amerika als kriegführende Partei anerkannt. Vgl. hierzu *Smith*, Napoléon III, 243. Die Ver-

Seit der mit dem Krimkrieg zugunsten Frankreichs veränderten Mächtekonstellation hat Napoleon III. immer wieder versucht, die öffentliche Meinung für ein moderneres, den Nationalstaatsgedanken begünstigendes europäisches Ordnungssystem zu gewinnen. Das war nicht leicht, weil nie alle Großmächte gemeinsam einem Kongreß zur Neukonstruktion Europas zustimmten und sogar in Frankreich selbst viele traditionsbewußte Franzosen in Regierung, Parlament und Presse dem Nationalitätsprinzip feindlich gesinnt waren. Ihnen erschienen in der Übergangsphase Europas zum nationalstaatlichen System die Gefahren für den Rang Frankreichs im europäischen Kräftefeld größer zu sein als die erreichbaren Vorteile, weil die nationalen Bewegungen eine nur schwer kontrollierbare Eigendynamik entwickeln konnten.

Drei Elemente verschmolzen in der neuen französischen Außenpolitik: Napoleons III. Wunsch, die Völker Europas (auf dem Balkan, in Italien, in Polen) von Fremdherrschaft und Unterdrückung zu befreien und ihre „nationale Einheit“ zu fördern, soweit dies für Frankreich nützlich war; die Beschwörung der in der bonapartistischen Propaganda als solide europäische Einigungspolitik dargestellten Außenpolitik Napoleons I.; schließlich die Hoffnung vieler Republikaner Frankreichs auf ein liberales, nationalstaatliches modernes Europa, ja sogar auf eine Art „Vereinigte Staaten von Europa“, die auch die aus der bonapartistischen Tradition in Italien, Spanien, Mitteleuropa und Polen erwachsenden Aspirationen hätten befriedigen können. Noch am 14. Februar 1867 rechtfertigte Napoleon III. seine Europapolitik vor zahlreichen Kritikern in Parlament und Öffentlichkeit mit der aus heutiger Sicht fortschrittlich klingenden Erklärung, die staatlichen Veränderungen in Italien und Deutschland „préparent la réalisation de ce vaste programme de l'Union des Etats de l'Europe dans une seule confédération“<sup>3</sup>. Die historisch neue

stimmung wegen der französischen und englischen Amerikapolitik hielt in den USA, die seit den riesigen Annexionen (Texas, Neu-Mexiko und Kalifornien) um die Jahrhundertmitte und der ökonomisch-territorialen Erschließung des Kontinents zu einem nicht unbedeutenden Machtfaktor wurden, bis zum deutsch-französischen Krieg an. Für Frankreich und England stellte sich vor 1870 die Frage, wie weit der amerikanische Expansionsdrang in bezug auf Mittelamerika und Kanada gehen würde. Vgl. zu den Überlegungen der französischen Regierung *Smith*, *Napoléon III*, 233; *Jean-Guy Larrégola*, *Le gouvernement français face à la guerre de sécession (II)*, in: *Revue d'histoire diplomatique* 83 (1969) 303–337. *Larrégola* zeigt, daß Frankreich und England die Teilung der USA in zwei getrennte Staaten gerne gesehen hätten.

<sup>3</sup> Abdruck der Rede Napoleons III. im offiziellen „*Moniteur universel*“ vom 15. 2. 1867 und der Tagespresse. Schon der junge Louis-Napoléon hatte 1839 in seiner Schrift „*Des idées napoléoniennes*“ (105) die Europapolitik Napoleons I. folgendermaßen erklärt: „*La politique de l'Empereur, au contraire, consistait à fonder une association européenne solide, en faisant reposer son système sur des nationalités complètes et sur des intérêts généraux satisfaits.*“ Zu dem seit der Revolution von 1848 in Kreisen der französischen Linken auftauchenden Begriff der „Vereinigten Staaten von Europa“ vgl. *Jean-Baptiste Duroselle*, *Vom historischen Erbfeind zum europäischen Partner*, in: *Europa und die Einheit Deutschlands. Eine Bilanz nach 100 Jahren*, hrsg. v. *W. Hofer* (Köln 1970) 66.

Idee einer Europäischen Konföderation auf der Basis des antirussischen Systems von 1856 hat dem französischen Kaiser und einigen seiner Berater den Ruf von weitblickenden, aber gescheiterten europäischen Patrioten, von Politikern des 20. Jahrhunderts, eingetragen<sup>4</sup>.

Für die Zeit nach 1866 und die unmittelbare Vorgeschichte des Krieges von 1870 dagegen sind die Interpretationen über Motive und Ziele der französischen Außenpolitik sehr widersprüchlich. Verfolgte Napoleon III. eine konsequente Status-quo-Politik, um das System der Mainlinie zu garantieren<sup>5</sup>, wollte er den Rhein erobern und das System von 1866 annullieren<sup>6</sup>, oder hätte das Empire libéral sogar eine Reichsgründung hingenommen, wenn sie das Ergebnis einer liberalen Politik gewesen wäre<sup>7</sup>? War der Krieg lediglich die Folge einer französischen Prestigepolitik in der spanischen Thronkandidaturfrage, die Preußen um jeden Preis, selbst auf die Gefahr eines Krieges hin, demütigen wollte<sup>8</sup>, oder hat nach Jean-Baptiste Du-

<sup>4</sup> *Echard*, Napoleon III, 308; *E. Lousse*, La véritable place de Napoléon III dans l'histoire de l'Europe, in: Napoléon III et l'Europe (London, Paris 1966) 117; *Franco Valsecchi*, Das Zeitalter Napoleons III. und Bismarcks (1854–1878), in: *Historia Mundi* X (München 1961) 58 ff., 73, 77; *Suzanne Desternes/Henriette Chandet*, Napoléon III, homme du XX<sup>e</sup> siècle (Paris 1961); *Georges Roux*, Napoléon III (Paris 1969).

<sup>5</sup> *Gerhard Ritter*, Die Politik Napoleons III. und das System der Mainlinie. Korrespondenzblatt des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine, Jg. 80, Nr. 3 (Berlin 1932) 178 ff.; *ders.*, Europa und die deutsche Frage (München 1948) 93. *Ritter* sieht den Ursprung des Krieges von 1870 weder in deutschen noch französischen Angriffs- oder Eroberungsplänen, sondern als Ergebnis des Aufeinanderpralls zweier diplomatischer Offensiven (Dreibundverhandlungen – Thronkandidatur), von denen jede den Gegner schachmatt zu setzen versuchte. Ebenso hebt die französische Status-quo-Politik hervor *Andreas Hillgruber*, Bismarcks Außenpolitik (Freiburg 1972).

<sup>6</sup> *Hermann Oncken*, Die Rheinpolitik Kaiser Napoleons III. von 1863 bis 1870 und der Ursprung des Krieges von 1870/71. Nach den Staatsakten von Österreich, Preußen und den süddeutschen Mittelstaaten, 3 Bände (Osnabrück 1926); im folgenden zitiert: *Oncken*. Die überspitzten Thesen Onckens werden der bonapartistischen Europakonzeption nicht gerecht. Dennoch ist es nicht völlig abwegig, wenn er die Ursache des deutsch-französischen Krieges von 1870 in seiner Vorgeschichte und nicht allein in der Julikrise von 1870 sucht. Die Vision von einem bonapartistischen Europa und die zielstrebige Reichsgründungspolitik Bismarcks seit 1866/67 waren nicht miteinander zu vereinbaren.

<sup>7</sup> *Elisabeth Fehrenbach*, Preußen-Deutschland als Faktor der französischen Außenpolitik in der Reichsgründungszeit, in: Europa und die Reichsgründung. Preußen-Deutschland in der Sicht der großen europäischen Mächte 1860–1880, hrsg. v. *Eberhard Kolb*, HZ, Beiheft 6 (München 1980) 110, 137. Ähnlich *E. Eyck*, Bismarck, Bd. II (Erlenbach, Zürich) 456, 483. *M. Wenzel*, Die Politik Napoleons III. an den süddeutschen Höfen 1866–1870, Phil. Diss., Masch. (Freiburg 1950) widerspricht den Thesen *Eycks*, daß die Politik Napoleons III. nie friedlicher gewesen sei als gerade im Frühjahr 1870 und Frankreich die deutsche Einheit nicht verhindert hätte, wenn das deutsche Volk sie in allen seinen Teilen gewollt hätte.

<sup>8</sup> *Eberhard Kolb*, Der Kriegsausbruch 1870. Politische Entscheidungsprozesse und Verantwortlichkeiten in der Julikrise 1870 (Göttingen 1970) 84 f., 145 f.; zitiert im folgenden: *Kolb*, Der Kriegsausbruch 1870; *Gerhard Ritter*, Europa und die deutsche Frage (München 1948) 93. Ähnlich wie *Ritter* sieht *Jochen Dittrich* die Julikrise von 1870 als diplomatische Machtprobe. Im Gegensatz zu *Ritter* und *Kolb*, nach denen die französische Regierung den Krieg

roselle „die französische Kriegserklärung vom 16. (!) Juli 1870 nur recht wenig mit der Hohenzollern-Kandidatur für den spanischen Thron zu tun, ebensowenig wie mit der angeblichen ‚Beleidigung‘ durch die Emser Depesche. Napoleon III. strebt nicht nur nach einem Erfolg für sein Regime ..., sondern sucht auch zu verhindern, was er für eine tödliche Bedrohung Frankreichs hielt, nämlich die Union zwischen dem Norddeutschen Bund und den vier süddeutschen Staaten?“<sup>9</sup> Ähnlich argumentiert auch Raymond Poidevin, der auf der Linie der deutsch-französischen Vereinbarungen von 1951 über strittige Fragen europäischer Geschichte bleibt, wenn er schreibt: „Der Deutsch-Französische Krieg ging auf den grundlegenden Gegensatz zwischen den politischen Zielen Bismarcks und Napoleons III. zurück: Deutschland wollte seine Einheit vollenden, und Frankreich wollte dies um jeden Preis verhindern.“<sup>10</sup>

Obwohl Napoleon III. im Prinzip die Gültigkeit des Nationalitätsprinzips für Deutschland anerkannte, hat er bis 1870 mehrfach in widersprüchlicher Weise und mit interessenbedingter Motivation seine Meinung in der deutschen Frage geändert. Letztlich blieb er der bonapartistischen Staatsräson verpflichtet, so flexibel auch immer er sie innerhalb der Grundlinien seiner Außenpolitik interpretierte. Zur Zeit des Krimkriegs hätte er gerne eine Dreiteilung Deutschlands in Preußen, Österreich und die deutschen Mittelstaaten, die Restauration Polens und eine neue

zwar nicht um jeden Preis wünschte, diesen aber auch nicht, falls nötig, ausschloß, kann *Dittrich* bei Napoleon III. und Gramont trotz kriegerischer Verlautbarungen keinen Kriegswillen feststellen. *Eberhard Kolb* betont dagegen die hohe Verantwortlichkeit der französischen Regierung durch die schrittweise Eskalation der Krise und die Kriegserklärung, während *Dittrich* die Kriegsursache in der spannungsgeladenen Situation sieht, die stärker gewesen sei als die berechnende Politik der Staatsmänner. Vgl. hierzu *Jochen Dittrich*, Bismarck, Frankreich und die spanische Thronkandidatur der Hohenzollern. Die „Kriegsschuldfrage“ von 1870 (München 1962); *ders.*, Ursachen und Ausbruch des deutsch-französischen Krieges 1870/71, in: Reichsgründung 1870/71, hrsg. v. *Theodor Schieder/Ernst Deuerlein* (Stuttgart 1970) 94; zu den Grundproblemen und Tendenzen der Forschung vgl. *Lothar Gall*, Europa auf dem Weg in die Moderne 1850–1890 (München, Wien 1984) 61, 157 ff.

<sup>9</sup> *Jean-Baptiste Duroselle*, Die europäischen Staaten und die Gründung des Deutschen Reiches, in: Reichsgründung 1870/71, hrsg. v. *Theodor Schieder/Ernst Deuerlein* (Stuttgart 1970) 390. Auf deutscher Seite hat *Eberhard Kolb* die Bedeutung der Thronkandidatur Leopolds von Hohenzollern-Sigmaringen und der Emser Depesche als eines kriegsverursachenden und kriegsauslösenden Schrittes wesentlich geringer gewichtet, als es seit den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts bei der Interpretation der Bismarckschen Politik in der Absicht geschieht, die Verantwortlichkeit Bismarcks für den Kriegsausbruch festzustellen. Vgl. *Kolb*, Der Kriegsausbruch 1870, 136 f. Die Revision der Interpretation der Emser Depesche hatte schon 1961 *William L. Langer*, Red Rag and Gallic Bull. The French Decision for War 1870, in: Europa und Übersee, Zechlin-Festschrift (Hamburg 1961) 135–154 versucht. Für den Kriegsschluß der französischen Regierung habe die Emser Depesche keine überragende Rolle gespielt.

<sup>10</sup> *Poidevin/Bariéty*, Frankreich und Deutschland, 108.

Struktur Italiens gesehen<sup>11</sup>. 1857/59 dachte er sogar an eine Zerstückelung der Donaumonarchie, um Österreich zu schwächen<sup>12</sup>. Im Italienkrieg führte schließlich die Mobilisierung der Truppen des Deutschen Bundes im Einverständnis mit England und Rußland zum Abbruch der gegen Österreich gerichteten Aktion. Grundsätzlich ist festzuhalten, daß im Krim- und im Italienkrieg die Haltung Preußens und des Deutschen Bundes in entscheidender Weise dazu beitrug, die Durchsetzung der von Frankreich angestrebten Kriegsziele zu behindern. Die Geiztheit der Regierung Napoleons III. wich ab 1860 einem deutlich erkennbaren Werben um Berlin, dessen Modernisierungsversuche in der bonapartistischen Propaganda mit Wohlwollen dargestellt wurden. So schrieb E. About, der als Sprachrohr Napoleons III. galt: „La Prusse personnifie la nationalité allemande, la réforme religieuse, le progrès commercial, le libéralisme constitutionnel. Elle est la plus grande des monarchies vraiment germaniques; les consciences y sont plus libres, les lumières plus abondantes, les droits politiques plus étendus que dans la plupart des états allemands. C'est elle qui, en fondant le Zollverein, a préparé les voies au libre échange.“<sup>13</sup> Reduziert man das positiv eingefärbte Bild Preußens zur Zeit der liberalen Ära auf seinen außenpolitischen Kern, ist die Intention leicht erkennbar: Es sollte eine französisch-preußische Annäherung sowohl im wirtschaftlichen als auch im politischen Bereich vorbereitet werden. Wiederholt wurde Preußen auch nach dem Amtsantritt Bismarcks aufgefordert, eine nationaldeutsche Politik zu betreiben und sich Frankreich als Allianzpartner zu nähern<sup>14</sup>. Mit dieser Strategie schürte die französische Regierung die preußisch-österreichische Rivalität im Deutschen Bund. Mehr als eine kontrollierte Expansion Preußens fürchtete Napoleon III. nämlich Österreich als „ennemie séculaire“ Frankreichs (Rothan), als Vormacht eines zur politischen Herrschaft und zur Zollunion strebenden Mitteleuropa Schwarzenbergischer oder Bruckscher Provenienz.

<sup>11</sup> *Echard*, Napoleon III, 46 ff.; *St. Bóbr-Týlingo*, Napoléon III, l'Europe et la Pologne (Rom 1963) 268; *Baumgart*, Der Friede von Paris, 40. Vgl. zu den Hoffnungen Napoleons III. auf ein „remaniement de la carte“ sein Mémoire von 1859: „La guerre d'Orient pouvait être la révolution attendue, et c'est dans cet espoir que je l'ai entreprise. De grands changements territoriaux pouvaient en être la conséquence.“ Abgedruckt in: *Emile Ollivier*, L'Empire libéral. Etudes, récits, souvenirs, 17 Bände (Paris 1895–1915) III, 537–542; im folgenden zitiert: *Ollivier*.

<sup>12</sup> *Egmont Zeeblin*, Die Reichsgründung (Frankfurt a. M., Berlin 1967) 30–32; *Echard*, Napoleon III, Kap. VI: Crisis in Italy, 92 ff.; *André Lorant*, Le Compromis austro-hongrois et l'opinion publique française en 1867 (Genf 1971) 22.

<sup>13</sup> *Edmont F. V. About*, La Prusse en 1860 (Paris 1860) 13; ferner *ders.*, La nouvelle carte de l'Europe (Paris 1860). Zu About als Sprachrohr Napoleons III. vgl. *Pierre de La Gorce*, Histoire du Second Empire, 7 Bände (Paris 1894–1905) IV, 452; *Claude Digeon*, La crise allemande de la pensée française 1870–1914 (Paris 1959) 21.

<sup>14</sup> *Geuss*, Bismarck und Napoleon III., 65 f., 70 ff., 86 f., 136.

Das Entstehen eines siebzig Millionen Menschen umfassenden Blocks in der Mitte Europas lag nicht im französischen Staatsinteresse. Den Zielen der österreichischen Bundesreformpolitik, wie sie sich auf dem Frankfurter Fürstentag vom Herbst 1863 manifestierten, stand auf französischer Seite im Jahre 1863 wiederholt der Plan einer gesamteuropäischen Neuordnung gegenüber, die von der Restauration Polens als Nationalstaat über die Zweiteilung Deutschlands am Main und die Abtretung Venetiens an Italien bis zur Auflösung des türkischen Vielvölkerreiches durch die Bildung eines südslawischen Bundes reichte<sup>15</sup>. Frankreich sollte die Rheingrenze erhalten. Die europäischen Mächte lehnten den Kongreßvorschlag Napoleons III. vom November 1863 zur Lösung der verschiedenen europäischen Fragen allerdings geschlossen ab<sup>16</sup>.

Erfolgreicher war der Kaiser dagegen bei seinen Bemühungen, die wirtschaftliche Zusammenarbeit Frankreichs mit seinen Nachbarn zu fördern.

Da Österreich immer wieder bis zum Frankfurter Fürstentag von 1863 und bis zur Amtszeit Rechbergs (1864) die Bildung eines großdeutsch-mitteuropäischen Zollvereins angestrebt hatte, der aus Pariser Sicht angesichts der wachsenden Dynamik des Industrialisierungsprozesses ein ernstzunehmender Konkurrent für französische Waren in ganz Europa gewesen wäre, arbeitete Napoleon III. zielstrebig auf eine engere Verflechtung Westeuropas im wirtschaftlichen Bereich durch Handelsverträge (so 1860 mit England und 1862 mit dem preußisch-deutschen Zollverein) hin. Nicht nur die politische Teilung Deutschlands in einen Nord- und einen Südtteil, sondern auch die wirtschaftliche Spaltung Mitteleuropas war der französischen Regierung zu diesem Zeitpunkt angenehm<sup>17</sup>. Nach der Vertreibung Österreichs aus Oberitalien sollten – als weitere Konstante der französischen Außenpolitik in den sechziger Jahren – Italien und Spanien wieder enger an Frankreich gebunden und ihre Flotten zweiten Grades ausgebaut werden, „afin que la Méditerranée n'appartienne ni à l'Angleterre, ni à la puissance qui possède la mer

<sup>15</sup> Metternich an Rechberg, Paris, 22. 2. 1863; *Oncken*, I, 3–5; Note à l'Empereur sur les affaires de Pologne, Paris, 20. 2. 1863, in: Napoléon III et le prince Napoléon. Correspondance inédite, hrsg. v. Ernest d'Hauterive (Paris 1925) 352 ff. Der Briefwechsel zeigt die Problematik der europäischen Fragen aus der Sicht der bonapartistischen Linken, deren Grundlinien sich von den Vorschlägen der Kaiserin nur wenig unterschieden. Napoleon III. selber glaubte an die Realisierbarkeit der Umstrukturierung Europas in der Zukunft, riet aber angesichts der mißtrauischen Mächte zu vorsichtigem Vorgehen.

<sup>16</sup> Zu den Revisionsplänen Napoleons III. vom Februar 1863 und seinem Kongreßvorschlag vom November 1863 vgl. *Poidevin/Bariéty*, Frankreich und Deutschland, 89 f.

<sup>17</sup> *Raymond Poidevin*, Les relations économiques entre la France et le Zollverein (1851–1866), in: *Aspects des relations franco-allemandes à l'époque du Second Empire 1851–1866*, hrsg. v. *Raymond Poidevin* und *Heinz-Otto Sieburg* (Metz 1982) 98 ff.

Noire“<sup>18</sup>; dies entsprach der Auffassung des Kaisers, daß sich auch das Kaiserreich wie das Ancien Régime auf Italien und Spanien zu stützen habe, um dem Hause Habsburg widerstehen zu können, und daß das Mittelmeer „un lac français“ sei, der über den im Bau befindlichen Suezkanal die globalen Handelsrouten zugunsten Frankreichs verkürzen und Frankreichs Griff nach Asien, Nordafrika und Mittelamerika erleichtern konnte.

Wegen der schwerwiegenden Folgen für die neueste europäische Geschichte haben Generationen von Historikern die Frage zu ergründen versucht, warum Napoleon III. den Ausbruch des Deutschen Krieges von 1866 begünstigt und zugelassen hat. Die Deutungsversuche reichen vom Wunsch des Kaisers, aus grenzenloser Sympathie für die nationale Einheit anderer Völker vorrangig die italienische Frage (Venedig) gegen Österreich zu lösen, über das Ziel, Kompensationen am Rhein zur Befriedigung des im Volke verbreiteten Strebens nach den „frontières naturelles“ zu erlangen, um seine Herrschaft durch außenpolitische Erfolge zu legitimieren, bis zum Eingeständnis der völligen Undurchsichtigkeit seiner wahren Absichten. Für viele Geschichtsschreiber ist Napoleon III. die Sphinx von der Seine geblieben<sup>19</sup>.

Aus dem Blickwinkel der bonapartistischen außenpolitischen Interessen bot die deutsche Krise scheinbar den Schlüssel zur Lösung grundlegender europäischer Fragen, wenn sich das Geschehen beeinflussen und die eingeschlagene Politik der „neutralité attentive“ aufrechterhalten ließ. Wie im folgenden zu zeigen sein wird, dürfte der Kaiser in bester bonapartistischer Tradition eine weitere partielle Revision des Gleichgewichtssystems von 1815 zugunsten Frankreichs, die Zerstörung des nach seinem Empfinden in demütigender Weise zur Eindämmung der Macht Frankreichs gebildeten Deutschen Bundes und die gegenseitige Schwächung der beiden deutschen Großmächte zum Vorteil der deutschen Mittelstaaten angestrebt haben. Angesichts des Bismarckschen Vorschlags vom 10. Juni 1866, den Deutschen Bund ohne Österreich neu zu ordnen und der Mobilisierung der Bundesarmee durch Österreich gegen Preußen, äußerte Napoleon III. unverhohlen seine Genugtuung: „J'avoue aussi que je ne voyais pas sans une certaine satisfaction se

<sup>18</sup> Gemeinsame Note Napoleons III. und des Kabinettschefs Conti, o. D. (Spätsommer 1866) in: *Papiers secrets brûlés dans l'incendie des Tuileries. Complément de toutes les éditions françaises et belges des Papiers et Correspondance de la famille impériale* (Bruxelles 1871) 160f.

*Gustave Rothbar*, *Souvenirs diplomatiques, La France et l'Italie*, Bd. I, in: *Revue des Deux Mondes* (15. 11. 1884) 301: „L'Italie conçue à Plombières devait être un contrepoids dans la péninsule à l'action de l'Autriche, que l'empereur en souvenir des luttes passées, considérait comme l'ennemie séculaire de la France, l'âme de toutes les coalitions.“

<sup>19</sup> Vgl. *E. A. Pottinger*, *Napoleon III and the German Crisis 1865–1866* (Cambridge/Mass. 1966) 190; *F. Valsecchi*, *Das Zeitalter Napoleons III. und Bismarcks*, in: *Historia Mundi*, Bd. X (Bern, München 1961) 53ff.; vgl. auch die Rez. von *Winfried Baumgart* zu *Peter Hawig*, *Napoleon III. und Europa*, in: *HPB*, H. 4 (1984) 122.

dissoudre la confédération germanique organisée principalement contre la France.“<sup>20</sup>

In seinem der Öffentlichkeit vorgestellten Mitteleuropaprogramm vom 11. Juni 1866, das einen langen und unentschiedenen Kampf voraussetzte, nannte der Kaiser als vorrangiges außenpolitisches Ziel Frankreichs in der deutschen Frage die Stärkung der Mittelstaaten. Sie sollten in Zukunft eine wichtigere Rolle in Deutschland spielen und hätten den Einfluß Frankreichs in den westlichen Teilen Deutschlands verstärken können, zumal Preußen nur mehr Homogenität in Norddeutschland<sup>21</sup> zugesprochen und Österreich im Geheimvertrag vom 12. Juni 1866 der Verzicht auf die Hegemonie in ganz Deutschland abgerungen wurde. Damit schien zunächst aus der Sicht der französischen Interessen die Gefahr einer kleiner oder großdeutschen Lösung der deutschen Frage ausgeschlossen worden zu sein. Mit Hilfe seiner Schiedsrichterrolle im Deutschen Krieg von 1866 wollte der französische Kaiser sein eigenes Deutschlandprogramm durchsetzen. Ähnlich wie er im Programm von Plombières lediglich ein viergeteiltes konföderiertes Italien mit einer Schlüsselstellung des Kirchenstaates und Roms zugestehen wollte, um den französischen Einfluß in Italien zu erweitern, beabsichtigte er, über ein dreigeteiltes, aus locker gefügten Blöcken bestehendes Mitteleuropa die Voraussetzungen für eine modernisierte Form französischer Hegemonie und für eine engere Verbindung Europas mit Frankreich als Schwerpunkt zu schaffen. Immerhin hatte sich die Regierung Napoleons III. seit Jahren mit recht bescheidenem Erfolg darum bemüht, die Ressentiments der Deutschen gegenüber Frankreich abzubauen und sie für die „idées napoléoniennes“ zu gewinnen.

Neben der von zahlreichen Gegnern wie beispielsweise Adolphe Thiers abgelehnten Nationalitätenpolitik des Kaisers gab es die Hoffnungen des konservativen Bonapartisten Persigny auf eine Art „Confédération des Gaules“ und ein aus vier bis fünf Staaten nach französischen Direktiven gebildetes neues Deutschland<sup>22</sup>; ferner die als österreich-freundlich bezeichnete Politik von Außenminister Drouyn de Lhuys, der vor allem die Aufrechterhaltung der zahlreichen deutschen Partiku-

<sup>20</sup> Napoleon III. an Franz Joseph, Paris, 17. 6. 1866; *Oncken*, I, 280.

<sup>21</sup> Napoleon III. an Drouyn de Lhuys, Palais des Tuileries, 11. 6. 1866; in: *Les Origines diplomatiques de la guerre de 1870–71. Recueil de documents publiés par le Ministère des Affaires étrangères*, 29 Bände (Paris 1910–1932) X, 120 ff.; im folgenden zitiert: OD. Zum Vertrag mit Österreich vgl. die Convention secrète, 12. 6. 1866; OD X, Nr. 2808 f. Hinweise auf den Plan eines neutralen deutschen Rheinstaats befinden sich in: OD X, 142 ff.; *Oncken*, I, 268; OD XII, 57. Zur Begünstigung des Deutschen Krieges von 1866 vgl. *Pottinger*, Napoleon III and the German Crisis 1865–1866, 111 ff.; *Lynn M. Case*, French opinion on war and diplomacy during the Second Empire (Philadelphia 1954) 200; *André Armengaud*, L'opinion publique en France et la crise nationale allemande en 1866 (Paris 1962) 12 ff. Nach dem Zeugnis der Kaiserin förderte Napoleon III. das preußisch-italienische Bündnis gegen Österreich: *Maurice Paléologue*, Les entretiens de l'Impératrice Eugénie (Paris 1928) 116–117.

<sup>22</sup> OD XX, 463; *Duc de Persigny*, Mémoires (Paris 1896) 332 ff.

larsouveränitäten wünschte und die Vorstellungen der bonapartistischen Linken um Prinz Napoleon, welcher die klassische Richelieu-Politik ablehnte und eine Zweiteilung Deutschlands am Main anstrebte<sup>23</sup>.

Nur eines war bei Kriegsbeginn sicher: Italien würde Venetien bekommen. Das hatte Österreich auch bei einem Sieg in Deutschland dem französischen Vertragspartner und Preußen dem italienischen Bundesgenossen zugestanden. Wien hatte auch der Bildung eines unabhängigen deutschen Rheinstaats zugestimmt. Dadurch hätte Preußen Teile seines rheinischen Industriereviere verloren und wäre wirtschaftlich geschwächt worden. Es wäre interessant zu wissen, wie die neue Struktur des Zollvereins nach einer Niederlage Preußens ausgesehen hätte, da der Kriegsfall die Verträge nach dem damaligen Völkerrecht automatisch außer Kraft setzte.

Das von Napoleon III. immer wieder zu einer nationaldeutschen Politik ermutigte Preußen war zu keinen Absprachen gedrängt worden, weil der Kaiser davon überzeugt war, daß Berlin sogar in dem von ihm geförderten Bündnis mit Italien zu schwach wäre, die habsburgische Großmacht und die stärksten deutschen Mittelstaaten wie Bayern, Württemberg, Hannover und Sachsen entscheidend zu schlagen. Mit der „surprise de Sadowa“ (so Staatsminister Rouher)<sup>24</sup> trat die Situation ein, die von der französischen Regierung nicht in ihr außenpolitisches Kalkül einbezogen worden war. Später erklärte der Kabinettschef unter Außenminister Drouyn de Lhuys, Baron André, die Deutschlandpolitik Frankreichs folgendermaßen: „Der Kaiser wollte Preußen schlagen lassen, dann intervenieren und ein Deutschland nach seiner Phantasie konstruieren.“<sup>25</sup> Bismarck hatte schon im Sommer 1865 diese Absicht Napoleons III. durchschaut und dessen Kompensationswünsche auf den Tag gerichtet, an dem Preußen nach militärischen Niederlagen der französischen Hilfe bedürfte<sup>26</sup>.

Obwohl der Kaiser der Franzosen den Sieg Preußens und die enge Verbindung von preußischer Großmachtspolitik und nationaler Einigungsbewegung in der erfolgten Form nicht erwartet hatte, nahm er unter dem massiven Druck der „neuen ökonomischen Schule“ (Rouher und La Valette) sowie der bonapartistischen Linken um Prinz Napoleon und ihrer Presseorgane die Bismarcksche Neuordnung in

<sup>23</sup> Note à l'Empereur sur les affaires de Pologne, Paris, 20.2.1863, in: Napoléon III et le prince Napoléon, Correspondance inédite, hrsg. v. d'Hauterive (Paris 1925) 352 ff.

<sup>24</sup> So Staatsminister Rouher im April 1869; OD XXIV, 387. Beinahe alle Beobachter glaubten 1866 an einen Sieg Österreichs. Vgl. *William Serman*, Les Français et la force armée prussienne de 1860 à 1866, in: Aspects des relations franco-allemandes à l'époque du Second Empire 1851–1866 (Metz 1982) 85.

<sup>25</sup> Solms an Bismarck, Paris, 30.5.1869; *Oncken*, I (Epilog), 291. *Rotban*, Souvenirs diplomatiques, La France et l'Italie, Bd. I (1866–1870) 306 beschreibt das durch Königgrätz-Sadowa zerstörte außenpolitische Kalkül Napoleons III. in der deutschen Frage: „Toutes ses prévisions étaient déçues, toutes ses combinaisons s'étaient écroulées.“

<sup>26</sup> *Geuss*, Bismarck und Napoleon III., 133.

Norddeutschland und den Ausschluß Österreichs aus Deutschland vorläufig hin. Dazu mag beigetragen haben, daß Teile der französischen Armee immer noch in Mittelamerika und in Algerien standen und daß die Gefahr eines Nationalkriegs mit ganz Deutschland die französischen Kräfte überfordert hätte. Mit einer Intervention hätte Napoleon III. zudem seiner eigenen, sich auf das Nationalitätsprinzip berufenden Außenpolitik widersprochen und der internationalen Glaubwürdigkeit der französischen Regierung Schaden zugefügt. Der Kaiser rechnete mit der Dankbarkeit Bismarcks, mit der künftigen Respektierung des neuen Systems der „trois tronçons“, der drei Teile Mitteleuropas, mit der Gründung eines Süddeutschen Bundes, der nur als Ganzes mit dem Norddeutschen Bund in nähere Beziehungen treten sollte. Diesen Passus hatte Napoleon III. bereits im Präliminarfrieden von Nikolsburg vom 26. 7. 1866 durchgesetzt, um die preußische Einflußnahme auf Süddeutschland zu erschweren. Zwar sah der französische Vertragsentwurf für ein Bündnis zwischen Frankreich und Preußen vom August 1866 auch eine Art Union zwischen Nord- und Süddeutschland auf Kosten Belgiens vor<sup>27</sup>, jedoch scheint es sich hierbei um diplomatisches Sondierungsmaterial gehandelt zu haben und nicht um ein Dokument, das die außenpolitischen Absichten der beiden Staaten eindeutig erklärt.

Paris war allerdings an einer engen und dauerhaften Allianz mit Berlin durchaus interessiert. Preußen sollte fest an Frankreich gebunden und dem Einfluß Rußlands entzogen werden. Die französische Regierung begründete ihre neue Sicht der europäischen Gesamtsituation in dem bekannten Zirkular La Valettes vom 16. September 1866 und in der Regierungspropaganda damit, daß Europa angesichts der Expansion Rußlands und der Vereinigten Staaten von Amerika stärker strukturiert und Deutschland in einer für Frankreich günstigeren Weise als zur Zeit des Deutschen Bundes geteilt sei. Die öffentliche Meinung in Frankreich blieb jedoch überwiegend preußenfeindlich. Es war nicht leicht, die neue Struktur Mitteleuropas als Ergebnis einer von langer Hand vorbereiteten fortschrittlichen Europapolitik und als Triumph des Nationalitätsprinzips erscheinen zu lassen. In der Kompensationsfrage bewahrte die französische Regierung absolutes Schweigen. Erst im Juli 1870 erfuhr die französische Öffentlichkeit, daß überhaupt mit Preußen verhandelt worden war. Viele Franzosen hatten Grenzkorrekturen erwartet. Die besorgteren unter ihnen glaubten, daß sich an den Grenzen Frankreichs eine gefährliche Militärmonarchie entwickelte, welche die Erfolge der klassischen französischen Deutschlandpolitik annullierte. Die fünf großen liberalen und demokratischen Pariser Zeitungen hofften dagegen auf einen Sieg des Liberalismus im vergrößerten Preußen, die Bildung einer „Europäischen Konföderation“ und Kompensationen

<sup>27</sup> Rouher an Benedetti, Paris, 26. 8. 1866; OD XII, 195. *Oncken*, II, Nr. 297, Art. III; OD XII, 171.

am Rhein. Sie warnten aber auch vor „pangermanistischen Bestrebungen“ und einer weiteren Expansion Preußens<sup>28</sup>.

Erst Anfang 1867 verfloßen die auf Bismarcks recht geduldig geführte Scheinverhandlungen gegründeten Hoffnungen der Regierung Napoleons III., doch noch zu einer Allianz mit Berlin zu gelangen. Bismarck lenkte Frankreichs Wunsch nach Grenzkorrekturen auf Belgien und Luxemburg, ohne sich ernsthaft dafür einzusetzen. Anstatt mit der Rouherschen Theorie der „grandes agglomérations“ Frankreichs Position in Europa verbessert zu haben, drohte dem Zweiten Kaiserreich ein unerwarteter Prestigeverlust, da nicht einmal die Wiederherstellung der Grenzen von 1814 als Kompensation für die preußischen Annexionen erreicht worden war. Frankreichs Hoffnungen auf ein modernes, nach bonapartistischen Zielvorstellungen geordnetes Europa waren gescheitert.

Die USA erzwangen zu Beginn des Jahres 1867 den endgültigen Rückzug der französischen Truppen aus Mittelamerika, die panslawistische Bewegung strebte nach der Vergrößerung Preußens einen territorialen Ausgleich auf dem Balkan an und bedrohte damit die französischen, österreichischen und englischen Interessen. Die sich bereits abzeichnende Perspektive eines kleindeutschen Nationalstaats bzw. eines deutschen Kaiserreichs, vorbereitet durch die Schutz- und Trutzbündnisse, die Zollparlamentspolitik und die kleindeutsche Propaganda, verstieß nach französischer Auffassung gegen den Geist des Prager Friedens. Eine Reichsgründung und ein weiteres Absinken in der politisch-ökonomischen Rangordnung wollte das bonapartistische Frankreich nicht zulassen. Der Druck Garibaldi auf Rom schließlich bedrohte die unabhängige Existenz des Kirchenstaats. Deutsche Frage, römische Frage und Orientfrage beunruhigten fortan als die großen europäischen Fragen die französische Außenpolitik. Ihnen gegenüber verlor die polnische und die Nordschleswig-Frage an Bedeutung. Die Wünsche der Polen und Dänen wurden aber nicht völlig vergessen.

Besonders lautstark kritisierten Legitimisten, Orleanisten und Republikaner die Fehler der bonapartistischen Außenpolitik. Eine Korrektur durch einen Krieg wollten sie allerdings nicht erlauben, weil ein Sieg des Kaisers das ihnen verhaßte bonapartistische System gestärkt hätte.

In Parlament und Presse verteidigte die Regierung Napoleons III. konsequent die gouvernementale Außenpolitik. Zugleich versuchte der französische Kaiser aber seit der Luxemburger Krise von 1867 bis zum Sommer 1870 wiederholt ein antipreußisches Bündnis zustandezubringen, um die deutsche Frage, wie sie sich seit 1866/67 stellte, durch einen Kongreß oder durch Krieg nach französischen Vorstellungen zu lösen. Obwohl die russische Regierung die Arrondierung Preu-

<sup>28</sup> *Wilfried Radewahn*, Die Pariser Presse und die deutsche Frage unter Berücksichtigung der französischen Pressepolitik im Zeitalter der Bismarckschen Reichsgründung 1866–1870/71 (Frankfurt a.M., Bern, Las Vegas 1977) 129 ff.; im folgenden zitiert: *Radewahn*, Die Pariser Presse und die deutsche Frage.

ßens ohne Berücksichtigung der russischen Interessen auf dem Balkan und an den Meerengen im Sommer 1866 mit deutlichem Mißvergnügen aufgenommen hatte, verweigerte Gortschakow bereits im Februar 1867 eine von der französischen Regierung gewünschte Zusammenarbeit mit Rußland in der besorgniserregend wirkenden deutschen Frage, weil sich Frankreich nicht klar über seine Deutschlandpolitik ausdrücken wollte<sup>29</sup>. Gortschakow kam es eher auf eine russisch-französische Entente in der Orientfrage an, in der Frankreich, obwohl Außenminister Moustier Konzessionen durchblicken ließ, zu keinen nennenswerten Gegenleistungen bereit war. Es war enttäuschend für Moustier, als er von Talleyrand aus Petersburg zu hören bekam, daß Rußland die Machtsteigerung Preußens akzeptierte: „Vous demandez si la situation de l'Allemagne n'est pas faite pour rapprocher la Russie de la France. Je ne pense pas que le moment soit venu d'en tirer cette conséquence. Quelques déplaisirs qu'aient pu causer au prince Gortschakoff les événements de l'été dernier, il paraît plus résolu que jamais à les dissimuler. Même la flotte allemande de la Baltique ne lui arrache pas une plainte. Ne pas prendre ombrage de la Prusse et ne pas lui donner ombrage résumant toute sa politique allemande.“<sup>30</sup> Im April 1867 tadelte Gortschakow sogar ausdrücklich die widersprüchliche Deutschlandpolitik der französischen Regierung, die ungeachtet ihrer Erklärungen gegenüber der Öffentlichkeit, das Werk von 1866 in Frage stellen wollte<sup>31</sup>. Hinter der vordergründigen Luxemburger Kompensationsfrage, die zur Beschwichtigung der gereizten französischen Öffentlichkeit rasch gelöst werden sollte, zeigte sich die Problematik der preußisch-deutschen Einheit. Österreich, Holland und Dänemark lehnten zur Zeit der Luxemburger Krise die französischen Sondierungen für ein Kriegsbündnis gegen Preußen ab. Lediglich das exilierte Königshaus von Hannover entwickelte detaillierte Pläne für eine welfisch-französische Allianz, ohne daß die Regierung Napoleons III. konkret darauf eingegangen wäre, weil sie sich des welfischen Beistandes in Deutschland auch ohne Allianzvertrag völlig sicher war<sup>32</sup>.

Es fällt auf, wie selbstverständlich der sich düpiert fühlende Napoleon III. den Krieg als Möglichkeit zur Durchsetzung politischer Ziele in sein außenpolitisches Kalkül einbezog. Für die Kriegspartei um den ehemaligen Außenminister Drouyn de Lhuys, der bereits im Juli 1866 zur Intervention gedrängt hatte, den neuen Au-

<sup>29</sup> Moustier an Talleyrand, Paris, 9. 2. 1867; OD XIV, 270; Talleyrand an Moustier, 26. 2. 1867; nach *François Charles-Roux*, Alexandre II, Gortschakoff et Napoléon III (Paris 1913) 415; im folgenden zitiert: *Charles-Roux*, Alexandre II.

<sup>30</sup> Talleyrand an Moustier, 28. 2. 1867; nach *Charles-Roux*, Alexandre II, 420.

<sup>31</sup> Talleyrand an Moustier, St. Petersburg, 3. 4. 1867; OD XIV, 277.

<sup>32</sup> Vgl. *Radevahn*, Die Pariser Presse und die deutsche Frage, 195. In der täglichen Korrespondenz der Agence Havas an die offiziellen Zeitungen vom 27. 4. 1867 wurden weitere Ursachen für die französisch-preußischen Spannungen genannt: die Verletzung des Prager Friedens durch die Verträge mit den süddeutschen Staaten, die kleindeutsche Zielsetzung der Berliner Politik, die Annexion Hannovers ohne Volksentscheid, die Nichtausführung der Abstimmung in Nordschleswig und die Drohungen der preußischen Presse (ebd. 206).

ßenminister Moustier und Gramont stand vor allem seit der Luxemburger Krise im Frühjahr 1867 das Ziel fest, die gegenwärtige Machtstellung Preußens in Europa auf Dauer nicht zu dulden. Der Kaiser – so erklärte der Herzog von Gramont dem Vertreter des exilierten Königs von Hannover in Frankreich, Regierungsrat Meding, im Verlauf eines Gesprächs in Paris Mitte April 1867 – habe mit Zustimmung der Minister den Krieg gegen Preußen beschlossen, doch habe er, Gramont, von der sofortigen Kriegseröffnung abgeraten, weil erst die französische Armee reorganisiert und Allianzen vorbereitet werden sollten. Gramont, der zu dieser Zeit französischer Botschafter in Wien war, deutete die Möglichkeit eines überraschenden Kriegsausbruchs an: Frankreich wollte aber während des Aufschubs des Krieges darauf hinarbeiten, Preußen in die Rolle des Aggressors zu drängen und Bismarck der nationalen Sympathien in Deutschland so zu entfremden, daß er keinen Nationalkrieg gegen Frankreich führen konnte. Der Kaiser lege Wert darauf, so meinte Gramont, „in diesem gewaltigen Krieg, an dessen Vorabend wir stehen, nicht nur die Großmächte, sondern auch die öffentliche Meinung Europas auf seiner Seite zu haben“<sup>33</sup>. Die französische Diplomatie leitete damit eine Politik des Abwartens ein, die zunächst den Status quo in Deutschland verteidigte, aber auch den Krieg als offensive Strategie zur Lösung der angefallenen Fragen ins Auge faßte. Nach Wien zurückgekehrt, bot Gramont am 23. April 1867 Österreich eine Offensiv- und Defensivallianz an, die nach dem gemeinsamen Sieg über Preußen territoriale Veränderungen in Deutschland vorsah<sup>34</sup>. Die Hinnahme der kleindeutschen Einheit wurde zwar später in einer an Napoleon III. gerichteten Denkschrift von Staatsminister Rouher am 27. September 1867 theoretisch erwogen, weil die Oppositionspresse eine klare Stellungnahme der Regierung für oder gegen die Einigung Deutschlands forderte<sup>35</sup>, in der Praxis wurde diese Möglichkeit aber nicht ernsthaft diskutiert. Eher sah die Regierung seit dem Frühjahr 1867 ein Überschreiten der Mainlinie durch Preußen gegen den Willen der Bevölkerung als Ca-

<sup>33</sup> Meding an Georg V. (von Hannover), Paris, 15.4.1867; Königl. Hausarchiv Gmunden, HSTA Hannover/Pattensen, Dep. 103, VIII, B 47 I. Das Schreiben war an den Sitz der welfischen Exilregierung in Hietzing bei Wien gerichtet.

<sup>34</sup> Die Allianzsondierungen der Kaiserin hatten die Karte von 1863 zur Grundlage; Bericht Metternichs, 18.4.1867; HHSTA, P.A. IX, Varia 88, fol. 28–29, nach *Lorant*, *Le Compromis austro-hongrois*, 82. Gramont wollte Österreich Süddeutschland und Schlesien überlassen und für Frankreich das linke Rheinufer gewinnen. Vgl. hierzu Beust an Metternich, Wien, 27.4.1867; *Oncken*, II, 361 ff. und *Lorant*, *Le Compromis austro-hongrois*, 83. Eine Annexion *Belgiens* war ausdrücklich von der französischen Diplomatie ausgeschlossen worden. Allerdings hatte Napoleon III. Mitte April 1867 vom belgischen König eine Wirtschaftsunion mit Frankreich verlangt. Vgl. *Riebard Millman*, *British foreign policy and the coming of the Franco-Prussian war* (Oxford 1965) 120. Zu den welfisch-französischen Beziehungen hinter den Kulissen der Diplomatie vgl. *Radewahn*, *Die Pariser Presse und die deutsche Frage*, 244 ff.

<sup>35</sup> Rouher an Napoleon III., Cerçay, 27.9.1867; *Papiers et Correspondance de la famille impériale*, 2 Bände (Paris 1870–72) I, 371 ff.

sus belli an, sprach dies allerdings wegen der nationalen Empfindlichkeiten in Deutschland nicht offen aus<sup>36</sup>. Die Kriegsdrohungen zur Einschüchterung Berlins überließ man den Presseorganen der Kriegspartei, welche in der Bismarckschen Taktik, die Tür nach dem deutschen Süden durch die politische Institution des Zollbundesrats und ein vom Volk gewähltes Parlament aufzustoßen, weniger ein Zugeständnis an den demokratischen Gedanken als eine reine preußische Absorptions- und Expansionspolitik erblickten, die ganz Deutschland dem Willen der Berliner Regierung unterwerfen sollte.

Demgegenüber fielen die Kommentare der dem Einfluß von Staatsminister Rouher und Prinz Napoleon zugänglichen Zeitungen zur preußischen Politik bis zur Julikrise 1870 vergleichsweise gemäßigt aus. Sie machten aus ihrem Anspruch auf Kompensationen kein Geheimnis und schienen die Möglichkeit für einen Ausgleich mit Preußen zu signalisieren, während die Kriegspartei gleichzeitig den Krieg vorbereitete. Die Chancen für einen Ausgleich waren allerdings vergleichsweise gering, denn Bismarck war weder zu Kompensationen noch zu einem Verzicht auf die preußisch-deutsche Einheit bereit.

Daher förderte Napoleon III. den Widerstand des deutschen Partikularismus und der europäischen Mächte gegen eine preußische Lösung der deutschen Frage. Bei diesen Kombinationen nahm Österreich im Kalkül der französischen Außenpolitik eine Schlüsselrolle ein. Obwohl Wien von den Veränderungen in Mitteleuropa erheblich betroffen war und den Gedanken eines Wiedereintritts in Deutschland noch nicht aufgegeben hatte, ließ es sich nach zwei verlorenen Kriegen nicht übereilt in eine Kriegsallianz gegen Berlin hineinziehen; mit dem Programm von Salzburg gewann im August 1867 eine Vereinbarung an Bedeutung, die darauf abzielte, eine Expansion Preußens in Deutschland und Rußlands auf dem Balkan zu verhindern. Frankreich war nun nicht mehr völlig isoliert; für seine Mitteleuropapolitik hatte es einen interessierten Partner gefunden. Dafür begünstigte Paris Österreichs Mission auf dem Balkan und verteidigte jetzt als Leitidee seiner Balkanpolitik die Integrität der Donaumonarchie und des Osmanischen Reiches in gesamteuropäischem Interesse. Über die Ziele dieses Rapprochements verunsichert, sprachen sich die Monarchen Preußens und Rußlands im Frühjahr 1868 ab, sich bei einem austro-französischen Doppelangriff auf einen der beiden Staaten aktiv zu unterstützen: für die Bismarcksche Deutschlandpolitik war dies von erheblichem Nutzen, da dieses Übereinkommen eine Einkreisung Berlins verhinderte und die Möglichkeit bot, die deutsche Frage langfristig offenzuhalten. Nach Auffassung Napoleons III. ging die stärkste Bedrohung Europas von Rußland und den panslawistischen Aktivitäten aus. Diese beschäftigten Österreich und Frankreich zunehmend auf dem Balkan. In dem Maße wie das vergrößerte Preußen die russischen Balkanwünsche zu unterstützen schien, wurde das von Frankreich geschaffene System von 1856 zum Nachteil der westlichen Interessen bedroht und einer

<sup>36</sup> Ollivier, XII, 148.

der größten Erfolge der französischen Außenpolitik<sup>37</sup> in Frage gestellt. Bismarck glaubte seinerseits vom Mai bis zum September 1868, der französische Außenminister Moustier könnte über die rumänische Frage einen österreichisch-russischen Krieg herbeiführen und in einem großen europäischen Krieg die Auseinandersetzung mit Deutschland suchen<sup>38</sup>. Paris befürchtete großrumänische Pläne und einen Allianzwechsel des in den Donaufürstentümern regierenden Fürsten Karl von Hohenzollern auf Kosten des Vertragswerkes von 1856<sup>39</sup>. Zahlreiche Pariser Zeitungen waren gegenüber Rußland und Preußen kriegerisch gestimmt, bis der plötzliche Ausbruch der Revolution in Spanien im September 1868 die Lösung der deutschen Frage vertagte, wie der Generaladjutant Napoleons III., Castelnau, bemerkte<sup>40</sup>. Diesen Eindruck vermittelte Solms auch am 26. September 1868 Bismarck: „Für uns hat der spanische Aufstand zunächst die günstige Wirkung, daß das Kriegsgeschrei in der Presse verstummt und weder vom Rhein noch von Deutschland die Rede ist. Nimmt die Revolution größere Dimensionen an, so wird Frankreichs Aktion nach Osten hin zunächst gelähmt.“<sup>41</sup> Schließlich führte die Agitation der panslawistischen Bewegung seit dem Herbst 1868 zu einer Neuaufgabe der Krimkriegskonstellation und zur Anwendung des englisch-französisch-österreichischen Geheimvertrags vom 15. April 1856 zur Garantie des Pariser Friedens vom 30. März 1856 und der Integrität des Osmanischen Reiches. Die Kooperation der Garantiemächte sollte nicht nur Rußland zwingen, eine Revision des Systems von 1856 zu unterlassen, sondern auch den Status quo in Deutschland auf der Basis des Prager Friedens von 1866 festigen. In der Person des neuen frank-

<sup>37</sup> Daru an Fleury, Paris, 31. 1. 1870; OD XXVI, 243 Die französische Regierung lehnte seit den Sondierungen Gortschakows Anfang 1867 bis zum Kriegsausbruch 1870 eine Zusammenarbeit mit Rußland in der Orientfrage ab. Paris war 1867 und 1869/70 eher an einer gemeinsamen Politik in der deutschen Frage interessiert. Vgl. *Dietrich Beyrau*, *Russische Orientpolitik und die Entstehung des Deutschen Kaiserreiches 1866–1870/71* (München 1974).

<sup>38</sup> *Geuss*, *Bismarck und Napoleon III.*, 234 ff.

<sup>39</sup> *Carol Iancu*, *Napoléon III et la politique française à l'égard de la Roumanie*, in: *Revue d'histoire diplomatique* (Januar–Juni 1974) 59–85. Pariser Hofkreise unterstützten im April 1866 die Wahl Karls von Hohenzollern-Sigmaringen zum Fürsten der Donaufürstentümer. Seit Mitte Mai 1870 plante die französische Regierung seinen Sturz.

<sup>40</sup> Castelnau zu Solms: „Les troubles en Espagne différencieront pour longtemps la solution de la question allemande.“ Solms an Bismarck, Paris, 26. 9. 1868; in: *Die auswärtige Politik Preußens 1858–1871. Diplomatische Aktenstücke*, hrsg. v. der Reichskommission unter der Leitung von *Erich Brandenburg*, *Otto Hoetzsch* und *Hermann Oncken*, 9 Bände (Oldenburg 1933 ff.) X, 202; im folgenden zitiert: APP.

<sup>41</sup> Ebd., APP X, 202. In Spanien, Frankreich und von Lord Clarendon wurde Bismarck verdächtigt, die Revolution in Spanien finanziert bzw. angestiftet zu haben. Vgl. *Oncken*, III, 42; APP X, 210. Die Pariser Regierungspresse warnte in der Folgezeit vor einer Absorption Süddeutschlands durch Preußen und drohte mit Krieg für den Fall, daß die Situation ausgenutzt würde. Die Oppositionspresse verstärkte dagegen die Friedenspropaganda. Vgl. zur Septembrisrevolution *Josef Becker*, *Zum Problem der Bismarckschen Politik in der Spanischen Thronfrage 1870*, in: *HZ* 212 (Juni 1971) 589. *Becker* zitiert die diversen *Spekulationen* über eine mögliche Verwicklung Bismarcks in die spanische Revolution.

reichfreundlichen britischen Außenministers Lord Clarendon kam das Engagement Englands im Rahmen einer allgemeinen Nichtinterventionspolitik sinnfällig zum Ausdruck<sup>42</sup>. Lord Clarendon versuchte sogar im Auftrag Napoleons III., den Status quo in Deutschland durch eine europäische Garantie zu festigen. Bismarck ließ sich nicht darauf ein. Er wies am 7. und 8. Dezember 1868 den preußischen Botschafter in London ausdrücklich an, die Vorschläge des englischen Außenministers abzulehnen, weil er die deutsche Frage ohne Kongreß bzw. ohne europäische Mitsprache nach seinen Vorstellungen lösen wollte<sup>43</sup>.

Seit der Septemberrevolution von 1868 in Spanien hatten sich die Rahmenbedingungen für eine militärische Intervention Frankreichs in Deutschland verschlechtert; Napoleon III. weitete daher die Zweibundverhandlungen mit Österreich (1867/68) seit dem Herbst 1868 zu Dreibundverhandlungen mit Italien aus, um auf diese Weise die für Frankreich günstige Blockbildung in Europa gegen Preußen und Rußland zu verstärken. Das Tuilerienkabinett hatte also auf den Bericht des französischen Botschafters in Berlin, Benedetti, der Anfang 1868 die baldige Einigung Süddeutschlands mit Preußen prognostizierte, nach dem Anwachsen der partikularistischen Kräfte im Juli 1868 mit einer zweigleisigen Deutschlandpolitik reagiert, die sowohl die kriegerische Lösung der deutschen Frage im Bunde mit Österreich als auch die Garantie des Status quo durch die europäischen Mächte und die Bildung eines Südbundes vorgesehen hatte<sup>44</sup>. Jetzt wollte Napoleon III. Österreich und Italien in geheimen Verhandlungen zu einer Offensive in Deutschland bewegen, um das Ergebnis des Jahres 1866 zu annullieren und um ein neues gleichgewichtiges föderatives System wiederherzustellen. Weder für Österreich noch für Italien war diese Politik ein vorrangiges außenpolitisches Ziel. Die geplante Neuordnung Deutschlands wurde der Öffentlichkeit verschwiegen. Sie hätte den offiziellen Erklärungen Napoleons III. in der deutschen Frage widersprochen. Diese hatten sich vor allem im Februar und im November 1867 ausdrücklich zur Anerkennung der Veränderungen in Deutschland bekannt. Zudem gab es in Frankreich weite Kreise, die das Werk von 1866 akzeptierten. Ein Teil

<sup>42</sup> Ebd., 560; *Werner E. Masse*, *The European Powers and the German Question 1848–71. With special reference to England and Russia* (Cambridge 1958) 291 ff.

<sup>43</sup> *Otto von Bismarck*, *Die gesammelten Werke*, 15 Bände (Berlin 1924–1935) VI a Nr. 1221, 1222; im folgenden zitiert: *G. W. Millman*, *British foreign policy and the coming of the Franco-Prussian war*, 112 ff.; OD XXII, 354.

<sup>44</sup> Vgl. *Roland Mathys*, *Die französische Süddeutschlandpolitik. Von der Regelung der Luxemburger Frage Mai 1867 bis zum Abschluß der ersten Session des Zollparlaments Mai 1868* (Winterthur 1964). Denkschrift Beusts, o. D. (Ende Juli 1868); *Oncken*, III, 14–15. Zu den Südbundplänen, die allerdings jetzt der süddeutschen Demokratie galten, vgl. den halbamtlichen „Constitutionnel“ vom 15. 8. 1868. Nicht einverstanden war die Regierung mit der „Liberté“ Girardins, die wiederholt vorschlug, Frankreich solle sich mit Preußen einigen und nach Erhalt des linken Rheinufers Bismarck freie Hand in Deutschland lassen (Meding an Georg V., Paris, 29. 8. 1868; Königl. Hausarchiv Gmunden, HSTA Hannover/Pattensen, Dep. 103, VIII, B 47 I/II).

davon sah aber die Kompensationsfrage als noch nicht gelöst an. Der praktische Nutzen der Dreibundverhandlungen lag in der von Napoleon III. verfolgten Doppelstrategie: einerseits sollte Preußen an einer weiteren Expansion gehindert werden, andererseits konnte die defensive Strategie gegebenenfalls rasch in eine offensive umschlagen. Insgesamt waren die Interessen der Verhandlungspartner so unterschiedlich, daß im nicht unterzeichneten „*Traité secret à trois*“ vom 10. Mai 1869 vor allem der Gedanke eines „*traité de paix, d’alliance et d’amitié*“ (Art. I), die Befolgung einer gemeinsamen Politik in allen diplomatischen Fragen (Art. II) und eine wechselseitige Gebietsgarantie (Art. IV) bzw. ein Nichtangriffspakt (Art. III) hervorgehoben wurde. Von Bedeutung für die Zukunft wäre Artikel V gewesen, nach dem die drei Mächte bei Kriegsgefahr eine Allianz zu schließen gehabt hätten. Obwohl keine konkreten Absprachen vorlagen, betrachtete Napoleon III. nach dem Austausch der Monarchenbriefe als „*moralement signées*“<sup>45</sup> und rechnete irrtümlicherweise in der Julikrise 1870 fest mit dem militärischen Beistand Österreichs und Italiens<sup>46</sup>.

Die Erklärung für die trotz der offiziellen Zurückhaltung erkennbar große Kriegsbereitschaft gegenüber Preußen liegt im wachsenden Druck der Kriegspartei. Zur Zeit des belgisch-französischen Eisenbahnkonflikts Anfang 1869 hatte Napoleon III. noch beruhigend auf Kriegsminister Marschall Niel eingewirkt, gleichzeitig aber zugesichert, daß er die Verantwortung für einen Krieg gegen Preußen übernehmen werde, wenn die Provokation von Berlin ausginge. Der Kaiser belehrte die militärische Führung, wie schwer es angesichts der Bismarckschen Politik sei, überhaupt einen plausiblen Grund für die Kriegserklärung zu finden. Den Kaiser erzürnte Bismarcks ausweichende Taktik und das gleichzeitige Bloßstellen Frankreichs als Feind der deutschen Einheit derart, daß er schrieb: „*La Prusse évitera soigneusement de nous donner des prétextes plausibles; elle avance à pas de loup, de manière à toujours nous montrer, si nous nous fâchions, comme les insti-*

<sup>45</sup> OD XXV, 421. Zu den französisch-österreichischen Beziehungen und den Dreibundverhandlungen vgl. *Victor-Lucien Tapié*, *Autour d’une tentative d’alliance entre la France et l’Autriche 1867–1870*, in: *Sitzungsberichte der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Phil.-hist. Klasse*, Bd. 274 (1971); *Heinrich Pothhoff*, *Die deutsche Politik Beusts von seiner Berufung zum österreichischen Außenminister Oktober 1866 bis zum Ausbruch des deutsch-französischen Krieges 1870/71* (Bonn 1968); *Heinrich Lutz*, *Österreich-Ungarn und die Gründung des Deutschen Reiches. Europäische Entscheidungen 1867–1871* (Frankfurt a. M., Berlin, Wien 1979).

<sup>46</sup> Ollivier betont, daß der Krieg Frankreich überrascht habe, und begründet die friedliche Gesinnung des Kaisers mit der Tatsache, daß kein regelrechter Allianzvertrag unterzeichnet worden war. „*Mais aussitôt qu’une agression imprévue la lui montra imminente, il (= l’Empereur) ne douta pas un instant, et nous le crûmes avec lui, que l’Italie et l’Autriche convertiraient sans se faire prier les lettres de 1869 en un traité d’alliance offensive et défensive. Notre second point de départ fut donc que nous pouvions compter sur ces deux alliés*“ (*Ollivier*, XIV, 106). Zu den Allianzmöglichkeiten mit Hannover vgl. *Stewart A. Steblin*, *Guelph Plans for the Franco-Prussian War*, in: *Historical Journal* XIII (1970) 789–798.

gateurs de la guerre et les ennemis de la transformation allemande.“<sup>47</sup> Zur erklärten deutschlandpolitischen Taktik Napoleons III. gehörte es, wie die Kriegspartei es schon zur Zeit der Luxemburger Krise geplant hatte, den Krieg gegen Preußen so einzufädeln, daß nicht ganz Deutschland gegen Frankreich eingenommen würde: „La France se sent diminuée depuis les succès de la Prusse; elle voudrait trouver l'occasion de rétablir son influence dans les meilleures conditions possibles et sans soulever toutes les passions de l'Allemagne en arborant un drapeau hostile à la nationalité allemande. L'habileté du gouvernement français devrait donc consister à saisir une occasion où le débat engagé ne serait pas visiblement tourné contre l'Allemagne.“<sup>48</sup>

Die offizielle französische Zurückhaltung am Vorabend des deutsch-französischen Krieges von 1870 ist somit nicht nur Ausdruck von Ohnmacht, wie manche deutschen Zeitungen zur Empörung der französischen Behörden spöttisch meinten, sondern Teil eines diplomatischen Kalküls, welches nach der Armee reform mit der Verschärfung der Gegensätze in Deutschland und der Solidarität Österreichs, Englands und Rußlands gegenüber der Mainlinienpolitik Frankreichs rechnete. Sie ist aber auch das Produkt der innenpolitischen Verhältnisse. Monatelange Propagandaoffensiven der Opposition gegen die Armee reform und für den Frieden ließen keinen Zweifel daran, daß die seit 1867 existierende „ligue de la paix“ die Entfaltung des „esprit militaire“ bekämpfte, um einen Krieg mit Deutschland zu verhindern. Liberalismus und soziale Demokratie, Republikaner und Arbeiterbewegung vergaßen von 1868 bis 1870 mehr und mehr die deutsche Frage, ohne darauf zu verzichten, die Regierung wegen ihrer undurchsichtigen Außenpolitik anzugreifen. Vielleicht fürchtete die bonapartistische Regierung 1868/69 eine Revolution und spielte mit dem Gedanken, die Systemkrise in Frankreich und den Prestigeverlust im Konzert der europäischen Mächte durch einen Krieg zu überwinden. In dieser Phase riet Beust wiederholt zu äußerster Zurückhaltung, wenn Paris die austro-französische Zusammenarbeit nicht gefährden wollte, mußte sich aber den Vorwurf Bismarcks gefallen lassen, der eigentliche „Kriegstreiber“ zu sein und Österreichs Revanche in Deutschland vorzubereiten.

1870, nach dem Bündnis von liberaler Opposition unter E. Ollivier und Bonapartismus sowie den im Plebiszit vom 8. Mai 1870 bestätigten konstitutionellen Reformen, ging der Bonapartismus eher gestärkt aus der sozialen Krise hervor. Republikaner und Sozialisten hielten an ihrer grundsätzlichen Regimefeindlichkeit fest und warfen dem neuen gouvernementalen Liberalismus Verrat vor; ihre politische Kraft war aber zumindest neutralisiert, so daß sich ihre Antikriegspropaganda in der Julikrise nicht durchsetzen konnte.

Die Regierung Napoleons III. versuchte dagegen, aus der liberalen Entwicklung in Frankreich propagandistische Vorteile zu ziehen. Der deutschen Öffentlichkeit

<sup>47</sup> Napoleon III. an Marschall Niel, Paris, 19.2.1869; OD XXIII, 280 f.

<sup>48</sup> Ebd.

gegenüber wurde das Empire libéral als zuverlässiger Garant des Friedens in Europa gepriesen. Der halbamtliche „Constitutionnel“ vom 26. Februar 1870 ließ die Bereitschaft Frankreichs erkennen, das Jahreskontingent der Armee zu senken. Diese Maßnahme hätte sich erst in den nächsten Jahren spürbar ausgewirkt. Gleichzeitig klagte die französische Regierung – wie aus den französischen Akten vom Februar 1870 hervorgeht – Berlin an, als einziges Kabinett in Europa den sich überall manifestierenden Friedensströmungen zu verschließen und die vorgeschlagene Abrüstung zu verweigern. In der Abrüstungsfrage wurde Frankreich von Beust und Lord Clarendon unterstützt. Eine vertragliche Garantie, die den Frieden nach einer eventuellen Abrüstung sichern sollte, wollte der englische Außenminister allerdings nicht geben. Umgekehrt war Bismarck nicht bereit, auf die Vollendung der kleindeutschen Einheit zu verzichten und sich der französischen Interpretation des Prager Friedens anzupassen.

Im Frühjahr 1870 zeigte es sich, daß auch das liberale Ministerium Ollivier/Daru die bisher vertretene Regierungskonzeption von der Aufrechterhaltung des Status quo in Europa mit der Begründung weiterführte, vor allem in der Mitte Europas eine hegemoniale Stellung Deutschlands und auf dem Balkan eine weitere Expansion Rußlands zu verhindern<sup>49</sup>. Als Oppositionspolitiker hatte Emile Ollivier die kleindeutsche Stimmung in Deutschland mit Sympathie zur Kenntnis genommen. Als Ministerpräsident betrachtete er den erzwungenen Beitritt der süddeutschen Staaten zum Norddeutschen Bund als Casus belli. In einer Pariser Korrespondenz der „Kölnischen Zeitung“ forderte Emile Ollivier am 13. März 1870 als Gegenleistung für gutnachbarliche Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich die Nationalliberalen auf, ihre Einheitspropaganda einzustellen und lobte die Bismarcksche Taktik, die Lösung der deutschen Frage nicht erzwingen zu wollen<sup>50</sup>. Da er aber wußte, wie sehr weite Teile des deutschen Volkes zu dieser Zeit die Vollendung der nationalen Einheit wünschten, schloß er eine Zustimmung Frankreichs zur Einheit Deutschlands nicht völlig aus, „si cette union se produisait avec le temps par un mouvement populaire si fort que toute résistance parût puérite ou injustifiée“<sup>51</sup>. Offensichtlich wollte Ollivier mit dieser Wendung die deutsche Öffentlichkeit trösten, die auf ein von der französischen Regierung ausgesprochenes grundsätzliches Vereinigungsverbot feindselig reagiert hätte. Eine solche Erklärung hätte die französische Regierung wohl kaum abgeben können, ohne sich in Widerspruch zu der von ihr lange Zeit propagierten Nationalstaatsidee zu setzen. Es blieb ihr nichts anderes übrig, als in der deutschen Frage zu schweigen und die preußische Expansionspolitik auf Umwegen zu bekämpfen. Die genannte Textstelle Olliviers ist in der Forschung gerne als Beleg dafür gewertet worden, daß die

<sup>49</sup> Daru an Fleury, Paris, 29. 3. 1870; OD XXVII, 112–115.

<sup>50</sup> D. W. Houston, Emile Ollivier and the Hohenzollern Candidacy, in: French Historical Studies IV, 2 (1965) 141. Metternich an Beust, Paris, 17. 4. 1870; *Oncken*, III, 342. *Ollivier*, XIII, 80. OD XXII, 49.

<sup>51</sup> *Ollivier*, XIII, 82.

Pariser Regierung einer Einigung Deutschlands unter liberalen Vorzeichen zugestimmt hätte. Es wird dabei aber leicht übersehen, daß der Ministerpräsident keineswegs das außenpolitische Sagen hatte und daß er die nationalliberalen Einheitsvorstellungen seit dem Frühjahr 1870 ablehnte. Viel zu spät bekämpfte er in der Julikrise die Politik der Kriegspartei. Nach Kriegsausbruch übernahm er sogar die neue bonapartistische Deutschlandpolitik, als er sich für die Bildung einiger größerer Staaten in Deutschland einsetzte.

Wie sehr die französische Regierung im Frühjahr 1870 eine weitere Annäherung der süddeutschen Staaten an den Norddeutschen Bund befürchtete, geht aus ihrem Bemühen hervor, Rußland intensiver im Bereich der deutschen und der Nord-schleswigfrage zu engagieren. Gortschakow lehnte jedoch eine förmliche Allianz mit Frankreich für den Fall von Schwierigkeiten in Deutschland ab, weil er davon überzeugt war, daß Bismarck den Status quo respektieren werde<sup>52</sup>. Noch Anfang Mai 1870 drängte Napoleon III. seinen interimistischen Außenminister Ollivier – unmittelbar vor dem Amtsantritt Gramonts – zur Allianz mit Rußland<sup>53</sup>, was ohne Konzessionen in der für Rußland wichtigeren Balkan- und Meerengenfrage aussichtslos war. In bezug auf die Revision des Systems von 1856 war der außenpolitische Spielraum der französischen Regierung mit Rücksicht auf die englischen Weltmachtinteressen begrenzt.

Bismarck hatte die mehrfachen Versuche Napoleons III. seit dem Herbst 1869, Rußland von Preußen abzuziehen, mit steigender Besorgnis verfolgt. Für ihn war der Rückhalt an Rußland ein wichtiges Prinzip seiner Außenpolitik, vor allem im Hinblick auf Frankreich. Trotz des lautstarken Widerstandes der deutschen Partikularisten gegen die Borussifizierung Deutschlands, stellte die Grundsituation (Militärallianzen mit den süddeutschen Staaten, Zollparlament, Zollbundesrat, Erwartungshaltung der Nationalliberalen) die Weichen zugunsten Berlins. Während gewisse frankreichfeindliche nationalliberale Kreise Deutschlands in Frankreich rachsüchtig den „Erbfeind“ deutscher Größe sahen und dem zögernden Taktieren Bismarcks einen direkten Konfrontationskurs vorgezogen hätten, um die deutsche Einheit zu vollenden, sah Bismarck eher die Schwierigkeiten der für Preußen ungünstigen europäischen Gesamtsituation, die ihn seit 1869 zwang, die Kandidatur eines Hohenzollernprinzen für den spanischen Königsthron zu unterstützen, obwohl er wußte, daß Napoleon III. seinen eigenen Kandidaten, den Sohn der Exkönigin Isabella, begünstigte und Spanien als Frankreichs Einflußzone betrachtete. Es fällt auf, daß der Kanzler des Norddeutschen Bundes nach dem ungünstigen Verlauf des Kandidaturversuchs seit dem 28. Mai 1870 die Kandidatur Leopolds von Hohenzollern-Sigmaringen mit Nachdruck im sogenannten „Interesse Deutsch-

<sup>52</sup> Daru an Fleury, Paris, 12.3.1870; OD XXVII, 37. Fleury an Daru, St. Petersburg, 23.3.1870; OD XXVII, 75.

<sup>53</sup> *Emile Ollivier, Histoire et philosophie d'une guerre* (Paris 1910, Neuauflage 1970) 60; *Houston, Emile Ollivier and the Hohenzollern Candidacy*, 147.

lands“ erneut anregte, als er nach der Ernennung Gramonts zum französischen Außenminister nicht nur eine härtere Politik Frankreichs gegenüber Berlin, sondern eine kriegerische Entwicklung befürchtete.

Wollte Bismarck jetzt, nachdem er wiederholt dem Krieg gegen Frankreich ausgewichen war, die spanische Thronkandidatur als Mittel benutzen, „um Frankreich in aggressive Prestigepolitik hineinzuhetzen“<sup>54</sup>, wie Michael Stürmer meint; oder war – was angesichts der Diskrepanz zwischen den offiziellen Friedensversicherungen und der großen Kriegsbereitschaft bonapartistischer Kreise wahrscheinlicher ist – die Bismarcksche Spanienpolitik Bestandteil einer seit der Septemberrevolution von 1868 funktionierenden Friedenssicherungsstrategie, die Frankreichs Offensive in Deutschland verhindern sollte und scheiterte?

Unmittelbar nach dem Amtsantritt von Außenminister Gramont kritisierte am 19. Mai 1870 der republikanische „Electeur libre“, das Organ Favres, wie offen in politischen Kreisen Frankreichs vom Krieg gegen Preußen geredet werde: „Il n'est donc pas rare aujourd'hui de rencontrer des politiques qui annoncent comme prochaine la guerre avec la Prusse ... Si l'on prévoit dans les régions officielles, une guerre avec la Prusse, toute notre conduite ... convergera vers cette préoccupation.“ In seinen Gesprächen mit den Mitgliedern der Kriegspartei wie Drouyn de Lhuys, dem Betreuer der Welfen in Paris, und mit Langlé-Aylic, dem Direktor des Pressebüros im Pariser Innenministerium, hatte der Vertreter des Exkönigs von Hannover, Regierungsrat Meding, schon zur Zeit der Dreibundverhandlungen den Eindruck gewonnen, „daß die ganze offizielle Politik des Kaisers eine Maske ist, teils um vor den europäischen Mächten und der öffentlichen Meinung Preußen vollkommen ins Unrecht zu setzen, teils um die französische Nation durch den Gedanken einer preußischen Aggression gegen das durchaus friedliche Frankreich zu der Begeisterung eines eventuellen Nationalkrieges aufzuregen“<sup>55</sup>.

Die französische Regierung wurde nicht müde, ihre Gereiztheit hinter einer ostensiblen Friedenspolitik zu verbergen und gegenüber Preußen sozusagen „auf der Lauer“ zu liegen, wie Favenev, der Politische Direktor im Kabinett des Außenministeriums, dem Leiter der antipreußischen „Correspondance Germania“, dem Österreicher Karl von Stubenrauch, versicherte: „que le *mot d'ordre*<sup>56</sup> est la *paix*<sup>57</sup> – qu'on fera tous les efforts pour représenter M. le Duc de Gramont comme un ministre très pacifique, mais qu'au fond on guette la Prusse“<sup>58</sup>. Als Gramont am 28. Mai 1870 in Wien in die geheimen Dreibundverhandlungen eingeweiht wurde,

<sup>54</sup> Michael Stürmer, Die Reichsgründung. Deutscher Nationalstaat und europäisches Gleichgewicht im Zeitalter Bismarcks (München 1984) 72.

<sup>55</sup> Meding an Georg V., Paris, 2.4.1869; Königl. Hausarchiv Gmunden, HSTA Hannover/Pattensen, Dep. 103, VIII, B 47 II.

<sup>56</sup> Im Original unterstrichen.

<sup>57</sup> Hervorhebung im Original.

<sup>58</sup> Vertrauliches Begleitschreiben Karls von Stubenrauch an Georg V. zu seinem Bericht vom 1.6.1870; Königl. Hausarchiv Gmunden, HSTA Hannover/Pattensen, Dep. 103, VIII, B 138.

drängte er Österreich zum militärischen Beistand gegen Berlin<sup>59</sup>. Beust warnte zwar davor, den Krieg zu früh einzuleiten, sicherte aber der Pariser Regierung den österreichischen Beistand in der Kandidaturfrage zu, ohne sich genau festzulegen<sup>60</sup>.

Andererseits empfand Napoleon III. gegenüber den Habsburgern und ihrer ausweichenden Politik in der deutschen Frage ein tiefes Mißtrauen, weil er im Falle einer militärischen Aktion Frankreichs gegenüber Preußen eine österreichische Schiedsrichterstellung und die Wiederaufnahme der bekannten österreichischen Mitteleuropapläne im Bunde mit der nationalen und liberalen Idee befürchtete. Beust hatte bisher eher den französischen Elan gedämpft und sich stets geweigert, mit Frankreich feste Abmachungen einzugehen oder irgendwelche Garantien in der deutschen Frage zu geben. Auf keinen Fall wollte Beust in zu starke Abhängigkeit von Paris gelangen, denn er mußte auf die ausgesprochen frankreichfeindlichen Stimmungen in konservativen und liberalen Kreisen Rücksicht nehmen. Dennoch sicherte die Beustsche Politik Österreich ein Mitspracherecht in Deutschland und für den erwarteten Fall eines französischen Sieges über Preußen die Mitgestaltung der Struktur Mitteleuropas.

Am Beispiel der Mission von General Lebrun wird diese außenpolitische Strategie deutlich. Lebrun hielt sich vom 7. bis 14. Juni 1870 in Wien auf, um die bereits von Erzherzog Albrecht vorbereiteten Generalstabspläne für die gemeinsame militärische Aktion Österreichs und Frankreichs gegen Preußen im Februar 1870 mit dem französischen Plan zu koordinieren: der Feldzugsplan Napoleons III. vom

<sup>59</sup> 1873 gab es eine öffentliche Auseinandersetzung zwischen Gramont und Beust wegen der österreichischen Neutralität im Jahre 1870. Beust warf Gramont vor, daß er bereits Ende Mai 1870 zur Waffenhilfe gegen Preußen und nach engeren vertraglichen Bindungen gedrängt habe, worauf ihn der Wiener Kanzler ausdrücklich vor der vorzeitigen Einleitung eines Krieges gewarnt hätte: „Ces sollicitations (nach engeren Bindungen) furent renouvelées à l'époque de la candidature Espagnole, mais elles furent de nouveau déclinées poliment. Le Gouvernement français avait reçu le conseil de ne pas précipiter la guerre pour laquelle ... il n'était pas prêt. Cet avertissement fut donné au Duc de Gramont peu d'heures avant son départ de Vienne“: Archives, Préfecture de Police Paris, Dossier „Incident Gramont-Beust“, Ba 1098, Rapport aus Wien vom 13.2.1873; vgl. auch den Rapport aus London vom 6.1.1873. Die Kontroverse bezog sich auch auf den Vertragsentwurf vom 26.7.1870, den Gramont am 8.1.1873 folgendermaßen interpretierte: „que la neutralité armée des puissances contractantes est destinée à se transformer en coopération active avec la France contre la Prusse“. Beust erklärte, daß es sich nur um ein *Hilfsversprechen* und nicht um einen förmlichen *Vertrag* gehandelt habe; in: *E. Bourgeois/E. Clermont*, Rome et Napoleon III. (1849-1870). Etude sur les origines et la chute du Second Empire (Paris 1907) 293.

<sup>60</sup> Beust an Metternich, 28.5.1870, in: Deutsche Rundschau (Oktober 1910) 58. Die Inhaltsparaphrase des Schreibens ist abgedruckt bei: *Richard Fester*, Briefe, Aktenstücke und Regesten zur Geschichte der Hohenzollernschen Thronkandidatur in Spanien, Bd. I (Leipzig und Berlin 1913) 85: „In einem Konflikt, der wegen der Hohenzollernschen Thronkandidatur zwischen Frankreich und Preußen ausbrechen würde, könne die Haltung Österreichs eine für Frankreich kalte schon aus dem Grunde nicht sein, weil in dieser Frage das unbefangene Urteil nur gegen Preußen ausfallen könne.“

19. Mai 1870, überliefert in den *Souvenirs militaires* von General Lebrun, sah die Trennung Süddeutschlands von Norddeutschland nach der Kriegserklärung durch je eine französische, österreichische und italienische Armee vor, ehe von der Linie Würzburg–Nürnberg–Amberg der Angriff der Koalition auf Berlin beginnen sollte. Kaiser Franz-Joseph sagte die österreichische Waffenhilfe in einem Krieg gegen Preußen jedoch nur für den Fall zu, daß Frankreich mit seinen Armeen in Süddeutschland als Befreier Deutschlands erscheinen würde und Österreich sich zum Eintritt in den Krieg gezwungen sehe. Mehr war zu diesem Zeitpunkt von Österreich nicht zu erwarten. Frankreich mußte die Initiative ergreifen, und es stellt sich die Frage, ob die französische Außenpolitik ungeachtet der offiziellen Friedenserklärungen nicht doch die Weichen für eine Entscheidung gegen Preußen zu stellen suchte. Von der englischen Neutralität war Napoleon III. überzeugt. Rußlands militärische Schwäche war ihm durch die Berichterstattung Fleury's bekannt. Von Österreich und Italien erwartete er im Kriegsfall militärische Hilfe.

Durch den Ausbau des Norddeutschen Bundes und die Erneuerung des kleindeutschen Zollvereins in Verbindung mit den Militäralianzen hatte Preußen eine immense Machtsteigerung erfahren. Nach dem jahrelangen Entsetzen der französischen Regierung über die vergrößerte preußische Militärmonarchie und die nationalliberale Propaganda zur Vollendung der deutschen Einheit fällt auf, wie intensiv am Vorabend des Krieges von 1870 im Verlauf der bisher von der historischen Forschung unbeachteten Junikrise von 1870 in Presse und Parlament Fragen der ökonomisch-industriellen Rivalität zwischen Preußen und Frankreich in den Mittelpunkt der Diskussion rückten. Nach vielen besorgten Fragen zerstreute Außenminister Gramont am 20. Juni 1870 die Befürchtungen des Abgeordneten Mony und der Zeitungen, daß der mit den vom norddeutschen Reichstag bewilligten Geldern unterstützte Bau der Gotthardbahn die Schweizer Neutralität verletze und die Wirtschaftsachse Europas nach Deutschland verlagern könne<sup>61</sup>. Stellvertretend für die zahlreichen Kommentare der Zeitungen, die zur Zeit der Gotthardkrise ein Absinken Frankreichs in der ökonomischen Rangordnung befürchteten, sei der Bericht des französischen Diplomaten Rothan aus Hamburg vom 13. Juni 1870 genannt, der mit wenigen Worten auch die in Paris auftauchenden Ängste wiedergibt: „c'est la tendance très marquée de l'Allemagne dans ces dernières années de progresser en toutes choses, et de s'assurer non seulement la prépondérance politique en Europe, mais aussi la suprématie sur le terrain commercial et économique.“<sup>62</sup> Vor der Beruhigungsrede von Gramont und dem Hinweis der Regierungspresse, daß die Gotthardfrage keinen eigentlichen *Casus belli* darstelle, hatte Napoleon III. bereits die Nachricht erhalten, daß die Kandidatur eines Hohenzollernprinzen für den spanischen Königsthron wieder aufgenommen worden sei. Außen-

<sup>61</sup> *Ollivier*, XIII, 585. „Journal officiel du soir“, 23. 6. 1870. Vgl. zur Gotthardkrise *Radewahn*, Die Pariser Presse und die deutsche Frage, 394 ff.

<sup>62</sup> Bericht Rothans aus Hamburg vom 13. 6. 1870; OD XXVII, 381.

minister Gramont sollte die Nachricht überprüfen und, falls sie bestätigt würde, Berlin und Madrid wissen lassen, „combien cette combinaison nous déplairait“<sup>63</sup>. Doch nichts geschah.

Mehrfach ist die friedliche Stimmung der französischen Bevölkerung am Vorabend des Krieges von 1870 nachgewiesen worden. Dabei wurde übersehen, daß im Verlauf der Gotthardkrise und der Diskussion um die Reduzierung des Jahreskontingents der französischen Armee die „preußische Frage“ und die gereizte Stimmung gegenüber Berlin von neuem auflebte. Die Ursachen für die Reaktivierung der antipreußischen Ressentiments sind unbekannt. Sie erreichten aber ein solches Ausmaß, daß der hannoversche Legationskanzlist in Paris, Hattensaur, der welfischen Exilregierung am 27. Juni 1870 mitteilen konnte, Napoleon III. werde keine Schwierigkeiten haben, „pour populariser une guerre éventuelle entre la France et la Prusse“<sup>64</sup>. Offensichtlich erwarteten die Welfenvertreter in Paris den baldigen Ausbruch eines Krieges zwischen Frankreich und Preußen. Es war sicher kein Zufall, wenn die Kaiserin bei der Verabschiedung des ehemaligen oppositionellen Redakteurs Prévost-Paradol als Botschafter Frankreichs in den Vereinigten Staaten von Amerika vom 26. Juni 1870 in Saint-Cloud auffallend häufig von der „insolence prussienne“ sprach und die Haltung der Kriegspartei wiedergab, die sich in der Julikrise von 1870 im Parlament und einem Teil der französischen Presse gegen zahlreiche Widerstände durchsetzte: „Il faut en finir ... La France est menacée de perdre son rang dans le monde. Il faut qu'elle le reprenne ou qu'elle meure.“<sup>65</sup>

In dieser gereizten Situation hätte die Regierung Napoleons III. die Kandidatur eines Hohenzollernprinzen für den spanischen Königsthron nicht sofort der Öffentlichkeit unterbreiten und die Regierungspresse mobilisieren dürfen, wenn sie ernsthaft hätte verhandeln wollen. Schon auf der Ministerratsitzung vom 6. Juli 1870 wurde eine Konfliktstrategie eingeschlagen, die die Chancen für die politische Lösung des Konflikts unnötig einengte. Kriegsminister Lebœuf hatte die volle Kriegsbereitschaft der französischen Armee garantiert und der Kaiser persönlich die Monarchenbriefe vom September 1869 verlesen. Er interpretierte sie mit Zustimmung der Minister als Hilfsversprechen Österreichs und Italiens. Die außenpolitischen Entscheidungsträger Frankreichs nahmen offensichtlich eine automatische Hilfe für den Fall des Kriegsbeschlusses an. Diese Fehlinterpretation der Dokumente, die falsche Einschätzung der innen- und außenpolitischen Lage der Donaumonarchie, aber auch Italiens, die durch spätere diplomatische Berichte be-

<sup>63</sup> Napoleon III. an Gramont, 17.6.1870; OD XXVII, 389 f.

<sup>64</sup> Bericht Hattensaur, Paris, 27.6.1870; Königl. Hausarchiv Gmunden, HSTA Hannover/Pattensen, Dep. 103, VI, 9, Nr. 22–24; „éventuelle“ wurde von Hattensaur nachträglich hinzugefügt. Der bayerische Gesandte Quadt vermutete in der Zeitungspolemik einen Anlaß, der öffentlichen Meinung Frankreichs gegenüber Preußen „auf den Zahn zu fühlen“; Quadt an Ludwig II., Paris, 13.6.1870; *Oncken*, III, 374 f.

<sup>65</sup> *Ludovic Halévy*, *Carnets*, Bd. II, 1869–1870 (Paris 1935) 159.

stätigt wird, trugen zu der aggressiven Kammererklärung Gramonts und der provozierenden Haltung der französischen Regierung in der Kandidaturfrage ebenso bei, wie die vorausgegangenen Berichte, daß das Mißtrauen der Deutschen gegenüber der französischen Deutschlandpolitik abgebaut sei<sup>66</sup>. Die französische Regierung rechnete mit der Neutralität der süddeutschen Staaten, erwartete den Abschluß von Allianzen mit Österreich und Italien, mit den Welfen und Dänemark und hoffte auf die Trennung Preußens von der nationalen Bewegung in einer dynastischen Angelegenheit. Die Mehrzahl der französischen Zeitungen begriff zunächst nicht, wieso die Kandidatur eines Hohenzollernprinzen für den Thron Karls V. das europäische Gleichgewicht verletzen könnte, zumal offenkundig war, daß Spanien in keiner Weise das politische, militärische und ökonomische Machtpotential der vergangenen Jahrhunderte besaß. Es wurde aber auch deutlich, wie gering die Bereitschaft in der französischen Öffentlichkeit war, der Regierung in der Kandidaturfrage in den Rücken zu fallen. In einer scheinbar günstigen Situation entschloß sich die französische Regierung zur schrittweisen Eskalation des Konflikts und nach dem Wegfall der Kandidatur zur Kriegsauslösung wegen der von Preußen verweigerten Verzichtgarantie und wegen einer „nationalen Prestigefrage“. Diese Taktik ließ den Krieg populärer werden, als wenn er sich an der deutschen Frage entzündet hätte. Die in der gouvernementalen Presse aufkommende Diskussion der deutschen und der Rhein-Frage hatte die Regierung sofort und erfolgreich unterbunden und die Kandidaturfrage als das einzige offizielle Streitobjekt zwischen Paris und Berlin erklärt, um die öffentliche Meinung Frankreichs und Europas nicht zu verunsichern. Bismarck seinerseits wich dem sich anbahnenden Krieg nicht mehr aus. Mit der Redaktion der bekannten Emser Depesche löste er in Deutschland einen nationalen Solidarisierungseffekt aus. Die meisten Deutschen in Nord und Süd folgten dem ungeliebten preußischen Militär- und Obrigkeitsstaat in der heute kaum mehr nachvollziehbaren patriotischen Begeisterung, den Rhein und die Unabhängigkeit des „gemeinsamen Vaterlandes“ gegen den Angriff Frankreichs verteidigen zu müssen. Angesichts der zentralen Bedeutung der Mobi-

<sup>66</sup> Zum Ministerrat vom 6. Juli 1870 vgl. *Ollivier*, XIV, 106; *Emile Ollivier*, Histoire et philosophie d'une guerre (Paris, Neuauflage 1970) 57–62. Vgl. auch Metternich an Beust, 8. 7. 1870; *Oncken*, III, 403. Nach Metternich sagte Ollivier: „Plus d'hésitations, plus de tergiversations, le conseil a été unanime. Nous avons décidé comme un seul homme qu'il fallait marcher, nous avons entraîné la Chambre, nous entraînerons la nation.“

Zur Haltung der Regierung Napoleons III. nach dem *Kandidaturverzicht* vgl. Emile Ollivier an Prinz Napoleon, Pollone, 18. 7. 1871, in: *Emile Ollivier*, Lettres de l'exil, 1870–74 (Paris 1922) 54: „Est-ce moi qui, après la renonciation du prince Antoine (sic) de Hohenzollern, ai eu l'idée de demander des garanties? C'est l'Empereur sans me consulter, sous la pression de l'Impératrice et de sa cour! Est-ce moi qui ai promis d'être prêt, c'est-à-dire d'avoir 500 000 hommes sur le Rhin? C'est le Bœuf et l'Empereur ... Est-ce moi qui ai affirmé que l'Autriche et l'Italie nous soutiendraient? C'est l'Empereur.“ Ollivier wirft dem Kaiser vor: „j'ai à lui reprocher de m'avoir perdu, trompé.“

lisierungsgeschwindigkeiten der verschiedenen Armeen – wobei die Sechswochenfrist Österreichs den preußischen Generalstab seit 1869 veranlaßte, im Kriegsfall auf der Grundlage eines hochorganisierten Eisenbahnaufmarsches zuerst die Entscheidung gegen Frankreich zu suchen – und der bereits seit dem 9. Juli 1870 durch die Einschiffung der in Nordafrika stationierten französischen Truppen für den Feldzug in Europa unter dem Kommando des berühmten Marschalls MacMahon eingeleiteten französischen Teilmobilmachung<sup>67</sup>, scheint ein Interview von Emile Ollivier aus dem Jahre 1873 das politische Kalkül der französischen Regierung in der Julikrise dahingehend zu erklären, daß der Krieg gegen Preußen auf jeden Fall ausgebrochen wäre; nur hätte man gerne die Kriegseröffnung noch etwas hinausgezögert, um den Aufmarsch der österreichischen und italienischen Truppen zu ermöglichen: „Toute la question était de gagner un peu de temps ... Bismarck pressa la solution afin d'empêcher l'Autriche et l'Italie de se joindre à nous.“<sup>68</sup> Nach der Bitte Napoleons III. um die österreichische und italienische Waffenhilfe (8. und 10. Juli 1870) strebte die französische Regierung offensichtlich auf der Grundlage des Kriegsrates vom 19. Mai 1870 den gemeinsamen Beginn der militärischen Operationen an, um die preußischen Kräfte am Rhein, am Main und in Böhmen zu zersplittern. Bismarcks Strategie strebte genau das Gegenteil an: Entweder sollte der Konflikt sofort beendet werden oder der Krieg möglichst bald ausbrechen, damit Preußen die Vorteile der Mobilisierungsgeschwindigkeit voll gegen Frankreich richten konnte. Absolut sicher konnte er nicht sein, daß Österreich neutral bleiben würde, obwohl der Zar die österreichische Neutralität durch einen Truppenaufmarsch zu erzwingen und den Krieg zu lokalisieren suchte<sup>69</sup>. Am 19. Juli 1870 drängte Gramont Beust, die Initiative für einen Ausgleich mit Rußland zu ergreifen. Rußland sollte in bezug auf Polen beruhigt und eine Revision des Vertrages von 1856 in Aussicht gestellt werden. Gramont wollte damit die Basis für die militärische Aktion des Dreibundes im Einverständnis mit Rußland legen, aber ohne Frankreich ausdrücklich zu verpflichten<sup>70</sup>. Da der Zar mit einem raschen Sieg der französischen Truppen in Deutschland rechnete, insgesamt aber an einem Gleichgewicht zwischen Frankreich, Preußen und Österreich interessiert war, wollte er eine Unterstützung Frankreichs durch Dänemark und Österreich nicht zulassen. Die seit 1869 geplanten französisch-dänischen Landungsoperationen im Ostseeraum hätten Auswirkungen auf Nordschleswig, aber auch auf Polen haben können. Ein Sieg des Dreibundes über Preußen hätte automatisch die Isolierung Rußlands in Europa nach sich gezogen. Gramont verzichtete schließlich auf die Umstimmung Rußlands: „Renonçons à la Russie, au besoin faisons-lui la guerre,

<sup>67</sup> Ollivier, *Histoire et philosophie d'une guerre*, 93.

<sup>68</sup> Archives, Préfecture de Police Paris, Ba 1206, Dossier Ollivier.

<sup>69</sup> Jomini an Fleury, St. Petersburg, 18. 7. 1870; OD XXIX, 90. Fleury an Napoleon III., St. Petersburg, 19. 7. 1870; OD XXIX, 120–121.

<sup>70</sup> Gramont an Beust, Paris, 19. 7. 1870; OD XXIX, 103.

mais ayons l'Autriche.“<sup>71</sup> Abgesichert durch die frankreichfreundliche Neutralität der englischen Regierung nach Kriegsausbruch, die, anders als die überwiegend antifranzösische öffentliche Meinung in England, vor allem eine Bedrohung ihrer Weltmachtinteressen und des Systems von 1856 durch Rußland befürchten mußte, weitete die Pariser Regierung – erfolglos – ihre Allianzgespräche auf Rumänien und das Osmanische Reich aus, um gegebenenfalls Preußen und Rußland gemeinsam zu bekämpfen<sup>72</sup>. Zweifellos kam Österreich in dieser Situation erneut eine Schlüsselrolle zu. Beust konnte aber aus innen- und außenpolitischen Gründen Frankreich nicht helfen. Er hielt sich jedoch anfangs mit seiner Politik der „zuwartenden Neutralität“ – unter gleichzeitigen Rüstungen – bis zur Bildung der „Liga der Neutralen“ einen „Rückweg nach Deutschland“ offen, um nach eventuellen preußischen Niederlagen die Neugestaltung Deutschlands Frankreich nicht alleine überlassen zu müssen.

Nach der Kriegserklärung vom 19. Juli 1870 erläuterte die französische Regierung im „Journal officiel“ der überraschten europäischen Öffentlichkeit die Motive ihrer Kriegspolitik: Das bonapartistische Frankreich bekämpfte die preußische Machtpolitik seit 1864/66, den Ausschluß Österreichs aus dem deutschen Vaterland und die Gefährdung der Freiheit Deutschlands durch den preußischen Militarismus. Damit wurde Österreichs Wiedereintritt in Deutschland propagandistisch vorbereitet. Am 28. Juli 1870 war auch Ministerpräsident Ollivier wie seine bonapartistischen Kabinettskollegen und der Kaiser fest entschlossen, die Restauration eines deutschen Kaiserreichs zu verhindern, Preußen zu verkleinern und die Karte Mitteleuropas nach Frankreichs Interessen umzugestalten<sup>73</sup>. Während Napo-

<sup>71</sup> Gramont an de La Tour d'Auvergne, Paris, 23.7.1870; abgedruckt in: *Bourgeois/Clermont, Rome et Napoléon III (1849–1870)* 268. Zur Furcht der russischen Regierung vor einem schnellen Sieg der französischen Truppen in Deutschland vgl. *Charles-Roux, Alexandre II*, 485. Damit waren die Illusionen Napoleons III. in den Jahren 1869/70 endgültig gescheitert, Rußland über den Status quo hinaus in der deutschen Frage zu engagieren, oder wie es Beust ausdrückte. „Une des illusions funestes de l'Empereur Napoléon, jusqu'au moment de la déclaration de guerre 1870, était de croire à un appui moral et matériel de la Russie, et ainsi il ne négligea jamais de faire entrer la Russie dans les combinaisons, lorsqu'il traitait avec l'Italie et l'Autriche.“ Beust an Apponnyi, o. D. 1871, in: *Comte de Beust, Mémoires. Trois quarts de siècle, Bd. II (Paris 1888)* 547. Beust gelangt wie *F. Charles-Roux (535)* zu der Auffassung, daß eine französisch-russische Allianz gegen Preußen möglich gewesen wäre, wenn die französische Regierung die russischen Revisionswünsche im Hinblick auf das System von 1856 unterstützt hätte.

<sup>72</sup> *Bourgeois/Clermont, Rome et Napoléon III (1849–1870)* 303. Platen an Georg V., Hietzing, 16.7.1870; Königl. Hausarchiv Gmunden, HSTA Hannover/Pattensen, Dep. 103, VIII, B 31 nach den Informationen von Cazaux. OD XXIX, 239.

<sup>73</sup> Klindworth an Beust, 28.7.1870; *Houston, Emile Ollivier and the Hohenzollern Candidacy*, 131.

Ende Juli 1870 war der Einfluß Olliviers überwunden, der, wie andere Vertreter bonapartistischer und liberaler Kreise, anstrebte: „battre la Prusse, prendre le Rhin et laisser Bismarck maître du reste. – Tout au plus stipulerait-on encore une certaine indépendance pour le Sud, mais en tout cas on ne reviendrait pas sur les spoliations opérées au Nord en 1866.“ So der

leon III. an die Bildung eines von Preußen befreiten deutschen Rheinstaats gedacht zu haben scheint, wollte Emile Ollivier die Grenzen des I. Empire wiederherstellen. Jetzt erst wies die französische Regierung die Berliner Interpretation des Prager Friedens von 1866 in bezug auf die Nordschleswigfrage und die Frage des Anschlusses der süddeutschen Staaten offiziell zurück und klagte die Dynastie der Hohenzollern an, von der Ostsee bis Gibraltar und vom Rhein bis zu den Donaumündungen herrschen zu wollen. Als außenpolitische Leitideen entwickelten Rouher in seiner Rede vom 16. Juli 1870 in Saint-Cloud und der Kaiser in seiner Proklamation an das französische Volk vom 22. Juli 1870 die Gedanken, Deutschland von der preußischen Herrschaft zu befreien und Europa einen dauerhaften Frieden auf der Grundlage des Gleichgewichts, der wahren Interessen der Völker und der Sicherheitsinteressen Frankreichs zu geben.

Es war wohl kein Zufall, wenn das „Journal officiel“ am 3. August 1870 den Brief des Kaisers an den damaligen Außenminister Drouyn de Lhuys vom 11. Juni 1866 neu als Manifest interpretierte, „qui formulait le programme le plus favorable à la prospérité de la Confédération germanique, aux aspirations et aux droits de la nation allemande“. Das offizielle Organ knüpfte also im Jahre 1870 an das Deutschlandprogramm von 1866 an, das die schwierige Reform des Deutschen Bundes und eine Frankreichs Interessen günstige Struktur Mitteleuropas vor dem unerwarteten Sieg Preußens über Österreich hatte sicherstellen sollen, oder wie Napoleon III. diesen Wunsch in seinem Schreiben an Innenminister La Valette vom 12. August 1866 trotz der Sympathieerklärungen an die Adresse der deutschen Nation formuliert hatte: „aider l'Allemagne à se constituer de la manière la plus favorable à nos intérêts et à ceux de l'Europe“<sup>74</sup>.

Im Gesamturteil fällt es schwer zu glauben, der Kriegsausbruch im Juli 1870 sei lediglich das Ergebnis unkontrollierter Krisenpolitik oder unzureichend entwickelter Kriegsverhütungsstrategien gewesen. Gerade die scheinbaren Widersprüche und Inkongruenzen der französischen Außenpolitik weisen darüber hinaus: Hinter der ideologisch-propagandistischen Begründung der Außenpolitik verbarg sich die berechnende Realität nationaler Großmachtpolitik. Ihre Harmonisierung mit der

Bericht des früheren französischen Diplomaten in welfischen Diensten, Graf Breda, an den ehemaligen Außenminister Hannovers, Graf Platen, Paris, 27.7.1870; Königl. Hausarchiv Gmunden, HSTA Hannover/Pattensen, Dep. 103, VIII, B 31. Napoleon III. selber hatte schon frühzeitig andere Pläne verfolgt. Am 27.6.1870 wurde Fürstin Metternichs Tochter Clémentine geboren. Vierzehn Tage später sagte der Kaiser bei einem Höflichkeitsbesuch: „Mon idée serait de donner la Westphalie et les provinces rhénanes jusqu'au Nassau au duc Adolphe de Nassau dépossédé ... Il faudrait mettre à la porte le grand-duc de Bade qui tient trop avec la Prusse et refaire un royaume de Hanovre agrandi, avec le roi Georges, dépossédé lui aussi par les Prussiens. Evidemment il faudrait remanier la carte de l'Europe centrale.“ Textstelle in: Souvenirs de la princesse Pauline de Metternich (1859–1871), hrsg. v. *Marcel Duman* (Paris 1931) 204–205. Ähnlich äußerte sich auch Gramont; vgl. Quadt an Bray, Paris, 17.7.1870; *Oncken*, III, 450. Zur französischen Mitteleuropapolitik Anfang und Mitte August 1870 vgl. „Journal officiel“, 3.8.1870 und *Oncken*, III, 526 f.

<sup>74</sup> Napoleon III. an La Valette, 12.8.1866; OD XII, Nr. 3358, 70 f.

bonapartistischen und liberalen europäischen Idee scheiterte im Jahre 1866 gründlich, weil man von französischer Seite den nationalen Reformwillen im deutschen Bürgertum in seiner Verbindung mit der preußischen Machtpolitik unterschätzte; so gab die französische Regierung auch das Spiel mit dem Nationalstaatsprinzip in Deutschland auf und verzichtete zugleich darauf, die bekannten Auflösungspläne der Jahre 1857/59 bis 1863 zugunsten der Völker der Donaumonarchie und des Türkischen Reiches im Rahmen der erneuerten Krimkriegskonstellation seit 1868 gegenüber Rußland/Preußen entsprechend den aktuellen westlichen Machtinteressen im internationalen System wieder aufzugreifen. Die damals durchaus bekannten Mittel, den Krieg durch eine Ausgleichs- oder Kongreßpolitik zu verhindern, waren bereits erfolglos versucht und auch die Allianzverhandlungen Frankreichs waren unter der Leitidee der Sicherung des Friedens in Europa geführt worden. Sie unterstützten die Status-quo-Politik Napoleons III., konnten aber gegebenenfalls sehr leicht Bestandteil einer offensiven Strategie gegenüber Deutschland werden, zumal Bismarck den Status quo, den die Großmächte Frankreich, Österreich, England und Rußland als Respektierung der Mainlinie definierten, langfristig auch gegenüber der öffentlichen, insbesondere französischen Meinung mit dem Argument zu überwinden suchte, „daß die Einigung Deutschlands unser natürliches, rechtmäßiges und durch die Verträge nicht untersagtes Ziel ist“<sup>75</sup>. In der politischen Praxis führte dies aber nicht zu einem verstärkten Werben Bismarcks um die Gunst der Presse. Vielleicht lag der Grund hierfür im Drängen der kleindeutsch-nationalliberalen Bewegung und der französischen Diplomatie, die es verstanden hatte, den europäischen Kabinetten den Eindruck zu vermitteln, Bismarcks kleindeutsche Politik störe das europäische Gleichgewicht und den Frieden, während die französische Status-quo-Politik den europäischen Frieden garantiere. Es steht außer Frage, daß man in Paris dennoch auf eine Gelegenheit zur Klärung der „preußischen Frage“ wartete und zugleich einen Nationalkrieg mit ganz Deutschland vermeiden wollte.

Über den unmittelbaren Anlaß der Kandidatur Leopolds von Hohenzollern-Sigmaringen für den spanischen Königsthron in einer für Berlin sehr ungünstigen europäischen Gesamtsituation hinaus sind auch die tieferliegenden Ursachen des Konflikts zu berücksichtigen. Er brach in einer Periode aus, die aus psychologischen und politischen Gründen nur scheinbar eine Phase der „Entspannung“ war. Ein siegreicher Krieg hätte die Rückkehr zur alten autoritären bonapartistischen Ordnung und eine energischere Bekämpfung der eine demokratische und soziale Republik fordernden Systemgegner begünstigen können. Ausgelöst wurde der Krieg nicht als Krieg gegen Deutschland, sondern gegen *Preußen* und zur Befreiung der intelligenten und sympathischen Völker der „grande nationalité germanique“ (so die Regierungspropaganda)<sup>76</sup>. Er resultiert überwiegend aus dem fehler-

<sup>75</sup> Bismarck an Flemming, Berlin, 28.2.1870; GW VI b, 263.

<sup>76</sup> Vgl. *Radewahn*, Die Pariser Presse und die deutsche Frage, 438 ff.

haften diplomatischen Kalkül (Erwartung der Hilfe Österreichs, Italiens, Dänemarks, der Welfen und anderer Partikularisten sowie der Neutralität der süddeutschen Staaten) und der falschen militärischen Lagebeurteilung (volle Kriegsbereitschaft und Überlegenheit der französischen Armee) der außenpolitischen Entscheidungsträger Frankreichs im Jahre 1870. Obwohl die demokratische Linke gegen den „unnötigen Krieg“ zur Annullierung der deutschen Einheit in der Presse aus Prinzip protestierte, hielt die französische Regierung die europäische Gesamtsituation für günstig, um das Entstehen einer ökonomisch-industriell und militärisch modernen hegemonialen preußisch-kleindeutschen Großmacht in der sich seit 1866/67 abzeichnenden politischen Gestalt zu verhindern. Im Zeitverständnis konnte der Krieg zur Wiederherstellung eines – nach dem Empfinden der französischen Kriegspropaganda – bereits gestörten Gleichgewichts zudem gerechtfertigt werden.

Lieber als das Europa von 1815 hätte das bonapartistische Frankreich ein in Struktur, Politik und Ökonomie modernisiertes Europa, eine Art Europäische Konföderation mit Frankreich als Schwerpunkt und als Gegengewicht für den im 20. Jahrhundert erwarteten Machtzuwachs der USA und Rußlands gesehen. Aus diesem Grunde gehörte es zu den außenpolitischen Prioritäten Frankreichs, Rußland bis 1870 an einer grundlegenden Revision des Systems von 1856 zu hindern und die französische Position im weltpolitischen System zu verbessern.

Gestört wurde die Vision von einem bonapartistischen Europa nicht nur durch die Haltung des Deutschen Bundes im Krim- und im Italienkrieg und das österreichische Mitteleuropaprogramm im Sinne des säkularen habsburgischen Hegemonialstrebens, sondern auch durch die enge Zusammenarbeit des machtbewußten Preußens mit Rußland bei wesentlichen europäischen Fragen wie der polnischen und der Balkan-Frage seit 1863/68. Zum Konflikt im Jahre 1870 trieben insbesondere das in französischen Regierungskreisen verbreitete Gefühl eines fehlerhaften deutschlandpolitischen Kalküls im Jahre 1866 und die Perspektive einer großpreußisch-obrigkeitsstaatlichen Lösung der deutschen Frage in Verbindung mit der konservativen Idee von „Kaiser und Reich“ und dem modernen kleindeutschen Nationalstaatsgedanken. Die Mitte Europas sollte weder von Österreich noch von Preußen beherrscht, sondern unter Berücksichtigung der bonapartistischen Hegemonial- und Sicherheitsinteressen zu einem neuen föderativen System geformt werden. Um ihre eigentlichen mitteleuropäischen Ziele durchzusetzen, nutzte die Regierung Napoleons III./Gramont den Patriotismus der Massen in der spanischen Thronkandidaturfrage und die Loyalität derjenigen bonapartistischen und liberalen Kreise, die lediglich Kompensationen anstrebten, ohne das Werk von 1866 in Frage stellen zu wollen. Diese Faktoren trugen zum Kriegsausbruch ebenso bei wie die Sorgen der französischen Regierung um das nationale Prestige und um die große Rolle Frankreichs und Europas in der Welt von morgen.

*Dietrich Beyrau*

## Russische Interessenzonen und europäisches Gleichgewicht 1860–1870

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts erfuhr das europäische Gleichgewicht zwei Verschiebungen, die durch den Krimkrieg und den deutsch-französischen Krieg verursacht wurden. Im ersteren verlor Rußland sein entscheidendes Übergewicht über Mittel- und Südosteuropa, der zweite Krieg bewirkte einen Rollentausch zwischen dem neuen Deutschen Reich und der alten Militärmacht Frankreich, die bis dahin nur in Koalitionskriegen hatte überwunden werden können. Diese Entscheidungen auf dem Schlachtfeld waren wohl nicht zufälliger Natur. In ihnen drückte sich ein tiefer liegender Prozeß aus, der gemeinhin mit den Begriffen Industrialisierung und Modernisierung gekennzeichnet wird<sup>1</sup>. Von der englischen industriellen Revolution angestoßen und in wechselnden Wellen und Phasen vom Kontinent aufgenommen, hatte dieser Vorgang eine Verschiebung der industriellen und militärischen Potenzen zwischen den Großregionen und einzelnen Staaten zur Folge, die auf Dauer die politische Gestaltung Europas nicht unberührt lassen konnte.

Bis zum Krimkrieg hatte das vergleichsweise stagnierende Zarenreich durch seine schiere Größe und militärische Machtkonzentration die Dynamik der mitteleuropäischen Völker und Staaten gebremst, die von sozialen Umwälzungen, Unruhen und Revolutionen erschüttert worden waren. Im Krimkrieg nun erwies sich die östliche Kontinentalmacht als bewegungsloser Riese. Wegen einer veralteten Sozialstruktur, eines verknöcherten politischen Systems und einer altertümlichen – in West- und Mitteleuropa seit Napolcons Tagen überwundenen – Militärverfassung war der östliche Riese zwar nicht wehrlos, aber er hatte seine frühere Offensivstärke verloren<sup>2</sup>. Dem dynamischen industriellen Westen, der nach dem Prinzip des „maximal slaughter at minimal expense“ verfuhr, stand der versteinerte Osten gegenüber, der gewissermaßen dem vorindustriellen Grundsatz des „maximal slaughter at maximal expense“ zu folgen schien. Der 1855 neu auf den Thron gestiegene Kaiser Alexander II. und seine engsten Berater haben sehr deutlich er-

<sup>1</sup> *Gilbert Garrier* (Hrsg.), *La domination du capitalisme 1840–1914*, in: *Histoire économique et sociale du monde* 4 (1978); *Theodor Schieder* (Hrsg.), *Handbuch der europäischen Geschichte*, Bd. 6 (Stuttgart 1968).

<sup>2</sup> *Bruce Lincoln*, *Nikolaus I. von Rußland. 1796–1855* (München 1981); *John Shelton Curtiss*, *Russia's Crimean War* (Durham/N.C. 1979).

kannt, daß die von ihren Vorgängern so hochgehaltenen Prinzipien von absolutem Polizeiregime nach innen und Gendarmenrolle nach außen eher Ausdruck von Altersstarre als von Stabilität gewesen waren. Man hatte aus den Erfahrungen des Krimkrieges gelernt, daß es nicht länger angehen konnte, den sozialen und politischen Wandel um jeden Preis zu verhindern. Es galt vielmehr, sich ihm anzupassen und ihn für die eigene Machtbehauptung zu nutzen. Damit wurde nach innen wie nach außen neuen Kräften freier Raum gelassen, die zuvor unterdrückt worden waren. – Und es mußten neue Prioritäten gesetzt werden.

Nach Abschluß des Pariser Friedens von 1856 verkündete der neue russische Außenminister A. M. Gorčakov in einem berühmt gewordenen Zirkular: „Rußland schmolzt nicht, Rußland sammelt sich.“<sup>3</sup> Damit wurden vom Außenminister der Primat der Innenpolitik, die Notwendigkeit tiefgreifender innerer Reformen und die Neudefinition der außenpolitischen Interessen des Imperiums angezeigt.

Die Reorganisation der inneren Kräfte erwies sich aber als ein zähes und schwieriges Geschäft, das nicht ohne Risiko in Angriff genommen und vollendet werden konnte. Was ursprünglich nur als „Verbesserung“ der inneren Ordnung gedacht war, weckte neue gesellschaftliche Kräfte und provozierte Widerstände, zwischen denen die Autokratie zu lavieren hatte. Dies wirkte sich auch auf die Außenpolitik aus, die sich vor den widerstreitenden Meinungen und Interessen der neu entstandenen Öffentlichkeit zu rechtfertigen hatte. Die Presse erhielt trotz der nur gemilderten, aber nicht beseitigten Zensur ein um so größeres Gewicht, als sie die Funktion eines Parlaments in gewisser Weise ersetzte und die gewichtigen Interessen von Industrie, Adel, Beamtennobilität und Intelligenz zum Ausdruck brachte. Den alten außenpolitischen Doktrinen von Legitimität und Ordnung, die nur noch einen unsicheren Rückhalt am Zarenhof fanden, wurden diejenigen des nationalen („slavischen“) Interesses und Konzeptionen russischer „Realpolitik“ gegenübergestellt. In ihnen artikulierte sich ein neues Selbstbewußtsein, das sich vom „deutschen“ System Nikolaus' I. distanzierte<sup>4</sup>. Über alle Divergenzen hinaus bestand nach dem Krimkrieg Einigkeit darin, daß Rußland seine außenpolitische Orientierung neu auszurichten habe.

Aber das eigentliche Feld der Bewährung der Autokratie, die sich manche ungeduldigen Zeitgenossen schon als „progressive“ Instanz erhofften<sup>5</sup>, lag zunächst weniger auf außen- als auf innenpolitischem Gebiet. Beide Felder sind aber nur in der Analyse, nicht in der Praxis auseinanderzuhalten. „Primat der Innenpolitik“ bedeutete in den fünfziger und sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts vor allem, den Machtapparat so weit zu reformieren, daß Katastrophen wie während des Krimkrieges sich nicht wiederholten. Rußland hatte seinen Militärapparat und damit

<sup>3</sup> S. K. Bušuev, Gorčakov (Moskau 1961) 82 f.

<sup>4</sup> Dietrich Geyer, Der russische Imperialismus (Göttingen 1977) 43 ff.; Daniel Balmuth, Censorship in Russia, 1865–1905 (Washington 1979).

<sup>5</sup> V. N. Rozental', Idejnye centry liberal'nogo dviženija v Rossii nakanune revoljucionnoj situacii, in: Revoljucionnaja situacija v Rossii v 1859–1861 gg. (1963) 372–398, 386.

eng verbunden Wirtschaft und Sozialverfassung zu modernisieren, um außenpolitisch aktionsfähig zu bleiben. Die ergriffenen Maßnahmen, von denen hier nur die Bauernbefreiung von 1861, die Einrichtung der ländlichen Selbstverwaltung (*Zemstva*), die Justizreform, beide 1864, erwähnt werden sollen, sind hier im einzelnen nicht zu schildern. Begleitet waren diese Reformen von einer ersten Welle der Industrialisierung und des Bahnbaus, der Einfuhr von westlichem Kapital und technischem Know-how. Zugleich wurde die einst „stehende“ in eine Kaderarmee verwandelt und die Wehrverfassung des Landes so reformiert, daß die Armee sowohl für den kriegerischen Einsatz nach außen wie für die Pazifizierung der national unzuverlässigen Randgebiete bereit war<sup>6</sup>. So beeindruckend die Bilanz der Reformpolitik des „Zar-Befreiers“ insgesamt auch ausfiel, wenn man sie vor dem Hintergrund des Ausgangspunktes von 1856 bewertet, so bleibt doch hervorzuheben, daß der industrielle und insgesamt zivilisatorische Abstand zu den damals führenden Mächten England und Frankreich wie zum Nachzügler Deutschland wenig verringert wurde<sup>7</sup>.

Zudem entstand in Gestalt Preußen-Deutschlands an den unmittelbaren Westgrenzen des Russischen Reiches ein neues Machtzentrum, in einer Region, die sich bis 1853 fast in einem Vasallenstatus gegenüber der Autokratie befunden hatte. Vor dem Hintergrund industrieller und politischer Dynamik der Staaten Mittel- und Westeuropas und ihres wirtschaftlichen Vorsprungs erschienen die russischen Defizite, die heute mit dem Begriff der Rückständigkeit belegt werden, um so beunruhigender. Rußland, so die Argumente des einflußreichen Publizisten M. N. Katkov, drohe auf die Stufe eines „Chanats“ zurückzufallen<sup>8</sup>. Der Kontrast zwischen der Dynamik des Westens und der vermeintlichen Stagnation des Ostens kennzeichnete trotz aller Reformanstrengungen in Rußland eine Stimmungslage, mit der besonders in der Öffentlichkeit gearbeitet wurde. Sie blieb nicht ohne Resonanz im Regierungsapparat.

Nicht nur im industriellen, auch im militärischen Bereich schien es, als ob Rußland mit der europäischen Entwicklung nicht Schritt halten würde. Trotz erheblicher Anstrengungen im militärischen Ressort konnten Organisation und Ausrüstung der Truppen nicht auf ein Niveau gehoben werden, das einem Vergleich mit Preußen-Deutschland oder Frankreich standgehalten hätte. Die russische Armee blieb schwer mobilisierbar, ihre Logistik ließ zu wünschen übrig, so daß ihre Truppenstärke – ca. 700 000 Mann auf dem Friedensstand, über eine Million auf dem Kriegsstand um 1870 – nicht mit der tatsächlichen Einsatzstärke auf einem europäischen Kriegsschauplatz – ca. 500 000 Mann – gleichgesetzt werden durfte.

<sup>6</sup> *Gottfried Schramm* (Hrsg.), *Handbuch der Geschichte Rußlands*, Bd. 3/1 (Stuttgart 1983) 14 ff., 102 ff.

<sup>7</sup> Vgl. statistische Tabellen in *Carlo C. Cipolla* (Hrsg.), *The Fontana Economic History of Europe. The Emergence of Industrial Societies*, Bd. 4/2 (London 1973) 747 ff.

<sup>8</sup> *M. N. Katkov*, *Sobranie peredovych statej Moskovskich Vedomostej*. 1866 (Moskau 1898) Nr. 166, 360.

Deutschland und Österreich-Ungarn konnten bei sehr viel geringerer Bevölkerungszahl als Rußland damals je ca. eine Million Soldaten (Kadergruppen und Reservisten) für den Kriegsfall mobilisieren<sup>9</sup>. So beachtlich die Stärke der russischen Streitkräfte insgesamt auch sein mochte, so gingen doch in- und ausländische Beobachter davon aus, daß Rußlands Armee für eine offensive Aktion in Südost- oder Mitteleuropa schlecht gerüstet sei, insbesondere wenn es das Zarenreich nicht nur mit einem Gegner, sondern mit einer feindlichen Koalition zu tun habe. Es blieb dabei, daß Rußland an seinen Rändern verletzbar war, besonders in dem Fall, daß es in Konflikte mit seinen unmittelbaren Nachbarn verwickelt würde. Die Entfaltung des militärischen Potentials in Deutschland konnte daher nur beunruhigen, auch wenn es keine aktuellen Konflikte mit dem Nachbarn gab.

Hatten einst das große Menschenreservoir, eine vergleichsweise einfache Technik und die Anspruchslosigkeit der Soldaten Rußland zur führenden Militärmacht werden lassen, so erlegten nun ökonomischer Rückstand und die Schwächen der militärischen Organisation der russischen Politik gegenüber Europa gewisse Beschränkungen auf. Diese Bewegungsschwäche des russischen Kolosses mußte sich allerdings nicht nur nachteilig auswirken, wenn sie, wie es bei den Verantwortlichen in Petersburg geschah, hinreichend in Rechnung gestellt wurde. Zwar wird man dem Zaren und seinen Ministern in der Außenpolitik keine globale und in sich konsistente Strategie unterstellen können, aber es gab grundsätzliche Entscheidungen, innere und äußere Konstellationen, die das Verhalten der zarischen Politiker bestimmten.

Hierzu gehörte in erster Linie der vorläufige Verzicht auf den Status einer maritimen Großmacht. Dies ergab sich teils aus den Verpflichtungen des Pariser Friedens – der Neutralisierung und Entmilitarisierung des Schwarzen Meeres, der Schließung der Meerengen für Kriegsschiffe –, teils aus finanziellen Erwägungen. Angesichts ständiger Haushaltsdefizite seit 1855 ließen sich nicht gleichzeitig eine neue Flotte aufbauen und das Landheer reorganisieren. Daher blieben die Aufwendungen für die Kriegsmarine bis in die siebziger Jahre hinein vergleichsweise bescheiden. Selbst nach Aufhebung der sog. Pontusklauseln im Londoner Vertrag von 1871 blieb die russische Schwarzmeer-Küste unbefestigt, und vom Aufbau einer nennenswerten Kriegsflotte konnte keine Rede sein<sup>10</sup>.

Diese teils freiwillige, teils erzwungene Selbstbeschränkung der russischen Macht entschärfte in erheblicher Weise die Rivalität mit dem britischen Empire. Diese ergab sich aus der Berührung russischer und englischer Interessensphären, die vom Balkan und Bosphorus über Mittelasien und Fernost bis zum Pazifik reich-

<sup>9</sup> *Dietrich Beyrau*, *Militär und Gesellschaft im vorrevolutionären Rußland* (Köln 1984) 277 ff.

<sup>10</sup> *Jacob Walter Kipp*, *The Grand Duke Konstantin Nikolaevich and the Epoch of the Great Reforms, 1855–1866* (Ph. D. diss. Pennsylvania State University 1970); *S. V. Obolenskaja*, *Franko-prusskaja vojna i obščestvennoe mnenie Germanii i Rossii* (Moskau 1977) 169; *L. M. Šneerson*, *Franko-prusskaja vojna i Rossija* (Minsk 1976) 213 ff.

ten. An der entscheidenden Nahtstelle russisch-englischer Einflußnahme, am Bosphorus und seinem „Hinterland“, dem Osmanischen Reich, hatte Rußland eine nachhaltige Niederlage im Krimkrieg hinnehmen müssen, die fürs erste als endgültig akzeptiert werden mußte. Gleichzeitig war aber noch während dieses Krieges im Fernen Osten mit der russischen Besetzung des Amur- und Ussuri-Gebietes begonnen worden, Territorien, die nur am Rande britischer Weltherrschafts-Interessen lagen. Zudem hat die Entmilitarisierung des Schwarzen Meeres und die Schließung der Meerengen für Kriegsschiffe es dem Zarenreich erleichtert, mit verhältnismäßig geringen Mitteln die bis dahin unbotmäßigen Stämme im Kaukasus zu unterwerfen und die russische Herrschaft in dieser Region endgültig zu festigen. Nahezu unbehindert wurden die Chanate Mittelasiens in den sechziger und siebziger Jahren besetzt, dem Reich einverleibt oder als Vasallenstaaten der Zarenherrschaft gefügig gemacht<sup>11</sup>.

Dieser „Arrondierung“ des russischen Imperiums vom Kaukasus bis zum Pazifik ist weder in der europäischen noch in der russischen Öffentlichkeit jene Aufmerksamkeit zuteil geworden, die der Umfang des territorialen Gewinns nahegelegt hätte. Dies mag mit der Ferne vom europäischen Zentrum wie von strategisch wichtigen Handelswegen erklärt werden. Für das russische Militär mögen diese Erfolge die Niederlagen im Krimkrieg kompensiert haben, zumindest schufen sie seinem Tatendrang einen relativ ungefährlichen Auslauf. Militär und Politik erlagen hier zweifellos dem Sog machtpolitisch „leerer“ Räume. Die Eroberungen entsprangen aber auch der weltumspannenden englisch-russischen Rivalität und wurden auf russischer Seite mit einem gewissermaßen antizipierenden Imperialismus legitimiert. Die Territorien vom Kaukasus bis zum Pazifik sollten vom mehr befürchteten als realen Sterling-Imperialismus abgeschottet und russischen Interessen durch Besetzung endgültig verfügbar bleiben. In den sechziger und siebziger Jahren dienten sie noch nicht als Sprungbrett für ein weiteres Vordringen in die vorderasiatischen Teile des Osmanischen Reiches oder als Ausgangsbasis für eine maßgebliche Einflußnahme in Persien oder China. Da zudem die geographischen Gegebenheiten eine militärische Konfrontation mit dem britischen Empire nahezu ausschlossen, verharrten beide Mächte in einem mißtrauischen, bisweilen feindseligen Attentismus. Er bestimmte maßgeblich auch die beiderseitigen Beziehungen auf dem europäischen Kontinent, besonders natürlich am Bosphorus und auf dem Balkan. Der offene Gegensatz über diese Region hinaus blieb eine feste Konstante europäischer Diplomatie, die alle Staaten Europas in ihr Kalkül einzubeziehen hatten.

Die russischen Erfolge in Asien, die mit vergleichsweise geringen Mitteln erzielt worden waren, veränderten aber nicht die Bewegungsschwäche des Zarenreiches in Europa und – was als besonders schmerzlich empfunden wurde – auf dem Balkan. Die europäischen Teile des Osmanischen Reiches wie die Kleinstaaten auf dem

<sup>11</sup> Geyer, *Imperialismus*, 71 ff.; *Schramm* (Hrsg.), *Handbuch*, 190 ff.

Balkan waren seit dem Pariser Frieden der russischen Hegemonie entzogen und gewissermaßen unter die Vormundschaft der Signatarstaaten des Pariser Friedensvertrages gestellt worden. Jede Veränderung in dieser Region – wie die Vereinigung der Donaufürstentümer (1859), der Abzug der türkischen Festungstruppen aus Serbien (1867), der Aufstand auf Kreta (1866–1869) oder selbst die Verwaltungsreform in den türkischen Provinzen nach 1856 – setzte die komplizierte Maschinerie europäischer Konferenzen und Interventionen in Bewegung<sup>12</sup>. Schon allein dieser Mechanismus zwang die russische Seite dazu, einen oder mehrere Bündnispartner zu suchen, wenn es seinen ohnehin reduzierten Einfluß gegen England (und Österreich) zur Geltung bringen wollte. Das Finden eines in den „Orientalia“ verlässlichen Bundesgenossen sollte einerseits die russische Schwäche ausgleichen, diente aber des weiteren dazu, die Krimkriegskoalition zu sprengen. Dies gelang auch verhältnismäßig leicht mit der Annäherung an Frankreich, ohne daß Rußland hieraus für sich handgreifliche Vorteile auf dem Balkan oder an den Meerengen erzielen konnte.

Auch in den sechziger Jahren und besonders nach 1866 ging es der russischen Politik in erster Linie darum, schädliche Rückwirkungen der deutschen Kriege auf dem Balkan zu verhindern oder – im günstigsten Fall – sogar Vorteile einzustreichen. Kennzeichnend für die Haltung der russischen Politiker bis zur Reichsgründung blieb eine schwer allein mit rationalen Gründen zu erklärende Fixierung auf den Balkan als der eigentlichen europäischen Interessenzone des russischen Imperiums. Behauptung und Stärkung des eigenen Gewichts in dieser instabilen Region wurden zum maßgeblichen Kriterium für Erfolg oder Mißerfolg der russischen Diplomatie überhaupt. Diese schwer nachvollziehbare Faszination zarischer Politiker und der russischen Öffentlichkeit durch die „orientalische Frage“<sup>13</sup> ist weder mit ökonomischen noch mit strategischen Interessen und auch nicht hinreichend mit dem neu aufgekommenen Nationalismus in Rußland selbst zu erklären. Die wichtigsten Handelspartner zu dieser Zeit waren Großbritannien und der deutsche Zollverein bzw. Deutschland. Mit ihnen wurden weit über 50 % des Außenhandels abgewickelt. Die Handelsverbindungen mit den Regionen des östlichen Mittelmeeres und des Balkans waren minimal. Als Schuldnerland hatte Rußland hier auch keine Kapitalinteressen<sup>14</sup>. Der alte „Drang zum Meer“ verschaffte sich nur

<sup>12</sup> *Leften Stavros Stavrianos*, The First Balkan Alliance System 1860–1876, in: *Journal of Central European Affairs* 2 (1942/43) 267–290; *Dietrich Beyrau*, Russische Orientpolitik und die Entstehung des deutschen Kaiserreiches 1866–1870/71 (München 1974) 63 ff.; *I. G. Senkevich*, Rossija i kritskoe vosstanie 1866–1869 gg. (Moskau 1970).

<sup>13</sup> *S. A. Nikitin*, Slavjanskije komitety v Rossii v 1858–1876 godach (Moskau 1960); *Geyer*, Imperialismus, 49 ff.

<sup>14</sup> *Traian Stoianovich*, Russian Domination in the Balkans, in: *Taras Hunczak* (Hrsg.), *Russian Imperialism From Ivan the Great to the Revolution* (New Brunswick/N.J. 1974) 198–238, 217 ff.; *V. Ja Lavryčev*, Krupnaja buržuazija v poreformennoj Rossii 1861–1900 gg. (Moskau 1974) 205 f., 210, 215.

noch insofern Geltung, als es den russischen Politikern nach wie vor darum ging zu verhindern, daß nach einem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches Konstantinopel in griechische oder gar unmittelbar in englische Hände fiel. Der neue Nationalismus setzte die Petersburger Führung unter einen zunehmenden Legitimationsdruck, er lieferte aber doch insgesamt nur neue Argumente für eine alte Politik.

Das manchmal sich zur Hysterie steigernde Interesse für den Balkan und den Bosphorus wurde dadurch geschürt, daß diese Region trotz der Sympathien, die das slavische und orthodoxe Rußland bei den christlichen Völkern – mit Ausnahme der rumänischen Oberschicht – genoß, immer stärker unter den ökonomischen und politischen Einfluß der Westmächte und Österreich-Ungarns geriet. Eine Abschottung des Balkans – analog den Eroberungen in Asien – war seit 1856 nicht mehr möglich. „Slavische“ Propaganda und populäre Sympathien reichten aber nicht aus, diese Region an Rußland zu binden. So wirkten sich auch hier die Entwicklungsunterschiede zwischen Rußland und den westlichen Rivalen negativ aus und bestätigten nur die Einsicht, daß Petersburg eines Bündnispartners bedürfe. England und Österreich-Ungarn schieden hierfür aus naheliegenden Gründen aus, so daß nur die Wahl zwischen dem Wunschpartner Frankreich und dem vielfach wenig geschätzten Preußen bzw. dem Norddeutschen Bund blieb.

Nicht in erster Linie der polnische Aufstand von 1863 und seine diplomatische Unterstützung durch Napoleon III., sondern der französische Anspruch auf Einfluß und Geltung auch auf dem Balkan minderten auf Dauer den Wert Frankreichs als Bundesgenossen. Denn seine Wertschätzung bemaß sich auf russischer Seite wesentlich danach, welche Positionsgewinne er dem Zarenreich auf dem Balkan verschaffte. Weder die Resultate des formellen Bündnisses von 1859 noch die auch danach immer wieder unternommenen Anläufe zu einer russisch-französischen Kooperation befriedigten in Petersburg. Zudem galt Napoleons Politik besonders seit 1866 als notorisch unberechenbar. Als sich seit 1867 eine Annäherung Österreich-Ungarns und Frankreichs abzeichnete, gestalteten sich konsequenterweise die russisch-preußischen Beziehungen enger.

Die Hinwendung Frankreichs zur Donaumonarchie, in der seit 1867 die ungarische Seite mit ihren antirussischen Ressentiments an Gewicht gewonnen hatte<sup>15</sup>, wurde in Petersburg in erster Linie in ihren negativen Auswirkungen auf die „Orientalia“ wahrgenommen; natürlich übersah man dabei nicht die antipreußische Stoßrichtung der Zusammenarbeit zwischen Wien und Paris. Was lag näher, als eine Interessengemeinschaft mit dem Norddeutschen Bund zu suchen, zumal dieser immer noch als der schwächere, zumindest als ein äußerst verletzbarer Partner und als vermutlich unterlegener Rivale Frankreichs galt? In vielerlei Hinsicht erschien eine engere Bindung zwischen Preußen und Rußland als nützlich: Solange

<sup>15</sup> *István Diószegi*, Österreich-Ungarn und der französisch-preußische Krieg 1870–1871 (Budapest 1974) 7, 21 f.

die deutsche Frage in der Schwebe gehalten wurde, war davon auszugehen, daß Österreich-Ungarn (selbst im Bündnis mit Frankreich) nichts unternehmen werde, was die russischen Interessen auf dem Balkan allzu nachteilig beeinflusste. (Hierbei ging es vor allem um die befürchtete Annexion Bosniens und der Herzegovina und um eine nicht ausgeschlossene österreichische Intervention im Fall von Unruhen der christlichen Völker und Staaten unter osmanischer Herrschaft.) Die sog. Militärabsprache von 1868 zwischen Berlin und Petersburg beabsichtigte auf russischer Seite, Österreich-Ungarn im Fall eines französischen Angriffs auf Preußen in Schach zu halten. Von der preußischen Seite wurde ebenfalls erwartet, die Habsburger Monarchie zu bedrohen, falls sie militärisch auf dem Balkan aktiv werden sollte. Obwohl Bismarck diese Verpflichtung nicht akzeptiert hat, weil sie russische Abenteuer auf dem Balkan zu erleichtern schien, hielt der russische Kaiser an seiner Verpflichtung fest<sup>16</sup>. Denn Rußland wollte mit der Militärabsprache nicht nur eine österreichische und französische „Rache für Sadova“ verhindern, sondern auch Bismarck davon abhalten, mutwillig die Mainlinie zu überschreiten und damit den befürchteten französisch-österreichischen Bündnisfall zu provozieren, der sich nach russischer Meinung nur negativ auf den Balkan auswirken konnte.

Insgesamt erschien der Norddeutsche Bund solange als nützlich, wie er nolens volens die österreichisch-ungarischen Aspirationen im Südosten Europas blockierte. Die Militärabsprache war in gewisser Weise ein Spiegelbild der ebenfalls in der Schwebe bleibenden Allianz-Verhandlungen zwischen Frankreich und der Habsburger Monarchie<sup>17</sup>. Die auf allen Seiten nur lose gehaltenen Absprachen hatten eher ungewollt eine Situation geschaffen, welche den teils offenen, teils verdeckten Ehrgeiz aller Beteiligten im Zaum halten wollte: Frankreich und Preußen konnten nicht mutwillig den Rhein bzw. den Main überschreiten, ohne den jeweiligen – potentiellen – Bundesgenossen zu verschrecken. Rußland und Österreich-Ungarn sollten auf dem Balkan unbeweglich bleiben, wenn sie sich die „Freundschaft“ ihrer Partner erhalten wollten. Der Versuch einer europäischen „Blockbildung“ war im Ansatz steckengeblieben, weil sich die potentiellen Allianzpartner in ihren verdeckt aggressiven Absichten eher gegenseitig behinderten als unterstützten. Zudem blieben die Absprachen auf beiden Seiten vage und interpretationsfähig, so daß sich keine Seite ihres „Alliierten“ sicher sein durfte.

Dieses Einlenken auf eine eher ungewollte Gleichgewichtspolitik war auf russischer Seite erst erfolgt, nachdem Versuche gescheitert waren, im Gefolge des Krieges von 1866 und in Erwartung eines baldigen deutsch-französischen Konfliktes doch noch Vorteile für sich auf dem Balkan durchzusetzen. Der Aufstieg Preußens und seine territoriale Ausdehnung, mehr noch die Verdrängung Österreichs aus Deutschland beunruhigten in Petersburg, da nun – besonders nach dem Ausgleich

<sup>16</sup> *Beyrau*, Orientpolitik, 106 ff.; *Šneerson*, Vojna, 66 ff.

<sup>17</sup> *Heinrich Lutz*, Österreich-Ungarn und die Gründung des Deutschen Reiches (Frankfurt 1979) 73 ff., 113 ff.

mit Ungarn – eine verstärkte Hinwendung der Habsburger Monarchie nach Südosten befürchtet wurde.

In der Diplomatie und im Militär (wie in der Publizistik) Rußlands gab es eine starke Strömung, die dafür plädierte, sich an den ohnehin unvermeidbaren Aufstieg Preußens „anzuhängen“. Um das mit dem Machtzuwachs Preußens gestörte Gleichgewicht der Kräfte in Europa wieder herzustellen, sollte der russische Einfluß durch Stärkung der Balkanchristen und durch Aufhebung der sog. Pontusklauseln des Pariser Friedens gesteigert werden. Selbst bei dem eher nüchternen Gorčakov hieß es: Der Eintritt der christlichen Völker des Balkans ins politische Leben „verspricht uns natürliche Verbündete und garantiert ein besseres Gleichgewicht“<sup>18</sup>. Diesem Ziel diente 1866 bis 1868 die unermüdliche Tätigkeit N. P. Ignat'evs, des russischen Vertreters in Istanbul. Besonders 1867 versuchte er, Bündnisverhandlungen zwischen den Balkanstaaten und -völkern und Aufstandsvorbereitungen zu koordinieren. Es handelte sich hierbei um eine russische Spielart von Kompensationspolitik, die eher unter der Hand betrieben wurde. Als sich zeigte, daß sich Österreich-Ungarn schneller als erwartet erholte, daß auch die Westmächte zu Gegenaktionen schritten, wurde dieses abenteuerliche Experiment abgebrochen, da Petersburg auf keinen Fall eine militärische Konfrontation riskieren wollte. Man hatte wohl gern eine bestehende Krise für sich ausnutzen, sie aber keineswegs provozieren wollen. Innere Reformpolitik und militärische Schwäche verboten in den sechziger Jahren eine „slavische Gefühlspolitik“<sup>19</sup>.

So erstaunlich es aus der Perspektive des 20. Jahrhunderts erscheinen mag, so läßt das konkrete Verhalten der russischen Politiker im Jahrzehnt zwischen 1860 und 1870 keinen Zweifel daran, daß Deutschland und der deutschen Frage eher eine abgeleitete Bedeutung zukam. Sie ergab sich aus der weltumspannenden Rivalität mit dem britischen Empire und aus der Kräftekonstellation in den „Orientalia“. Wie die politische Praxis, weniger die diplomatische Rhetorik zeigte, stellte sich der Petersburger Führung das europäische Gleichgewicht als ein Beziehungsgeflecht dar, das weitgehend durch die Interessen auf dem Balkan und am Bosphorus geformt wurde.

Das Gleichgewicht der Kräfte erwies sich auch in diesem Fall als eine äußerst flexible und interpretationsfähige Doktrin, die sich mit den je spezifischen Interessen einer Macht verband. Rußland war selbst Teil dieses Gleichgewichts, und es wollte – wie alle anderen Mächte auch – die Gewichte zu eigenem Vorteil verschieben, aber nicht aus der Balance bringen. Das europäische Gleichgewicht galt, wie das russische Verhalten 1866 und 1870/71 erkennen ließ, auch nicht als prinzipiell gestört, wenn die Rollen zwischen Preußen-Deutschland und Frankreich getauscht

<sup>18</sup> S. A. Nikitin, Očerki po istorii južnych slavjan i rusko-balkanskich svjazej v 50–70-e gody XIX v. (Moskau 1970) 240.

<sup>19</sup> Bismarck an Goltz, Berlin 15. März 1968, in: *Otto v. Bismarck*, Die gesammelten Werke, Bd. 6a (Berlin 1930) 311.

wurden. Innerhalb dieses Rahmens, der Bismarck einen Spielraum gewährte, ohne daß ihm Petersburg – auch nicht mit der Militärabsprache – einen Freibrief erteilt hätte, gab es unter den russischen Politikern selbstverständlich Präferenzen für die Lösung des deutschen Knotens.

Seit dem Krimkrieg hatte die Autokratie ihre Rolle als letzte Schiedsinstanz in den deutschen Angelegenheiten verloren, und sie besaß weder die Macht noch den Willen, sie wiederzuerlangen. 1864, 1866 und letztlich auch 1871 wurde die zarische Regierung vor vollendete Tatsachen gestellt, ein Zustand, wie er unter Nikolaus I. undenkbar gewesen wäre. Es sei, so klagte ein russischer Diplomat 1866, „wenig generös, uns in so harter Weise zu beweisen, daß wir in Europa ohnmächtig sind“<sup>20</sup>. Auch wenn man bei der Regelung der deutschen Frage vor der Tür stehen gelassen wurde, so gab es doch in Petersburg grundsätzliche Überlegungen für Deutschland, die auf die Erhaltung eines preußisch-österreichischen Gleichgewichts in der Mitte Europas hinausliefen. Man wollte jene Prinzipien erhalten wissen, die nach russischer Meinung das Wesen des Deutschen Bundes ausgezeichnet hatten: Er war zu schwach, um aggressiv, und zu stark, um selber das Opfer einer (französischen) Aggression werden zu können. Zudem hielt er Österreich in Deutschland fest und schien damit dessen Expansion nach Südosten zu behindern. Nichts fürchtete man in Petersburg vor dem Kriegsausbruch von 1866 so sehr wie Kompensationsgeschäfte, die Österreich für den abzusehenden Verlust Venetiens auf dem Balkan entschädigen wollten. Das Prinzip des Gleichgewichts in Mitteleuropa war in russischen Augen nicht an den territorialen Status quo geknüpft. Wie Überlegungen und Sondierung unmittelbar nach dem Krieg von 1866 zeigten, waren auch die russischen Politiker vom Kompensationsfieber angesteckt. Für Positionsgewinne auf dem Balkan und am Bosphorus wollte man durchaus territoriale Veränderungen im Gebiet des inzwischen untergegangenen Deutschen Bundes wie an seinen Rändern billigend in Kauf nehmen, das preußisch-österreichische Kondominium in Deutschland aber erhalten wissen.

Aber all diese Überlegungen und Sondierungen nach dem Krieg von 1866 wie der diplomatische Einsatz Ignat'evs 1867 wurden nur mit geringem Nachdruck verfolgt. Die Scheu vor der Provokation eines Konfliktes, vor der Verwicklung in Auseinandersetzungen, die nicht Rußlands zentrale Interessen berührten, hielten die Petersburger Regierung von energischen Maßnahmen ab.

Die Gestaltung der Verhältnisse in Deutschland gehörte zweifellos nicht zu den als lebenswichtig angesehenen Interessen Rußlands. Dies galt jedenfalls so lange, wie es sich um eine Verschiebung der Gleichgewichte und nicht um einen völligen Umsturz der inneren Ordnung wie der staatlichen Beziehungen handelte. Nur mit diplomatischen Mitteln, d. h. mit geringer Erfolgsaussicht, setzten sich mal der Außenminister, mal der Kaiser persönlich zu verschiedenen Zeiten für die Erhaltung des Status quo ein, so vor und nach dem Krieg von 1866, so indirekt im Zusam-

<sup>20</sup> *Beyrau, Orientpolitik*, 52.

menhang mit der Militärabsprache und zuletzt noch einmal kurz vor und zu Beginn des deutsch-französischen Krieges, als die russischen Politiker in überraschend deutlicher Weise ihre Präferenzen für den Status quo, wenn nicht gar für die Rückkehr Österreichs nach Deutschland zu erkennen gaben. „Was mich betrifft“, so erklärte Alexander II. kurz nach Ausbruch des Krieges von 1870, „so wäre ich dafür, das Protektorat über den Süden Deutschlands Österreich zu geben ...“<sup>21</sup>. Aber die überraschend schnellen Erfolge der deutschen Seite und das Mißtrauen der neutralen Mächte untereinander verwiesen Rußland auf bilaterale Verhandlungen mit dem nun zu stark gewordenen deutschen Partner. Rußland verzichtete widerwillig auf eine Einmischung in die deutsch-französischen Angelegenheiten und durfte sich dafür der deutschen Unterstützung bei der Revision der Bestimmungen des Pariser Friedens sicher sein.

Der Umgang mit der Frage der territorialen Integrität Frankreichs zeigte einmal mehr die Prioritäten auf russischer Seite: Prinzipiell galt die deutsche Annexion Elsaß-Lothringens als verwerflich und schädlich sowohl für das europäische Gleichgewicht als auch für den zukünftigen Frieden. Dies wurde den deutschen Diplomaten nicht verheimlicht. Aber als man mit Bismarck ins Geschäft kam, war die Aufhebung der Pontusklauseln doch wichtiger als die Integrität Frankreichs. (Der Rhein als deutsch-französische Grenze erschien in Petersburg 1866 als weniger anstößig als die Annexion von Elsaß und Lothringen 1871.) 1870/71 verschaffte sich in abgeschwächter Form der immer verdeckte Leitgedanke russischer Kompensationswünsche Geltung, daß nämlich ein Machtzuwachs Preußens mit der Stärkung der eigenen Stellung in Europa verbunden sein sollte.

Die Ergebnisse des deutsch-französischen Krieges sind auf russischer Seite keineswegs gebilligt, aber doch hingenommen worden. Die nicht nur in Rußland vorherrschende Fehleinschätzung des deutsch-französischen Kräfteverhältnisses hat hierbei zweifellos eine bedeutende Rolle gespielt. Die Revision des Pariser Vertrages und die Ausschaltung Frankreichs als Rivale auf dem Balkan erschienen besonders in der Publizistik, aber auch in Regierungskreisen als zu geringer Gewinn, der aus der wohlwollenden Neutralität Rußlands gezogen worden war<sup>22</sup>. Statt der zwar etwas unberechenbaren, aber fernen Militärmacht Frankreich hatte man nun einen zu mächtig gewordenen „Freund“ an den eigenen Grenzen zu ertragen, in der unmittelbaren Nachbarschaft von Randgebieten, deren Völker pazifiziert und eingeschüchtert, aber im positiven Sinn ins Russische Reich nicht integriert worden waren. Insbesondere hatte sich nun die strategische Stellung der „Weichselprovinzen“ geändert: Aus einem Aufmarschgebiet zur eventuellen Disziplinierung Berlins und Wiens waren sie nun im Falle eines Konflikts zu einem kaum zu verteidigenden Vorposten geworden. Die tiefe Beunruhigung, die der Aufstieg Preußens zu einer

<sup>21</sup> *Werner Eugen Mosse, The European Powers and the German Question 1848–1871* (Cambridge 1958) 310.

<sup>22</sup> *Bevrau, Orientpolitik*, 252 ff.; *Šnererson, Vojna*, 210 ff., 242 ff.; *Obolenskaja, Vojna*, 140 ff.

Macht ersten Ranges hervorgerufen hatte, war in der Öffentlichkeit nicht zu übersehen und war auch in den Kreisen von Militär und Bürokratie verbreitet. Hier war von der von Alexander II. und seinem Hof so auffällig zelebrierten russisch-deutschen Freundschaft und Waffenbrüderschaft wenig zu spüren. Die „deutsche Gefahr“ und der „deutsche Drang nach Osten“ wurden nun zu vielfach und beliebig verwendeten Schlagworten im Kampf um innen- und außenpolitische Orientierungen<sup>23</sup>.

Angesichts der militärischen Schwäche Rußlands haben aber alle Seiten gute Miene zum bösen Spiel gemacht. Diese Haltung wurde erleichtert, weil das Gleichgewicht in Europa zwar als gestört, aber nicht als zerstört galt. Innenpolitisch wurde der deutsche Sieg mit vermehrten Rüstungsanstrengungen beantwortet, außenpolitisch durch den Versuch, Österreich-Ungarn wieder in eine „konservative“ Allianz der drei östlichen Monarchien einzubeziehen und damit die arbiträre Stellung Deutschlands zwischen den Rivalen Österreich-Ungarn und Rußland zu unterlaufen.

Insgesamt bewies das Zarenreich in den anderthalb Jahrzehnten seit dem Krimkrieg eine bemerkenswerte Zurückhaltung gegenüber den Kriegen und Konflikten in Mitteleuropa, eine Position, die es mit England teilte, auch wenn hierbei ganz unterschiedliche Gründe maßgeblich waren. Dieses relative Désengagement der beiden „Weltmächte“ war zweifellos eine wesentliche Voraussetzung und Bedingung, die – jenseits aller spezifischen Staatskunst Bismarcks – den Aufstieg Preußens zur Großmacht ermöglicht hat. Umgekehrt war es Bismarcks Politik relativer Selbstbeschränkung, die es beiden Flügelmächten ohne allzu großen Prestigeverlust erleichterte, dem Rollentausch zwischen Frankreich und Deutschland beobachtend zuzuschauen. Das Zarenreich hat sich jedenfalls erstaunlich flexibel dem verschobenen Gleichgewicht der Kräfte angepaßt.

<sup>23</sup> Dietrich Beyrau, Der deutsche Komplex: Rußland zur Zeit der Reichsgründung, in: Eberhard Kolb (Hrsg.), Europa und die Reichsgründung (Historische Zeitschrift. Beiheft 6 N. F. München 1980) 63–107.

*Peter Alter*

## Weltmacht auf Distanz Britische Außenpolitik 1860–1870

### I

In einer ungewöhnlich scharfen publizistischen Attacke, die im April 1864 in der Zeitschrift „Quarterly Review“ erschien, kritisierte Lord Robert Cecil, der spätere Marquess of Salisbury, die auswärtige Politik der liberalen Regierung Palmerston. „We have been brought up to believe“, schrieb Cecil, der einer der herausragenden britischen Außen- und Premierminister des 19. Jahrhunderts werden sollte, „that England’s voice is of weight in the councils of the world.“ Bis vor kurzem sei die Autorität Englands in weltpolitischen Fragen unbestritten gewesen. Doch die Verhältnisse hätten sich inzwischen in beklagenswerter Weise verändert. Englands Ansehen in der Welt habe gelitten. „An entire revolution has taken place in the tone of foreign thought in regard to the position of England. Her influence in the councils of Europe has passed away.“<sup>1</sup> Drei Jahre später, als der konservative Lord Derby die Regierung führte, stellte der große Verfassungsrechtler und Nationalökonom Walter Bagehot nüchtern fest, es bestehe weithin der Eindruck, die britische Außenpolitik sei seit Jahren inkonsequent, prinzipienlos, erfolglos und werde mit der linken Hand geleitet<sup>2</sup>.

Kritik der parlamentarischen Opposition an der auswärtigen Politik der jeweils amtierenden Regierung ging einher mit Beunruhigung in der politisch interessierten Öffentlichkeit über die geminderte internationale Stellung Großbritanniens. Beides waren Hinweise auf die Unsicherheit, mit der in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts die Londoner Regierungen versuchten, in einer sich rasch verändernden weltpolitischen Konstellation nicht nur britische Interessen zu verteidigen

<sup>1</sup> *Robert Cecil*, *Essays on Foreign Policy*, auszugsweise abgedr. in: *James Joll* (Hrsg.), *Britain and Europe. Pitt to Churchill 1793–1940* (Oxford 1967) 159–164, Zitate: 159f.

<sup>2</sup> „The foreign policy of England has for many years been, according to the judgement now in vogue, inconsequent, fruitless, casual; aiming at no distinct pre-imagined end, based on no steadily pre-conceived principle“ (*Walter Bagehot*, *The English Constitution* [London 1974] 185). Bagehots Studie erschien zuerst 1867.

gen, sondern zugleich der von England beanspruchten bzw. von ihm erwarteten Rolle einer globalen Ordnungsmacht gerecht zu werden. Offenbar hatten sich dafür im Unterschied zu den Jahrzehnten nach dem Wiener Kongreß sowohl der außenpolitische Spielraum als auch die politischen Möglichkeiten merklich verengt. Aus der Perspektive der west- und mitteleuropäischen Hauptstädte mochte Großbritannien weiterhin nahezu unangefochten als die politische und wirtschaftlich-industrielle Weltmacht der Zeit erscheinen, der allenfalls ein wieder erstarkendes Rußland entgegentreten konnte. In Großbritannien selbst verbreiteten sich freilich Zweifel darüber, ob und wie es seinen seit 1815 überragenden Einfluß in Europa und in der Welt behaupten und seine Interessen auch in Zukunft durchsetzen konnte.

War das Großbritannien der sechziger Jahre überhaupt noch eine Macht, die ihren Beschlüssen, politischen Versprechungen und Drohungen gegebenenfalls auch Taten folgen lassen konnte? Lord Cecil, der junge Unterhausabgeordnete der Tory-Partei, bezweifelte dies in der ausklingenden Amtszeit des damals schon achtzigjährigen Palmerston. Er beschrieb Großbritannien als eine überengagierte Weltmacht, die sich in dem Jahrzehnt zwischen der italienischen und der deutschen Nationalstaatsgründung angesichts vielfältiger politischer und militärisch-strategischer Probleme in die Defensive gedrängt sah. Interessen und Verpflichtungen in allen Kontinenten, tatsächliche oder vermeintliche, drohten, ihre materiellen Ressourcen zu überfordern und ihre politische Glaubwürdigkeit als Großmacht in Frage zu stellen. Londons Außenpolitik wirkte nicht nur in der Sicht des späteren Premierministers Lord Salisbury (Robert Cecil) in ihren Methoden und Zielen verschwommen, in Krisensituationen kraftlos und unentschlossen. Im Hinblick auf Europa schien sie sogar vorab darum bemüht zu sein, politische Engagements auf ein kaum noch vertretbares Minimum zu reduzieren und heraufziehende Konflikte mit anderen europäischen Mächten durch bisweilen fragwürdige Kompromisse, möglichst im Rahmen des „europäischen Konzerts“<sup>3</sup>, beizulegen<sup>4</sup>.

<sup>3</sup> Carsten Holbraad, *The Concert of Europe: A Study in German and British International Theory 1815–1914* (London 1970).

<sup>4</sup> Vgl. dazu die zusammenfassenden Ausführungen von Paul M. Kennedy, *The Tradition of Appeasement in British Foreign Policy, 1865–1939*, in: *ders.*, *Strategy and Diplomacy, 1870–1945: Eight Studies* (London 1983) 15–39.

## II

Für die global orientierte britische Außenpolitik<sup>5</sup> war Europa in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts nur eine Region unter anderen, der nicht einmal die höchste Priorität zukam, wenn es darum ging, die britischen Interessenschwerpunkte festzulegen. In dieser Einschätzung stimmten Whigs und Tories mit nur geringen Abweichungen überein. England stand in ähnlicher Weise wie Rußland, zumal nach der bis 1865 reichenden Ära Palmerston, gewissermaßen mit dem Rücken zum europäischen Kontinent. Die Konsolidierung des Empire, das schon in den sechziger Jahren die Welt umspannte, die Sicherung der imperialen Verbindungslinien und der freie Zugang des britischen Handels zu den Märkten der Welt bildeten Aufgaben, denen in erster Linie die konzentrierte Aufmerksamkeit der verantwortlichen britischen Politiker galt. Die einzigartige politische und ökonomische Stellung Großbritanniens im 19. Jahrhundert spiegelte sich in seiner Funktion als Weltfinanzzentrum und als internationaler Umschlagplatz für Rohstoffe und Waren. Als das industriell entwickeltste Land der Zeit, das nach dem bekannten Wort von Karl Marx den anderen nur das Bild der eigenen Zukunft zeigte, war es mit seinen dichten Verbindungen nach Übersee längst aus den überschaubaren europäischen Verhältnissen herausgewachsen<sup>6</sup>. Daraus ergab sich beinahe zwangsläufig eine Politik, die sich von derjenigen einer rein „europäischen Macht“ ganz wesentlich unterschied.

Die Konsolidierung des Empire beanspruchte die Kräfte Großbritanniens in den sechziger Jahren in besonderem Maße. So mußte nach der Niederschlagung des indischen Aufstandes 1857/58 für den Subkontinent eine neue Verwaltungsstruktur geschaffen werden. Auf einigen britischen Besitzungen in der Karibik brachen soziale Unruhen und Rebellionen aus (Jamaika 1865), in Neuseeland stießen die weißen Siedler auf den Widerstand der Maori<sup>7</sup>. Gefahr drohte dem territorialen Besitzstand der maritimen Weltmacht und ihren politischen wie ökonomischen Interessen aus der Sicht Londons daher nicht so sehr von Entwicklungen auf dem

<sup>5</sup> Überblicke geben: *Paul Hayes*, *Modern British Foreign Policy. The Nineteenth Century 1814–1880* (London 1975). *Kenneth Bourne*, *The Foreign Policy of Victorian England 1830–1902* (Oxford 1970); im folgenden zitiert: *Bourne*, *Foreign Policy*. *Donald Southgate*, *„The Most English Minister ...“ The Policies and Politics of Palmerston* (London, New York 1966). *Raymond J. Sontag*, *Germany and England. Background of Conflict 1848–1894* (New York 1938, Neudr. 1964). *Robert W. Seton-Watson*, *Britain in Europe, 1789–1914. A Survey of Foreign Policy* (Cambridge <sup>3</sup>1945). *The Cambridge History of British Foreign Policy 1783–1919*, hrsg. v. *A. W. Ward* und *G. P. Gooch*, 3 Bde. (Cambridge 1922–23, Neudr. New York 1970).

<sup>6</sup> Dazu allgemein *Eric J. Hobsbawm*, *Industrie und Empire. Britische Wirtschaftsgeschichte seit 1750*, 2 Bde. (Frankfurt/M. 1969).

<sup>7</sup> *Bernard Porter*, *The Lion's Share. A Short History of British Imperialism 1850–1983* (London, New York <sup>2</sup>1984) 28 ff. und 51 ff.

europäischen Kontinent, sondern in Asien und Amerika. Dort ließen sich neuralgische Zonen ausmachen, die Konflikte, gar die Möglichkeit kriegerischer Auseinandersetzungen mit anderen Mächten grundsätzlich nicht ausschlossen. Der Gestaltung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika und zu Rußland kam dabei eine herausragende Bedeutung zu.

Gegenüber den Vereinigten Staaten hatte Großbritannien Kanada zu behaupten und gleichzeitig seine starke wirtschaftliche Position auf den süd- und mittelamerikanischen Märkten zu verteidigen. Das war insofern keine leichte Aufgabe, als das britisch-amerikanische Verhältnis während des Sezessionskrieges erheblichen Belastungen ausgesetzt war. Sie wirkten auch über dessen Ende hinaus nach und fanden ihren Niederschlag in einer vorsichtigen Politik der britischen Regierung in Amerika<sup>8</sup>. Spektakuläre militärische Unternehmungen der USA gegenüber Kanada hielt sie schon während des fünfjährigen amerikanischen Bürgerkrieges nicht für ausgeschlossen, vor allem nicht im Falle einer größeren Krise, die britische Kräfte in Europa binden würde. Für die Wahrscheinlichkeit solcher Unternehmungen, welche die britische Stellung in Kanada aufs äußerste gefährden würden, sprachen innenpolitische Entwicklungen in den nun wirtschaftlich rasch expandierenden USA. Dazu gehörten nicht zuletzt die militanten Aktivitäten von radikalen politischen Organisationen der Iro-Amerikaner, die in der Regel enge Kontakte zu nationalen Organisationen in Irland unterhielten. Wie berechtigt die Befürchtungen der Briten in dieser Hinsicht waren, zeigte sich 1866, als über eintausend Mitglieder der irischen Fenierbewegung aus den USA in Kanada einfielen und dort die britische Herrschaft zu erschüttern suchten<sup>9</sup>. Die Versicherungen der amerikanischen Behörden, sie hätten mit dieser Aktion nichts zu tun, stießen in London auf Skepsis. Mit Mißtrauen registrierten die Briten ein Jahr später auch den Kauf Alaskas durch die Vereinigten Staaten.

Neben den USA, die von der Mehrheit der britischen Politiker klarsichtig als zukünftiger weltpolitischer Rivale eingeschätzt wurden, ließ Rußland territoriale Expansionsbestrebungen erkennen, die für die Leiter der britischen Außenpolitik gerade in den sechziger Jahren ständiger Anlaß für Sorgen waren. Auf dem Wege militärischer Eroberungen gewann das Zarenreich in Mittelasien einen ganzen Kranz neuer Provinzen und Protektorate. Die Steppengebiete Turkestans gingen in russischen Besitz über. 1864 wurde Taschkent eingenommen. Die Russen näherten sich Afghanistan, das ein britischer Diplomat einmal bildhaft die „Mauer

<sup>8</sup> *Charles S. Campbell*, *From Revolution to Rapprochement. The United States and Great Britain, 1783–1900* (New York 1974). Für die spätere Zeit: *Bradford Perkins*, *The Great Rapprochement. England and the United States, 1895–1914* (London 1969).

<sup>9</sup> *Leon Ó Broin*, *Fenian Fever. An Anglo-American Dilemma* (London 1971) 52–72. *Theodore W. Moody* (Hrsg.), *The Fenian Movement* (Cork 1968). *William D'Arcy*, *The Fenian Movement in the United States, 1858–1886* (Washington, D.C., 1947). *Brian Jenkins*, *Fenians and Anglo-American Relations during Reconstruction* (Ithaca, London 1969).

des indischen Gartens“ genannt hatte<sup>10</sup>. Daß Rußland die Mauer übersteigen und England die Herrschaft über den indischen Subkontinent streitig machen würde, wurde allerdings von keinem verantwortlichen britischen Politiker in London oder Kalkutta damals ernsthaft erwartet<sup>11</sup>. Aber russische Generale suchten offensichtlich zielstrebig und auf der Grundlage einer langfristig angelegten Strategie das politische Vakuum, das „Niemandland“ zwischen Rußland und dem Zentrum des britischen Weltreiches zu füllen. An den Grenzen Afghanistans, Persiens und an den Dardanellen wuchs der Schatten russischer Macht.

In Mittelasien und im Nahen Osten stand aus britischer Sicht das Glacis Indiens auf dem Spiel, der wichtigsten Kolonie, gemessen am Handelsvolumen und den dort getätigten britischen Investitionen<sup>12</sup>. Hier ging es aber auch um zentrale Verbindungslinien des Empire, also um das, was mit einer Kurzformel gern als die „Sicherheit Indiens“ bezeichnet wurde. Sie hatte nach dem indischen Aufstand im Denken der britischen Politiker besondere Bedeutung gewonnen. Aus diesem Grunde beobachteten sie auch aufmerksam die Aktivitäten Napoleons III. im Mittelmeer, vor allem in Ägypten, wo 1859 unter französischer Leitung und mit französischem Kapital die Bauarbeiten für den Suezkanal begonnen hatten.

Vor diesem weiten Horizont weltpolitischer Interessen und angesichts der permanenten Gefahr, in Übersee in Konflikte mit anderen Mächten verwickelt zu werden, schenkten die britischen Außenpolitiker dem europäischen Kontinent nur dann größere Beachtung, wenn die europäische Ruhelage, das so oft zitierte „Gleichgewicht der Macht“, bedroht schien<sup>13</sup>. Die Abwehr hegemonialer Aspirationen einer Festlandsmacht war bekanntlich eine Konstante der britischen Politik in Europa. Darüber hinaus wurde die britische Diplomatie stets dann aktiv, wenn

<sup>10</sup> Zitiert in: *Archibald P. Thornton*, *For the File on Empire. Essays and Reviews* (London, New York 1968) 136. Vgl. dazu auch *Garry J. Alder*, *British India's Northern Frontier, 1865–95. A Study in Imperial Policy* (London 1963). *Peter C. Braum*, *Die Verteidigung Indiens 1800–1907. Das Problem der Vorwärtsstrategie* (Köln 1968).

<sup>11</sup> *Klaus Hildebrand*, *Großbritannien und die deutsche Reichsgründung*, in: *Eberhard Kolb* (Hrsg.), *Europa und die Reichsgründung. Preußen-Deutschland in der Sicht der großen europäischen Mächte 1860–1880* (Historische Zeitschrift, Beiheft 6, München 1980) 29 f., im folgenden zitiert: *Hildebrand*, *Großbritannien*.

<sup>12</sup> *Peter Harnetty*, *Imperialism and Free Trade: Lancashire and India in the Mid-Nineteenth Century* (Manchester 1972).

<sup>13</sup> *Martin Wight*, *The Balance of Power*, in: *ders.* und *Herbert Butterfield* (Hrsg.), *Diplomatic Investigations. Essays in the Theory of International Politics* (London 1966) 149–175. *Heinz Duchbart*, *Gleichgewicht der Kräfte, Convenance, Europäisches Konzert. Friedenskongresse und Friedensschlüsse vom Zeitalter Ludwigs XIV. bis zum Wiener Kongreß* (Darmstadt 1976). Palmerston definierte das „Gleichgewicht der Macht“ am 8. Juli 1864 als „a doctrine founded on the nature of man. It means that it is to the interest of the community of nations that no one nation should acquire such a preponderance as to endanger the security of the rest; and it is for the advantage of all that the smaller Powers should be respected in their independence and not swallowed up by their more powerful neighbours“ (Hansard, Parl. Deb., H.C., 3. Serie, Bd. 176, 1280; im folgenden zitiert: Hansard).

es darum ging, russische Vorstöße in Richtung auf Konstantinopel und die Dardanellen zu verhindern. Die dritte Sorge Londons galt schließlich der territorialen Integrität Belgiens und damit der Sicherung der strategischen Gegenküste mit ihren wichtigen Häfen. Die Unabhängigkeit Belgiens hatte England wiederholt und unmißverständlich garantiert<sup>14</sup>. Daß die Konzeption der britischen Gleichgewichtspolitik und das Beharren auf dem Status quo an den Meerengen und in Belgien letztlich auf den Anspruch einer indirekten Herrschaft Großbritanniens über Europa hinauslief, wurde in London offiziell bestritten, im Grunde aber durchaus so gesehen.

Ließ sich jedoch ein solcher Anspruch machtpolitisch überhaupt abstützen? Welche Mittel standen Großbritannien zur Verfügung, um seine politischen Vorstellungen in Europa glaubwürdig und nachdrücklich vertreten zu können? Das Dilemma einer Weltmacht, die praktisch in nahezu allen Teilen der Erde präsent sein wollte und der erhebliche Verpflichtungen aus der militärischen Sicherung des Empire erwachsen, wurde in der Krise um Schleswig-Holstein in der ersten Hälfte der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts in aller Schärfe sichtbar<sup>15</sup>. Die sich hier offenbarende Ohnmacht der Weltmacht England, politische Veränderungen und Entscheidungen in Europa maßgeblich mitzugestalten, bildete den Hintergrund für den lange angekündigten Tadelsantrag, den die konservative Opposition im Sommer 1864 gegen die von Palmerston und Russell geführte liberale Regierung einbrachte<sup>16</sup>. Über die Frage, wie die amtierende Regierung „die Interessen und die Ehre dieses Landes“, eine stereotype Formel der Zeit, vertreten habe, entwickelte sich eine bedeutende Debatte über die Stellung Englands in Europa und seine Haltung in einer europäischen Krise, in der die britische Politik nach Meinung der Opposition ein „perfect *fiasco*“ erlebt hatte<sup>17</sup>. Bezeichnenderweise entwarf die Opposition bei dieser Gelegenheit keine Alternative zur Außenpolitik der liberalen Regierung. Benjamin Disraeli, der den Tadelsantrag begründete, begnügte sich statt dessen mit der sehr allgemein gehaltenen, im Grunde trivialen Formel: „My policy is the honour of England and the peace of Europe.“<sup>18</sup> Die Unfähigkeit oder besser: die Unwilligkeit der konservativen Opposition, eine prinzipiell andere außenpolitische Konzeption als die Liberalen zu entwickeln, wurde ihr von den Sprechern der Regierung wie schon früher auch in der Debatte vom Juli 1864 vorgehalten. Die gemeinsamen Auffassungen von Whigs und Tories über die Grundli-

<sup>14</sup> Vgl. den Beitrag von *Horst Lademacher* in diesem Bande 103ff. und *ders.*, Die belgische Neutralität als Problem der europäischen Politik 1830–1914 (Bonn 1971).

<sup>15</sup> Die britische Politik in der Schleswig-Holstein-Krise analysierte zuletzt eingehend *Keith A.P. Sandiford*, Great Britain and the Schleswig-Holstein Question, 1848–64: A Study in Diplomacy, Politics, and Public Opinion (Toronto, Buffalo 1975); im folgenden zitiert: *Sandiford*, Great Britain.

<sup>16</sup> Text in: Hansard, Bd. 176, 750f. (4. 7. 1864).

<sup>17</sup> Ebd., 860 (5. 7. 1864).

<sup>18</sup> Ebd., 748 (4. 7. 1864).

nien britischer Außenpolitik traten vielmehr um so deutlicher hervor, ebenso die Probleme und Handlungsspielräume einer Macht, deren vorrangige Interessen fern von Europa in Übersee lagen und die sich zugleich bei der Regelung der politischen Verhältnisse in Europa bislang ein entscheidendes Mitspracherecht vorbehalten hatte.

In einer fast identischen Formulierung nahm Disraeli in der Unterhausdebatte vom Sommer 1864 die eingangs zitierte These von Lord Cecil auf, wenn er bei der Erläuterung des Tadelsantrags feststellte, daß „our just influence in the councils of Europe has been lowered“ und infolgedessen die Stabilität des Friedens gefährdet sei<sup>19</sup>. Diese rhetorische Figur wiederholte Disraeli in seiner Rede allein fünfmal; die gleiche Redewendung wurde auch in den Tadelsantrag aufgenommen. Das Gewicht Großbritanniens in Europa habe seit dem Wiener Kongreß auf der Überzeugung der anderen Mächte beruht, „that our resources are great and that our policy is moderate and steadfast“<sup>20</sup>. Nach der Niederringung des napoleonischen Frankreich und seit der Wiederherstellung einer umfassenden europäischen Friedensordnung habe England im großen und ganzen eine „konservative Außenpolitik“ verfolgt. In Disraelis Definition war dies eine Außenpolitik, die sich der natürlichen Entwicklung der Nationen („the natural development of nations“) nicht entgegenstellte, sondern „a foreign policy interested in the tranquillity and prosperity of the world, the normal condition of which is peace, and which does not ally itself with the revolutionary party of Europe“. Englands Position in Europa sei, so betonte Disraeli, im wesentlichen die einer auf Mäßigung und Vermittlung bedachten Macht („a moderating and mediatorial Power“). Wenn politische Veränderungen unvermeidlich und notwendig waren, sei es ihr natürliches Interesse und ihre Politik, dazu beizutragen, daß diese Veränderungen möglichst ohne Krieg erreicht würden. Kam es dennoch zum Krieg, mußte England bemüht sein, ihn zu verkürzen und seine Auswirkungen abzumildern<sup>21</sup>.

Gladstone hatte in der Debatte, in deren Verlauf die Leitlinien britischer Außenpolitik für die kommenden Jahrzehnte gezogen wurden, den Standpunkt der Regierung zu vertreten. Mit Disraeli war er sich über die mäßigende, den gerechten Ausgleich suchende, stets auf Frieden bedachte Aufgabe Englands in Europa einig<sup>22</sup>. Nachdrücklich wandte er sich jedoch gegen ein isoliertes, eigenmächtiges Vorgehen Englands in europäischen Fragen. Ein Handeln, das mit anderen europäischen Staaten nicht abgestimmt war, hielt er nur in solchen Fällen für zulässig, in denen die Interessen und die Ehre Englands direkt berührt waren. Gladstone pries das bewährte Konzert der europäischen Mächte und dessen friedenswahrende Funktion. Er definierte es als „a sort of police“, die den Übeltäter in die Schranken weist, als „the collective forces of the civilized world“ und eine der be-

<sup>19</sup> Ebd., 744.

<sup>20</sup> So Disraeli (ebd., 745).

<sup>21</sup> Ebd.

<sup>22</sup> Ebd., 774 f.

sten Garantien für den Frieden<sup>23</sup>. Angesichts der Haltung der europäischen Mächte zum Londoner Protokoll von 1852 in den Jahren 1863/64 klang freilich Gladstones Eintreten für das europäische Konzert nicht gerade überzeugend.

Die konservative Opposition des Unterhauses wertete das Prinzip der Nicht-Intervention in europäischen Fragen, auf das sich die liberale Außenpolitik zumindest theoretisch festgelegt und wie sie es in der Vergangenheit praktiziert hatte, als Zeichen der Schwäche. Folge ihrer unentschlossenen Politik sei es, daß England keine Freunde habe: „France alienated, Germany insulted, Denmark abandoned, Poland encouraged and left to perish.“<sup>24</sup> Die anderen europäischen Staaten begegneten England wegen seiner schwankenden Politik mit Mißtrauen und Argwohn<sup>25</sup>. Gegenüber Europa verfüge die britische Politik jedoch im Grunde nur über zwei Optionen: „If you choose to set yourselves up as the champions of the world, and to constitute yourselves the arbiters of other people's affairs, you must be prepared to fight for your position. Other countries as proud as yourselves will not tamely submit to your dictation. If, on the other hand, you are determined not to fight under any circumstances, if peace at any price is to be maintained, why, then, silence and non-intervention must be part of that price.“<sup>26</sup> Diese zugespitzte Formulierung enthielt den Kern der konservativen Kritik an der Außenpolitik der liberalen Regierung. Eine glaubwürdige Politik setzte nach Meinung der Opposition die Bereitschaft voraus, der politischen notfalls auch die militärische Intervention folgen zu lassen – die Bereitschaft, Rhetorik in die Tat umzusetzen. Wenn die Bereitschaft dazu nicht vorhanden war oder die Mittel dafür nicht ausreichten, hatte sich eine verantwortlich handelnde Regierung auf die Position der Nicht-Intervention zurückzuziehen.

Dieser enge Zusammenhang zwischen den begrenzten militärischen Mitteln der Weltmacht Großbritannien und der Politik der Nicht-Intervention in Europa war den informierten Zeitgenossen nur allzu bewußt. Zweifellos konnten britische Kriegsschiffe im Falle eines Konflikts in Mitteleuropa für eine Blockade der Seehäfen eingesetzt werden. In einem deutsch-dänischen Krieg hätte eine derartige Blockade wahrscheinlich sogar ein wirkungsvolles militärisches Instrument dargestellt. Das britische Heer, dessen Prestige auf der verblässenden Erinnerung an Waterloo ruhte, war hingegen den Armeen der großen kontinentaleuropäischen Staaten wie Frankreich oder Preußen rein zahlenmäßig weit unterlegen. Zudem war es über den Globus verstreut. Größere Kontingente der Armee standen Mitte der sechziger Jahre in Neuseeland, in Kanada, in Afrika und vor allem in Indien. Eine rigorose Sparpolitik, wie sie Gladstone als Schatzkanzler vertrat, verhinderte Ausgabenerhöhungen für militärische Zwecke. Auf die militärischen Schwächen Großbritanniens wies Richard Cobden in der Unterhausdebatte denn auch mit

<sup>23</sup> Ebd., 767f.

<sup>24</sup> So Lord Stanley (ebd., 817, 5.7.1864).

<sup>25</sup> General Jonathan Peel (ebd., 797, 4.7.1864).

<sup>26</sup> General Jonathan Peel (ebd., 798f.).

schonungsloser Offenheit hin. „Have those“, fragte er, „who talk about entering into these continental quarrels, and settling them in a spirit of dictation, ever considered what is our ability to carry out our will in any way on the Continent of Europe?“ Für die Heimatverteidigung würden die militärischen Kräfte Englands ausreichen. „But when we talk of our power to coerce military nations on the Continent, we should remember it is very limited indeed ... Your navy would do little ... Your army is already engaged in other fields ... The world never saw such a dispersion of forces as that.“<sup>27</sup>

Cobden, der die öffentliche Meinung in Großbritannien in diesen Jahren wie kein anderer beeinflusste<sup>28</sup>, zog aus seiner Analyse der globalen Verpflichtungen und militärischen Möglichkeiten Londons den Schluß, Großbritannien müsse sich aus allen Händeln in Europa heraushalten und dort eine Politik der strikten Nicht-Intervention verfolgen. Die „Ehre Großbritanniens“, das britische Prestige bekümmerten ihn wenig. Seine demagogische Devise „No foreign politics!“ wurde zum Schlagwort des linken Flügels der Liberalen. „Why do we trouble ourselves with these continental politics? We have no territorial interest on the continent. We gain nothing there by our diplomatic meddling. Our general excuse is ... that we have a policy founded on what is called ‚the balance of power‘ – a thing I never could understand.“<sup>29</sup> Zu einem ähnlichen Ergebnis kam auch Lord Cecil. Er faßte die Kritik der Opposition noch einmal zusammen, indem er der Regierung Palmerston vorwarf, der von ihr betriebenen Politik mangle es wegen ihres unklaren Kurses an Glaubwürdigkeit. „If we did not mean to fight we ought not to interfere. If we did not intend to carry out by arms our threats and measures, we must abstain from the luxury of indulging in them. That is the only policy for the future which I believe is involved in the censure of the Government for the past.“<sup>30</sup> Kaum

<sup>27</sup> Ebd., 832 ff. (5.7.1864). Die *Illustrated London News* schrieb am 16.7.1864: „We are a great naval, not a land power. We can only play a secondary part in enterprises which require vast military forces. Henceforth, it may be hoped, our Foreign Office will confine itself to its proper role, and construct its system of policy upon a mature consideration of what the British nation is really concerned in and qualified to undertake“ (zitiert in: *Sandiford, Great Britain*, 139).

<sup>28</sup> *A. J. P. Taylor* nannte Cobden einmal pointierend „the real Foreign Secretary of the early eighteen-sixties“ (*The Trouble Makers. Dissent over Foreign Policy 1792–1939* [London 1957, Neudr. Harmondsworth 1985] 64).

<sup>29</sup> Hansard, Bd. 176, 838 (5.7.1864).

<sup>30</sup> Ebd., 853. Im Juli 1866 schrieb Lord Cecil an den dänischen Gesandten in London: „The policy that was pursued in 1864 has undoubtedly had the effect of severing her [England] in a great measure from the course of continental politics: and the declared principles of non-intervention, which it was the effect of the policy of that year to establish have necessarily diminished her influence in the decision of Continental questions. The general feeling in this country is in favour of abandoning the position which England held for so many years in the councils of Europe“ (zitiert in: *Werner E. Mosse, The European Powers and the German Question 1848–1871 with Special Reference to England and Russia* [Cambridge 1958] 209; im folgenden zitiert: *Mosse, European Powers*).

anders war die Meinung William E. Forsters, der zwar zum Regierungslager gehörte, aber trotzdem nicht vor Kritik an der auswärtigen Politik der Regierung zurückscheute. An die Stelle des „meddling, dishonest system of apparent intervention“ in der Vergangenheit sollte ein „honest, dignified, and plain spoken system of non-intervention“ treten<sup>31</sup>.

Dem wachsenden formellen und informellen Empire, das die Metropole mit vielfältigen Problemen konfrontierte, mußte aus Londoner Sicht unter den „British interests“<sup>32</sup> höchste Priorität eingeräumt werden. Darüber herrschte unter den britischen Außenpolitikern weitgehend Konsens. Die Konsolidierung und militärische Sicherung des Empire, vor allem die Verteidigung Indiens, erforderten von Großbritannien erhebliche Anstrengungen. Den Verpflichtungen gegenüber dem Weltreich konnte es aber nur dann gerecht werden, wenn es in Europa eine Politik betrieb, die sich auf die Wahrung des Status quo in Belgien und an den Meerengen konzentrierte. Ein militärisches Eingreifen in irgendeiner Form auf dem europäischen Kontinent hätte die Fähigkeit zur Verteidigung des Empire auf jeden Fall empfindlich geschwächt. „In the present state of Ireland, and the menacing aspect of our relations with the United States“, schrieb der liberale Außenminister Lord Clarendon 1866 an Königin Viktoria, als sie ihn angesichts des „outrageous conduct of Prussia“ zum Eingreifen in Mitteleuropa aufforderte, „the military and pecuniary resources of England must be husbanded with the utmost care. The country would not tolerate any direct interference in a quarrel with which we had no concern; and all those Members of your Majesty’s Government, who attended the Cabinet on Thursday last, expressed themselves in the strongest terms against it.“<sup>33</sup>

Kurz: In Anbetracht seiner beschränkten und durch weltweite Aufgaben überforderten militärischen Mittel mußte Großbritannien notwendigerweise seine politischen Bindungen und Verpflichtungen in Europa so gestalten, daß eine militärische Intervention als *ultima ratio* seiner Außenpolitik auf dem Kontinent so lange wie möglich ausgeschlossen war<sup>34</sup>. Diese Einsicht wurde ab 1864 zur Leit-

<sup>31</sup> Hansard, Bd. 176, 859 f. (5.7.1864).

<sup>32</sup> Eine Diskussion des Begriffs bei Klaus Hildebrand, „British Interests“ und „Pax Britannica“, Grundfragen englischer Außenpolitik im 19. und 20. Jahrhundert, in: Historische Zeitschrift 221 (1975) 623–639, und Wolf D. Gruner, „British Interest“ und Friedenssicherung. Zur Interaktion von britischer Innen- und Außenpolitik im frühen 19. Jahrhundert, in: ebd. 224 (1977) 92–104.

<sup>33</sup> Lord Clarendon an Königin Viktoria, 31.3.1866, in: The Letters of Queen Victoria, hrsg. v. George E. Buckle, 2. Serie, Bd. 1: 1862–1869 (London 1926) 314 f.; im folgenden zitiert: The Letters of Queen Victoria. Vgl. hierzu auch Paul Hayes, British Foreign Policy and the Influence of Empire, 1870–1920, in: The Journal of Imperial and Commonwealth History 12/2 (1984) 102–124.

<sup>34</sup> General Peel erklärte im Juli 1864: „I am opposed to all treaties and guarantees that render it necessary to interfere with the affairs of others; and you may depend upon it, that a country that is guided by these principles will not only live in peace with her neighbours, but will be respected and looked up to by the whole world“ (Hansard, Bd. 176, 800, 4.7.1864). Siehe

linie britischer Europapolitik. Englands vorrangiges Interesse in Europa war die Wahrung des Friedens; politischen Veränderungen, zumal wenn sie sich auf friedlichem Wege vollzogen, wollte es sich nicht entgegenstellen<sup>35</sup>. Diese Haltung spiegelte nach dem Urteil Paul Kennedys die „sentiments of a comfortable, satiated élite, appreciative of the benefits of peace and having little to gain by war“<sup>36</sup>.

### III

Die britische Reaktion auf die Entwicklung in Mitteleuropa seit 1864 war damit mehr oder weniger vorhersehbar. Nachdem im deutsch-dänischen Krieg die lange schwelende Schleswig-Holstein-Frage entschieden worden war, zog sich Großbritannien auf eine Position der „honest non-intervention“ zurück, die jedoch, wie Klaus Hildebrand mit Recht betont, nie zum Dogma erhoben wurde<sup>37</sup>. Gegenüber Europa verhartete es fortan in einer eigentümlichen Distanz. Keith Sandiford spricht in diesem Zusammenhang von „a certain cautious detachment“, Bernard Porter von „disengagement“<sup>38</sup>. Die „isolationistische“ Europapolitik Großbritanniens verfügte in der „öffentlichen Meinung“ des Landes in den nächsten fünfzig Jahren zweifellos über einen starken Rückhalt. Eine ernsthafte Gefahr für den Bestand des europäischen Gleichgewichts schien aus britischer Sicht in den Jahren bis zur Reichsgründung nicht gegeben, auch wenn die französische Politik in London gelegentlich tiefe Beunruhigung auslöste. „With regard to the balance of power in Europe“, hatte Cobden schon im Juli 1864 bei der Behandlung des konservativen Tadelsantrags im Unterhaus festgestellt, „there never was a time when

auch *Christopher Howard*, *Britain and the Casus Belli, 1822–1902. A Study of Britain's International Position from Canning to Salisbury* (London 1974).

<sup>35</sup> Sir Robert Morier, einer der besten Deutschlandkenner des Foreign Office, schrieb am 15. 3. 1864: „It is no business of ours to step across the channel and enter the lists on one side or the other – that standing as it were on vantage ground above the two parties it is no business of ours either to assist or retard the work of transformation going on – that it is not our vocation to compete with the Emperor Napoleon in his professional pursuits as surgeon accoucheur to the ideas of the nineteenth century or, on the other hand, to put ourselves forward as the champions of the *status quo*, and to spend our capital in maintaining the arrangements made at the Congress of Vienna as if they were the final forms into which Europe was to be moulded“ (zitiert in: *Mosse*, *European Powers*, 214).

<sup>36</sup> *Paul M. Kennedy*, *The Rise of the Anglo-German Antagonism 1860–1914* (London 1980) 17

<sup>37</sup> *Klaus Hildebrand*, Von der Reichseinigung zur „Krieg-in-Sicht“-Krise. Preußen-Deutschland als Faktor der britischen Außenpolitik 1866–1875, in: *Michael Stürmer* (Hrsg.), *Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870–1918* (Düsseldorf 1970) 208 f.; im folgenden zitiert: *Hildebrand*, *Reichseinigung*.

<sup>38</sup> *Sandiford*, *Great Britain*, 139. *Bernard Porter*, *Britain, Europe and the World, 1850–1982: Delusions of Grandeur* (London 1983) 32.

there was less danger than at present of Europe being mastered by one Power or one dynasty.“<sup>39</sup> Noch ein Jahr später gab es keinen erkennbaren Anlaß, diese Einschätzung der europäischen Gesamtsituation zu revidieren.

Es war nur natürlich, daß das Interesse an europäischen Entwicklungen und die Kenntnis kontinentaleuropäischer Verhältnisse nach 1864 bei den Leitern der britischen Außenpolitik nachließen. Schon früher hatten ausländische Besucher Großbritanniens häufig das oberflächliche Wissen verantwortlicher britischer Politiker über den Kontinent mit Verwunderung registriert. Der preußische Gesandte Bismarck, der im Verlaufe seiner Englandreise im Sommer 1862 mit dem Premierminister Lord Palmerston, Außenminister Lord Russell und Oppositionsführer Disraeli zusammengetroffen war, schrieb an seine Frau aus Paris: „Es war recht schön da [in London], aber über Preußen wissen die englischen Minister weniger wie über Japan und die Mongolei, und klüger wie unsre sind sie auch nicht.“<sup>40</sup> Und an Albrecht von Roon: „Die Leute sind dort über China und die Türkei sehr viel besser unterrichtet, wie über Preußen.“<sup>41</sup> Versierte Kenner der europäischen Verhältnisse gab es in der britischen Führungselite in der Tat nur wenige. Lebhaften Anteil an den politischen Vorgängen in Mitteleuropa nahm auch in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre beispielsweise Königin Viktoria, allein schon wegen ihrer engen verwandtschaftlichen Beziehungen zu dort regierenden Fürstenhäusern.

Indes wuchs selbst in der breiten Öffentlichkeit Großbritanniens das Interesse am Erhalt und Ausbau des Empire. Die Gründung der Royal Colonial Society 1868 und der Erfolg von Charles Dilkes Buch „Greater Britain“, das im gleichen Jahr erschien, waren dafür Symptome. Ein umfassendes Reformprogramm als Antwort auf die gesellschaftlichen und innenpolitischen Spannungen gewann daneben zunehmend an Bedeutung. Vor allem nach Palmerstons Tod im Oktober 1865 beanspruchte die Realisierung dieses Programms die Energien der Londoner Regierungen und des Parlaments. Reformen in der Armee, im Justiz- und Bildungswesen, in der Zentral- und Kommunalverwaltung sollten die politischen und sozialen Institutionen Großbritanniens, insbesondere während Gladstones „Great Ministry“ zwischen 1868 und 1874, an die Erfordernisse der Moderne anpassen. Das Wahlrechtsgesetz von 1867, Disraelis „Sprung ins Dunkel“ (Lord Derby), hatte großen Teilen der Bevölkerung in den Städten das Wahlrecht gegeben und die Zahl der

<sup>39</sup> Hansard, Bd. 176, 859 (5.7.1864).

<sup>40</sup> Brief vom 5.7.1862, in: *Otto von Bismarck*, Die gesammelten Werke, Bd. 14/II (Berlin 1933, Neudr. Nendeln 1972) 599. Palmerstons Eindruck von Bismarck war offenbar nicht günstiger. Er nannte ihn im Juni 1863 in einem Brief an Russell „the crazy Minister at Berlin“ (zitiert in: *Mosse*, *European Powers*, 107).

<sup>41</sup> Brief vom 5.7.1862, in: *Bismarck*, Gesammelte Werke, Bd. 14/II, 599. Dazu: *Lothar Gall*, *Bismarck und England*, in: *Paul Kluge und Peter Alter* (Hrsg.), *Aspekte der deutsch-britischen Beziehungen im Laufe der Jahrhunderte* (Stuttgart 1978) 46–59, und *Ernst Engelberg*, *Bismarck. Urprouße und Reichsgründer* (Berlin 1985) 518 f.

Wahlberechtigten auf über zwei Millionen verdoppelt<sup>42</sup>. Das Gesetz bildete zwar einen bedeutenden Schritt auf dem langen Wege, die politische Repräsentation an die wirtschaftlich-soziale Entwicklung anzupassen; von der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts war Großbritannien aber auch nach 1867 noch weit entfernt. In Irland, wo es in den späten sechziger Jahren durch die Aktivität revolutionärer nationaler Organisationen wieder zu Unruhen kam, bildete die Entstaatlichung der Anglikanischen Kirche 1869 den Auftakt für weitere Reformen. Die Verabschiedung der British North America Act 1867, die das Dominion Kanada begründete, weist darauf hin, in wie starkem Maße auch das Empire die legislative Kompetenz Londons in diesen Jahren in Anspruch nahm. Die Verantwortlichkeiten für ein so großes Reich, warnte Gladstone 1882 im Rückblick auf seine Jahre in hohen Regierungämtern, „are sufficient to exhaust the ambition or strength of any minister or of any parliament, and we do not wish to overload them or to break them down“<sup>43</sup>.

In einer Zeit großer innenpolitischer Reformen und eines wachsenden Interesses am Ausbau und an der Sicherung des Empire begrüßte es der Außenminister im Kabinett Derby, Lord Stanley, mit Erleichterung, daß Großbritannien im Hinblick auf Europa einige Jahre „unusually free from diplomatic trouble“ erlebte<sup>44</sup>. Preußens kriegerische Politik der nationalen Einigung zwischen 1864 und 1871 berührte keine wesentlichen Interessen der Weltmacht Großbritannien, das nach Meinung Disraelis ohnehin schon mehr eine asiatische denn eine europäische Macht war<sup>45</sup>. Deutschland sollte stark sein, um einem Angriff Rußlands widerstehen zu können, hatte Palmerston wenige Wochen vor seinem Tode geschrieben. „And a strong Prussia is essential to German strength: Therefore, though I heartily condemn the whole of the proceedings of Austria and Prussia about the Duchies, I own that I should rather see them incorporated with Prussia than converted into an additional asteroid in the system of Europe.“<sup>46</sup>

Aus der britischen Perspektive konnte ein gestärktes Preußen, das ungeachtet mancher negativer Urteile, gerade auch von Seiten Königin Viktorias<sup>47</sup>, gern als die befreundete protestantische Macht auf dem europäischen Kontinent gesehen

<sup>42</sup> Edgar J. Feuchtwanger, *Democracy and Empire. Britain 1865–1914* (London 1985) 1–83. Asa Briggs, *The Age of Improvement 1783–1867* (London 1971) 489–523. Maurice Cowling, 1867: Disraeli, Gladstone and Revolution. *The Passing of the Second Reform Bill* (Cambridge 1967).

<sup>43</sup> Hansard, Bd. 267, 1190 (17. 3. 1882).

<sup>44</sup> So am 12. 3. 1867 (zitiert in: Hildebrand, Großbritannien, 18).

<sup>45</sup> So in einer Rede im Juni 1866 (William F. Monypenny und George E. Buckle [Hrsg.], *The Life of Benjamin Disraeli, Earl of Beaconsfield*, Bd. 2: 1860–1881, London 1929, 201).

<sup>46</sup> Palmerston an Lord Russell, 13. 9. 1865 (abgedr. in: Bourne, *Foreign Policy*, 382).

<sup>47</sup> „Prussia seems inclined to behave as atrociously as possible, and as she *always has done!* Odious people the Prussians are, *that I must say!*“ (Königin Viktoria an Leopold II. von Belgien, 3. 8. 1865, in: *The Letters of Queen Victoria*, 271).

wurde, als stabilisierender Faktor zwischen Frankreich und Rußland wirksam werden. Diese Auffassung hatte schon Castlereagh 1814/15 vertreten. Für Stanley stellte ein Preußen, das aus dem Krieg mit Österreich siegreich hervorging und zum Kern eines großen norddeutschen Staates wurde, in seiner Funktion als „solid barrier between the two great aggressive powers of the Continent“<sup>48</sup> daher fraglos einen Gewinn dar. Genau dieser Aspekt, nämlich die staatliche Konsolidierung Mitteleuropas vis-à-vis den Flügelmächten Rußland und Frankreich, hatte noch 1871 für die britische Einschätzung der Reichsgründung erhebliches Gewicht<sup>49</sup>. Im langfristigen Kalkül der britischen Politik mochte einem preußisch-deutschen Nationalstaat unter Umständen sogar die Rolle eines Alliierten der Briten zufallen, wenn es darum ging, den politischen Ambitionen Rußlands und Frankreichs in außereuropäischen Regionen Zügel anzulegen. Für England gab es also keinen schwerwiegenden Grund, sich einer nationalstaatlichen Einigung Deutschlands unter Führung Preußens in den Weg zu stellen.

Ein Eingreifen in den preußisch-österreichischen Krieg wurde in London zu keinem Zeitpunkt erwogen. Hier handelte es sich um einen Konflikt, „in the objects of which the honour of this country is in no degree involved and a war in which the interests of this country are very remotely, if at all, involved“<sup>50</sup>. Stanley sekundierte dieser Feststellung Derbys mit der Erklärung: „Ours will be a pacific policy, a policy of observation rather than of action ... I think there never was a great European war in which the direct national interests of England were less concerned ... If North Germany is to become a single great Power, I do not see that any English interest is in the least degree affected.“<sup>51</sup> Als Napoleon III. nach Königgrätz Kompensationsforderungen für das französische Stillhalten im preußisch-österreichischen Krieg anmeldete, bekräftigte Stanley erneut die britische Haltung: „Our line is plain: let German and Frenchman fight, or divide the plunder as they please: but speak out strongly for Belgium if it should be necessary. I hope the necessity will not arise.“<sup>52</sup> Frankreich mochte auf Kompensationen am Rhein drän-

<sup>48</sup> Stanley an Lord Cowley, den britischen Botschafter in Paris, 7. 8. 1866 (zitiert in: *Mosse, European Powers*, 249).

<sup>49</sup> Vgl. *Hildebrand*, Großbritannien, und *Thomas Kleinknecht*, Die Gründung des Deutschen Reiches 1870/71 aus der Sicht des britischen Gelehrtenliberalismus, in: *Bernd Jürgen Wendt* (Hrsg.), *Das britische Deutschlandbild im Wandel des 19. und 20. Jahrhunderts* (Bochum 1984) 81.

<sup>50</sup> Regierungserklärung Lord Derbys im House of Lords (Hansard, Bd. 184, 737, 9.7.1866). Dazu: *Hildebrand*, Reichseinigung, 215 ff.; *Richard Millman*, *British Foreign Policy and the Coming of the Franco-Prussian War* (Oxford 1965); *Helmut Burckhardt*, *Deutschland, England, Frankreich. Die politischen Beziehungen Deutschlands zu den beiden westeuropäischen Großmächten 1864–1866* (München 1970) 249–267, und *F. R. Bridge* und *Roger Bullen*, *The Great Powers and the European States System 1815–1914* (London, New York 1980) 103 f.

<sup>51</sup> Hansard, Bd. 184, 1253 und 1256 (20.7.1866).

<sup>52</sup> Stanley an Lord Cowley, 11. 8. 1866 (zitiert in: *Mosse, European Powers*, 249).

gen – das war der britischen Regierung letzten Endes nur recht, denn es band nach ihrer Ansicht französische Aktivitäten, die sich sonst möglicherweise auf Belgien oder Ägypten gerichtet hätten. Dort hätte Frankreich England direkt herausgefordert.

So verfolgten die Londoner Staatsmänner im Grunde mit Gelassenheit, wie sich jenseits des Kanals ein neues, scheinbar stabileres Gleichgewicht herausbildete. Sie verzichteten darauf oder sahen keine unmittelbare Notwendigkeit, in seine Gestaltung aktiv einzugreifen. In einer möglichen Krisensituation, in der wesentliche Interessen Englands wie z. B. die Integrität Belgiens auf dem Spiele standen, behielt sich die britische Politik jedoch die volle Handlungsfreiheit vor. „Do not ... allow it to be believed“, schrieb der Premierminister William Gladstone im April 1869 an den Privatsekretär der Königin, „that England will never interfere ... For any reasonable belief in such an abnegation on the part of England, there is no ground whatever.“<sup>53</sup>

Selbst wenn man unterstellt, daß Gladstones Worte den ernststen Willen der Regierung widerspiegeln, blieb den Kanzleien in den europäischen Hauptstädten nicht verborgen, wie unpopulär in der britischen Öffentlichkeit „fresh responsibilities“ Englands auf dem Kontinent waren<sup>54</sup>. Die Probleme der Weltmacht in Übersee am Ende der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts waren ihnen ebenfalls bekannt, so etwa das anhaltend schlechte britisch-amerikanische Verhältnis<sup>55</sup>. Die distanzierte Haltung Englands zum europäischen Kontinent korrespondierte daher in gewisser Weise mit der Neigung der kontinentaleuropäischen Staatsmänner, in Kenntnis der globalen Verpflichtungen Londons das Gewicht der britischen Politik in Europa niedrig zu veranschlagen. Für einen Mann wie Bismarck ging das Kalkül auf. Hingegen wurden die britischen Politiker von den europäischen Entwicklungen in den Jahren 1870 und 1871 mehr oder weniger überrascht. Noch nie habe er eine solche Flaute in den auswärtigen Angelegenheiten erlebt („so great a lull in foreign affairs“), bemerkte der Staatssekretär des Foreign Office gegenüber dem neuen Außenminister Lord Granville, als dieser sein Amt antrat<sup>56</sup>. Das war am 3. Juli 1870 – 16 Tage vor Beginn des deutsch-französischen Krieges.

<sup>53</sup> Gladstone an General Grey, 17. 4. 1869 (abgedr. in: *Bourne*, Foreign Policy, 399).

<sup>54</sup> „There never was a time when the English public was more thoroughly bent on incurring no fresh responsibilities for Continental objects“ (Stanley an General Grey, 27. 4. 1867, in: *The Letters of Queen Victoria*, 423).

<sup>55</sup> „It is the unfriendly state of our relations with America that to a great extent paralyses our action in Europe“ (Lord Clarendon an Königin Viktoria, 1. 5. 1869, in: ebd., 594). Vor allem der „Alabama“-Konflikt belastete weiterhin die britisch-amerikanischen Beziehungen. Dabei ging es um die Regelung von Schadensersatzansprüchen, die die USA gegen Großbritannien erhoben, weil es während des Bürgerkrieges die Lieferung von Kriegsschiffen an die Südstaaten zugelassen hatte. Der Konflikt konnte erst 1872 durch ein Schiedsverfahren beigelegt werden.

<sup>56</sup> *Bourne*, Foreign Policy, 120.

*Rudolf Lill*

## Italiens Außenpolitik 1866–1871

### I

Das Königreich Italien ist in den ersten fünfzehn Jahren nach seiner Gründung (1861) weiterhin von Cavours liberaler Partei, der „Historischen Rechten“, regiert worden, welche die Vollendung der nationalen Einigung als ihre Hauptaufgabe betrachtete<sup>1</sup>. Die Ministerpräsidenten bis zum Regierungsantritt der Linken (1876) waren sämtlich Mitarbeiter Cavours gewesen; bis auf den deutlich nach links gehenden Urbano Rattazzi (März – Dezember 1862, April – Oktober 1867) teilten sie seine politischen Maximen: Auf der Basis des nationalen Prinzips im Inneren die maßvoll modernisierende Regierung einer parlamentarisch abgestützten liberalen Elite sowie die Sanierung der Staatsfinanzen, nach außen die vorsichtige Bindung an das zugleich nationale wie antirevolutionäre Frankreich Napoleons III. und die Anerkennung Italiens als Großmacht<sup>2</sup>; in einer von Frankreich und Österreich dominierten, kontinentalen Gleichgewichtsordnung sahen sie Italiens Interessen am besten aufgehoben. Sowohl Frankreich wie unter Beusts Regierung auch Österreich traten ja inzwischen ebenfalls als liberale Mächte auf; gute Beziehungen nach Wien erschienen zudem als unerlässlich, wenn man Interessen auf dem Balkan anmelden wollte.

Nachdem das Bündnis mit Preußen im Krieg von 1866 Venetien eingebracht hatte, blieb Rom mit dem Rest des Kirchenstaates das letzte nationalpolitische Ziel<sup>3</sup>. Die Ministerpräsidenten Baron Bettino Ricasoli (Juni 1866–April 1867), Graf Luigi Federico Menabrea (Oktober 1867–Dezember 1869) und Giovanni Lanza (Dezember 1869–Juli 1873) waren sich darüber im klaren, daß dieses Ziel unter normalen Umständen weder schnell noch leicht und jedenfalls nur in einer internationalen Kombination und mit Zustimmung Napoleons III. zu erreichen

<sup>1</sup> *Aldo Berselli*, *La Destra storica dopo l'unità*, 2 Bde. (Bologna 1963, 1965).

<sup>2</sup> *Federico Chabod*, *Storia della politica estera italiana del 1870 al 1896*, Bd. I: *Le premesse* (Bari 1961).

<sup>3</sup> Zusammenfassende Darstellung: *Giorgio Candeloro*, *Storia dell'Italia moderna*, Bd. V: *La costruzione dello Stato unitario 1860–1871* (Milano 1972) 357–370; *Rudolf Lill*, *Geschichte Italiens in der Neuzeit* (Darmstadt 1986) 183–195; *ders.*, in: *Handbuch der europäischen Geschichte*, Bd. 5, hrsg. von *Walter Bußmann* (Stuttgart 1980) 878–885.

war<sup>4</sup>. Die 1864 nach Absprache mit Frankreich (in der „Septemberkonvention“) erfolgte Verlegung der Hauptstadt von Turin nach Florenz war nicht als eine Maßnahme für wenige Jahre gedacht gewesen, man stellte sich – ähnlich wie in Deutschland nach 1866 – auf längere Fristen ein. Daß die von Rattazzi ermutigten Garibaldiner mit ihrem Angriff auf Rom im November 1867 den päpstlichen Truppen unterlegen waren und daß seitdem wieder eine französische Garnison zum Schutz des Papstes in Rom stand, bestärkte die Regierungen Menabreas und Lanzas in dieser Einsicht. Diese beruhte auch auf dem Wunsch, die Spannungen zwischen liberaler *classe dirigente* und katholischer Mehrheit nicht unnötig zu verschärfen, sowie auf dem festen Willen, das neue Italien entgegen konservativen Verdächtigungen nicht als revolutionären Staat auftreten zu lassen.

Daß das Intervall Rattazzi und der Kampf der Garibaldiner um Rom<sup>5</sup> überhaupt möglich gewesen waren, verweist auf eine doppelte Konditionierung der damaligen italienischen Politik. Einerseits hat König Viktor Emanuel II. nach Cavour's Tod verschiedentlich und dann auch wieder 1870 den vorsichtigen Kurs der rechtsliberalen Minister durch persönliche, aktivistische Politik zu durchkreuzen versucht. Andererseits drängten erst recht die Radikalen um Mazzini und Garibaldi, welche ja überhaupt in den entstehenden Nationalstaat eine starke Komponente direkter Partizipation „von unten“ eingebracht haben<sup>6</sup>, immer wieder zu der von der *Destra storica* verabscheuten revolutionären Aktion, besonders gegen Rom, welches sie aus eigener Kraft zu erobern hofften und nicht einer diplomatischen Aktion verdanken wollten. Der säkularisierte Rom-Mythus Mazzinis stand gegen die Realpolitik Cavour's und seiner Partei; der Gegensatz wurde verschärft durch die heftige Abneigung der Linken gegen Napoleon III. und seinen „Bonapartismus“. Die antirömische Polemik der Linken wie die zumindest partiellen Sympathien vieler Konservativer für Pius IX. bezeugen auch die besonderen Komplikationen, welche sich aus dem Abschluß der italienischen Einigung ergeben mußten: Die „Römische Frage“ hatte ja nicht nur eine territoriale und nationalpolitische, sondern dazu eine ideologische Dimension, welche auf die säkularen Gegensätze des Kulturkampfes verweist: Den Linken und vielen Liberalen galten das Papsttum als Zentrum aller antimodernen Tendenzen, der Kirchenstaat als dessen Basis und zugleich als Relikt des Mittelalters, welches es zu beseitigen galt<sup>7</sup>.

<sup>4</sup> Das politische und gesellschaftliche Leben in Italiens damaliger Hauptstadt beschreibt ebenso anschaulich wie eindringlich *Giovanni Spadolini*, *Firenze Capitale, gli anni di Ricasoli* (Firenze 1979).

<sup>5</sup> Vgl. die denkwürdige zeitgenössische Schilderung von *Ferdinand Gregorovius*, *Der Krieg der Freischaren um Rom, 1867*, in: *ders.*, *Wanderjahre in Italien*, Bd. 4 (Leipzig 1883) 195–341.

<sup>6</sup> *Giovanni Spadolini*, *Tradizione Garibaldina e Storia d'Italia* (Firenze 1982).

<sup>7</sup> Vgl. aus der zeitgenössischen Polemik z.B. *Ferdinand Gregorovius*, *Römische Tagebücher* (Stuttgart 1892). Zur derzeitigen Beurteilung: *Rudolf Lill*, in: *Ökumenische Kirchengeschichte*, hrsg. von *Raymund Kottje* und *Bernd Moeller*, Bd. III (München 1985); *Klaus Schatz SJ*, *Pius IX.*, in: *Gestalten der Kirchengeschichte*, hrsg. von *Martin Greschat*, Bd. 12: *Das Papsttum II* (Stuttgart 1985) 184–202.

Italiens Beziehungen zu Österreich und Preußen hatten sehr bald nach 1866 eine den damaligen Bündnissen entgegengesetzte Entwicklung genommen<sup>8</sup>. Die neue, mehr liberale Führung in Wien unter dem Reichskanzler Beust hat den Verlust Venetiens schnell verwunden und ein recht gutes Verhältnis zu Italien hergestellt<sup>9</sup>, um welches sich auch die Regierungen in Florenz bemühten; ein Irredenta-Problem von nennenswertem Ausmaß, welches diese Entwicklung hätte stören können, ist erst in den 1880er Jahren aufgetreten. Von Frankreich wurde diese neue Entwicklung nach Kräften gefördert; ein Dreierbündnis, welches jedenfalls ein weiteres Ausgreifen Preußens verhindern sollte, wurde das Ziel Napoleons III. und Beusts. Die in Italien regierende Rechte betrachtete das preußische Bündnis des Jahres 1866 als eine durch die Umstände und deren realistische Ausnutzung nahegelegte Episode und entzog sich weiterem Werben Bismarcks. Die Beziehungen zu Berlin waren auch 1866 nicht herzlich gewesen; sie kühlten vollends ab, seitdem der frühere Ministerpräsident La Marmora im Sommer 1868 auf die antiitalienischen Passagen im preußischen Generalstabsbericht über den Krieg von 1866 mit heftigen, aus Quellen dokumentierten Angriffen gegen den früheren Verbündeten reagierte und dabei auch die revolutionäre Strategie offenlegte, welche Bismarck 1866 wenigstens zeitweise verfolgt hatte. Dieser wollte nicht verstehen, daß die italienische Regierung solche Enthüllungen nicht verhindert hatte<sup>10</sup>; wie später noch oft trat die Differenz zwischen einer mehr autoritären und einer mehr liberalen politischen Kultur zutage.

Als Bismarck im März 1869 von der italienischen Regierung Aufklärung über die Dreierverhandlungen und deren antipreußische Tendenz erbat, antwortete Menabrea ihm, daß Italien nur in einer moralischen Allianz mit den an der Erhaltung des Friedens interessierten Mächten stehe, empfahl aber zugleich alles zu tun, um Frankreich zufriedenzustellen. Bismarck, der seinen alten Argwohn gegen die italienischen Politiker bestätigt sah<sup>11</sup>, zeigte sich erstaunt und gab zu bedenken,

<sup>8</sup> *Rudolf Lill*, Beobachtungen zur preußisch-italienischen Allianz 1866, in: QuFiAB 44 (1964), 467–527; *ders.*, Aus den italienisch-deutschen Beziehungen 1869–1876; ebd. 46 (1966) 399–454. Die in meinen damaligen Arbeiten ausgewerteten Akten sind inzwischen für die Zeit des Krieges und der unmittelbaren Folgezeit publiziert worden: Documenti Diplomatici Italiani, I serie, vol. VII (1983).

Vgl. jetzt außerdem *Paolo Borella*, Der Fall La Marmora, in: Deutschlands Sonderung von Europa 1862–1949, Redaktion: *Wilhelm Alff* (Frankfurt/M. 1984) 29–52.

<sup>9</sup> Vgl. dazu die Forschungen von *Friedrich Engel Janosi* und *Heinrich Lutz*, der dazu in einem anderen Beitrag zu diesem Kolloquium Stellung nimmt; außerdem *Adam Wandruszka*, Schicksalsjahr 1866 (Graz, Köln 1966).

<sup>10</sup> *Alfonso La Marmora* hat seine Angriffe noch mehrmals wiederholt, am wirkungsvollsten in seinem Buch *Un pò più di luce sugli eventi politici e militari dell'anno 1866* (Firenze 1873, <sup>2</sup>1874), welches sofort ins Deutsche übersetzt und von Bismarcks Gegnern im Kulturkampf als Waffe gegen den Kanzler benutzt worden ist. Die von Bismarck revolutionärer Absichten bezichtigten Katholiken konnten dem Kanzler nun vorhalten, daß er selbst 1866 auch revolutionäre Mittel erwogen hatte, um Österreich niederzuringen. Vgl. *Borella*, Der Fall La Marmora, 42 ff.

<sup>11</sup> *Bismarck* GW, Bd. VI b Nr. 1362, s. a. 1334, 1339.

daß für Mahnungen zu friedlichem Verhalten Paris die richtige Adresse sei. Das mochte konkret und momentan richtig sein, umging aber die größere Frage, welche Macht damals eine europäische Ordnung erhalten und welche sie verändern wollte. Der Kanzler vermied es daraufhin, gegenüber dem preußenfreundlichen Gesandten Launay weitere konkrete Wünsche anzumelden, betonte aber, daß er für den Fall eines Konfliktes mit Frankreich und Österreich auf die Neutralität Italiens hoffe. Gelegentlich hat Bismarck dann auch mit der Unterstützung der Linken gedroht, ernsthaft freilich nur im Sommer 1870 (s. u.).

Die Dreierverhandlungen haben bekanntlich wegen Differenzen in der „Römischen Frage“ nicht zu einem Bündnis geführt. Zwar wollte Österreich nun die italienischen Ansprüche anerkennen, aber Frankreich lehnte es weiterhin ab, die päpstliche Herrschaft ganz aufzugeben. Zur deutschen Frage hatte die italienische Diplomatie in diesen Verhandlungen eine ambivalente Haltung eingenommen. Sie bestand zwar darauf, daß ein von den drei Staaten zu führender Krieg im Prinzip nicht gegen die deutsche Einheit gerichtet sein dürfe, erklärte sich aber gleichzeitig mit der Annexion linksrheinischer Gebiete durch Frankreich einverstanden<sup>12</sup> – eine Mischung aus italienischer Fähigkeit zum Dissimulieren, Loyalität zu Frankreich und Unkenntnis deutscher Verhältnisse.

Als im Sommer 1870 die Krise zwischen Frankreich und Preußen ins akute Stadium trat, war die italienische Regierung nicht stark genug, um effektiven Einfluß zu nehmen. Sie versuchte zunächst, zur Vermeidung des Krieges beizutragen, vertrat aber mehr den französischen Standpunkt und trat in Berlin und Madrid der Hohenzollernkandidatur entgegen, auch wegen der aussichtsreichen und vorübergehend verwirklichten Aspiration des Hauses Savoyen auf den spanischen Thron<sup>13</sup>. Da es ihr letztlich um ein europäisches Gleichgewicht ging, verwarf sie jedoch die weitergehenden französischen Forderungen nach dem Verzicht des Hohenzollernprinzen.

Beim Kriegsausbruch (19. Juli 1870) war Italien somit frei von internationalen Verpflichtungen<sup>14</sup>. Seine führenden Minister, neben Lanza der Außenminister Visconti Venosta und der Finanzminister Sella, von denen nur letzterer Sympathien für Preußen empfand, setzten einstweilige Neutralität durch. Seit dem 10. Juli drängte Napoleon beim italienischen König auf schnellen Abschluß der Dreierallianz und sagte dafür den Abzug seiner Garnison aus Rom zu. Viktor Emanuel

<sup>12</sup> Documenti Diplomatici Italiani, I serie, vol. XIII (1963) Nr. 253, 265. – Dieser Band enthält die gesamte Dokumentation der italienischen Außenpolitik im Jahre 1870. Vgl. die Einzelnachweise, in: QuFiAB 46 (1966) 404–410, Anm. 11–31.

<sup>13</sup> Am 16. November 1870 haben die Cortes den dritten Sohn König Viktor Emanuels, den 25jährigen Herzog Amadeo von Aosta zum König von Spanien gewählt, der sich jedoch dort nicht dauerhaft durchsetzen konnte und im Februar 1873 abdanken mußte. Vgl. den Beitrag von *Hans-Otto Kleinmann* in diesem Band.

<sup>14</sup> Neuere Beiträge der italienischen Forschung zu unserem Thema enthält: Il Risorgimento (Milano) XXIII, Nr. 2 (1971): *Federico Curato*, Le origini diplomatiche della guerra franco-prussiana ..., 22–43; *Luigi Mondini*, La guerra franco-prussiana ..., 44–70.

wäre dem Mitbegründer seines Staates nur zu gern und sofort zu Hilfe gekommen, aber seine Minister argumentierten erfolgreich mit der Finanzmisere des Staates, der Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung und der scharf antibonapartistischen Haltung der von Bismarck ermutigten Linken. Visconti Venosta erreichte, daß Italien für den Abzug der französischen Truppen aus Rom, die im August erfolgte, keine neuen Verpflichtungen übernahm, sondern nur die weitere Einhaltung der den Rest des Kirchenstaates garantierenden „Septemberkonvention“ von 1864 zusagte, deren Kündigung die Linke nun vehement forderte.

Ende Juli wurden jedoch in Wien Verhandlungen um den Abschluß der Dreierallianz oder wenigstens einer österreichisch-italienischen Allianz aufgenommen, welche Viktor Emanuel mit Hilfe eines persönlichen Emissärs, des Militärattachés Graf Vimercati, nach Kräften zu beschleunigen suchte. Visconti Venosta hielt dem entgegen, daß ein Kriegseintritt Italiens nur wegen eines eigenen und großen nationalen Zieles zu verantworten sei, also nur wenn Frankreich dafür seine Zustimmung zur Okkupation Roms gebe, welche Napoleon III. aber auch nun verweigerte; zu fest stand er bei Frankreichs Katholiken im Wort. Er sagte nur den Abzug der französischen Garnison zu, womit Italien selbst wieder gemäß der „Septemberkonvention“ die Unabhängigkeit des *patrimonium Petri* zu garantieren hatte. Die Unmöglichkeit, nach Rom zu gehen, hat der Regierung jedenfalls den Verbleib in der Neutralität erleichtert; sie zog ihn auch deshalb vor, weil die Linken für den Fall des Kriegseintritts mit Aufstand drohten und sich dazu durch Bismarcks Emissäre ermutigt fühlten. Letztlich haben dann die überraschend schnellen Siege der Deutschen den Ausschlag gegeben.

Den ganzen August hindurch hat die italienische Regierung sich um eine gemeinsame Aktion der Neutralen bemüht, auf die dann in der zweiten Monatshälfte auch der nun keinen anderen Ausweg mehr sehende Kaiser der Franzosen drängte. Auch als dessen Niederlage abzusehen war, ist die Regierung Lanza ihrer Linie treu geblieben, welche sowohl durch konservatives Gleichgewichtsdenken wie durch die Loyalität zu Frankreich bestimmt war: Sie wünschte eine gemeinsame Intervention der Neutralen zur Erhaltung der territorialen Integrität Frankreichs. Mit Recht fürchtete man in Florenz, daß die Annexion Elsaß-Lothringens einen dauerhaften Frieden unmöglich machen werde; auch ließ das unerwartete Ausmaß der deutschen Siege die Sorge aufkommen, daß Deutschland zu stark werde und dann die Italienpolitik des alten Reiches wieder aufnehmen oder gar mit Rußland eine das übrige Europa bestimmende Allianz eingehen werde. Launay, dem Visconti Venosta diese Besorgnisse mitteilte, erlangte von Bismarck wie schon früher die Versicherung, daß Preußen den Bestand des geeinten Italiens unter dem Haus Savoyen dringend wünschte; aber die Sorge der italienischen Regierung war weder durch solche Erklärungen noch durch die sie unterstützenden Argumente ihres deutschfreundlichen Berliner Gesandten ganz zu überwinden. Hinter ihr stand die tiefe Abneigung Liberaler gegen die preußische Militärmonarchie und deren un-nachgiebige, dabei unberechenbar erscheinende Durchschlagskraft.

## II

Die Gefangennahme Napoleons III. und die Ausrufung der französischen Republik (4. September 1870) schufen auch in Italien eine neue, ganz durch die „Römische Frage“ beherrschte Situation<sup>15</sup>. Die Linke forderte in der Kammer und außerhalb den sofortigen Einmarsch in den Kirchenstaat, weil Italien nun der nur gegenüber dem gestürzten Kaiser eingegangenen Verpflichtungen ledig geworden sei; die Garibaldiner rüsteten sogleich zu eigenen Aktionen. Ihnen mußte die Regierung zuvorkommen; auf Legalität bedacht, unternahm sie einen letzten Versuch, dem Papst gegen eine auch international abzusichernde Garantie seiner geistlichen Unabhängigkeit die Zustimmung zur Besetzung abzurufen; die Ablehnung Pius' IX. war nur konsequent und darum vorauszusehen. Die Regierung Lanza informierte darum zugleich die europäischen Regierungen von ihrer Absicht, im Interesse der Sicherheit und der konstitutionellen Ordnung Italiens den Rest des Kirchenstaates zu okkupieren (Zirkular Visconti Venostas 7. September). Sie stieß nirgends auf ernsthaften Widerspruch, wobei ihr nicht nur zugutekam, daß Europas Kabinette ganz durch den französisch-deutschen Konflikt beansprucht waren. Das soeben, im Juli 1870, vorläufig beendete Vatikanische Konzil hatte ja mit der Definition der päpstlichen Unfehlbarkeit den säkularen Konflikt zwischen Papsttum und Liberalismus zum Höhepunkt gebracht und ersteres mehr denn je isoliert; für eine konservative Intervention zugunsten des Papstes fehlten alle Voraussetzungen<sup>16</sup>. Seit der Monatsmitte rückten italienische Truppen unter dem General Cadorna ins päpstliche Gebiet ein; da Pius IX. nur der Gewalt weichen wollte, ordnete er symbolischen Widerstand an, der eingestellt wurde, nachdem die Italiener am 20. September die Bresche in die römische Stadtmauer geschossen hatten. Die Säkularisation der europäischen Staatenwelt wurde damit abgeschlossen, die tausendjährige weltliche Herrschaft der Päpste beseitigt, unter Bruch des konservativen Prinzips, jedoch ohne die von Mazzini erhoffte Attitude nationaler Größe; die nationalrevolutionäre Linke war von den „Moderati“ in der Regierung ein weiteres Mal ins Abseits gedrängt worden.

Im Sommer 1871 ist Italiens Hauptstadt von Florenz nach Rom verlegt worden;

<sup>15</sup> *Hubert Bastgen*, Die römische Frage, 3 Bde. (Freiburg 1917–1919); *Norbert Miko*, Das Ende des Kirchenstaates, 3 Bde. (Wien, München 1961–1969); *R. Moro*, Il tramonto del potere temporale (1967). Il Ricongiungimento di Roma all'Italia (Atti del XLV Congresso di Storia del Risorgimento Italiano, 1970) Roma 1972.

<sup>16</sup> Daß die Annexion Roms die konservativen Prinzipien verletzte, ist freilich auch außerhalb der katholischen Kreise zugegeben und z. B. am Berliner Hof von der Königin Augusta konsequent und scharf mißbilligt worden. Vgl. ihre diesbezüglichen Briefe in der Quellenveröffentlichung von *Adelheid Constabel*, Die Vorgeschichte des Kulturkampfes (Berlin 1956). Auch Bismarck empfahl den Italienern schonendes, weitere Komplikationen vermeidendes Vorgehen; davon abgesehen bezeugen seine Äußerungen bezüglich Italien in der Schlußphase des Krieges gegen Frankreich Mißtrauen und Zurückhaltung. *Bismarck GW*, Bd. VI b Nr. 1798, 1803, 1811, 1827, 1852 f., 1863 f., 1875, 1901, 1904, 1917, 1924, 1963.

die Idee der „Roma capitale“ (freilich nicht in Mazzinis Version der „Roma del popolo“) siegte über die Bedenken derer, welche das teils kosmopolitische, teils provinzielle Rom als schlecht geeignet für eine moderne Hauptstadt hielten und sich zudem vom engen, unregelmäßigen Nebeneinander von König und Papst wenig Gutes erwarteten<sup>17</sup>.

Die Wende von Sedan bewirkte bei der Linken Italiens auch einen außenpolitischen Umschwung. Ihre Sympathien hatten Bismarck und Preußen gegolten, solange diese gegen das ihnen verhaßte System Napoleons III. kämpften; sie schlugen ins Gegenteil um, als der Krieg, wie aus deutscher Sicht nur konsequent, gegen die Republik fortgesetzt wurde. Garibaldi sprach noch am 7. und am 13. September von „deutschen Brüdern“ im gemeinsamen Kampf gegen den „Katafalk der Lüge“ (d. h. den in seinen Augen pseudoliberalen Anachronismus des bonapartistischen Systems), aber schon am 7. Oktober von den „preußischen Horden“; der Krieg, von dem er sich von Anfang an die Durchsetzung der Republik erhofft hat, war nun für ihn zum Prinzipienkrieg zwischen republikanischer Freiheit und invasorischer Monarchie geworden<sup>18</sup>. Mazzini, der wegen erneuter republikanischer und antirömischer Umsturzversuche im Februar 1870 verhaftet und erst dank der zum 20. September erlassenen Amnestie freigelassen worden war, hatte sich an den politischen und publizistischen Kampagnen im Juli und August nicht beteiligen können. Seitdem kritisierte er Deutsche und Franzosen, weil er beiden Seiten Verantwortung für den Konflikt und dessen Zuspitzung gab. Seinen besonderen Zorn erregte der innerfranzösische Konflikt um die Kommune, welcher die junge Republik nach rechts rücken ließ. Seine Stellungnahme zum neuen Deutschen Reich war dagegen ambivalent; seine seit seinen inzwischen vierzig Jahre zurückliegenden politischen Anfängen in der „Giovine Europa“ gehegte Hoffnung auf eine freiheitliche Umgestaltung Deutschlands wollte er auch nun nicht aufgeben. Nur mit Mazzinis Urteil über die Kommune ging auch Garibaldi einig, der im übrigen bald nach Sedan die radikalere Konsequenz gezogen hatte: Seit dem Spätherbst 1870 kämpfte er mit anderen Freiwilligen auf der Seite der französischen Republik gegen die Deutschen. Diese, welche sich ja schon damit abfanden, daß ihnen auch der entstehende Nationalstaat von den Obrigkeiten beschert wurde, haben solche republikanische Konsequenz nicht verstehen wollen. Bismarck hat noch viel später von zuchthauswürdigem Verhalten gesprochen; im preußischen Hauptquartier war man 1871 der Auffassung, daß Garibaldi, falls man ihn gefangen

<sup>17</sup> Rudolf Lill, Hauptstadtprobleme im modernen Italien, in: Hauptstädte in europäischen Nationalstaaten, hrsg. von Theodor Sebieder und Gerhard Brunn (1983) 71–86. Vgl. dazu jetzt auch Jens Petersen, Rom als Hauptstadt des geeinten Italiens 1870–1914 ... in: QuFiAB 64 (1984) 261–282.

<sup>18</sup> Emilia Morelli, Mazzini e la Comune, in: *dies.*, Giuseppe Mazzini. Quasi una biografia (1984) 131–150, s. bes. ab 141; Karl Hermann Lucas, Mazzini e la Germania, in: Mazzini e il Mazzinianesimo (Atti del XIV Congresso di Storia del Risorgimento Italiano, 1972) Roma, 1974, 161–181.

nehme, als Partisan zu erschießen sei. Auch abgesehen von solchem Lehrstück preußischer Haltung zu einem weltberühmten Freiheitskämpfer, ist Garibaldi, der zwischen 1860 und 1870 auch in Deutschland sehr populär gewesen und wegen seiner „romantischen Kühnheit“ gerühmt worden war, hier nun generell kritisiert und dann vergessen worden<sup>19</sup>, während sein „Mythus“ nicht nur in Italien, sondern sowohl in den osteuropäischen und angelsächsischen Ländern wie in Lateinamerika noch lange weitergewirkt hat.

Die erste negative Konsequenz aus der Besetzung Roms war eine bedrohliche Verschlechterung der Beziehungen zu Frankreich, welche eine Umorientierung der italienischen Außenpolitik nahelegte. Der Staatsbesuch, den Viktor Emanuel, begleitet von Ministerpräsident Minghetti und Außenminister Visconti Venosta im September 1873 nach Wien und Berlin unternahm, bezeugte zum ersten Mal die Hinwendung zu den Zentralmächten<sup>20</sup>, welche die Dreibundpolitik der Linken (seit 1876) vorbereitet hat.

Diese vorsichtige Hinwendung nach Berlin wurde Italiens rechtsliberalen Politikern durch die österreichische Vermittlung erleichtert, denn ihre grundsätzliche Distanz gegenüber dem preußisch geführten Deutschen Reich bestand weiter<sup>21</sup>. Cavours Warnung vor der Bedrohung des Gleichgewichts durch den „germanismo“ schien seit 1871 voll bestätigt. Sie glaubten, daß Europa vor dem preußischen Machtstaat abgedankt hätte, und tadelten weiterhin besonders die dem Selbstbestimmungsrecht widersprechende Annexion Elsaß-Lothringens. Trotz ihres eigenen Konflikts mit dem Papst vermieden sie es sorgsam, sich von Bismarck in den Kulturkampf hineinziehen zu lassen<sup>22</sup>, dessen Maximen und dessen brutale Praxis sie in ihrem Argwohn nur bestärkten.

Das Verhältnis der italienischen Eliten zum kaiserlichen Deutschland ist zwiespältig geblieben. Einerseits wurden Beamtenstaat und politische Stabilität bewundert, die besonderen deutschen Leistungen in Wissenschaft und Technik als vorbildlich betrachtet<sup>23</sup>. Die Liberalen der „Destra storica“ blieben aber, von einigen Ausnahmen wie Sella abgesehen, davon überzeugt, daß das deutsche Kaiserreich ein von Monarchie und Militär geschaffener Machtstaat sei, der insofern gegen die

<sup>19</sup> Vgl. die Beiträge von *Jens Petersen* und *Wolfgang Altgeld*, in: Garibaldi und Europa, hrsg. von *Rudolf Lill*, Risorgimento (1982) H. 3.

<sup>20</sup> Für die Einzelheiten: *QuFiAB* 46 (1966) ab 411. Vgl. besonders die dort (447–454) mitgeteilten Aufzeichnungen Minghettis über die in Wien und Berlin geführten Gespräche.

<sup>21</sup> Vgl. *Chabod*, *Storia della politica estera*, 107–177.

<sup>22</sup> Bismarcks Bemühungen darum, welche 1873 begannen und bis 1875 ständig intensiviert wurden, waren gelegentlich mit der Drohung verbunden, daß Deutschland andernfalls eine eventuelle Wiederherstellung des Kirchenstaates unterstützen werde. Sie sind inzwischen gut dokumentiert: *Documenti Diplomatici Italiani*, II serie, vol. VI (1982).

<sup>23</sup> *Rosario Romeo*, *La Germania e la vita intellettuale italiana dall'unità alla prima guerra mondiale*, in: *ders.*, *Momenti e problemi di storia contemporanea* (Assisi, Roma 1971) 153–184. S. a. *Karl-Egon Lönne*, *Relazioni tra la vita culturale della Germania e dell'Italia ...* (*Annali della Facoltà di Lettere e Filosofia dell'Università di Napoli* XXV, 1982/83) 231–243.

als gemein-europäisch empfundenen Tendenzen des Zeitalters stehe<sup>24</sup>. Ruggiero Bonghi, einflußreicher Politiker und Publizist der Rechten und von 1874 bis 1876 Unterrichtsminister, hat in seiner Kritik am „Bismarckismo“ diese Überzeugung besonders deutlich ausgesprochen. Erst die 1876 zur Regierung gelangte Linke und darin besonders Francesco Crispi haben die Annäherung an Deutschland intensiviert, welche innerhalb weniger Jahre zum Dreibund führte<sup>25</sup>. Gleichzeitig hat auch der seit 1878 regierende Leo XIII. die Beilegung des Kulturkampfes und darüber eine möglichst umfassende Verständigung mit Bismarck gesucht<sup>26</sup>. Dessen seitherige Gleichgewichtspolitik hatte entgegen den um 1870 verbreiteten Befürchtungen innerhalb eines Jahrzehnts dazu geführt, daß das Deutsche Reich als Zentrum der Stabilität galt, von dessen Unterstützung sich sowohl der Papst wie Italiens links-nationalistischer Ministerpräsident eine Stärkung der eigenen Positionen versprachen.

<sup>24</sup> Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang noch, daß ausgerechnet von katholischer Seite das neue Deutsche Reich zunächst positiver beurteilt worden war. Die vatikanoffizielle „Civiltà cattolica“ hatte 1871 (vol. II, 129–144: Il Protestantismo ed il Cattolicesimo nella guerra franco-germanica) der von manchen Nationalliberalen und noch mehr auf der Linken verbreiteten These widersprochen, daß der Krieg ein Religionskrieg gewesen sei, in dem der Protestantismus gesiegt habe. Zwar war der Widerspruch gegen diese These für die vatikanische Zeitschrift ein Gebot politischer Opportunität; aber über diese war sie deutlich hinausgegangen, indem sie das Deutsche Reich als konservative Macht würdigte, welche die von Napoleon III. verkörperte Revolution besiegt hätte und diese vielleicht auch weiterhin niederhalten, dazu möglicherweise Europa vor slawischen Angriffen beschützen werde.

<sup>25</sup> Die nach wie vor beste Darstellung: *Italia* (i. c. *Ernst E. Berger*), Italiens Dreibundpolitik 1870–1896 (1928). S. a. *Fritz Fellner*, Der Dreibund. Europäische Diplomatie vor dem Ersten Weltkrieg (München 1960).

<sup>26</sup> Vatikanische Akten zur Geschichte des deutschen Kulturkampfes. Leo XIII., Teil I: 1878–1880, bearbeitet von *Rudolf Lill* (Tübingen 1970).

*Horst Lademacher*

## Zwischen Bismarck und Napoleon: Das Problem der belgischen Neutralität von 1866–1870

Bei einer Übersicht über die Entwicklung der belgischen Neutralität gilt wohl der Satz des Schweizer Völkerrechtlers Max Huber, der feststellt, daß die Frage nach dem, was über das Recht hinausgehe oder was gerade noch damit vereinbar sei, für das Völkerrecht seine besondere Bedeutung habe, weil dieses in sehr vielen Punkten unsicher sei und die richterliche Entscheidung und die Exekution schwierig oder unmöglich zu erreichen seien. Wenn es sich gar wie im Kriege um ungeheure Spannungen und größte Gegensätze der Interessen handele, dann enthalte die Möglichkeit, eine Rechtsbeziehung aufrechtzuerhalten, weniger eine juristische als eine komplexe politische Problematik. Das gelte ganz gewiß für die Neutralität<sup>1</sup>. Für das neutralisierte Belgien wird man Hubers Erkenntnis tatsächlich in ihrer Gänze in Anspruch nehmen können. Und wenn es darüber hinaus bei ihm heißt, daß die Geschichte der Neutralität im großen ganzen eine Leidensgeschichte der Neutralen sei, dann ist diesem Diktum ebenso zuzustimmen<sup>2</sup>. Es ist ganz nüchtern festzuhalten, daß sich die Neutralisierung als Spielform der Gleichgewichts- und Ordnungspolitik Europas letztlich keineswegs als Sicherheitsgarantie, sondern viel eher als eine höchst enge Begrenzung des außen- und innenpolitischen Handlungsspielraums erwies. Es ging recht eigentlich gar nicht so sehr um den Schutz und die Garantie von Souveränität und Integrität eines Staates, sondern um das fortdauernde Erfordernis, das Recht auf staatliche Existenz durch Wohlverhalten nachzuweisen. Daß manche politische Interpreten vor allem der frühen Jahre den Begriff „neutralité“ mit „impuissance“ ausfüllten, sagt einiges über den Status eines neutralisierten Landes aus. Belgien hat das schon in den ersten Jahrzehnten seiner Existenz nachdrücklich erfahren. Da stand doch die Frage zur Erörterung, ob ein neutralisiertes Land sich denn bewaffnen dürfe, ob das Institut „Völkerrecht“ letztlich mehr sein solle als eine „force morale“, und da kamen Animositäten auf, als es um Fragen einer belgisch-französischen Zollunion oder welcher

<sup>1</sup> Max Huber, Neutralitätsrecht und Neutralitätspolitik. Vermischte Schriften IV, 279f.

<sup>2</sup> Ebd. 280. Vgl. dazu auch Hans-J. Morgenthau, Neutrality and Neutralism, in: *ders.*, Dilemmas of Politics (Chicago 1958) 196. „A nation of a second or third rank has a chance to preserve its neutrality vis-à-vis the great Powers only if an approximately equal distribution of power among the latter deters all of them from violating it.“

wirtschaftlicher Verbindung auch immer ging. Solange sich der Freihandelsgedanke noch nicht durchgesetzt hatte, mußte jedes wirtschaftliche Präferenzsystem Argwohn wecken, wenn noch dazu der neutralisierte Staat als eine nationalrevolutionäre Gründung und somit gleichsam als Verstoß gegen die guten Sitten des überkommenen Legitimitätsprinzips begriffen und in die Nähe Frankreichs gerückt wurde. Aber Neutralität war eben nicht nur in der Form umstritten, ob waffenlos als „force morale“ oder bewaffnet als „force matérielle“<sup>3</sup>, wichtig war, daß auch ihre Tragkraft als Schutzinstitut in Zweifel gezogen wurde. Mitten im Krimkrieg ließ Palmerston im britischen Unterhaus zur Frage des neutralen Status wissen: „... I am not disposed to attach very much importance to such engagements, for history of the world shows that when a quarrel arises and a nation makes war, and thinks it advantageous to traverse with its army such neutral territory the declarations of neutrality are not apt to be very religiously respected.“<sup>4</sup>

Solcherlei Aussagen, die recht rüde über Empfindlichkeiten der internationalen Beziehungen hinwegstiefelten, auch wenn es sich hier um einen jungen Staat handelte, dessen Selbstbewußtsein sich gerade erst zu manifestieren begann, machten aus belgischer Sicht die Mächte dann vor allem zu unsicheren Kantonisten, wenn die alte Front der Heiligen Allianz gegen das revolutionäre Frankreich zerbrach. Und eben das war im Krimkrieg eingetreten. So liegt die eigentliche Bedeutung dieses Krieges auch weniger in der Tatsache, daß Belgien sich aus den Quereilen hat heraushalten können, ja selbst als Friedensmittler auftrat und moralisches Gewicht gewann, sondern in der Beobachtung, die Baron Beyens in einem Aufsatz in der „Revue Generale“ 1923 niedergeschrieben hat: „La guerre d'Orient avait disloqué le concert des anciens ennemis de la France qui régentaient l'Europe depuis 40 ans. C'était le premier coup porté par Napoleon aux traités de 1815.“<sup>5</sup> Es sollte sich in den 60er Jahren rasch zeigen, daß Belgien durchaus nicht zu den Tabu-Gebilden der europäischen Politik zählte, ja, das Land geriet plötzlich in die Diskussion über Verfügbarkeit zum Nutzen der Großmächte. Wo Palmerston noch zuvor von der Möglichkeit eines Neutralitätsbruchs gesprochen hatte, indem er ein Durchmarschrecht als durchaus begreiflich anerkannte, sprach man in den 60er Jahren in politischen Kreisen schon von einer möglichen Annexion Belgiens durch Napoleon III. Das klang alles wie selbstverständlich in einer Phase, in der die unruhige Prestige-Politik Napoleons III. und die allmähliche Machtzunahme Preußens in Deutschland parallel liefen. In diesem Prozeß von Prestige-Hunger und Machtzunahme, der nicht unbedingt zu einem preußisch-französischen Konflikt führen mußte, sondern durchaus auf Ausgleich gestimmt sein konnte, wurde das neutrale Belgien zum Handelsobjekt herabgestuft. Der britische Prinzgemahl Albert hat in einem Schreiben an Premier Lord Clarendon auf diese Gefahren

<sup>3</sup> Dazu grundlegend *Horst Lademacher*, Die belgische Neutralität als Problem der europäischen Politik, 1830–1914 (Bonn 1971), hier vor allem 97–125.

<sup>4</sup> Hansard's Parliamentary Debates, CXXXVIII (1855) Col. 1748.

<sup>5</sup> *E. Beyens*, Napoléon III et la Belgique, in: *La Revue Générale* (1923) 8.

einer preußisch-französischen Allianz im Hinblick auf die Umgestaltung der europäischen Karte schon 1861 hingewiesen, wenn er schrieb, daß es für Preußen ein leichtes sein müsse, sich über seine „Eroberungen“ der deutschen Mittelstaaten zu verständigen, wenn es Frankreich das Recht zubillige, Belgien zu annektieren<sup>6</sup>. Es war freilich völlig gleichgültig, ob Ausgleich am Ende eines möglichen preußisch-französischen Konflikts stand oder aber eine Verschärfung dieses Konflikts mit der Möglichkeit des Krieges, in jedem Fall enthielt die preußisch-französische Entwicklung Bedrohungen für Belgien. Schon der italienische Krieg bewies, wie sehr sich die Situation gegenüber den ersten drei Jahrzehnten belgischer Neutralität gewandelt hatte. Die europäische Lage war viel zu unsicher geworden, als daß die allgemeinen Versicherungen über den Wert der belgischen Neutralität für den europäischen Frieden und für das Geständnis der strikten Einhaltung der bisher verfolgten, durchaus traditionellen Politik weiter genügt hätten. Während Preußen im Frühjahr 1859 im Raume Aachen, Frankreich bei St. Omer und Chalons Truppen konzentrierten, Moltke in Berlin einen Plan ausarbeitete, der Belgien als strategisches Vorfeld einbezog, wurde der belgische Gesandte in Berlin über die militärische Kapazität seines Landes für den Fall einer Neutralitätsverletzung befragt – für den Fall zugleich, daß die Garantiemächte anderweitig gebunden waren und ihren Garantieverpflichtungen nicht nachkommen konnten. Es sollte sich übrigens später noch zeigen, daß eine automatisch einsetzende Verpflichtung nicht unbedingt den Vorstellungen belgischer Politiker von der Souveränität eines Landes entsprach<sup>7</sup>. Aber dies stand in jenem Augenblick noch nicht zur Diskussion, vielmehr glaubte die belgische Regierung, sich auf jeden Fall der Garantiebereitschaft Großbritanniens versichern zu müssen. Und da waren offenbar Zweifel an Großbritanniens unbedingtem Willen angebracht, den Verpflichtungen im *casus foederis* in jedem Falle nachzukommen. Da mochte sich der damalige Außenminister Lord Malmesbury zur britischen Garantieverpflichtung zwar bekennen („par ces intérêts permanents, par les principes les plus simples de l'équilibre européen“), aber er legte doch besonderen Akzent auf die bewaffnete Neutralität Belgiens, hob gar den Wert eines allgemeinen umfassenden Verteidigungssystems des Landes hervor, und dies in einer dringlichen Form, die in den Brüsseler Amtsstuben eben hellhörig werden ließ. Da verlangten die Briten detaillierte Übersichten über die Festungsplätze, die Kampfstärke der Garnisonen, die Zahl der Kanonen, die Versorgungs- und Nachschublager für Kriegsmaterial, die Effizienz der Feldartillerie sowie den Mobilisierungszeitraum. Solche Informationen erfüllten einen doppelten Zweck<sup>8</sup>. Zum einen ließ sich leichter die Frage entscheiden, ob überhaupt die Garantieverpflichtung militärisch erfüllt werden mußte, zum anderen konnten britische Militärs einfacher Zeitpunkt und Kampfstärke der eigenen Interventionstrup-

<sup>6</sup> Nach *E. Ollivier, L'Empire libéral. Etudes, récits, souvenirs*, Bd. VII (Paris o. J.) 479. Schreiben vom 6. Oktober.

<sup>7</sup> Dazu ausführlich *Lademacher, Belgische Neutralität*, 300–378.

<sup>8</sup> *Ebd.* 197.

pen bestimmen. Aber in der Frage der eigenen Bewaffnung und beim Festungsausbau erwies sich schon die ganze prekäre Lage des Landes. Mochte man in den 40er Jahren auch voll für die bewaffnete Neutralität eingetreten sein, wenn dies sich nicht ausgewogen nach allen Seiten vollzog, dann konnte Argwohn der anderen auftreten – im vorliegenden Falle bei Frankreich, wenn man im Süden Belgiens die Heeresverstärkungen durchführte und wenn noch dazu das belgische Königshaus von der Pariser Regierung verdächtigt wurde, beim Wiener Hof Preußen dazu zu drängen, gemeinsame Sache mit Österreich zu machen. Die Belgier brauchten ihrerseits einen neuen Handelsvertrag mit Frankreich, da die Industrien im Hennegau und in Flandern nicht in ernste Schwierigkeiten geraten wollten. So galt es also, keinerlei Argwohn in Frankreich zu erwecken. Andererseits: so sehr man sich in jener Phase, auch als der italienische Krieg ausbrach, um Großbritannien bemühte, eine feste Zusicherung über britische Verhaltensweise im Falle einer Verletzung der belgischen Neutralität erging nicht, obwohl sich im britischen Kabinett nach der Abtretung Savoyens und Nizzas an Napoleon III. die Überzeugung endgültig durchsetzte, daß der französische Kaiser tatsächlich eine Hegemonie in Europa anstrebte. Für die britischen Politiker bedeutete diese Grenzverschiebung im Südosten Frankreichs insofern einen Wandel der französischen Politik, als das bisher vorgeführte Prinzip der einfachen Unterstützung nationalstaatlicher Bestrebungen (Cavour) dem „revolutionären“ Prinzip der Erreichung natürlicher Grenzen wich.

Die Gespräche Napoleons mit Bismarck in Biarritz im Oktober 1865, der Thronwechsel in Belgien oder etwa die vielbeachtete Rede Napoleons vom 6. Mai 1865 in Auxerre, in der er sich für eine Unterstützung Preußens gegen Österreich entschied, all dies waren Geschehnisse, die wenig geeignet schienen, Belgien in Sicherheit zu wiegen. Weitere Unsicherheiten traten insofern hinzu, als es zu internen Auseinandersetzungen in Belgien kam, die vornehmlich von der klerikalen Presse gegen Dynastie und staatliche Einrichtungen geführt wurden, was schon um die Jahreswende 1864/65 zu französischen und preußischen Spekulationen über eine Trennung Belgiens in einen liberalen wallonischen und einen katholischen flämischen Teil geführt haben soll. Da wuchs auf belgischer Seite jedenfalls die Ungewißheit, und es folgte bald die nun schon traditionelle Anfrage nach der künftigen Verhaltensweise Großbritanniens. Allein, dabei blieb es 1865/66 nicht. Für die Brüsseler Politik war es wichtig, daß auch Paris wußte, was London dachte. Das heißt, die Pariser Politiker sollten wissen, daß Großbritannien sich für Belgien schlagen werde, wie das etwa im Falle eines Angriffs auf Wales zu erwarten stand. Zwar mochte dann der britische Außenminister Clarendon selbst den belgischen Gesandten in London, van de Weyer, auf fieberhafte französische Tätigkeit in Zeughäusern und Werften hinweisen, die Angriffe französischer Außenpolitiker gegen die belgische Presse anzeigen, hinter denen man gar einen Vorwand für etwaige spätere Unternehmungen vermutete – er sperrte sich jedoch, bindende Erklärungen zugunsten Belgiens abzugeben. Wie gering in der internationalen Politik

die Verträge von 1839 veranschlagt wurden, zeigt die Tatsache, daß diese Verträge gar nicht einmal mehr zur Sprache kamen, vielmehr versuchte die belgische Regierung, das Londoner Kabinett aufgrund einer neuen diplomatisch ausgehandelten Verpflichtung zur Aktion auf dem Kontinent zu zwingen. Das gestaltete sich aus Brüsseler Sicht um so dringlicher, je stärker ein sich abzeichnender preußischer Waffenerfolg gegen Österreich Kompensationsforderungen von Frankreich erwarten ließ. Ein Mann wie Auguste Lambermont, Generalsekretär im Brüsseler Außenministerium und wohl einer der hellstichtigsten belgischen Außenpolitiker, hat sehr wohl gesehen, daß der französische Kaiser auf Dauer eine Störung des europäischen Gleichgewichts durch eine allzu große Machtentwicklung Preußens nicht dulden werde. Unter den gegebenen Umständen boten sich in seiner Sicht mehrere Lösungen an. Entweder Preußen steckte zurück oder Frankreich erhielt territoriale Zugeständnisse. Ein Krieg war eine der möglichen Lösungen, eine andere war für Lambermont eine geheime Absprache zwischen den Mächten. Lambermont bewies Gespür für die Tendenzen der Zeit, denn wenige Wochen nach dieser Äußerung lag dann jenes Papier vor, das Bismarck 1870 bei Ausbruch des deutsch-französischen Krieges geschickt als Enthüllung in der britischen „Times“ veröffentlichen ließ und das dem französischen Prestige einen schweren Schlag versetzte. In dem sog. Benedetti-Vorschlag stand einfach zu lesen, daß Frankreich nichts gegen die Einbeziehung süddeutscher Staaten in den preußischen Herrschaftsbereich einwenden werde. Dafür rechne man auf die Unterstützung Preußens beim Erwerb nicht nur Luxemburgs, sondern auch Belgiens. Der handschriftliche Vorschlag Benedettis blieb im Besitz Bismarcks. Als Konzession an Großbritannien war übrigens an die Bildung eines Freihafens Antwerpen nach der Annexion gedacht<sup>9</sup>.

Gerüchte über eine preußisch-französische Abmachung zu Lasten Belgiens machten sehr rasch – schon 1866 – in Brüssel und in London die Runde. Dafür sorgte eine Reihe von Indiskretionen. Bismarck hat die vor allem in London eingelaufenen Gerüchte über diese Abmachungen zum Anlaß genommen, seinen Londoner Gesandten die preußische Konzeption der belgischen Frage zu erörtern. Da blieb in der preußischen Politik eben Frankreich über die sich anbahnende Konsolidierung des Norddeutschen Bundes hinaus ein wichtiger Faktor preußischer Einigungspolitik. Das war eine große Entwicklung, in der Belgien in Bismarcks Vorstellungswelt gewiß nicht den Rang eines unantastbaren, durch Völkerrechtsverträge gesicherten Staates einnahm. Das Land unterlag einem politischen Kalkül, abgesehen davon noch, daß Bismarck eine Gebietserweiterung Frankreichs zu Lasten Belgiens als einen „natürlichen Machtzuwachs“ verstand, wie er für ihn sowohl durch Nationalität und Sprache als durch das defensive System Frankreichs vorgezeichnet wurde. Dahinter stand bei dem preußischen Ministerpräsidenten nicht

<sup>9</sup> *Ebd.* 200 ff. sowie J. E. Helmreich, *Belgium and Europe. A Study in Small Power Diplomacy* (The Hague/Paris 1976) 148 f.

nur der Wille, ein freundschaftliches Verhältnis zu Frankreich zu erhalten, sondern auch die Ansicht von der geringen „Lebensfähigkeit“ des belgischen Staates. Wesentlich war für den preußischen Ministerpräsidenten freilich die Haltung Großbritanniens im Falle eines etwaigen französischen Ausgreifens nach Belgien. Es sei hier aus dem Schreiben an Bernsdorff vom 14. Januar 1867 zitiert, das möglicherweise am besten die Bismarcksche Konzeption wiedergibt. Es heißt dort: „Aus der Existenz Belgiens eine Existenzfrage für uns zu machen, haben wir keine Veranlassung, wenn eine Nachgiebigkeit nach dieser Seite hin einmal der Preis oder die Bedingung eines für uns und Deutschland notwendigen Verhältnisses zu Frankreich werden sollte. Wir sind natürlich weit davon entfernt, Belgien mutwillig und ohne Not preiszugeben, aber wir dürfen uns nicht verhehlen, daß Umstände eintreten können, in welchen wir, um nicht unter ungünstigen Chancen uns Frankreich gegenüberzustellen, die Vorteile und Nachteile solcher Konzession in ernste Erwägung ziehen müßten. Die Nachteile liegen, wie ich schon oben angedeutet, weniger in dem Verlust Belgiens für uns als in der Gefährdung unserer Beziehungen zu England, welches mit mehr oder weniger Recht fortfährt, einen überwiegenden Wert auf die Erhaltung Belgiens, als ein Moment seiner kontinentalen Politik, zu legen. Aber England hat sich seit einer geraumen Zeit so vollständig in der kontinentalen Politik effaziert, daß wir nicht wissen, wie weit wir dasselbe in unsere eigenen Berechnungen hineinziehen können.“<sup>10</sup> Diese Bemerkungen Bismarcks entsprachen mehr oder weniger den Erfahrungen auch der belgischen Diplomatie in London. Da tat sich doch folgende Situation vor: Großbritannien übte Enthaltensamkeit in kontinentalen Fragen und suchte gar ein freundschaftliches Verhältnis zu Frankreich. Solange die Konstellation so lautete, standen für Preußen auch die durch Frankreich gebotenen Vorteile im Vordergrund, die keine Rücksichtnahme auf die völkerrechtlich garantierte Integrität des Kleinstaates erlaubten. Andererseits ergab sich nach Bismarck aus einer etwaigen britischen Bekundung, sich für die Existenz Belgiens zu schlagen und gleichzeitig die nationale Politik Preußens zu unterstützen, für Preußen die Möglichkeit, eine von Frankreich unabhängige und damit für die staatliche Integrität Belgiens günstige Politik zu führen. Die Chancen für eine solche Entwicklung sah Bismarck in der positiven Haltung der britischen öffentlichen Meinung gegenüber einem geeinigten Deutschland.

Das Für und Wider einer Annexion Belgiens ist in den folgenden Jahrzehnten nie wieder mit einer solchen Intensität erörtert worden wie zu dieser Zeit der ersten Konsolidierung des Norddeutschen Bundes. Im Zusammenhang mit der Neutralisierung Luxemburgs, die hier im einzelnen nicht zu erörtern ist, kam sie noch einmal zur Sprache, abgesehen davon, daß eben diese Luxemburg-Frage erneut zeigte, daß ein völkerrechtliches Institut wie die Neutralität und Neutralisierung offensichtlich nicht jene bindende Kraft hatte, wie es sich die Belgier meinten vorstellen zu müssen. Die Beilegung der Luxemburg-Krise bannte für Belgien die

<sup>10</sup> *Hermann Oncken*, Die Rheinpolitik Kaiser Napoleons III. von 1863 bis 1870 und der Ursprung des Krieges von 1870/71, Bd. II (Berlin/Leipzig 1926), 183 ff.

Gefahr, zwischen den beiden Kontinentalmächten Preußen und Frankreich aufgelöst zu werden. Dagegen trat die Frage des Wohlverhaltens eines neutralisierten Landes wieder voll in den Vordergrund, als Napoleon den Weg einer Wirtschafts- und Zollunion mit Belgien beschreiten wollte. Eine solche Aktion war nicht neu, hatte doch Louis Philippe in den frühen 40er Jahren einen ähnlichen Versuch gestartet und war er auf die Ablehnung der Mächte und Belgiens gestoßen<sup>11</sup>. Das Argument aber, eine Zollunion mit Frankreich stehe im Widerspruch zur belgischen Neutralität, galt in jenem Jahre 1868/69 mehr noch als zur Zeit des Bürgerkönigs. An der belgischen Grundeinstellung hatte sich auch gegenüber den frühen 40er Jahren nichts geändert. Sie lautete entsprechend der von Lord Palmerston schon früher geäußerten Befürchtung: „Dans une communauté commerciale entre un grand peuple et un état secondaire il faut que l'un des deux abdique au profit de l'autre une partie de ses attributs souverains.“<sup>12</sup>

Aber nicht nur die Furcht vor einer schleichenden politischen Absorption, nicht allein der Wille, die vertraglich gesicherte, auferlegte Neutralität einzuhalten, auch das Bewußtsein einer in eben dieser Neutralität großgewordenen Wirtschaftsmacht bestimmte die scharf ablehnende Haltung der belgischen Regierung. Diese Abneigung gegen ein und Furcht vor einem „informal empire“ der Franzosen, einer verschleierten Annexion also durch Wirtschafts- oder Militärallianz, schlug auch dort noch voll durch, wo Napoleon alle romanischen Völker in einer dem deutschen Zollparlament ähnlichen zentralen Instanz in Paris zusammenfassen wollte. Die Belgier konnten es einfach nicht glauben, daß sich ein Mann wie Napoleon freiwillig in die Minderheit begeben werde. So hatten französische Versuche, eine Zollunion herzustellen, von vornherein auch nicht den Schein einer Chance. Und Belgien tat gut daran, so zu handeln, waren doch die anderen europäischen Mächte argwöhnische Beobachter napoleonischer Initiative. Das bedeutete jedoch nicht das Ende französischer Unternehmungen. Im Gegenteil, Napoleon schien in seinem Drang nach Norden schier unerschöpflich. Gegen Ende 1868 wurde plötzlich bekannt, daß die französische Compagnie de l'Est mit den belgischen Eisenbahngesellschaften von Groß-Luxemburg und Lüttich-Limburg über einen Verkauf der von diesen Gesellschaften exploitierten Linien verhandelte. Ein solches Projekt bedeutete für Belgien eine in mehrfacher Hinsicht gefahrvolle Situation. Wirtschaftliche Nachteile drohten, da eine ausländische Gesellschaft die Verkehrstarife und Frachtraten etwa für luxemburgisches Erz nach Lüttich zum Vorteil der nordostfranzösischen Industrie festsetzen konnte; militärische und damit politische Gefahr ergab sich, wenn sich Frankreich dieser Linie zum beschleunigten Einmarsch in das Maas-Gebiet bedienen sollte. Die belgische Regierung reagierte prompt. Sie peitschte in Eile ein Gesetz durch, nach dem es den Eisenbahngesellschaften ver-

<sup>11</sup> Dazu *Horst Lademacher*, Frankreich, Preußen und die belgische Frage in der Juli-Monarchie, in: *R. Poidevin/H. O. Sieburg*, Aspects des relations franco-allemandes 1830–1848. Actes du Colloque d'Otzenhausen, 3–5 Oct. 1977 (Metz 1978).

<sup>12</sup> Zum Ganzen *Lademacher*, Belgische Neutralität, 222–233 (Zitat 222).

boten war, ohne Zustimmung der Regierung über ihre Strecken oder deren Nutzung zu verfügen. Das führte sogleich zu Äußerungen erhöhter Empfindlichkeit auf französischer Seite. Nicht nur, daß die offizielle französische Presse hinter allem eine belgisch-preußische Entente vermutete, für Napoleon schien auch die Zeit gekommen, an die Belgien-Luxemburg-Politik der Vorjahre anzuknüpfen. Er erteilte Marshall Niel den Auftrag, einen Feldzugsplan gegen Belgien auszuarbeiten. Wenn sich schon Bismarck, wie Napoleon vermutete, daran machte, die süddeutschen Staaten dem Norddeutschen Bund einzuverleiben, dann war der Besitz Belgiens für ihn insofern von besonderer Wichtigkeit, als das Land als Einfallstor in die niederrheinische Tiefebene dienen konnte. Aber abgesehen von diesen neuerlichen Überlegungen über einen Zugriff auf Belgien gleichsam als Kompensation preußisch-deutschen Einheitsstrebens, zählte die französische Definition der belgischen Neutralität ohnehin schon zu den Besonderheiten insofern, als damit Belgien zu einer Anerkennung zumindest einer moralischen Einflußnahme Frankreichs verpflichtet erschien. Solcherlei Aussagen klangen aus dem Munde französischer Diplomaten nachgerade wie eine naturrechtlich gestützte Forderung aus den jüngsten Ereignissen, die Frankreich nach dem preußischen Sieg bei Königgrätz, der Ablehnung der Kompensationsansprüche und dem Ausgleich in Luxemburg offensichtlich so stark benachteiligt hatten. Zur Front der romanischen Völker sollte – strategisch hinreichend zu erklären – Belgien gehören. So stellte sich ein Entgegenkommen in der Eisenbahnfrage für die Franzosen als eine moralische Verpflichtung Belgiens dar. Dieser – übrigens bald in Kommissionsarbeit beigelegte – belgisch-französische Eisenbahnkonflikt offenbarte nicht nur die französische Definition von Neutralität, er führte auch in Berlin zu Spekulationen über die Möglichkeiten preußisch-französischer Vereinbarungen über die Zukunft Belgiens. Der Gedanke an eine Annexion durch Frankreich allein als Kompensation für französisches Desinteresse an der deutschen Einigung war eigentlich schon obsolet geworden, und es tauchte kurz die Überlegung auf, ob man nicht Belgien zu einem Teilungsobjekt machen solle. Das wiederum war abhängig von Großbritannien. Bismarck war nicht bereit, ohne britische Unterstützung für Belgien in die Bresche zu springen, und über die Garantiebereitschaft Großbritanniens gab man sich in Berlin ebensowenig wie letztlich in Brüssel allzu großen Illusionen hin. Solange sich die Londoner Regierung nicht entschieden für die belgische und darüber hinaus preußisch-deutsche Sache engagierte, blieb die Möglichkeit einer friedlichen Regelung zwischen Bismarck und Napoleon auf Kosten Belgiens bestehen. Die Überlegungen aus den Vorjahren wirkten noch fort.

Die Entwicklung in der Diskussion der 60er Jahre bis hin zum Ausbruch des Krieges 1870/71 über die Lage Belgiens ließe sich, wollte man sie schlaglichtartig darstellen, in der Überschrift „Ungewißheit trotz Wohlverhaltens eines neutralisierten Staates“ zusammenfassen. Ungewißheiten, weil zum einen dieses junge Gebilde Belgien, eine aus Revolution entstandene Gründung, durchaus wieder als souveräne politische Einheit von der Landkarte gewischt werden konnte und weil zum

ändern – und das lag ein wenig in der Konsequenz der erstgenannten Gedankengänge – die Garantieverpflichtungen aus Verträgen auf jeden Fall nicht bei Großbritannien zu den Selbstverständlichkeiten der Außenpolitik zählten. Bis zum Ausbruch des Krieges 1870/71 hatten die Belgier eigentlich schon alle Ängste und Nöte durchgestanden, die einen neutralisierten Kleinstaat erfassen konnten, gleichviel, ob es sich um Kriegsjahre oder Friedenszeiten handelte. Auf der politischen Tagesordnung Brüssels stand bei Beginn des Krieges recht eigentlich nichts Neues. Es ging darum zu verhindern, daß Belgien Auf- und Durchmarschgebiet für die Kriegsgegner wurde, und es ging vor allem darum, Großbritannien endlich einmal aus der Reserve zu locken. Wohl aus taktischen Gründen kam es für Brüssel darauf an, die Rolle des keinesfalls über die Absichten der Mächte beunruhigten neutralen Staates zu spielen und gegebenenfalls beiläufig den einen Staat über die wohlwollende Haltung des anderen zu informieren und eben dort eine ähnlich wohlwollende Erklärung zu erhalten. Vorsichtig sollte sowohl in Paris als auch in Berlin eine Erklärung über die Wahrung der belgischen Neutralität eingeholt werden – eine Erklärung, die am besten Großbritannien zu fordern in der Lage war, da es damit seinerseits seine Neutralität in der deutsch-französischen Auseinandersetzung verbinden konnte. So jedenfalls lauteten die belgischen Überlegungen. Einmal mehr setzte man auf Ad-hoc-Erklärungen, da die Verträge von 1831/39 offensichtlich nicht mehr recht respektheischend und verpflichtungsträchtig waren. Zugleich versetzte Brüssel die eigene Armee an der Süd- und Ostgrenze des Landes in Bereitschaft, entschlossen, die Integrität und Neutralität des Landes zu verteidigen. Während Brüssel von Paris und Berlin durch ein recht trickreiches Diplomatiepiel die gewünschten Erklärungen erhielt, ist Großbritannien als Schutz- und Garantiemacht eigentlich erst durch die Benedetti-Enthüllung in der „Times“ auf den Plan gebracht worden. Plötzlich erinnerten sich britische Diplomaten an Gespräche mit französischen Politikern – Gespräche, die auf jeden Fall eigenwillige Interpretationen von Garantie- und Neutralitätsverträgen enthielten. Solcherlei Reminiszenzen erhielten neues Gewicht. So schrieb dann auch der britische Gesandte Lumley aus Brüssel: „... It is possible, that the fate reserved by France for Belgium should the Emperor be successful in this war is that of Savoy and Nice the honour of being incorporated into the French Empire.“<sup>13</sup> So war die Benedetti-Affäre praktisch der Ausgangspunkt für den britisch-französischen und britisch-preußisch-norddeutschen Doppelvertrag, in dem sich die britische Regierung verpflichtete, jeweils mit dem einen Kriegsgegner im Falle einer Neutralitätsverletzung durch den anderen militärisch zusammenzuarbeiten. Der Vertrag band Großbritannien nicht über die Grenzen Belgiens hinaus und sollte auch noch 12 Monate nach dem Friedensschluß Gültigkeit haben. Es ist nicht ganz auszumachen, ob diese Doppelvertragsstrategie schließlich auf belgisches Drängen zum Zuge gekommen ist oder ob es sich hier um eine Initiative aus den Reihen des britischen Kabinetts

<sup>13</sup> Nach ebd. 241.

handelte. Eine Befriedigung des belgischen Schutzbedürfnisses enthielten diese Abmachungen allemal. Ein anderes trat hinzu. Paris und Berlin hatten zuvor nur eine „déclaration conditionnelle“ abgegeben – das bedeutete praktisch, daß Belgien in der Schußlinie blieb oder zum Schlachtfeld werden konnte, wenn einer der kriegführenden Staaten die belgische Neutralität verletzte. Die Frage nämlich, ob der Kriegsgegner sich auf belgischen Boden begeben durfte, falls der andere die Neutralität verletzte, ohne daß hier die Zustimmung der belgischen Regierung erfolgte, war noch höchst umstritten, noch lange nicht ausdiskutiert und sollte in den Jahren unmittelbar vor dem Weltkrieg noch die internationale Politik in höchstem Maße beschäftigen. Sobald aber Großbritannien als dritte Macht auf den Plan trat, war zumindest die Wahrscheinlichkeit höher, daß es gar nicht erst zu einem Neutralitätsbruch kommen und die belgische Regierung einer weiteren Diskussion um die selbständige Verteidigung der Neutralität enthoben sein werde. Die in dem britischen Vorgehen implizierte geringere Wahrscheinlichkeit eines Neutralitätsbruchs war dann auch wohl der Ausgleich für die vom nationalbelgischen Standpunkt aus nicht sonderlich attraktiven Abmachungen, die über vorherige Vereinbarungen mit der belgischen Regierung nichts enthielten. Natürlich war die belgische Problematik mit dem Doppelvertrag nicht ausgestanden. Nachgerade traditionelle Besorgnis setzte sich fort – 1871 noch in Form der Furcht vor dem Friedensschluß. Denn angesichts der deutschen Forderungen auf Straßburg und Metz tauchte in Brüssel die Frage auf, ob nicht die frühere Annexionsfrage erneut sich zu einer Kompensationsfrage zu Lasten Belgiens auswachsen würde. Freilich stand solcher Besorgnis ein Vertrauen in Bismarck gegenüber, der bei den Belgiern nach der Benedetti-Veröffentlichung erheblichen Kredit gewonnen hatte. Da herrschte doch die Überzeugung von Bismarcks Loyalität, das hieß Vertrauen auf die moralische, von keinem Hintergedanken getrübe Integrität, aber auch Vertrauen auf preußisch-deutsche Stärke, die sich konsequente Loyalität erlauben konnte. Jedes andere als loyales Verhalten gegenüber Belgien entbehrte so etwa für den belgischen Gesandten in Berlin auch der logischen Konsequenz echter Staatskunst. Notwendig aber erschien für Deutschland nach Ansicht dieses Belgiens eine kluge, auf das rechte Maß zugeschnittene Staatskunst auch deshalb, weil angesichts der selbst nach Bismarcks Meinung unausbleiblich fortdauernden Feindschaft zwischen Frankreich und Deutschland jeder Gegner des jungen Nationalstaates zugleich zum Partner Frankreichs werden mußte. Mit der Entstehung des deutschen Nationalstaates mochte dann, langfristig gesehen, durchaus eine weitere potentielle Bedrohung erwachsen, unter der Leitung Bismarcks jedoch verdiente dieser Staat nach Brüsseler Ansicht volles Vertrauen.

*Peter Stadler*

## Die Schweiz und die Wende von 1870/71

Für die Schweiz brachte die Ära der nationalstaatlichen Einigungen Mitteleuropas, die mit dem Jahre 1871 ihren Abschluß fand, zwar keine grundlegende Veränderung der außenpolitischen Konstanten, aber doch eine wesentliche Verschiebung der Gewichte.

Der Wiener Kongreß hatte ihr die internationale Anerkennung ihrer Neutralität und die Garantie ihrer Grenzen beschieden; diese Gegebenheiten blieben ebenso erhalten wie das System der Pentarchie, das durch die Entscheidung von 1870 wohl modifiziert, aber nicht aus den Angeln gehoben wurde. Die erwähnte Verschiebung der Gewichte ergab sich durch das Verschwinden bzw. den Machtverlust der Klein- und Mittelstaaten, die bis 1860 bzw. 1870 in Italien wie im südlichen Deutschland eine Ausgleichs- und Pufferfunktion ausgeübt und die Schweiz vor der ausschließlichen Nachbarschaft mit Großmächten bewahrt hatten. War dieses Staatensystem in Italien der Einigung völlig zum Opfer gefallen, so blieb im Norden der Landesgrenzen das Trio Baden-Württemberg-Bayern zwar erhalten, aber es bildete – unter Verlust seiner außenpolitischen Souveränität – nunmehr die Südflanke des neu entstandenen Deutschen Reiches, das seine Schweizer Grenze durch die Einbeziehung des Elsasses erst noch bis zum Berner Jura erweiterte und damit eine Dreiländerecke von hochgradiger Empfindlichkeit schuf.

Das war das eine. Ein weiteres kam hinzu. Während Jahrhunderten, eigentlich seit Beginn der Neuzeit, war der Gegensatz zwischen Frankreich und Habsburg-Österreich (anfänglich gekoppelt mit demjenigen zu Habsburg-Spanien) eine Konstante europäischer Politik und eine kalkulierbare Dauerbelastung der schweizerischen Grenzen gewesen. Dieser Gegensatz entlud sich ein letztes Mal im italienischen Einigungskrieg von 1859, um dann zu verschwinden – der Rückzug Habsburgs aus Italien (dem ja zur Napoleonzeit derjenige aus Süddeutschland vorangegangen war) entzog ihm den Boden. Für immer, wie sich zeigen sollte: Auch im Ersten Weltkrieg gab es nirgendwo eine österreichisch-französische Front, ja kaum noch einen wirklichen Gegensatz zwischen den beiden Mächten.

Zu diesen Veränderungen im Koordinaten- und Spannungssystem, die sich aus den beiden nationalstaatlichen Einigungen ergaben, gesellte sich als zusätzliche Belastung der Schweiz eine erkennbare und zunehmende Geringschätzung des Kleinstaates überhaupt. Er erschien als überlebtes Statussymbol einer auf Vielfalt und Absonderung angelegten, nunmehr versinkenden politischen Wertordnung

und ihrer Mentalität – so in Treitschkes bahnbrechendem Essay „Bundesstaat und Einheitsstaat“. Der gleiche Autor läßt seine Studie „Die Republik der vereinigten Niederlande“ nicht weniger eindeutig enden: „Der große Gang der deutschen Dinge, die Einheit unseres Reiches von der Ostsee bis zum Bodensee und der Ausbau dieser Einheit, läßt sich nicht mehr hemmen durch das Geschrei der kleinen Völker, die verschollene Tage nicht vergessen können. Der alte Baum der europäischen Gesittung ist stark genug, um neben den schweren Ästen der großen Kulturvölker, die seine Krone tragen, auch einige bescheidene Zweige zu dulden, die das Laubdach reich und gefällig abrunden.“<sup>1</sup> Das war fast überdeutlich und vermöge der penetrant wohlwollenden Herablassung der Metaphorik erst recht angetan, bei Vertretern der Kleinstaatsidee eine eigentliche Identitätskrise auszulösen. Jacob Burckhardt konstatierte bereits im Herbst 1866 als eines der Resultate der Neuordnung Deutschlands „das völlige Verzweifeln an allem Kleinen, welches um sich greift: wer nicht zu einem Dreißig-Millionen-Volk gehört, der schreit: Hilf Herr, wir versinken. Der Philister will mit Teufels Gewalt an einem großen Kessel essen, sonst schmeckt es ihm nicht mehr.“<sup>2</sup>

Nun war die Schweiz ja auch nach diesen Entscheidungen nicht der einzige Kleinstaat des Kontinents. Die übrigen Schicksalsgenossen – handle es sich um die Monarchien des europäischen Nordens, um Belgien, die Niederlande, um Portugal oder um die erst im Entstehen begriffenen Klein- und Mittelstaaten der Balkanzone – hatten bei allen Verschiedenartigkeiten der Struktur und Größe aber doch die periphere Lage gemeinsam; sie blieben – einstweilen noch – im Randbereich der großen Mächte. Die Schweiz hingegen lag mittendrin, und es war keineswegs ausgemacht, ob sie nicht das erstbeste Opfer eines kommenden Konfliktes werden würde. Die rund fünfzehn Jahre zwischen 1855 und 1870 hatten dem Kontinent immerhin fünf Kriege beschert – im Durchschnitt jedes Triennium einen –, und eine längere Friedensära hätte zu Beginn der 70er Jahre wohl niemand voraussehen gewagt. So galt es, sich auf künftige Belastungsproben vorzubereiten. Die diversen Anläufe zu einer Bundesrevision, die um 1865/66 einsetzten und 1874 der Schweiz schließlich die Form des Grundgesetzes brachten, das bis heute Bestand behalten hat, galten nicht zum letzten auch der militärischen Reorganisation, Modernisierung und Vereinheitlichung.

Schließlich darf auch nicht vergessen werden, daß maßgebende Politiker und Militärs bei allem grundsätzlichen Bekenntnis zur Neutralität die Schweizer Grenzen doch noch nicht für endgültig erachteten, sondern auf mögliche Erweiterungen – welche eine günstige Konstellation wohl verheißen konnte – hofften. Bereits um 1860 war es im sog. Savoyerhandel darum gegangen, Nordsavoyen – wo die Schweiz im Kriegsfall seit 1815 bekanntlich ein Besatzungsrecht besaß – einzuhandeln; radikale Kreise kalkultierten dabei sogar die Möglichkeit eines Konfliktes

<sup>1</sup> *Heinrich von Treitschke*, Aufsätze, Reden und Briefe, Bd. 2 (Meersburg 1929) 681.

<sup>2</sup> *Jakob Burckhardt*, Briefe, Bd. 4, hrsg. von *Max Burckhardt* (Basel 1961) 226f. An Friedrich Salomon Vögelin, 17.9.1866.

mit Frankreich ein. Zehn Jahre später, als Frankreich am Unterliegen war, legte der schweizerische Gesandte in Berlin, Bernhard Hammer, Oberst und späterer Bundesrat, seiner Regierung abermals eine Besetzung, diesmal in enger Kooperation mit Preußen, nahe. Und im Februar 1871 versuchte man in Bern, den bevorstehenden Übergang des Elsasses an Deutschland zu einer Erweiterung des schweizerischen Territoriums über den Pruntrutler Zipfel hinaus bis gegen Mülhausen zu nutzen – ein Ansinnen, auf das einzugehen Bismarck nicht den geringsten Anlaß hatte<sup>3</sup>. Solche Velleitäten und ehrgeizige Anwandlungen waren eben doch nur möglich und verständlich vor dem Hintergrund der Sorge des Zukurzkommens, einer Art von Torschlußpanik – wenn schon andere sich vergrößerten, sollte man dann ganz leer ausgehen? Anders als Jacob Burckhardt, der als genuiner Stadtbasler schon lange auf ein Dasein im Kleinst-Staat innerlich eingerichtet war, hatten noch lange nicht alle Eidgenossen resigniert. Es ist daran zu erinnern, daß ein Mitglied der Landesregierung, Bundesrat Jakob Dubs – er war 1870 sogar Bundespräsident und somit Leiter der Außenpolitik – verschiedentlich Sondierungen unternommen hatte, die im Rückblick geradezu abenteuerlich anmuten: so erhoffte er einmal eine Erweiterung in Richtung Venetien, ein andermal in Richtung Nizza. Man tat gut daran, solche Dinge baldmöglichst wieder in Vergessenheit geraten zu lassen. Und es ist sicherlich ein Charakteristikum der 1871 gesetzten Zäsur, daß man sich fortan in Selbstbescheidung zu üben verstand. Als nach dem 1. Weltkrieg die Möglichkeit eines Anschlusses von Vorarlberg sich sehr ernsthaft eröffnete und von einer Mehrheit der dortigen Einwohnerschaft befürwortet wurde, überwog in der Schweiz doch von Anfang an die Zurückhaltung: man hatte mittlerweile so viel dazugelernt, daß richtige Politik nicht einfach darin bestand, bei jeder Gelegenheit einen Gebietserwerb zu reklamieren.

Die Schweiz hatte jedoch, abgesehen von Kleinstaatlichkeit und zentraler Lage, noch einen besonderen Grund, durch die nationalstaatlichen Einigungen verunsichert oder doch berührt zu sein: ihre Vielsprachigkeit, die eng mit der föderalistischen Struktur – d. h. der Aufgliederung in Kantone – zusammenhing. Die Annahme ist (selbst in der Schweiz) recht verbreitet, es sei dies eine alte Vorgegebenheit, da ja italienisch- und französischsprachige Gebiete im annähernd heutigen Ausmaß seit der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts Teile ihres Territoriums bildeten. Das ist jedoch nur sehr bedingt richtig, da es sich dabei ausschließlich um minderberechtigte Untertanen- und Zugewandtengebiete handelte. Die Umwälzung von 1798 hatte darin einen gewissen Wandel geschaffen, aber erst die Bundesverfassung von 1848 hatte ausdrücklich „die drei Hauptsprachen der Schweiz, die deutsche, französische und italienische“, zu „Nationalsprachen des Bundes“ er-

<sup>3</sup> Dazu ausführlicher, auch im folgenden, *Peter Stadler*, Die Schweiz und die deutsche Reichsgründung, in: GWU 25 (1974) 209 ff. Hier weitere Literaturangaben. Dazu kommt noch *Albert Schoop*, Johann Konrad Kern. Die Gesandtschaft in Paris (Frauenfeld, Stuttgart 1976) 438 ff. Zum Ganzen: *Edgar Bonjour*, Geschichte der schweizerischen Neutralität, Bd. 2 (Basel 1965) 435 ff.

hoben (Art. 109). Der junge Bundesstaat stand der Einigung Italiens wohlwollend gegenüber, die radikale Tessiner Kantonsregierung förderte sie (oft unter Neutralitätsverletzungen) geradezu – aber schon bald nach 1860 meldete sich Unbehagen, als Äußerungen von Italienern der mittleren politischen Prominenz irredentistische Wünsche erkennen ließen und nur halbherzig dementiert wurden<sup>4</sup>. Selbst wenn die Schweiz innerlich unbedingt zusammenhing und daher kaum Zweifel am Willen zu ihrer Identität laut wurde, so war andererseits doch klar, daß nunmehr die Gefahr bestand, in eine sprachlich-ethnische Reizzone besonderer Art einbezogen zu werden. Gerade unter diesem Aspekt verdient es hervorgehoben zu werden, daß 1870 keine Kluft der Sympathien nach Sprachzugehörigkeit aufbrach. Daß die Romandie nicht mit Frankreich sympathisierte, hängt mit dem Mißtrauen zusammen, den der Bonapartismus und das Kaisertum Napoleons III. gerade auch in der Welschschweiz erweckt hatten. Die Tagebücher des Schriftstellers Henri Frédéric Amiel sprachen da bei aller Introspektion eine recht deutliche Sprache<sup>5</sup>. Andererseits war es ein konservativer Publizist der deutschen Schweiz, Philipp Anton von Segesser, der nach der Katastrophe von Sedan in seiner Schrift „Das Ende des Kaiserreichs“ (1870) dem sowohl innovatorischen als gesellschaftserhaltenden, demokratischen wie katholischen Cäsarismus des gestürzten Herrschers ein erstaunliches Maß an diagnostisch klarblickender Gerechtigkeit widerfahren ließ. Die kämpfende Republik mobilisierte dann allerdings gesamtschweizerische Anteilnahme, die durch das Schicksal der internierten Bourbakiarmee noch gesteigert wurde. Aber auch da spielten mehr ideologische als ethnische Momente mit. Die Schweiz war ja seit 1815, ja eigentlich seit der Remonarchisierung Europas durch Napoleon I., die einzige Republik des Kontinents gewesen. Es hatte Augenblicke gegeben, da diese Einzigartigkeit in Isolierung und in Gefährdung umzuschlagen drohte – so während der Restauration, in der Sonderbundskrise und wieder nach 1850. Man sah es deshalb in der Schweiz nicht ungern, wenn diese monarchische Quarantäne wenigstens nach Westen durchbrochen wurde. Umgekehrt ließ gerade der obrigkeitsstaatliche Charakter der deutschen Einigung gewisse Besorgnisse wach werden. Die Ideale von 1848 waren noch keineswegs vergessen, ja man fand, daß die Eidgenossenschaft ihrerseits eine dem Reiche adäquate, wenn nicht sogar originalere geschichtliche Schöpfung verkörpere. „Die Schweiz“, schrieb die „Neue Zürcher Zeitung“ am 1. Februar 1871 in einem Leitartikel, „hat in vielen Beziehungen deutsches Wesen, deutsches Recht, deutsche Gemeindeverfassung etc. sogar treuer bewahrt als manche beim Reiche gebliebenen Teile; sie empfängt nicht

<sup>4</sup> Guido Hunziker, *Die Schweiz und das Nationalitätsprinzip im 19. Jahrhundert* (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, Bd. 120, Basel, Stuttgart 1970) 80 ff.

Zur italienischen Nachbarschaft nunmehr auch *Hans Eberhart*, *Zwischen Glaubwürdigkeit und Unberechenbarkeit. Politisch-militärische Aspekte der schweizerisch-italienischen Beziehungen 1861–1915* (Diss. Zürich 1985, noch ungedruckt), mit reichen Quellen- und Literaturangaben.

<sup>5</sup> *Ursula Schöni*, *Henri Frédéric Amiel. Réflexions sur les Français et les Allemands à l'occasion de la guerre franco-allemande de 1870–71* (Berne 1972).

bloß viele hohe Gaben von dem stammverwandten und geistig eng verbundenen Brudervolk, sondern sie gibt ihm auch mancherlei Wertvolles zurück und hat das erste Anrecht auf eine freundschaftliche Behandlung.“ Die deutschen Patrioten mußten deshalb wünschen, „für den inneren freiheitlichen Ausbau des äußerlich befestigten Deutschen Reichs von den inneren Einrichtungen der schweizerischen Selbstregierung Nutzen zu ziehen“<sup>6</sup>. Dieses Selbstbewußtsein hebt sich ab vor dem Hintergrund einer unverkennbaren Angst vor weiterer Expansion dieses noch so wenig durchschaubaren neuen Imperiums. „... maintenant vous allez vous griser de grandeur, de la pire grandeur, de la pire puissance, la grandeur extérieure, la puissance militaire“, hatte es in einem Neuenburger Blatt geheißen<sup>7</sup>. Der berühmte Zürcher Tonhallekravall, dieser so plötzliche Ausbruch von Deutschfeindlichkeit in einer von Deutschen so gern besuchten und bewohnten Stadt, war nicht zuletzt ein Symptom solcher Emotionen des neidvollen Argwohns<sup>8</sup>. Er führte zu einer vorübergehenden Krise, ist aber durch Bismarcks überlegenes Eingreifen glatt und spurlos gemeistert worden. Wenn die Beziehungen sich bald schon entscheidend besserten und Besorgnis in nachbarliches Vertrauen umschlug, so sind, wenn ich recht sehe – neben der Stabilisierungspolitik des Kanzlers – vor allem zwei Gründe maßgebend gewesen.

1. Die Pariser Kommune, die ganz überwiegend negativ registriert wurde, ja vielfach ein eigentliches Schockerlebnis zurückließ. Wieder einmal schien sich die ganze Unberechenbarkeit, ja selbst Blutrünstigkeit französischen Wesens zu enthüllen. Conrad Ferdinand Meyers Gedicht „Die Karyatide“ verbindet denn auch wirkungsvoll das Gemetzel der Bartholomäusnacht mit demjenigen der Maitage 1871 und schließt mit dem lapidar einschlagenden Vers: „Sie morden sich. Es ist Paris.“ Aber auch Jacob Burckhardts Einstellungswandel Bismarck gegenüber ist durch diese Katastrophe mitausgelöst worden.

2. Der Kulturkampf. Er entbrannte in Deutschland und der Schweiz ungefähr gleichzeitig und wurde von den maßgebenden Trägerfiguren hüben wie drüben als notwendige Abwehr empfunden – als Abwehr, die dann ihrerseits sehr rasch in Aggression und Repression überging. Davon ist hier nicht zu handeln. Doch hat man die Auseinandersetzung gerade in katholischen Kreisen der Schweiz als kalkultiertes Zusammenwirken von Bund, radikalen Kantonen und Reich verstanden. „Le Bismarckisme nous envahit de plus en plus“, schrieb der Basler Bischof Lachat kurz vor seiner Absetzung an seinen Amtsbruder Dupanloup in Orléans. Ähnlich sprach der – übrigens sehr infallibilitätskritische – Segesser von einer Identität der inneren Politik und der Gleichförmigkeit der Organisationen mit denen des gro-

<sup>6</sup> Neue Zürcher Zeitung, 1. 2. 1871, Nr. 57. Leitartikel „Deutschland und die Schweiz“.

<sup>7</sup> Zitat aus dem „National Suisse“, 8. 12. 1870, bei *Edith Anita Picard*, Die deutsche Einigung im Lichte der schweizerischen Öffentlichkeit 1866–1871 (Schweizer Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 20, H. 1, Zürich, Leipzig 1940) 225.

<sup>8</sup> *Rudolf von Albertini*, Innen- und außenpolitische Aspekte des Zürcher Tonhallekravalls (Zürcher Taschenbuch 1951) 118–134.

ßen Nachbarlandes<sup>9</sup>. Seine Vermutungen sind durch spätere Forschungen mindestens teilweise bestätigt worden – wobei wohl weniger persönliche Absprachen als das Klima des Kampfes und eine gewisse Übereinstimmung mit dem Nationalliberalismus mitspielten. Als Bismarck dann den Bruch dieser Koalition vollzog und den Kulturkampf abbaute, erschöpfte sich dessen Kraft auch in der Schweiz. Zu diesem Zeitpunkt aber – und der konservativen Wende im Reich entsprach ja auch hier eine etwas modifiziertere<sup>10</sup> – war der Prozeß der Angewöhnung an das neue Deutschland praktisch bereits abgeschlossen.

Einmal mehr hatte sich die Schweiz mit der ihr eigenen Fähigkeit zur Adaptation und Selbstbewahrung einer Wandlung des europäischen Staatensystems und dem daraus resultierenden Modernisierungszwang anzupassen verstanden.

<sup>9</sup> Zitate bei *Peter Stadler*, *Der Kulturkampf in der Schweiz. Eidgenossenschaft und Katholische Kirche im europäischen Umkreis 1848–1888* (Frauenfeld, Stuttgart 1984) 287, 372 f. Hier noch weitere Aspekte, besonders im Kapitel „Grundzüge der Auseinandersetzung. Vorbilder, Feindbilder und außenpolitische Implikationen“, 365 ff.

Am 7. 4. 1874 berichtete der schweizerische Gesandte in Berlin, ihm werde „bezeugt, daß das Vorgehen in der Schweiz der Politik des Fürsten Bismarck in diesem Kampfe sehr zustatten komme, und es ist deswegen auch die Stimmung gegen die Schweiz ... eine sehr sympathische und antipathische“. Zitat nach Band 3 (1873–1889) der „Documents diplomatiques suisses 1848–1945“ (Bern 1986) 101.

<sup>10</sup> Wie Anm. 9 (*Stadler*): Kapitel „1878 – Wende oder Kurskorrektur?“, 552 ff. Ferner *Evi Didierjan-Leimgruber*, *Die Wende von 1878 in der schweizerischen Politik* (Diss. Zürich 1980). NB Weitere Aufschlüsse zu unserem Thema bietet Band 2 der „Documents diplomatiques suisses 1848–1945“, der die Jahre 1866–1872 behandelt und 1985 erschienen ist.

*Peter Graf Kielmansegg*

## Mächtesystem und Entscheidungsprozeß um 1870 Anmerkungen eines Politikwissenschaftlers

Als Politikwissenschaftler kann ich nur einen mittelbaren Beitrag zu dem Gespräch über die Vorgeschichte des Krieges von 1870/71 leisten. Ich will das in der Weise zu tun versuchen, daß ich auf Möglichkeiten einer Erweiterung des Horizontes der Analyse aufmerksam mache, die dem Politikwissenschaftler vielleicht näher liegen als dem Historiker.

Das Symposium ist so angelegt, daß uns nacheinander die einzelnen europäischen Staaten als die Akteure auf der Bühne der internationalen Politik vorgestellt werden. Wir erfahren, wie sie in den Jahren zwischen 1866 und 1870 die Welt sahen, aus welchen Bedingungen heraus sie Außenpolitik trieben und welche Ziele sie in ihrer Außenpolitik verfolgten. Wir versuchen, mit anderen Worten, die Ereignisse zu erfassen, indem wir uns in die Akteure – die Staaten, repräsentiert durch ihre Regierungen – hineindenken und die Welt mit ihren Augen sehen. Daß es plausibel ist, so vorzugehen, bedarf keiner Begründung. Aber es sind auch Betrachtungsweisen möglich und sinnvoll, die sich von den Akteuren lösen. Wir können etwa das internationale System als ein Ganzes ins Auge fassen und uns fragen, welchen Einfluß seine Eigenschaften auf die Entstehung, die Austragung, die Lösung von Konflikten in eben diesem System haben. Ich will versuchen anzudeuten, welcher Ertrag von einer solchen Frage zu erwarten wäre.

Das internationale System des 19. Jahrhunderts ist, wie jedermann weiß, in seinen Grundstrukturen erstaunlich stabil gewesen. Es hat vom Ausgang der napoleonischen Epoche bis zum Ersten Weltkrieg Bestand gehabt. Die Gründung des Deutschen Reiches durch Preußen ist eine der großen Zäsuren in der Geschichte dieses Systems gewesen, wohl die folgenreichste. Der deutsch-französische Krieg, der in die Einigung Deutschlands einmündete, verteilte die Gewichte in Europa neu, so wie es der preußisch-österreichische zuvor bereits getan hatte. Er veränderte die Rangordnung der Mächte. Preußen, das von 1815 bis 1866 an letzter Stelle im Konzert der fünf Großen gestanden hatte, stand nun als Preußen-Deutschland vor dem ehemals führenden Frankreich, vor Österreich-Ungarn, und jedenfalls gleichauf mit Rußland. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß eine solche Revision der Rangordnung des internationalen Systems zugunsten Preußens oder Preußen-Deutschlands nicht nur das Resultat, sondern auch das Ziel der

Bismarckschen Politik war. Insofern war Bismarck der Herausforderer, während Frankreich seinen Spitzenplatz im System behaupten wollte, womit keineswegs gesagt sein soll, wer den Status quo verteidige, habe deshalb auch immer das bessere, historische Recht für sich.

Das Bemerkenswerte an den Vorgängen von 1866/1870 ist, daß Bismarck sein Ziel mit begrenztem Einsatz erreicht hat, ohne daß es zu einer schweren Erschütterung oder gar zu einem katastrophalen Zusammenbruch des internationalen Systems kam, wie er sich dann 1914 ereignete. Wie bemerkenswert das war, zeigt nicht nur der Vergleich mit 1914, sondern auch der mit 1740/1756. Auch Friedrich der Große wollte für Preußen einen anderen Platz in der Rangordnung der Mächte erobern. Auch Friedrich hat dieses Ziel am Ende erreicht, aber nur um den Preis einer Beinahe-Katastrophe. Er hat Preußen an den Rand des Abgrunds geführt!

Ich kann meine Ausgangsfrage, welchen Einfluß das internationale System mit seinen besonderen Eigenschaften auf die Entstehung und Austragung zwischenstaatlicher Konflikte habe, jetzt konkreter fassen: Haben – über die diplomatische Meisterschaft Bismarcks hinaus – auch bestimmte Systembedingungen dazu beigetragen, daß die preußische Offensive von 1866/1871 keine größeren Erschütterungen bewirkt hat? Ich denke, es lassen sich in der Tat einige Bedingungen nennen, die Bismarck zugutekamen – Bedingungen, aus denen in ihrer Summe so etwas wie „Systemelastizität“ resultierte.

1. Es ist von großer Bedeutung, ob in einem politischen System, auch einem internationalen System, Konsens darüber besteht, daß ein bestimmtes Problem als offen, als ungelöst anzusehen sei. Ein solcher Konsens erzeugt eine Art von Gefälle zugunsten friedlichen Wandels, friedlicher Veränderung; oder er hält doch jedenfalls den Konflikt in Grenzen. Hitler hat ganz entscheidend davon profitiert, daß es in den dreißiger Jahren so etwas wie einen Konsens die Revisionsbedürftigkeit des Versailler Vertrages betreffend im internationalen System gab. Und die beiden deutschen Staaten der Gegenwart haben guten Grund, sich darüber zu streiten, ob die deutsche Frage offen sei. In den Jahren vor 1870 galt sie unbestritten als eine der offenen Fragen des internationalen Systems. Alle Beteiligten hatten das Gefühl, die Entscheidung von 1866 habe Entwicklungen in Gang gesetzt, die noch nicht abgeschlossen seien. Daraus resultierten für Bismarck Handlungsspielräume.

2. Nicht weniger bedeutsam ist es, ob in einem internationalen System Ansprüche, die den Status quo in Frage stellen, sich auf Prinzipien berufen können, die eine gewisse allgemeine Anerkennung genießen. Das nationalstaatliche Prinzip hatte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts diesen Rang. Es verlieh Ansprüchen, die sich auf dieses Prinzip gründeten, in der internationalen Öffentlichkeit Legitimität. Für Bismarck war es deshalb – nicht nur nach innen, sondern auch im Verhältnis zu anderen Mächten – ein wesentlicher Vorteil, daß er die preußische Offensive im Zeichen des nationalstaatlichen Prinzips führen konnte.

3. Das internationale System jener Zeit war kein stark polarisiertes System. Es

war nicht geprägt durch einen dominierenden Konflikt, der den Frontverlauf bestimmte und alle anderen Konflikte gleichsam in sich eingliederte. Probleme und Interessen waren eher diffus gelagert. Eine solche Konstellation erleichtert die Eingrenzung von Konflikten. Sie relativiert die Bedeutung eines jeden einzelnen Konfliktes. Stark polarisiert war hingegen beispielsweise das internationale System in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg. Und stark polarisiert ist natürlich erst recht das internationale System der Jahrzehnte seit 1945.

4. Nach den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts liegt es nahe, nach dem Grad der Ideologisierung von Konflikten in einem internationalen System zu fragen. Für das internationale System des 19. Jahrhunderts gilt, daß die zwischenstaatlichen Konflikte kaum ideologisch aufgeladen waren. Das erleichterte es einem Staatsmann wie Bismarck, sie unter Kontrolle zu halten. Erst in den letzten Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg gewann der Nationalismus jene zerstörerische Intensität, die zum Zusammenbruch des Systems so wesentlich beitrug.

5. In den sechziger und siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts hatte das europäische Staatensystem noch eine Umwelt. Es gab, anders ausgedrückt, noch ein „Außen“, das System war noch nicht völlig binnenorientiert. Zwei der fünf großen Mächte, England und Rußland, verfolgten Interessen in Räumen weit jenseits der Grenzen des Systems, Frankreich tat dies sporadisch, etwa im mexikanischen Abenteuer, und ohne große Energie, Österreich-Ungarn und Preußen waren ganz und gar europäische Mächte. Auch dieser Umstand konnte zur Dämpfung und Begrenzung von Binnenkonflikten beitragen. Die Globalisierung des europäischen Staatensystems hatte freilich schon begonnen. Sie hat sein Ende mit herbeigeführt.

Erweiterung des Horizontes der Analyse war das Stichwort, mit dem ich begonnen habe. Der Blick auf das Staatensystem als ein Ganzes mit bestimmten Eigenschaften ist eine solche Erweiterung. Der Blick auf die Entscheidungsprozesse, aus denen ein bestimmtes außenpolitisches Verhalten der Staaten oder Regierungen resultiert, ist eine andere. Was ich im Sinn habe, kann ich am einfachsten verdeutlichen, indem ich von einer einflußreichen, politikwissenschaftlichen Studie berichte, die Anfang der siebziger Jahre erschien. Die Rede ist von Graham T. Allison's „The Essence of Decision“.

Allison untersucht in diesem Buch die Politik der amerikanischen Regierung in der Kuba-Krise im Oktober 1962. Er geht dabei von der Beobachtung aus, daß der Beschreibung und Erklärung außenpolitischen Verhaltens im allgemeinen eine bestimmte Vorstellung, ein Denkmodell zugrundeliegt: die Vorstellung nämlich, daß sich im außenpolitischen Verhalten eines Staates die Entscheidungen *eines* Akteurs (*der* Regierung), der zweckrational seine Ziele verfolge, widerspiegeln. Erklären heißt dann einfach aufzuzeigen, wie *die* Regierung sich vernünftigerweise für die fragliche Handlung entscheiden konnte.

\* *Graham T. Allison, Essence of Decision. Explaining the Cuban Missile Crisis* (Boston 1971). – Eine sorgfältige Einführung in den von Allison entwickelten analytischen Ansatz gibt das Buch *Hayo Uthoff, Werner Deetz* (Hrsg.), *Bürokratische Politik* (Stuttgart 1980).

Diesem Denkmodell setzt Allison zwei andere entgegen, die er für realistischer hält. Das eine (Nr. 2): Moderne Regierungen sind in Wahrheit keine Einheit, sondern ein Konglomerat locker miteinander verbundener Organisationen, die von einer Führungsgruppe koordiniert werden. Für diese Organisationen ist charakteristisch, daß sie, erstens, bestimmte eigene Organisationsziele verfolgen und, zweitens, in ihrem Handeln – zumal in Krisensituationen – auf bestimmte Handlungsmuster, Programme, „standard operating procedures“, wie der englische terminus technicus lautet, festgelegt sind. Regierungshandeln muß, das folgt aus diesem Modell, aus dem mehr oder minder koordinierten Zusammentreffen solcher Abläufe in Organisationen erklärt werden.

Das andere Modell (Nr. 3) nimmt anstelle der Organisationen die Personen an der Spitze der Organisationen in den Blick, die – im Sinne der Spieltheorie – als Spieler in einem Spiel gesehen werden. Regierungsverhalten ist dann nicht als planmäßiges Handeln *eines* Akteurs, sondern als Ergebnis eines Spieles, an dem mehrere Spieler beteiligt sind, zu erklären.

Der besondere Reiz von Allisons Studie liegt nun darin, daß er – von den skizzierten theoretischen Vorüberlegungen ausgehend – die Kuba-Krise nicht einmal, sondern dreimal analysiert. Nacheinander werden die drei Denkmodelle der Analyse zugrunde gelegt, und es zeigt sich, daß sie in der Tat die Wahrnehmung, Beschreibung und Erklärung der Vorgänge höchst unterschiedlich prägen. Der Historiker, der sich mit der Vorgeschichte des Krieges von 1870 beschäftigt, wird sich fragen, welchen Nutzen er denn aus Allisons Überlegungen ziehen solle. Daß Regierungsentscheidungen häufig Ergebnisse eines „Spieles“ sind, an dem „mehrere Mitspieler“ beteiligt sind, ist für ihn common-sense-Wissen, das der Überhöhung durch die Spieltheorie nicht bedarf (von der Problematik der „Spiel“-Metapher, die darin liegt, daß sie eine Freiheit des Handelns suggeriert, die in der Politik in aller Regel nicht gegeben ist, ganz zu schweigen). Bismarck könnte zudem gerade ein Fall sein, bei dem das von Allison zurückgewiesene erste Denkmodell die Wirklichkeit trifft: das außenpolitische Verhalten des Staates Preußen kann aus dem rationalen, strategischen Kalkül *eines* Akteurs erklärt werden. Und was das Modell Nr. 2 angeht, so sind die Regierungen dieser Zeit eben noch keine Großorganisationen mit standardisierten Verfahrensregeln.

Das alles ist richtig. Aber die Julikrise 1914 stellt sich bereits anders dar. Jedermann weiß, welche Bedeutung den Mobilmachungsplänen in der Endphase der Krise zukam – und Mobilmachungspläne sind ja das Musterbeispiel für „standard operating procedures“ von Großorganisationen, für vorbereitete Handlungsprogramme, durch die die Handlungsmöglichkeiten von Großorganisationen in Krisensituationen festgelegt werden. Irgendwann – am frühesten im militärischen Bereich – wird also in der Entwicklung der Regierungsorganisation eine Schwelle überschritten, an der neue analytische Überlegungen notwendig werden.

Im übrigen gilt ganz allgemein: So sehr wir im Prinzip wissen, daß Staaten und Regierungen in der Regel nicht einfach zu planmäßig handelnden, von *einem* Wil-

len beseelten Akteuren personifiziert werden dürfen, so sehr neigen wir doch dazu, gerade zwischenstaatliche Konflikte, internationale Entwicklungen in einer Weise zu beschreiben und zu erklären, die dieses abstrakte Wissen nicht widerspiegelt. Bemühungen wie die von Allison, ganz gleich was man von den Modellen im einzelnen hält, sind also eine nützliche Warnung davor, die Zielgerichtetheit und Planmäßigkeit des außenpolitischen Verhaltens von Staaten zu überschätzen.

Mit einer letzten Bemerkung soll dem einfachen, aber wichtigen Gedanken, daß Regierungsentscheidungen in der Regel Ergebnisse von Prozessen sind, auf die mehrere Akteure mit eigenen, unterschiedlichen Zielen einwirken, noch ein anderer Akzent gegeben werden. Das 19. Jahrhundert ist, mit Tocqueville gesprochen, ein Jahrhundert der teils sehr merklich, teils unmerklich fortschreitenden demokratischen Revolution. Das bedeutet: neue Kräfte, neue Einflüsse werden auch im außenpolitischen Verhalten der Staaten wirksam – keineswegs nur oder sogleich in konstitutionalisierter Form. Es lohnt sich vermutlich, die Spuren dieser Entwicklung zu suchen, gerade auch im Vergleich von unterschiedlich verfaßten Staaten, die einander im Konflikt gegenüberstehen; in unserem Fall also Frankreich und Preußen. Die Frage nach der Wirksamkeit der öffentlichen Meinung gehört in diesen Zusammenhang. Das Stichwort öffentliche Meinung macht im übrigen sichtbar, daß sich in der Figur des Akteurs, im Ensemble der Akteure, nicht alle Kräfte fassen lassen, die im politischen Entscheidungsprozeß wirksam werden. Die Grenzen der Handlungsspielräume müssen bestimmt werden, die den Akteuren überhaupt offenstehen. Es ist kein Zweifel, daß sie sich im Zuge der – wie ich Tocqueville folgend den beherrschenden historischen Prozeß des 19. Jahrhunderts genannt habe – „demokratischen Revolution“ verschoben haben. Auch 1870/71 könnte das schon spürbar gewesen sein.

## II. Zur Diskussion von Genesis und Ausbruch des Krieges

*Hans-Otto Kleinmann*

### Die spanische Thronfrage in der internationalen Politik vor Ausbruch des deutsch-französischen Krieges

Das auffallend starke Interesse, das die spanische Thronfrage der Jahre 1868 bis 1870 bekanntlich in der internationalen Geschichtsschreibung gefunden hat<sup>1</sup>, ja noch immer findet, rührt eindeutig daher, daß sich an ihr, genauer gesagt: an ihrer mit der Hohenzollernkandidatur angestrebten Lösung der deutsch-französischen Krieg entzündete. Damit war die historische Betrachtung der Thronfolge von Anfang an eng mit der Suche nach den eigentlichen Verantwortlichen für den Kriegsausbruch von 1870 verbunden<sup>2</sup>. So konnte es auch kommen, daß die im Ersten Weltkrieg einsetzende Kriegsschulddiskussion die ganze Problematik noch weiter aufgeladen hat. Darüber hinaus jedoch ist die spanische Thronfolge dadurch, daß sie den Krieg auslöste, der die kleindeutsch-nationale Einheit herbeiführte, ihr also eine indirekte Geburtshelferfunktion für die Entstehung des Deutschen Reiches zuerkannt werden konnte, für viele Historiker auch zu einem Schlüsselereignis zur

<sup>1</sup> Als zuletzt erschienener namhafter Beitrag zum Thema: *Josef Becker*, Bismarck, Prim, die Sigmaringer Hohenzollern und die spanische Thronfrage, in: *Francia* 9 (1981) 435–472; vgl. zum Schrifttum: *Widolf Wedlich*, Der deutsch-französische Krieg 1870/71. Literaturbericht und Auswahlbibliographie, in: *Jahresbibliographie. Bibliothek für Zeitgeschichte* 42 (1970) 395–458.

<sup>2</sup> Vgl. *Eberhard Kolb*, Der Kriegsausbruch 1870. Politische Entscheidungsprozesse und Verantwortlichkeiten in der Julikrise 1870 (Göttingen 1970) 9–18; *Bastiaan Schot*, Die Entstehung des Deutsch-Französischen Krieges und die Gründung des Deutschen Reiches, in: *H. Böhme* (Hrsg.), Probleme der Reichsgründungszeit 1848–1879 (Neue Wissenschaftliche Bibliothek 26, Köln <sup>2</sup>1972) 269–295 spricht sogar von einer zweiten „Kriegsschuldthese“ bei der Referierung des Buches von *Robert H. Lord*, *The Origins of the War of 1870* (Cambridge/London 1924); *Jochem Dittrich*, Bismarck, Frankreich und die spanische Thronkandidatur der Hohenzollern (München 1962) mit dem Untertitel: Die „Kriegsschuldfrage“ von 1870.

Wesensbestimmung der Bismarckschen Politik und der deutschen Reichsgründung geworden. Allzu leicht ist man versucht gewesen, hier den „gewaltigen Flügelschlag der Geschichte“<sup>3</sup> zu erfassen.

In der konkreten Forschung hat sich das so ausgewirkt, daß die Deutung der Thronfolge in den internationalen Zusammenhängen und Entwicklungen vor dem Krieg von 1870 weit über den Rahmen des diplomatischen Entscheidungsprozesses zwischen Septemberrevolution und Julikrise hinausgegangen ist und sich auf die gesamteuropäische Geschichte vom Krimkrieg bis zur Reichsgründung ausgedehnt hat. Dabei ist der spanische Hintergrund allerdings fast gänzlich ausgeblendet geblieben. Spanien erscheint in der Literatur über diese Epoche meist nur als Lieferant des entscheidenden Problems, über dem es zum Zusammenstoß der diplomatischen Offensiven Preußens und Frankreichs in der Auseinandersetzung um die „deutsche Frage“ und schließlich zum Krieg kam. Die häufigste und auch maßgebende Perspektive, in der die politischen Umstände der spanischen Thronfolge aufscheinen, hat ihren Beobachtungspunkt in der preußisch-deutschen Geschichte, und zwar zentriert auf das Ergebnis, den siegreichen Krieg gegen Frankreich und die Reichsgründung; Schattierungen und Widersprüche in der historischen Deutung lassen sich dabei meistens auf die unterschiedliche Distanz zu Bismarck, seiner staatsmännischen Persönlichkeit und seinem politischen Werk zurückführen.

Zur Rekapitulation seien einleitend die Hauptthesen<sup>4</sup> nur in Stichworten aufgezählt:

Danach war die spanische Thronfolge mit ihrer Zuspitzung in der Hohenzollernkandidatur

eine Aktion zur Herbeiführung einer europäischen Krise, um sowohl innerhalb Deutschlands als auch nach außen, insbesondere gegenüber Frankreich und Österreich-Ungarn, die festgefahrene nationale Einigungspolitik in Bewegung zu bringen; das Hauptinstrument eines politisch-militärischen Konfliktkurses gegenüber Frankreich, das Bismarck die Chance eröffnen sollte, so der Kern dieser These, ei-

<sup>3</sup> *Hermann Oncken*, Napoleon und der Rhein. Der Ursprung des Krieges von 1870/71 (Stuttgart 1926) 101.

<sup>4</sup> Neben den bereits genannten Werken sind für die Diskussion vor allem wichtig: *Josef Becker*, Zum Problem der Bismarckschen Politik in der spanischen Thronfolge 1870, in: HZ 212 (1971) 529–607; *Siegfried Brase*, Emile Olliviers Memoiren und die Entstehung des Krieges von 1870 (Berlin 1912); *Erich Eyck*, Bismarck, Wilhelm I. und die spanische Thronkandidatur, in: *ders.*, Auf Deutschlands politischem Forum (Erlenbach–Zürich 1963) 91–112; *ders.*, Bismarck, 3 Bde. (Erlenbach–Zürich 1941–1944) Bd. II 478 f.; *Richard Fester*, Neue Beiträge zur Geschichte der Hohenzollernschen Thronkandidatur in Spanien (Leipzig 1913); *Otto Pflanze*, Bismarck and the Development of German Unity. The Period of Unification, 1815–1871 (Princeton 1963); *Lawrence D. Steefel*, Bismarck, the Hohenzollern Candidacy and the Origins of the Franco-German War of 1870 (Cambridge/Mass. 1962); *Alfred Stern*, Geschichte Europas seit den Verträgen von 1815 bis zum Frankfurter Frieden von 1871, Bd. X (München 1924).

nen Defensivkrieg gegen Frankreich zu provozieren, den er im Interesse preußischer Großmachtpolitik seit 1867 im Auge hatte;

eine diplomatische Operation mit dem Ziel, durch eine für die preußische Stellung im europäischen Mächtesystem vorteilhafte Lösung der spanischen Thronfrage die politische Gesamtentwicklung zugunsten Preußens zu beeinflussen;

ein Manöver zur Ausschaltung der vom preußischen Standpunkt aus ungünstigen Lösungen der spanischen Thronfrage (Restauration, Republik, Wittelsbacher);

eine Gegenoffensive zur Abwehr einer „Einkreisung“ durch die Allianz zwischen Frankreich, Österreich und Italien;

ein Coup, um die spanische Mitgarantie des Kirchenstaates auszuschließen und damit eine für Napoleon günstige Lösung der römischen Frage zu verhindern;

ein „diplomatisches Kampfmittel“<sup>5</sup>, um dem französischen Kaiser einen schweren Prestigeverlust zuzufügen und damit die geschwächte dynastische Stellung des „grand empire“ vollends zu untergraben;

ein Test zu dem Zweck, mittels eines diplomatischen Duells auf einem Nebenschauplatz, wo vitale preußische Interessen nicht berührt waren, Aufschlüsse über die Kriegsbereitschaft der französischen Regierung zu gewinnen und die Chancen einer Isolierung Frankreichs auszuloten.

Im Vergleich mit diesen vom außen- und nationalpolitischen Kalkül Bismarcks ausgehenden Deutungen gibt es weniger Möglichkeiten, die den Manövrierraum der französischen Politik in der spanischen Thronfolge erkennen lassen. Das muß nicht unbedingt heißen, daß die französische Handlungsfreiheit geringer war als die preußische, aber macht doch recht deutlich, daß die Politik Napoleons und seiner Minister berechenbarer gewesen ist. Den vorliegenden Interpretationen<sup>6</sup> zufolge handelte es sich bei der französischen Politik in der spanischen Thronfrage

um eine Strategie, die in Spanien auf die bourbonische Restauration abzielte, um für einen absehbaren militärischen Zusammenstoß mit Preußen die gewohnte Rückendeckung zu behalten und gegebenenfalls zu einer engeren Verbindung ausbauen zu können;

um eine „Falle“ für Bismarck: er sollte zu Aktivitäten in einer anerkannten französischen Einfluß- und Interessensphäre verleitet und so im Ringen um wohlwol-

<sup>5</sup> *Dittrich*, Bismarck, 76.

<sup>6</sup> Für eine dem Forschungsstand angemessene Deutung der französischen Politik vgl. besonders *Henry Salomon*, *L'Incident Hohenzollern. L'événement, les hommes, les responsabilités* (Paris 1922); *Willard A. Smith*, *Napoleon III and the Spanish Revolution of 1868*, in: *The Journal of Modern History* 25 (1953) 211–233; *Nancy Nichols Barker*, *Napoleon III and the Hohenzollern Candidacy for the Spanish Throne*, in: *The Historian* 29 (1967) 431–450; *dies.*, *Distaff Diplomacy. The Empress Eugénie and the Foreign Policy of the Second Empire* (Austin–London 1967); *William L. Langer*, *Red Rag and Gallic Bull. The French Decision for War 1870*, in: *Europa und Übersee. Festschrift für Egmont Zechlin* (Hamburg 1961) 135–154; *Marcel Emerit*, *L'opinion de Napoléon III sur la question du trône d'Espagne en 1869*, in: *Revue d'histoire moderne et contemporaine* 16 (1969) 431–438.

lende Haltung der Großmächte und um Gewinnung der öffentlichen Meinung als Störer des europäischen Friedens bloßgestellt werden;

um ein Manöver, das darauf berechnet war, die bereits eingegangenen „engagements“ der Tripelallianzverhandlungen mit Österreich-Ungarn und Italien für den Entscheidungskampf gegen Preußen zu aktivieren;

um eine Aktion mit der Absicht, Preußen zu demütigen, was besonders aus innenpolitischen Gründen, weil das liberale Regime Napoleons unter einem Erfolgswang stand, erwünscht war.

Allen diesen Deutungen, ob sie nun das Motiv der Falle oder das Motiv der Provokation herausstellen oder ob sie in bezug auf Bismarck und Napoleon eine defensive Argumentation bevorzugen, ist gemeinsam, daß sie die spanische Thronfolge ausschließlich als Instrument der in Berlin und Paris betriebenen Machtpolitik betrachten: „Auf der Ebene weltpolitischer Entscheidung“<sup>7</sup> ist Spanien ein bloßes Objekt des internationalen Interessenstreites, und dementsprechend wird den spanischen Akteuren nicht mehr als eine Komparsenrolle zuerkannt. Nur gelegentlich, in Verlegenheit plausibler anderer Erklärungsmöglichkeiten, wird auf die spanischen Voraussetzungen und die außenpolitische Orientierung der Regentschaft zurückgegriffen.

Es fragt sich, inwieweit eine explizite Verschiebung des Beobachtungspunktes nach Spanien die Thronfolge und ihren Zusammenhang mit dem preußisch-französischen Kräftenessen in einem anderen Licht erscheinen lassen kann. Kann eine Darstellung der spanischen Thronfolge in der Perspektive der Madrider Außenpolitik vielleicht jene Deutungen ergänzen, präzisieren oder gewichten, die aus preußischer und französischer Sicht immer wieder versucht worden sind und die die Forschungsdiskussion nach wie vor prägen?

Geht man bei der Frage nach der spanischen Außenpolitik in der Thronfolge zunächst auch vom erzielten Ergebnis aus, so wird man schlicht zu konstatieren haben, daß diese Politik sehr erfolgreich gewesen ist. Spanien bekam einen König, und zwar in der Person des Prinzen von Aosta sogar den Wunschkandidaten, dem die erste Anfrage im Ausland geglitten hatte<sup>8</sup>. Diese paßgerechte Lösung der

<sup>7</sup> *Dittrich*, Bismarck, 36.

<sup>8</sup> Wie einseitig die Thronfrage als Teil der Vorgeschichte des deutsch-französischen Krieges untersucht worden ist, geht unter anderem auch daraus hervor, daß es bislang keine monographische auf breiter Quellenbasis erarbeitete Studie über die spanischen Kandidatenverhandlungen in Italien und Portugal gibt. Gerade deren Anfänge von der Mitte der 60er Jahre an bis zur Aufnahme der Verhandlungen mit dem portugiesischen Coburger liegen noch völlig im dunkeln. Unbeachtet ist auch fast immer geblieben, daß man spanischerseits bei der Kandidatensuche gleichzeitig mehrere Lösungen in Angriff nahm, das diplomatische Vorgehen sich also nicht in zeitlich aufeinanderfolgende, jeweils auf einen Kandidaten konzentrierte Phasen gliedern läßt. Der Prinz von Aosta, der sich als Kompromißkandidat für die Unionsliberalen (Montpensier) und die Progressisten (Ferdinand von Portugal) anbot, war seit der Italienreise Primus im Jahr 1867 unter den Favoriten. Vgl. *Giuseppe Massari*, *La vita ed il regno di Vittorio Emanuele II*, 2 Bde. (Mailand 1878) Bd. II, 336f.; auch die diplomatischen Sondermissionen von Barbolani nach London und Berlin sowie von General Cialdini nach

Thronfolge wurde erreicht, ohne daß es zu einer Intervention von außen, sprich: Frankreich, kam, aber auch ohne daß Spanien in den deutsch-französischen Krieg verwickelt wurde, ganz zu schweigen von der innenpolitisch dämpfenden Wirkung, die von der internationalen Krise um die spanische Thronfolge ausging. Der Ruin der französischen Vormachtstellung im westlichen und mittleren Kontinentaleuropa bedeutete zudem auch für Spanien eine größere außenpolitische Bewegungsfreiheit. Die Veränderung in der europäischen Mächtekonstellation durch die Niederlage Frankreichs und durch die deutsche Reichsgründung machte für Spanien bis in die imperialistischen neunziger Jahre den „*recogimiento canovista*“<sup>9</sup> möglich, die Politik der Zurückgezogenheit vom europäischen Mächtesystem, von seinen Konflikten und Bündniskombinationen, zu dem einzigen Zweck, die den spanischen Interessen abträglichen Rückwirkungen der europäischen Spannungen durch Annäherung bald an die eine, bald an die andere Großmacht zu neutralisieren. Daß Spanien außenpolitisch vom Ausbruch und Ausgang des deutsch-französischen Krieges profitierte, haben schon die Zeitgenossen registriert. Es gibt, in die Welt gesetzt von der französischen Diplomatie und Publizistik, genährt von politischen Geschichtsschreibern wie Hanotaux, auch eine „spanische“ Kriegsschuldlegende<sup>10</sup>. Danach hätte Prim, der spanische Ministerpräsident mit seiner Komplizenschaft erst Bismarcks Konfrontationskurs gegenüber Frankreich ermöglicht, oder – nach einer noch schärferen Version – sogar kaltblütig Frankreich und Preußen aufeinandergehetzt, um im Schatten eines kriegerischen Konflikts die Thronfrage unter günstigen Bedingungen für Spanien lösen zu können. War das Verhalten der spanischen Regierung, als sie sich auf die Hohenzollernkandidatur einließ,

Madrid Anfang Oktober 1868 sollten die Regierungen der anderen Mächte auf die mögliche Kandidatur Aostas vorbereiten, vgl. *Les origines diplomatiques de la guerre de 1870–1871. Recueil de documents publ. par le ministère des affaires étrangères XXII* (Paris 1928) 139 (Bericht aus Florenz vom 6. Oktober 1868), zit.: OD; der österreichische Vertreter in Madrid berichtete von der ihm positiv gegebenen Versicherung, daß die provisorische Regierung und General Prim die Kandidatur des Duc d'Aosta angenommen hätten (Telegramm vom 17. Januar 1869, HHStA Wien, PA XX 26 fol. 32).

<sup>9</sup> *José María Jover*, *Caracteres de la política exterior de España en el siglo XIX*, in: *Homenaje a Johannes Vincke para el 11 de mayo 1962*, Bd. II (Madrid 1963) 751–794, hier 778 ff. Von diesem glänzenden Essay aus läßt sich das veraltete, aber materialreiche Werk von *Jerónimo Becker*, *Historia de las relaciones exteriores de España durante el siglo XIX*, 3 Bde. (Madrid 1926) wieder fruchtbar machen.

<sup>10</sup> Besonders gewirkt in dieser Richtung hat: *Emile Ollivier*, *L'Empire libéral. Etudes, récits, souvenirs*, 18 Bde. (Paris 1895–1918), hier Bd. 11–14; vgl. auch *Marqués de Lema*, *De la revolución a la restauración*, Bd. I (Madrid 1927) 327ff. Zur Diskussion über Prim's Verantwortlichkeit in der Vorgeschichte des deutsch-französischen Krieges vgl. *Julio Salom Costa*, *España en la Europa de Bismarck. La política exterior de Cánovas 1871–1881* (Madrid 1967) 46 ff. Dort auch der Hinweis auf *Gabriel Hanotaux* (Hrsg.), *Histoire de la Nation française* (Paris 1920–1929) Bd. IX, 514 und 528; umgekehrt hat auch Bismarck bei Kriegsausbruch den Verdacht geäußert, der spanische Ministerpräsident habe „diese ganze Intrige im Einverständnis mit Napoleon III. vorbereitet“, vgl. *Otto von Bismarck*, *Die gesammelten Werke* Bd. 6b, bearbeitet von *Friedrich Thimme* (Berlin 1931) 391, zit.: GW.

also „une faute“ oder „un crime“<sup>11</sup>? Mit dieser Fragestellung Léonardons, die über den spanischen Anteil an der Kriegsverantwortung Aufschluß geben sollte, läßt sich die Situation der spanischen Politik im Geflecht der internationalen Beziehungen vor 1870 allerdings kaum erfassen. Das auswärtige Verhältnis Spaniens in der Vorgeschichte des deutsch-französischen Krieges ist nicht nur nach der spanischen Thronfolge und ihrer Rolle in dem zur Entscheidung drängenden Konflikt zwischen Preußen und Frankreich abzumessen. Soll es konkreter und ausführlicher als bisher in den Deutungszusammenhang einbezogen werden, muß es auch, wie dies für die preußische und französische Außenpolitik stets selbstverständlich ist, in einem zeitlich weitergespannten Rahmen mit Berücksichtigung von Kontinuitäten, langfristigen Orientierungen und Handlungszwängen gesehen werden.

### *1. Der Hintergrund: Spanien in der internationalen Politik des bonapartistischen Europa.*

Obzwar Spanien an keiner der bedeutsamen internationalen Entscheidungen dieser Epoche auch nur diplomatisch mitgewirkt hat, weder am Krimkrieg noch an der Pariser Friedenskonferenz, weder am Schlußakt des Risorgimento noch an der Umgestaltung Mitteleuropas, haben die daraus erwachsenden Veränderungen der europäischen Mächtekonstellation seine Position nicht unberührt gelassen. Die spanische Außenpolitik wurde vor die Notwendigkeit gestellt, den Verschiebungen der Kräfteverhältnisse in Europa Rechnung zu tragen. Anpassungs- und Neubewertungsversuche mit dieser Tendenz begannen schon in den letzten Jahren Isabellas II. und setzten sich verstärkt sowohl unter dem Revolutionsregime als auch unter den folgenden Regierungen fort. So gesehen bot unter anderem auch die Thronfrage der Jahre 1868 bis 1870 für Spanien eine Chance, um in der veränderten europäischen Mächteformation außenpolitisch wieder Fuß zu fassen. Für die Regierung in Madrid kam es vor allem darauf an, sich dem Übergewicht Frankreichs, das ja nicht nur in der Außenpolitik, sondern auch in der Innenpolitik und Volkswirtschaft Spaniens bestand, entgegenzustemmen. Das war jedoch nur unter der Bedingung zu erreichen, daß möglichst alles vermieden würde, was zu ernstesten Spannungen zwischen den beiden ungleichen Nachbarn hätte führen können. Dieses besondere Verhältnis zu Frankreich ist der Hauptschlüssel zur spanischen Politik, seit sie ihre traditionellen Grundlagen eingebüßt hatte: 1. die überseeische Machtbasis (wenn auch Spanien mit seinem Kolonialbesitz weiterhin eine weltpolitische Stellung behauptete), 2. die Interessenübereinstimmung mit Frankreich, wie sie etwa zur Zeit der bourbonischen Familienpakte, aber auch noch darüber hinaus aufgrund eines gemeinsamen Gegensatzes zu England bestand, und 3. die innere Konsistenz, die eine Politik des nationalen Interesses erlaubt hätte, statt nur

<sup>11</sup> *Henri Léonardon*, *Prim et la candidature Hohenzollern*, in: *RH* 25 (1900) 287–310.

mit kurzfristigen Aktionen der nach außen drängenden politischen und gesellschaftlichen Dynamik ein Ventil zu schaffen (wie etwa mit den Militärexpeditionen nach Cochinchina, Marokko und Mexiko).

Diese dreifache „fragmentación“<sup>12</sup>, wie die neuere Historiographie sagt, die dreifache Zerstückelung oder Brechung seiner internationalen Stellung, hat Spanien im 19. Jahrhundert zu einer Macht zweiten Ranges werden lassen, deren Staatsraison nur mehr erforderte, niemals gegen Frankreich und möglichst selten ohne Frankreich zu handeln, sich aber doch nicht auf alles einzulassen, was Frankreich wollte. In der spanischen Frankreichpolitik um die Mitte des 19. Jahrhunderts sind die für ein Abhängigkeitsverhältnis von Mittelstaat zu Großmacht typischen Handlungsmuster erkennbar. So legte man spanischerseits in den bilateralen Beziehungen zu Frankreich stets Wert darauf, sich durch ein prinzipielles Wohlverhalten das Vertrauen der Regierung in Paris zu sichern, um dafür als Gegenleistung einen gewissen Spielraum zur Wahrnehmung der eigenen Interessen zugestanden zu erhalten. Das war z. B. in der römischen Frage der Fall<sup>13</sup>. Die Eindämmung des französischen Vorherrschaftstrebens ist spanischerseits ferner durch eine Bündnispolitik versucht worden, die – wie die Quadrupelallianz von 1834 – Spanien im Verein mit anderen Mächten zum Partner Frankreichs machte, so daß ein kollektives Gegengewicht gegen den französischen Führungsanspruch gegeben war. Vor allem war jedoch für Spanien das Zusammenspiel mit England wichtig, dessen jeweiliges Verhältnis zu Frankreich – ob entente cordiale oder Rivalität – von Madrid aus meistens sehr geschickt dazu benutzt wurde, jeden übermäßigen französischen Druck abzulenken oder abzuschwächen. Anders als im 18. Jahrhundert hatte die Madrider Regierung allerdings nicht mehr die Option zwischen beiden Großmächten, obwohl in der Innenpolitik die frankophile Haltung der moderados und später der unión liberal der Englandfreundlichkeit der progresistas gegenüberstand<sup>14</sup>. In der Außenpolitik Spaniens kam der Inselmacht im wesentlichen nur noch die Funktion eines Steuerungsinstrumentes für das alles entscheidende spanisch-französische Verhältnis zu: Eine nach der Stärke des französischen Drucks abgemessene Anlehnung an England sollte ein Abgleiten in die völlige Abhängigkeit von Frankreich verhindern helfen und insbesondere die Gefahr einer direkten Einmischung von jenseits der Pyrenäen bannen.

Zu Anfang der sechziger Jahre galt deshalb auch als Fundamentalsatz der spanischen Diplomatie, sich auf keinen Fall für besondere Anliegen und Ziele einer der beiden Westmächte allein einnehmen zu lassen oder gar einzusetzen, sondern sich nur bei einem engeren Einvernehmen zwischen ihnen kooperativ zu zeigen. So heißt es in einer der Instruktionen an den spanischen Gesandten in Paris 1863:

<sup>12</sup> Jover, Caracteres, 756 ff.

<sup>13</sup> Vgl. Jesús Pabón, España y la cuestión romana (Madrid 1972).

<sup>14</sup> Über die spanischen Parteien, ihre Stärkeverhältnisse und Programme: Miguel M. Cuadrado, Elecciones y partidos políticos de España 1868–1931, 2 Bde. (Madrid 1969); Miguel Artola, Partidos y programas políticos 1808–1936, 2 Bde. (Madrid 1974).

„Estamos tan dispuestos a ir con las dos como resueltos a no ir con una sola.“<sup>15</sup> („So, wie wir bereit sind, mit beiden Mächten zusammenzugehen, sind wir entschlossen, einer allein nicht zu folgen.“) Mit dieser Politik der „Mediatisierung“<sup>16</sup> war die doppelte Absicht verbunden, in konkreten internationalen Streitfragen sowohl selbst keinen Anlaß zu einer französisch-englischen Rivalität um Spanien zu geben, als auch nicht dritten Mächten ein Gegeneinanderspielen Frankreichs und Englands zum Nachteil Spaniens zu ermöglichen. Das realpolitische Hauptbindemittel dieses Dreiecksverhältnisses gaben die überseeischen Interessen ab, die in der Konkurrenzsituation der westlichen Großmächte mit den expansionistischen USA eine Erhaltung der letzten Reste des spanischen Kolonialreichs erforderten. Dieses – hier in groben Zügen skizzierte – auswärtige System der Madrider Regierungen erfüllte, ungeachtet der wiederholten innenpolitischen Schwächeanfänge und des begrenzten internationalen Aktionsrahmens der iberischen Vormacht, so lange seinen Zweck, wie die englische Politik unter Palmerston bereitwillig die Rolle des Beschirmers Spaniens gegenüber dem französischen Suprematiestreben übernahm. In dem Maße aber, wie sich England nach dem Ausgang des Krimkriegs Schritt für Schritt in seine Politik des Non-Interventionismus<sup>17</sup> fand und damit zugleich das kontinentaleuropäische Feld weitgehend dem Ehrgeiz Napoleons III. überließ, verstärkte sich für Spanien der Zwang zur Revision seiner Sicherheitspolitik. Der Wendepunkt fällt in das Jahr 1865, als mit O'Donnell wieder jener Mann das Amt des Ministerpräsidenten übernahm, der für die spanischen Militärinterventionen in Cochinchina (1858–63), Nordafrika (1859/60), Mexiko (1861/62), in der Karibik (zur Wiedergewinnung Santo Domingos 1861–65) und im Pazifikkrieg gegen Chile und Peru (1862–68) verantwortlich war. Schon diese auffallenden militärischen Kraftanstrengungen Spaniens gingen nicht nur auf ein Prestigestreben und auch nicht nur auf die gewiß vorrangigen innenpolitischen Motive zurück; sie waren auch eine Reaktion auf die Veränderungen der europäischen Mächtekonstellation, denen Spanien zunächst noch ganz auf der Linie seines bisherigen, aber sozusagen altersschwach gewordenen außenpolitischen Systems zu begegnen suchte.

Als die Madrider Regierung erkannte, daß auch diese kräftigen Belebungsmitel der Militärexpeditionen das bewährte Dreiecksverhältnis Spaniens mit England und Frankreich nicht wiederherzustellen vermochten und daß Spanien auf sich allein gestellt der Übermacht Frankreichs ausgeliefert sein würde, kam es zu Ansätzen einer außenpolitischen Umorientierung. Man muß sich die verschiedenen zu diesem Zeitpunkt – Mitte der sechziger Jahre – aufeinandertreffenden Entwicklungen und Ereignisse der internationalen Politik vergegenwärtigen, um einschätzen

<sup>15</sup> Marqués Miraflores an den spanischen Botschafter in Paris, 15. Mai 1863, zit. nach *Bécker*, *Historia* II, 661.

<sup>16</sup> *Jover*, *Caracteres*, 766 ff.

<sup>17</sup> Vgl. *Paul Knaplund*, *Gladstone's Foreign Policy* (Neudr. London 1970) 38 ff.; *Kenneth Bourne*, *The Foreign Policy of Victorian England 1830–1902* (Oxford 1970) 81 ff.

zu können, inwieweit die spanische Thronfrage von vornherein auch für Spanien ein außenpolitisches Problem war und welche Zielvorstellungen sich mit den in Aussicht genommenen Lösungen möglicherweise verbanden: Der französische Einfluß erreichte in diesen Jahren seinen Höhepunkt, was u. a. in der Eröffnung der spanischen Nordbahn über Irún 1864 sichtbaren Ausdruck fand. Die spanischen Eisenbahnen waren fast gänzlich in französischer Hand. Fast die Hälfte aller ausländischen Investitionen kam aus Frankreich. Rechnet man die Dichte der Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern hinzu, wird man der Bilanz Carrs zustimmen müssen, daß Spanien damals drauf und dran war, zu einer „economic dependency“ Frankreichs<sup>18</sup> zu werden.

Die Satellitenstaat-ähnliche Position Spaniens zu Frankreich mußte in Madrid um so bedrückender empfunden werden, je deutlicher die Interessenlage beider Mächte damals auseinanderzudriften begann. Als die Politik Napoleons III. sich – nach dem mexikanischen Desaster – verstärkt den mitteleuropäischen Verhältnissen zuwandte, sah sich Spanien – nach dem Ende des Sezessionskrieges – wieder mit dem wachsenden nordamerikanischen Druck auf Kuba und Puerto Rico konfrontiert (Unterstützung der radikalen Antisklavereibewegung). Während Frankreich – besonders seit 1866 – zur außenpolitischen Offensive überging, war Spanien primär an einer allgemeinen Entspannung in Europa und Amerika interessiert. Grundsätzlich kam der spanischen Regierung zwar eine Ablenkung der außenpolitischen Energien Frankreichs nicht ungelegen, weil sie sich davon einen gewissen Manövrierraum erhoffen konnte, aber in der gegebenen Konstellation, wo das anderweitige Engagement Frankreichs ohne jede Rücksichtnahme auf die besonderen spanischen Interessen verfolgt wurde, war Spanien wenn nicht auf einen bestimmten Partner, so zumindest auf ein die französischen Ambitionen zügelndes Gegengewicht im europäischen Mächtesystem angewiesen.

Oberflächlich betrachtet, mochte Spanien in den letzten Regierungsjahren Isabellas II. als der „einzig sichere Verbündete“ erscheinen, „den Louis hatte“, wie es Friedrich Engels angesichts der Septemberrevolution 1868 formulierte<sup>19</sup>, aber die Tendenzen der spanischen Diplomatie in dieser Phase der Vorgeschichte von 1870, die in mancher Hinsicht dem preußischen Vorgehen ähneln, besagen doch etwas anderes: Auch in Madrid hegte man danach die Absicht, andere Mächte ins Spiel zu bringen, um den erwarteten negativen Konsequenzen aus der französischen Politik sowohl für das internationale Interesse als auch für den europäischen Frieden vorzubeugen. Das bedeutete nicht, daß damit der Grundsatz, das gute Verhältnis zu Frankreich unter allen Umständen aufrechtzuerhalten, aufgegeben wer-

<sup>18</sup> *Raymond Carr, Spain 1808–1939* (Oxford 1966) 271, mit der Bemerkung, daß diese ebenso enge wie umfassende Bindung Spaniens an Frankreich politische Konsequenzen hatte, die der Diplomatengeschichte in den Untersuchungen über die Kriegsschuldfrage von 1870 meist entgangen sind.

<sup>19</sup> An Marx, 21. September 1868, *Karl Marx/Friedrich Engels, Der Briefwechsel IV: 1868–1883* (München 1983) 97 Nr. 1179.

den sollte. Die spanischen Aktivitäten konzentrierten sich vor allem darauf, ein Überspringen der von den Konfliktprozessen in Mitteleuropa ausgehenden internationalen Spannung auf das außenpolitische System Spaniens zu verhindern. So wurde mit der völkerrechtlichen Anerkennung des Königreichs Italien (Juli 1865) im Vorfeld des Krieges von 1866 – trotz des Widerstands der Königin Isabella und des Protestes des spanischen Episkopats wegen der römischen Frage – der Weg zu einer näheren Verständigung mit dem neuen, international schon als Faktor beachteten Nationalstaat eröffnet<sup>20</sup>. So akzeptierte man nun auf einmal – 1866 – zugleich mit den *Bons offices*-Angeboten Frankreichs und Englands den Vorschlag eines Schiedsspruchs der USA im Pazifikkonflikt, obwohl man ein knappes Jahr zuvor noch von einem solchen Verfahren nichts hatte wissen wollen<sup>21</sup>. So bemühte sich die spanische Diplomatie – in auffallendem Unterschied zu ihrer reservierten Haltung im Jahr 1856 – um die Teilnahme an der Londoner Konferenz (7. bis 11. 5. 1867) zur Beilegung der Luxemburgkrise<sup>22</sup>. Es waren dies Versuche, entweder wieder – von den englisch-französischen Interessengemeinsamkeiten in Übersee her – das Konkurrenzverhältnis beider Mächte gegenüber Spanien zu beleben oder Kompensation für den sich der Rolle als Gegengewicht gegen Frankreich versagenden englischen Partner zu finden. Englands politische Zurückhaltung gegenüber dem Kontinent mußte auf die spanische Außenpolitik alarmierend wirken<sup>23</sup>. Sogar nach Wien wurden von Madrid aus wieder diplomatische Fühler ausgestreckt<sup>24</sup>, die dann aber wegen des deutschen Krieges und seiner Nachwirkungen zu keinem konkreten Ergebnis führten.

Überhaupt war ein wesentlicher Zug der spanischen Außenpolitik, seit dem Auseinanderfallen des europäischen Konzerts in einen westlichen und einen östlichen Block, daß – gleichsam als Kehrseite des „Mediatisierungssystems“ mit Frankreich und England – die Beziehungen zu den Großmächten „jenseits von Frankreich“ so gut wie zum Erliegen gekommen waren. Das gilt insbesondere für das Zarenreich, aber auch, was bei der Erforschung des Thronfragekomplexes viel zu wenig berücksichtigt worden ist, eben für Preußen. In das engere Gesichtsfeld der preußischen Außenpolitik kam Spanien erst langsam mit dem Beginn der diplomatischen Offensive Frankreichs nach 1866, dann sprunghaft mit der Septemberrevolution. Erst dann hat es in der Politik Bismarcks einen Faktor Spanien, mit dem sich rechnen ließ, geben können, wenn auch noch als „unbekannte Größe“.

Für Bismarck war Spanien, folgt man einer Äußerung, die er noch als Botschaf-

<sup>20</sup> *Bécker*, *Historia* II, 777 ff.; *Pabón*, *España y la cuestión romana*, 27 ff.

<sup>21</sup> *Bécker*, *Historia* II, 762 ff.; *William C. Davis*, *The Last Conquerors. The Spanish Intervention in Peru and Chile 1863–1866* (Georgia 1950).

<sup>22</sup> *Bécker*, *Historia* II, 792.

<sup>23</sup> Diese britische Haltung verstärkte sich zudem noch nach der Septemberrevolution durch die Einschätzung, daß Spanien nicht mehr stark genug sei, den französischen „demon of ambition and aggression“ im Zaum zu halten, vgl. *The Gladstone Diaries* (ed. by *H. C. G. Matthew*) 18. Februar 1869, Bd. VII (Oxford 1982) 28.

<sup>24</sup> *Bécker*, *Historia* II, 787 ff.

ter in St. Petersburg machte<sup>25</sup> – zehn Jahre, bevor er die spanische Hohenzollernkandidatur betrieb –, eine Macht zweiten Ranges, deren Einflußsphäre sich auf Portugal, Marokko und Westindien beschränke. Doch eben diese kleineren europäischen Staaten wie auch Sardinien, Schweden, Bayern, Holland schienen ihm ihrer allgemeinen internationalen Bedeutung nach für Preußen „wichtiger und nützlicher“ zu sein als für die anderen Großmächte; und im besonderen hat er die spanische Nationalität zusammen mit der italienischen als Schranken für eine französische Hegemonie in einer lateinischen Union angesehen. In diesen Rasonnements begegnen, zwar noch keimhaft, die Variablen, die der preußischen Politik zur Bestimmung der spanischen Unbekannten im Mächtekoncert dienen, als durch die Vertreibung der Bourbonendynastie das spanische Verhältnis zu Frankreich gründlich gestört wurde.

## 2. Die Septemberrevolution in der internationalen Politik

In großen Teilen der europäischen Öffentlichkeit und Diplomatie glaubte man den Sieg der spanischen Revolution über das Bourbonenkönigtum auf die hilfreiche Hand Preußens zurückführen zu können<sup>26</sup>. Es waren besonders die Wiener Blätter, die ultramontanen süddeutschen Presseorgane und die französischen Zeitungen<sup>27</sup>, die frei nach dem Cui-Bono-Prinzip die Mittäterschaft Bismarcks kolportierten. Zwar kann man eine materielle Unterstützung der spanischen Oppositionellen durch Preußen nicht völlig ausschließen, aber ein solches direktes preußisches Engagement ist doch eher unwahrscheinlich, nicht nur weil legitimistische Bedenken bestanden, sondern auch weil die Infrastruktur von persönlichen Beziehungen fehlte, wie sie französische Orleanisten und Progressistas einerseits, französische Republikaner und spanische Demokraten andererseits verband. Jedenfalls sind Nachrichten über preußische Zahlungen an Prim in der Höhe von 60 000 Talern oder über die Lieferung von 10 000 Gewehren als Produkte professioneller

<sup>25</sup> Privatschreiben an v. Schleinitz, 24. Juni 1860, *Bismarck*, Werke in Auswahl, Bd. III (Darmstadt 1981) 330.

<sup>26</sup> Die „Rheinische Zeitung“ vom 2. Oktober 1868 sah die „Finger Preußens“ im Spiel, vgl. *Luis Álvarez Gutiérrez*, *La revolución de 1868 ante la opinión pública alemana*, tom. I: *De la crisis de julio a la disolución de las juntas revolucionarias* (Madrid 1976) 178 und 13 ff. Eine Hauptquelle solcher Gerüchte war die „Gazette de France“, die im Juli 1868 einen Artikel mit der Überschrift „Preußen und die spanische Verschwörung“ gebracht hatte, vgl. *Die auswärtige Politik Preußens* Bd. IX (Berlin 1938) 123 f., Bd. X, 143 und 204 mit Belegen für die preußische Reaktion auf die Vermutungen, zit.: A. P. P.; *Barker*, *Distaff Diplomacy*, 183 f.

<sup>27</sup> Eine Sammlung von Pressestimmen bei *Richard Fester*, Briefe, Aktenstücke und Regesten zur Geschichte der Hohenzollernschen Thronkandidatur in Spanien, Heft 1 (Leipzig 1913) 1 ff.; *María Victoria Alberola Fioravanti*, *La revolución de 1868 y la prensa francesa* (Madrid 1973); *Martin Winkler*, *Die Rolle der Presse bei der Vorbereitung des deutsch-französischen Krieges 1870/71*, in: *Presse und Geschichte. Beiträge zur historischen Kommunikationsforschung* (München 1977).

Gerüchtemacher einzustufen. Die Hauptstütze der Argumentation für eine preußische Urheberschaft an der spanischen Revolution bildeten die tatsächlichen Folgen, die sich, für jedermann einsichtig, aus der Veränderung der politischen Verhältnisse in Spanien für die internationale Konstellation ergaben. Denn durch die spanischen Ereignisse war für Frankreich eine neue schwache Stelle entstanden, die bei der Ungewißheit der innerspanischen Entwicklung in Richtung einer Republik oder eines für Napoleon unangenehmen, ja unter Umständen unannehmbaren Dynastiewechsels die französische Innen- und Außenpolitik gleichermaßen schwieriger machte. Dem französischen Konfliktkurs gegenüber Preußen ging mit der spanischen Revolution eine seiner wichtigen internationalen Voraussetzungen verloren<sup>28</sup>. Daher sind auch die heftigen Ausbrüche der napoleonischen Parteigänger in Frankreich und anderen europäischen Staaten gegen Preußen weniger geeignet, zum Beweis einer aggressiven Politik Bismarcks angeführt zu werden, als aufschlußreich hinsichtlich der in der europäischen Öffentlichkeit verbreiteten anti-preußischen Ressentiments.

Konkret wurde das preußische Interesse an den spanischen Vorgängen erst, als sich ihr praktischer Nutzen in der Auseinandersetzung mit Frankreich zeigte. Welche aktuelle Bedeutung preußischerseits der Septemberrevolution zugemessen wurde, ist den wegen ihrer Prägnanz oft zitierten Stellen aus Bismarcks diplomatischer Korrespondenz zu entnehmen, wonach „die spanische Bewegung, wenn sie einige Konsistenz entwickelt, ... ein wirksamer Zugpflaster zugunsten des Friedens bilden werde“<sup>29</sup> und es im preußischen Interesse liege, „daß die spanische Frage als Friedens-Fontanelle offen bleibe“<sup>30</sup>. Man darf dabei nicht übersehen, daß sich für Preußen längerfristige außenpolitische Möglichkeiten aus dem veränderten französisch-spanischen Verhältnis und dem entsprechend gesteigerten spanischen Sicherheitsverlangen gegenüber Frankreich ergaben.

In dem Hin und Her der einsetzenden Thronfrage und bei ihrer schließlichen Zuspitzung waren auf spanischer wie auf preußischer Seite politische Kalküls wirksam, die sich berührten und in denen das Gegenüber als Faktor eine immer größere Rolle spielte. Eine dreigestufte Progression der gegenseitigen Politik läßt sich ausmachen: Zunächst hatte Spanien die Funktion einer „Bremse“, die in der kritischen Situation des Herbstes 68 den Kompensations- und Interventionskurs der französischen Politik hemmte: Nicht so sehr, weil Spanien nach dem Regime-

<sup>28</sup> Zahlreiche Urteile der preußischen Diplomatie in diesem Sinn A. P. P. X 202 f., 206 ff., 223 f., 226 f.; *Friedrich Frahm*, Frankreich und die Hohenzollernkandidatur bis zum Frühjahr 1869, in: *Historische Vierteljahresschrift* 29 (1935) 342–370.

<sup>29</sup> An Frhr. von der Heydt, 27. September 1868, GW 14/II, 741 f.

<sup>30</sup> An das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, 3. Oktober 1868, GW 6a, 412; zum Vergleich das Urteil eines so scharfsinnigen politischen Beobachters wie Marx: „Ich bin ganz Deiner Ansicht, daß die spanische Revolution (sie hat dieselbe Bedeutung wie die neapolitanische 1848) der europäischen Geschichte eine neue Wende gibt und speziell wie ein *Deus ex machina* den gordischen Knoten des ekelhaften deutsch-französischen Krieges durchhaut.“ (an Engels, 23. September 1868), *Marx/Engels*, Briefwechsel IV, 98 Nr. 1180.

wechsel als potentieller Verbündeter Frankreichs ausfiel – ein solch enges Zusammengehen beider Länder hätte zu dieser Zeit selbst unter Isabella II. wohl nicht mehr zustandegebracht werden können<sup>31</sup>, sondern weil sich die von Spanien außenpolitisch ausgehende Erschütterung der gesamten Südflanke einschließlich Italiens mit der durch einen neuerlichen Erfolg der Liberalen erregten Beunruhigung der französischen Innenpolitik verflocht<sup>32</sup>. Was lag angesichts dieser Konstellation für den Lenker der preußischen Politik näher als der Gedanke, die Bremswirkung der spanischen Revolution noch zu steigern. Es bot sich mit Hilfe Spaniens die Chance, dem französischen Prestige- und Territorialgewinnstreben durch eine Spannungsverlagerung, in der Sprache der zeitgenössischen Diplomatie als „*Diversion*“ bezeichnet, entgegenzuarbeiten.

Daß sich Bismarck von den Beziehungen zu Spanien die Gelegenheit zu einem wirksamen Gegenzug versprach, falls eine kriegerische Verwicklung in Osteuropa die preußische Position gegenüber Frankreich zu schwächen drohte, ist gewiß<sup>33</sup>. Das revolutionäre Spanien bekam damit sogar eine außenpolitische Doppelfunktion zugewiesen: Nicht nur, daß Napoleon von seinem antipreußischen Konfliktkurs abgelenkt werden sollte, auch Italien konnte durch Spanien an einer engeren Verbindung mit Frankreich und Österreich-Ungarn gehindert werden, so daß die Pläne Napoleons und Beusts gegen Preußen durchkreuzt worden wären. Für Italien hatte die Septemberrevolution eine außenpolitische Entlastung sowohl in der römischen Frage als auch im Hinblick auf einen bourbonischen Restaurationsversuch in Neapel gebracht; dadurch aber war seine Position gegenüber Frankreich merklich gestärkt worden, zumal auch die spanische Verfassungsentwicklung für das liberal-konstitutionelle Lager einen Gewinn bedeutete. Eine erkennbare preußisch-spanische Annäherung konnte sich unter den gegebenen Umständen, auch wenn sie nur im Ansatz erkennbar war, nur dahin auswirken, daß die italienische Politik in den laufenden Dreibundverhandlungen auf ihrer reservierten Linie fixiert würde<sup>34</sup>. Die Voraussetzung für eine solche in zweifacher Richtung wirkende spanische „*Diversion*“ war jedoch, daß man preußischerseits mit den neuen Machthabern dort überhaupt erst einmal ins Gespräch kam. In diesem Sinn war es auch gemeint, wenn der preußische Geschäftsträger in Madrid gegenüber der provisorischen Regierung der Hoffnung Ausdruck geben sollte, daß aus der Neuordnung „die besten Beziehungen zwischen Deutschland und Spanien erwachsen wer-

<sup>31</sup> Hermann Oncken, *Die Rheinpolitik Kaiser Napoleons III. von 1863 bis 1870 und der Ursprung des Krieges von 1870/71*, Bd. III (Stuttgart 1926) 41.

<sup>32</sup> Solms an Bismarck, Paris, 26. September 1868, A. P. P. X 202 f.

<sup>33</sup> Vgl. den bekannten Erlaß Bismarcks an den Prinzen Reuß, 9. März 1969, GW 6b, 10 f.

<sup>34</sup> Dubsky an Beust, Madrid, 19. September 1869, HHStA Wien PA XX 26, fol. 486–489.

<sup>35</sup> An Saurma (Madrid), 30. Oktober 1868, A. P. P. X 244; vgl. auch die auffällige Erwähnung Spaniens in der Thronrede bei Eröffnung des Preußischen Landtags am 4. November 1868, in: *Das Staatsarchiv*, hrsg. von Ludwig Karl Aegidii und Alfred Klauholdt, Bd. XV (Hamburg 1868) 133 ff.

den<sup>35</sup>. Eine besondere Schwierigkeit der Bismarckschen „Diversions“-Politik sollte nämlich nicht unterschätzt werden: Zwischen Preußen und Spanien bestanden zwar keine Interessengegensätze, aber auch kaum Interessengemeinsamkeiten, ja es galt diese erst herbeizuführen, noch dazu unter den wachsamen Augen des französischen Gegenparts, der in Spanien anders als in Preußen über Einfluß- und Informationsmöglichkeiten jeder Art verfügte. Die Verlegenheit Bismarcks im Verfolg der Diversionspolitik zeigte sich unter anderem auch in der geheimnisvollen Mission Theodor von Bernardis nach Spanien<sup>36</sup>, die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit, obwohl über ihre eigentliche Bestimmung nichts bekannt ist, der genaueren Sondierung des Terrains in Sachen Thronfrage galt.

Das zeitliche Zusammenfallen der augenfälligen Festigung des Revolutionsregimes (Eröffnung der verfassunggebenden Cortes 11. Februar 69) und des Scheiterns der ersten Verhandlungsrunde mit dem favorisierten portugiesischen Kandidaten (Anfang April 69) mit der ersten diplomatischen Reaktion Bismarcks auf die geheimen Dreierverhandlungen (Februar/März 1869)<sup>37</sup> verdient Beachtung. Von der europäischen Diplomatie jedenfalls ist die Aktivierung der Beziehungen zwischen Preußen und Spanien, nachdem ein Erfolg der Septemberrevolution sicher schien, fast übereinstimmend dahingehend verstanden worden, daß sie auf eine im preußischen Interesse liegende Königswahl hinauslief. Im Sommer 1869 hat der neue spanische Außenminister der Regentschaft, Manuel Silvela, kurz bevor er nach Paris zu einem Treffen mit Napoleon III. reiste, den österreichischen Botschafter unmißverständlich wissen lassen, daß von Berlin Demarchen zugunsten des Prinzen von Hohenzollern gemacht worden seien<sup>38</sup>. Etwas später kursierten Fotografien des Hohenzollern in der Öffentlichkeit und unter den Cortes-Deputierten<sup>39</sup>.

Die Thronfolge war für Bismarck – das ist recht deutlich – in dieser frühen Phase der Aufhänger, den er dringend brauchte, um die bis dahin unspezifischen preußisch-spanischen Beziehungen im Sinne einer Diversionsstrategie zu „operationalisieren“. Dabei mußte er allerdings in Kauf nehmen, daß er sich bei seinem Vorgehen sowohl von den innerspanischen Auseinandersetzungen als auch von Verlauf und Ergebnis der spanischen Kandidatensuche, die der „Physik“ der Großen Politik weitgehend entzogen waren, abhängig machte.

Als eine weitere große Schwierigkeit bei der Umsetzung des Diversionskonzepts erwies sich die offizielle Haltung der anderen Großmächte in der Spanienfrage. Diese hatten sich ebenso rasch wie einmütig darauf verständigt, sich jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten Spaniens zu enthalten. Auch Preußen war

<sup>36</sup> *Theodor von Bernardi*, Reiseerinnerungen aus Spanien (Berlin 1886); *ders.*, Zwischen den Kriegen. Tagebuchblätter aus den Jahren 1867 bis 1869 (Leipzig 1901); *ders.*, In Spanien und Portugal. Tagebuchblätter aus den Jahren 1869–1871 (Leipzig 1906); *Barker*, *Distaff Diplomacy*, 184f.; *Stiefel*, Bismarck, 15 ff.

<sup>37</sup> *Oncken*, Rheinpolitik, III, 116; *Heinrich Lutz*, Österreich-Ungarn und die Gründung des Deutschen Reiches. Europäische Entscheidungen 1867–1871 (Berlin 1979) 155.

<sup>38</sup> An Beust, 13. August 1869, HHStA PA XX 26, fol. 452–454.

<sup>39</sup> Bericht des österreichischen Vertreters in Spanien Ende Oktober, ebd.

dafür eingetreten; in der Folge sah sich Bismarck jedoch mit der französischen Taktik konfrontiert, unter dem Deckmantel einer Nichteinmischungspolitik alle von der spanischen Regierung anvisierten Lösungen der Thronfrage zu hintertreiben und zielstrebig die Restauration des Bourbonenkönigtums zu fördern, die – zumal wenn sie unter der Ägide Napoleons durchgesetzt worden wäre – die französische Machtstellung in Spanien und auch im europäischen System wieder gefestigt hätte<sup>40</sup>.

Die internationale Ausgangssituation der spanischen Thronfrage, vor Beginn ihres kritischen Stadiums, war also dadurch gekennzeichnet, daß (1.) England, Rußland und Österreich, wenn auch aus höchst unterschiedlichen Interessen, eine Politik des Abwartens, der reservierten Vorstellungen und der Friedenserhaltung verfolgten, daß (2.) Frankreich die Thronfrage als einen „Hebel“ zu benutzen suchte, um seinen Einfluß auf der iberischen Halbinsel durch eine verbesserte Neuauflage der Bourbonenmonarchie zu stärken und damit einen Trumpf für die Einkreisungspolitik gegenüber Preußen zu erhalten, daß (3.) Preußen in der Thronfrage die Chance erblickte, sich Spanien zu nähern<sup>41</sup>, um die Kreise Napoleons auch von dieser Seite her zu stören, daß (4.) Italien sein Interesse an einer außenpolitischen Stärkung Spaniens gewahrt wissen wollte, um dem französischen Hegemonieanspruch mehr Widerstand entgegenzusetzen<sup>42</sup>.

In dieser Konstellation, in der Entwicklungsspanne der Thronfrage zwischen dem Scheitern der ersten portugiesischen Verhandlungen und der Ablehnung einer Thronkandidatur durch den Prinzen von Genua (Jahreswechsel 1869/70) arbeitete die Zeit für Frankreich, und auch die Gelegenheit, aus unmittelbarer Nähe und Kenntnis die spanischen Dinge zu steuern, war für die französische Politik in ungleich höherem Maße gegeben als für jede andere Großmacht. Preußen lief umgekehrt Gefahr, die günstige Konjunktur der spanischen Außenpolitik nach der Septemberrevolution zu verpassen, ohne daraus den Nutzen zu ziehen, der möglich schien. Ob ein Plan Bismarcks, über die mehr auf Vorbeugung und Defensive angelegte Diversionsstrategie hinauszugehen und mit Spanien ins Geschäft zu kommen, schon bestanden hatte, ehe die Spanier ihm mit dem Angebot der Hohenzollernkandidatur entgegenkamen, kann nur vermutet werden. Bei der Forcierung der Hohenzollernkandidatur scheinen jedenfalls die preußischen Vorstellungen auf ein engeres Einvernehmen mit Spanien abgezielt zu haben, das im Kriegs-

<sup>40</sup> Zur französischen Politik vgl. Usedom (Florenz) an Bismarck, 7. Oktober 1868, A. P. P. X 216 f.; neben der in Anm. 6 aufgeführten Literatur auch *Frabm*, Frankreich und die Hohenzollernkandidatur; ferner *Richard Konetzke*, Spanien, die Vorgeschichte des Krieges von 1870 und die deutsche Reichsgründung, in: HZ 214 (1972) 583 ff.

<sup>41</sup> Clarendon an Lord Lyons, 27. März 1869: „... and there has been evidence already that Bismarck has his eye on Spain as an auxiliary“ nach *C. J. Bartlett*, Clarendon, the Foreign Office and the Hohenzollern Candidature, 1868–1870, in: EHR 65 (1960) 278.

<sup>42</sup> Vgl. die diplomatische Mission Barbolanis nach Berlin und London, um dort für eine Iberische Union zu werben, A. P. P. X 209 ff.; OD XXII 135 ff.

fall eine militärische Hilfestellung Spaniens gegen Frankreich einschließen sollte. Das Modell der Bündnisgruppierung gegen Österreich von 1866 mit der Vorstellung, auch Frankreich einen Zweifrontenkrieg aufzwingen zu können, mag dabei eine Rolle gespielt haben.

Seltsamerweise ist die Frage eines spanisch-preußischen Bündnisses in der historischen Literatur kaum weiter verfolgt worden, seit die Autoritäten der borussischen Geschichtsschreibung wie Sybel und Delbrück (gegen Brandenburg)<sup>43</sup> die These, daß Bismarck von der Erhebung des Hohenzollernprinzen ein spanisch-preußisches Bündnis erhofft hatte, als reine Erfindung abgetan haben. Sicherlich ist die auf Pirala<sup>44</sup> zurückgehende Version der spanischen Geschichtsschreibung, wonach Max von Versen im April 1870 den Spaniern eine gegen Frankreich gerichtete Militärallianz vorgeschlagen habe, nicht richtig. Doch es gibt eine ganze Reihe von Indizien dafür, daß Bismarck in den entscheidenden Tagen zwischen dem 12. Juli und dem Kriegsausbruch um eine militärische Demonstration Spaniens, wenn nicht gar um seinen Kriegseintritt gegen Frankreich gerungen hat<sup>45</sup>. Einem Bericht des spanischen Gesandten Juan Antonio Rascón vom 12. Juli zufolge, wurde preußischerseits auf die Wichtigkeit einer Teilung der französischen Streitkräfte in einem bevorstehenden Krieg verwiesen und die Frage nach Spaniens Haltung im Kriegsfall aufgeworfen<sup>46</sup>. Die nachdrückliche Befürwortung einer *fait-accompli*-Politik in der Kandidaturfrage und dann die strikte Verweisung der französischen Proteste an die spanische Adresse hatten den Hintersinn, auch Spanien als Hauptbetroffenen erscheinen zu lassen und in einen ausbrechenden Krieg gegen Frankreich hineinzuziehen. Dabei handelte es sich keineswegs um eine Spekulation, da es in der spanischen Regierung eine preußische Partei um den Außenminister Sagasta und seinen Vorgänger Silvela gab, die einer Mobilmachung gegen Frankreich nicht abgeneigt war, während die Partei um Prim aus Sympathie für Frankreich neutral bleiben wollte<sup>47</sup>. Die preußische Politik wird indirekt auch dadurch bestätigt, daß die in der Julikrise um Vermittlung bemühten Mächte Eng-

<sup>43</sup> Die Kontroverse zusammengefaßt: *Herman v. Petersdorff*, Der Streit über den Ursprung des deutsch-französischen Krieges, in: FBPG 9 (1897) 55–100.

<sup>44</sup> *Antonio Pirala*, *Historia contemporánea. Segunda Parte de la Guerra civil. Anales desde 1843 hasta el fallecimiento de Don Alfonso XII*, Bd. II (Madrid 1892) 305; *Pabón*, *España y la cuestión romana*, 64 ff.

<sup>45</sup> Dubsky (Madrid) an Beust, 28. Juli 1870 über die „vains efforts du cabinet de Berlin d'entraîner l'Espagne dans la guerre contre la France“, HHStA PA XX 27 fol. 317/18; Bismarck an das Auswärtige Amt, 12. Juli 1870, GW 6b, 355 f.; an Canitz (Madrid) ebd., 381; vgl. auch die Apostrophierung Spaniens als „notre allié naturel“ seitens Bismarck, Rancés an Sagasta, 24. Juli 1870, nach *Steefel*, Bismarck, 38.

<sup>46</sup> Rascón an Sagasta über ein am 12. Juli 1870 stattgefundenes Gespräch mit Bismarck, abgedruckt in: Conde de Romanones (Alvaro de Figueroa y Torres), Amadeo de Saboya, el rey efímero. España y los orígenes de la guerra franco-prusiana de 1870 (Madrid 1970) 199 f.; dazu *Pabón*, *España y la cuestión romana*, 65 ff.

<sup>47</sup> Ebd., 66.

land und Italien in der Zeit zwischen dem „Platzen der spanischen Bombe“ und der französischen Kriegsdrohung zunächst von einem Krieg mit Beteiligung Spaniens ausgingen<sup>48</sup>. Auffällig sind auch die vielen ärgerlichen Äußerungen Bismarcks über das spanische Verhalten bei Kriegsausbruch<sup>49</sup>, legen sie doch den Schluß nahe, daß er über die spanische Verweigerung deshalb so entrüstet war, weil seine Berechnungen in der Julikrise nicht aufgingen. Auch Bismarcks spätere Einschätzung des Faktors Spanien im europäischen System vermag einen Zugang zu seiner Politik in der Thronfrage nach der Septemberrevolution zu eröffnen; denn etwa in den Bündnisverhandlungen mit Spanien von 1883 hat er dessen Rolle bei einer kriegerischen Verwicklung hauptsächlich darin gesehen, die Aufstellung französischer Truppenmassen an der Pyrenäengrenze zu veranlassen. Trotz seiner enttäuschenden Erfahrung in der Julikrise blieben also für ihn die im Zusammenspiel mit Spanien enthaltenen außenpolitischen Möglichkeiten bestehen. So wie er einerseits „die Befürchtungen der Franzosen“, bei einem Krieg gegen Deutschland „auch Spanien als Gegner oder nur als unsicheren Nachbarn zu haben“, als „wirksam zugunsten des Friedens“ beurteilte<sup>50</sup>, so erschien ihm andererseits ein möglicher militärischer Beistand Spaniens im Fall eines französischen Krieges gegen Deutschland als „erstrebenswerter Reingewinn“<sup>51</sup>.

Es war geradezu konsequent, daß im Kriegsfall, wenn also das spanische „Zugpflaster gegen den Krieg“<sup>52</sup> versagte, das stärkere Gegenmittel eines militärischen Eingreifens Spaniens im Interesse Preußens/Deutschlands lag. Die Hohenzollernkandidatur ist, wenn man sie im internationalen Zusammenhang nicht nur auf Frankreich, sondern auch auf Spanien bezieht, auch unter diesem Aspekt zu sehen, daß sie dazu dienen sollte, Spanien bei einem französisch-preußischen Krieg zur militärischen Hilfeleistung zu bewegen. War dies Bismarcks Nebenabsicht, so lag ihr aber eine gewisse Fehleinschätzung des spanisch-französischen Verhältnisses zugrunde. Die Madrider Regierung hat denn auch dem auf sie von preußischer Seite ausgeübten moralischen Druck nicht nachgegeben und durch Dekret vom 20. Juli 1870 die „moralisch und materiell vollkommene“ Neutralität Spaniens erklärt<sup>53</sup>. „Prusia podrá“, wie Sagasta an den spanischen Gesandten in Berlin schrieb, „sentir más o menos que España no este con ella en la guerra; pero ni Prusia tiene derecho a esperarlo ni España obligación de hacerlo.“<sup>54</sup> („Preußen wird merken können, daß sich Spanien im Krieg nicht an seiner Seite befindet, doch weder ist Preußen berechtigt, dies zu erwarten, noch ist Spanien verpflichtet, dies zu tun.“)

<sup>48</sup> *Richard Millman*, *British Foreign Policy and the Coming of the Franco-Prussian War* (Oxford 1965) 180 f.; *I Documenti Diplomatici Italiani*, prima serie XIII (Rom 1963) 19 ff.

<sup>49</sup> GW 6b, 356, 381, 391, 538.

<sup>50</sup> Bismarck an Wilhelm I., 20. Oktober 1883, nach *Wolfgang Windelband*, *Berlin – Madrid – Rom. Bismarck und die Reise des Deutschen Kronprinzen 1883* (Essen 1939) 91.

<sup>51</sup> Ebd., 83.

<sup>52</sup> Wilhelm I. an Bismarck, 7. November 1883, ebd., 102.

<sup>53</sup> *Konetzke*, *Spanien*, 604 ff.

<sup>54</sup> Sagasta an Rascón (Berlin), 27. Juli 1870, nach *Pabón*, *España y la cuestión romana*, 81 f.

### 3. Die spanische Außenpolitik und die Thronfrage

Zum Zeitpunkt der Septemberrevolution 1868 befand sich die spanische Außenpolitik – wie oben skizziert – in einem Stadium der Umorientierung, bei der es darum ging, den durch Englands „Abstentions- und Nichteinmischungspolitik“<sup>55</sup> eingetretenen Balanceverlust gegenüber Frankreich auszugleichen. Die Revolution brachte eine plötzliche Verschärfung der Lage, in der die Madrider Politiker auf ein Gegengewicht gegen die französische Hegemonie sann. Denn nun brauchte man dringend einen Schutz vor direkter französischer Einmischung, die mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten war, sollte die spanische Revolution eine für Frankreichs Interessen widrige Entwicklung nehmen. Unter diesen Voraussetzungen ging die provisorische Regierung daran, die Thronfrage zu lösen. Schon mindestens seit 1866 hatte in den Diskussionen über eine Ablösung der Bourbonen und in den verschiedenen Umsturzplanungen die Frage eine Rolle gespielt, welche außenpolitischen Konsequenzen mit diesem oder jenem Kandidaten verbunden sein würden. Es ist ferner zu berücksichtigen, daß der spanischen Politik im 19. Jahrhundert Thronfolgefragen, die über die innenpolitischen Streitigkeiten hinaus sowohl das auswärtige Verhältnis Spaniens wie auch die europäischen Mächtebeziehungen berührten, nicht eben fremd waren. Es sei nur auf das Karlistenproblem hingewiesen, das von den frühen dreißiger bis in die siebziger Jahre das Verhältnis der Großmächte zu Spanien beeinflusste. Von den führenden Männern der Septemberrevolution hatten die meisten schon bewußt die Frage der „spanischen Heiraten“ von 1834 erlebt, in der Frankreich, England und Österreich massiv interveniert hatten. Ja, die provisorische Regierung mußte sich auf eine ähnliche Haltung der Großmächte einstellen, da die Thronfrage auch eine Auseinandersetzung mit einem unmittelbaren Ergebnis der damaligen Verabredungen war.

Als es unter den Revolutionsführern um die Verteilung der Ministerressorts ging, empfahl Prim seinem Mitkämpfer Sagasta das Außenministerium als das wichtigste von allen, weil das anstehende Hauptproblem die Wahl des Monarchen sei<sup>56</sup>. Obwohl das Hin und Her der sich Monate um Monate hinziehenden Thronkandidatensuche hauptsächlich über die spanische Innenpolitik aufgeschlüsselt werden muß, sind doch auch einige außenpolitische Determinanten dabei zu erkennen:

Zunächst war erforderlich, das Werk der Septemberrevolution auch international abzusichern, und das heißt in erster Linie mit Napoleon ins klare zu kommen, der die Rückkehr der Bourbonendynastie unterstützte – hierin lag das entscheidende Dilemma der spanisch-französischen Verständigungsversuche in der Thronfrage. Denn auf keinen Fall konnte die Thronfrage ohne Rücksichtnahme auf die Wünsche Napoleons oder sogar mit offenem Gegenstreben erledigt werden. Es

<sup>55</sup> Katte (London) an Bismarck, 7. und 15. Oktober 1868, A. P. P. X 218 und 225.

<sup>56</sup> *José de Echegaray*, *Recuerdos*, Bd. III (Madrid 1917) 260f.

mußte also versucht werden, sie einer Lösung zuzuführen, die von Frankreich zugelassen werden konnte; und es lag nahe, durch außenpolitische Initiativen und Kontakte zu anderen Mächten Napoleon davon zu überzeugen, daß im Interventionsfall erhebliche Beeinträchtigungen seiner europäischen Position zu gewärtigen seien.

Es galt ferner, die Thronkandidatur und Königswahl außenpolitisch so zu behandeln, daß keine zusätzlichen Belastungen neben dem Kuba-Problem, der römischen Frage und dem Spannungsverhältnis zu Frankreich eingehandelt wurden. Mit anderen Worten gesagt: Die internationale Stellung Spaniens sollte sich durch die Behandlung und Lösung der Thronfrage auf keinen Fall verschlechtern, sondern eher verbessern. Das bedeutete aber für den Kreis der möglichen Kandidaten von vornherein erhebliche Einschränkungen. Um die spanische Politik bei den verschiedenen Kandidaturen richtig verstehen zu können, sollte man sich vorher klarmachen, welche Bedingungen ein Kandidat im nationalen wie im internationalen Rahmen zu erfüllen hatte. Gemeint sind nicht die formalen Qualifikationen nach der Verfassung von 1869 und nach dem Königswahlgesetz, sondern die macht- und interessenpolitischen Bezüge:

Er sollte durch seine Person oder durch seine dynastische Abkunft nicht die Septemberrevolution „verraten“ (wie das bei dem Prinzen von Asturien, dem Sohn Isabellas II. der Fall gewesen wäre);

seine Wahl sollte im Gegenteil möglichst der krönende Abschluß des Revolutionswerks sein.

Er sollte innenpolitisch einen Kompromiß zwischen den Parteien ermöglichen, die das Revolutionswerk trugen: zwischen den Progressisten, den Unionsliberalen und den monarchistischen Demokraten.

Er sollte einer europäischen Dynastie entstammen, die der stolzen Geschichte Spaniens würdig war.

Er durfte Napoleon nicht provozieren; wenn er dem französischen Kaiser mißliebig gewesen wäre, hätte seine Stellung national und international um so gefestigter sein müssen.

Er durfte weder national noch international schwach sein, das hieß, daß er die erforderliche Mehrheit in den Cortes zusammenbringen und Sympathien beim Volk finden mußte sowie – international – die Deckung der Kandidatur durch die große Politik haben mußte.

Das spanische Interesse an einer Patronage des potentiellen Kandidaten durch europäische Mächte begegnete nun der mit Spanien rechnenden Diversionsstrategie Bismarcks gegenüber Frankreich. Es war lediglich eine Frage des richtigen Augenblicks und der Konjunktion, daß sich Berührungspunkte der beiderseitigen Interessen ergaben, aus denen schließlich die Hohenzollernkandidatur im Februar 1870 hervorging.

Ungeachtet der vielen Gerüchte und Fabeleien über mögliche Kandidaten, wie sie durch Presse und Diplomatensalons gingen, waren auf spanischer Seite nur

sechs Kandidaturen ernsthaft im Gespräch, und nur drei sind wirklich zur Verhandlung gekommen:

1. die restaurative Lösung durch Rückkehr Isabellas II., oder – mit wachsenden Aussichten, besonders nachdem die emigrierte Königin zu seinen Gunsten dem Thron entsagt hatte (25. Juni 1870) – in Gestalt des zwölfjährigen Prinzen von Asturien;

2. die karlistische Lösung mit der Kandidatur des Don Carlos (VII.).

Beide Lösungen schieden für die neuen Machthaber wegen ihrer Unvereinbarkeit mit der revolutionären Bewegung aus.

3. ein spanischer Volkskönig; als solcher bot sich allein der 75jährige General und ehemalige Ministerpräsident der Regentin Maria Christina (1840) Baldomero Espartero an. Dieses „Monument der spanischen Geschichte“<sup>57</sup> war jedoch weder national noch international abgesichert; selbst wenn er auf das Angebot Prim's (vom 13. Mai 1870), anstatt es entschieden abzulehnen, zustimmend geantwortet hätte, wäre es aussichtslos gewesen, ihn den Cortes als Kandidaten zu präsentieren.

4. Der Herzog von Montpensier, Antoine Marie Philippe Louis de Orléans, ein Sohn des Bürgerkönigs und Ehemann der jüngeren Schwester Isabellas II., der schon in der erklärten Absicht, spanischer König zu werden, an den Verschwörungen der Septemberrevolutionäre beteiligt gewesen war und deshalb auch zunächst als der von Preußen unterstützte Kandidat galt<sup>58</sup>. Er stützte sich auf eine nicht unerhebliche Anhängerschaft; sie reichte zwar zahlenmäßig nicht aus, um die erforderliche Cortes-Mehrheit zu finden, bildete aber wegen ihrer Geschlossenheit und Prominenz (hinter ihm stand die *Unión liberal*) eine feste Größe in den innenpolitischen Auseinandersetzungen um die Thronfrage. Er war jedoch insofern chancenlos, als Napoleon sich gegen ihn ebenso entschieden wie gegen eine Republik ausgesprochen und im Fall seiner Wahl sogar mit Intervention gedroht hatte. Für die spanische Diplomatie blieb Montpensier jedoch die ständige Alternative, die immer dann ins Spiel gebracht wurde, wenn es im Innern um Disziplinierung der sich streitenden Parteien ging oder wenn nach außen ein Trotz bieten mit der „*bête noire de l'Empereur*“<sup>59</sup> angezeigt schien, wie der österreichische Korrespondent Klindworth den Herzog apostrophierte. Sein Duell im März 1870 mit Enrique de Borbón, den er tötete, warf ihn jedoch endgültig aus dem Rennen; aber er wurde spanischerseits noch weiter als „Schreckgespenst“<sup>60</sup> benutzt, um Napoleon zu drängen, sich mit anderen Kombinationen abzufinden.

Die relevanten, sowohl national wie international geeigneten Kandidaten gehörten den Häusern Savoyen, Braganza/Sachsen-Coburg-Gotha und Hohenzollern-Sigmaringen an. Daß man in Spanien auf savoyardische Prinzen verfiel, war nahe-

<sup>57</sup> *Marqués de Lema*, *De la revolución a la restauración*, I, 324.

<sup>58</sup> In diesem Sinn auch die Berichte des Nuntius Franchi aus Spanien, vgl. *Vicente Cárcel Ortí*, *Iglesia y revolución en España 1868–1874* (Pamplona 1979) 233 f.; *Fester*, *Neue Beiträge*, 92 ff.

<sup>59</sup> Bericht aus Paris, 12. November 1869, HHStA PA IX (Frankreich) 170 fol. 324–344.

<sup>60</sup> *Frahm*, *Frankreich und die Hohenzollernkandidatur*, 365.

liegend und sozusagen verfassungskonform, denn seit der Pragmática Real von 1713 galt das Haus Savoyen als spanische Auxiliardynastie. Die in Frage kommenden Kandidaten waren der Herzog von Genua, der wegen seiner Jugend (er war gerade 18 Jahre alt) gewissen Bedenken unterlag, und der Herzog Amadeo von Aosta, der, solange der italienische Kronprinz noch kinderlos war, den Mannesstamm Victor Enmanuels trug.

Nach der Deutung Frahms<sup>61</sup> sind Portugal bzw. Hohenzollern-Sigmaringen als „Doppelkandidatur“ anzusehen, eine These, die auch beim gegenwärtigen Forschungsstand nachdrücklich bestätigt werden kann. Fester<sup>62</sup> hat von dem „Ersatzmann Leopold“ gesprochen und damit in ähnlicher Richtung argumentiert. Alle Spekulationen und Geschichten darüber, wie den Spaniern der Hohenzollernprinz nahegebracht worden ist, erübrigen sich, wenn man vernünftigerweise davon ausgeht, daß die spanischen Königssucher Genealogien zu lesen verstanden<sup>63</sup>. Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen war ein Kandidat der ersten Stunde.

Nur diese drei Kandidaturen entsprachen den über den Augenblick der Königswahl hinausgehenden außenpolitischen Zielprojektionen der spanischen Königsmacher. Um für Napoleon die Interventionsschwelle zu erhöhen und Spaniens internationale Stellung auch langfristig gegenüber Frankreich wieder aufzuwerten, war ein Kandidat nötig, der aufgrund seiner dynastischen und nationalen Herkunft mit den Interessen wenigstens einer europäischen Großmacht derart verbunden war, daß er sie im Fall seiner Wahl gleichsam auf Spanien übertrug. Wäre ein italienischer Prinz gewählt worden, hätte Napoleon auf Spanien in dem Maße Rücksicht nehmen müssen, wie er Italien als potentiellen Bündnispartner seiner angestrebten Tripelallianz nicht verlieren wollte. Ein König aus dem Haus Sachsen-Coburg-Gotha/Braganza hätte auf jeden Fall die Interessen Englands als der traditionellen Schutzmacht Portugals berührt, zumal mit dieser Lösung auch der Plan einer „Iberischen Union“ verbunden war. Mit der Schaffung eines iberischen Staates, nach dem Vorbild des Königreichs Italien, wäre eine neue Machteinheit im europäischen System entstanden, die durch Frankreichs Übergewicht nicht im gleichen Maß bedroht gewesen wäre, wie vorher Spanien allein, und die England wieder als kontinentalen Partner hätte beachten müssen. War es nur zufällig, daß die spanische Regierung, gleichzeitig mit den in Portugal geführten Kandidaturverhandlungen, die Gibraltarfrage aufwarf<sup>64</sup>? Dahinter stand zweifellos die Absicht, die englische Regierung aus ihrer Reserve zu locken und für die spanische Politik stärker zu interessieren.

Ähnliches versuchte man spanischerseits im Hinblick auf Preußen. Die spanische Hinwendung zu Preußen, deutlich erkennbar in dem viel beachteten und dis-

<sup>61</sup> Ebd., 355; auch *Steeffel*, Bismarck, 37.

<sup>62</sup> *Fester*, Neue Beiträge, 12.

<sup>63</sup> Gerade auch thronfolgerechtliche Erwägungen für den Fall einer Wahl Ferdinands von Portugal führten zu dem Sigmaringer Prinzen, was meistens zu wenig beachtet wird. Ebd., 3 f.

<sup>64</sup> Millman, *British Foreign Policy*, 178 f.

kutierten Besuch des ehemaligen Gesandten in Berlin, Manuel Rancés y Villanueva, im März 1869<sup>65</sup>, geschah wohl in der Hoffnung, Napoleon damit dazu bewegen zu können, sich genauer über seine Vorstellungen in der Thronfrage zu äußern oder sich gar zu einer Kompromißlösung bereitzufinden. Als der spanische Ministerpräsident sich dann nach Berlin mit dem Angebot der Hohenzollernkandidatur wandte, geschah das nicht nur in der Verlegenheit, keinen anderen Kandidaten mehr zur Verfügung zu haben, sondern auch schon in der berechnenden Absicht, womöglich Preußen als europäischen Gegenspieler Frankreichs zu „engagieren“, wie J. Becker treffend formuliert hat<sup>66</sup>.

Nachdem die spanischen Verhandlungen über italienische und portugiesische Kandidaten kein positives Ergebnis gebracht hatten, also weder Italien noch England (via Portugal) gewonnen worden waren, um eine isolierte Konfrontation Spaniens mit Frankreich in der Thronfrage abzuwenden, hat man spanischerseits – nicht ohne Zögern, weil man sich der damit verbundenen Herausforderung Frankreichs sehr bewußt war – die preußische Karte mit dem Hohenzollern-Sigmaringer gespielt.

War die Favorisierung der drei genannten Kandidaturen nach außen an dem Kräftespiel der Großmächte orientiert, so wurde sie innenpolitisch durch die Frage der Mehrheitsfähigkeit entschieden. Ein Prinz aus dem königlich-italienischen Herrscherhaus war weithin annehmbar, weil sich in ihm nationalrevolutionäre Bewegung und liberales Verfassungsstaatdenken verkörperten, für die portugiesische Lösung sprach die zugkräftige Idee der „Iberischen Union“<sup>67</sup>, so daß beide quer durch die Parteien Anhänger fanden.

Die Schrittfolge des spanischen Vorgehens war alles andere als von Konfusion und Ratlosigkeit bestimmt, sondern vollzog sich planvoll in dem von den außen- und innenpolitischen Determinanten markierten Rahmen. Danach ist – Ende September/Anfang Oktober 1868 – der erste Kontakt mit der italienischen Regierung aufgenommen worden, was insofern nahe lag, als die Geburt der Thronfrage aus der Revolution und die Ungewißheit ihres Ausgangs die Großmächte zu einer äußerst reservierten Haltung gegenüber Spanien veranlaßt hatten, außer Italien, wo die Septemberrevolution in brüderlichem Geiste begrüßt worden war. Die spanischen Anträge betrafen zum einen die Person des Prinzen von Aosta als Kandidaten, zum anderen eine diplomatische Verwendung Italiens, um informell die Einstellung der Mächte zur Kandidatur des Prinzen und zum Projekt einer Iberischen Union als Alternative zu sondieren. Während die Kandidatur Amadeos von italienischer Seite abgelehnt wurde, wobei sowohl seine persönliche Abneigung wie

<sup>65</sup> *Stiefel*, Bismarck, 36 ff.; GW 6b, 79.

<sup>66</sup> *Becker*, Bismarck, Prim, 457.

<sup>67</sup> Über den Iberismus: *José María Jover*, Wesenszüge des spanischen Nationalismus 1854–1874 (Akten des Symposiums über Möglichkeiten und Grenzen einer nationalen Geschichtsschreibung, 8.–12. März 1983, Madrid 1984) 379 f.; *Julio Salom Costa*, La relación hispano-portuguesa al término de la época iberista, in: *Hispania* 98 (1965) 219–259.

auch die Tatsache der Kinderlosigkeit des Kronprinzen Umberto ausschlaggebend waren, kamen von seiten Österreichs, Frankreichs und Englands Ermunterungen für die Aufnahme offizieller Verhandlungen mit Ferdinand von Portugal<sup>68</sup>. Aber dessen Antwort auf diese „cuestión diplomática de la más alta trascendencia“<sup>69</sup> („diplomatische Frage von höchster Wichtigkeit“) war enttäuschend: Er sah sich nach eingehender Gewissensprüfung außerstande, den Spaniern irgendwelche Hoffnungen zu machen. Mit seiner wiederholten dezidierten Ablehnung begannen nun (6. April 1869) die für die Zeitgenossen und die Historiker gleichermaßen verwirrenden diplomatischen Vexierspiele und Inszenierungen, die schließlich in der Hohenzollernkandidatur endeten.

Die einzelnen Züge des Spiels, ob offen oder verdeckt, sind so oft und bis in philologische Feinheiten der Quelleninterpretation hinein behandelt worden, daß selbst nur ein bloßes Resümee einen umfangreichen Literaturbericht ergeben würde. Abschließend seien deshalb – mit Blick auf die hier vornehmlich untersuchte spanische Politik – nur noch einige Aspekte gestreift, die im Zusammenhang mit der Thronfrage beachtet zu werden verdienen.

Sieht man einmal vom Eintreten Bismarcks für die Hohenzollernkandidatur und von ihrer Forcierung im Juni 1870 ab, wird man feststellen können, daß der Hohenzollernprinz für Spanien ein fast idealer Kandidat war. Und zweifellos war es der Regierung Prim mit dieser Kandidatur auch sehr ernst<sup>70</sup>; sonst hätte sie sich gewiß nicht auf Gedeih und Verderb, im Angesicht Europas, als das Ausmaß der französischen Empörung zudem schon abschbar war, durch Ministerratsbeschluß (5. Juli) und durch Zirkular an die spanischen Vertretungen im Ausland (7. Juli) gebunden. Man mag darüber spekulieren, ob der Hohenzollernprinz dann bei der Wahlentscheidung tatsächlich die erforderliche Cortes-Mehrheit für sich gehabt hätte – hilfreich für die Beurteilung der spanischen Politik in der Thronfrage ist das nicht. Vielmehr ist festzustellen: Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen war für die Iberisten ebenso annehmbar wie für die Progressisten, die in Preußen die moderne fortschrittliche Staatlichkeit verwirklicht sahen. Er war international durch die preußische Großmacht gedeckt, und er stammte aus einem Land, das wegen fehlender Interessengegensätze und -gemeinsamkeiten mit Spanien keinen Konflikt zwischen der neuen Dynastie und den nationalen Interessen befürchten ließ.

<sup>68</sup> HHStA PA IX 12 (Protokolle 1867–1870) betr. eine internationale Verständigung über Möglichkeiten einer iberischen Union. *Oncken*, Die Rheinpolitik III, 41 ff., *Fester*, Neue Beiträge, I 19 ff.; *Marqués de Lema*, De la revolución a la restauración, 319 mit dem Hinweis, daß schon seit dem Winter 1866/67 von den Liberalen im Exil die Kandidatur Ferdinands favorisiert wurde; *Millman*, British Foreign Policy, 163; Gramont (Wien) an Moustier, 10. Oktober 1868, OD XXII, 151 ff.

<sup>69</sup> *Bécker*, Historia, III, 19.

<sup>70</sup> Zu den Plänen Prim's für ein Treffen mit Napoleon III.. *Versens* Tagebuch, 19. Juni 1870, abgedruckt bei *Georges Bonnin*, Bismarck and the Hohenzollern Candidature for the Spanish Throne (London 1957) 276; *Barker*, Distaff Diplomacy, 189; *Mercier* (Madrid) an Gramont, 25. Juni 1870, OD XVII 423; *Becker*, Bismarck, Prim, 459.

Nur das, was Bismarck die Hohenzollernkandidatur so nachdrücklich betreiben ließ, nämlich die Annahme, daß die Interessen Preußens und Spaniens „in dem wichtigsten Punkte, dem Verhältnis zu Frankreich“ zusammenfielen<sup>71</sup>, war für Spanien gerade nicht ausschlaggebend und bildete die eigentliche Schwäche des Projekts. Den führenden „Septemberrevolutionären“ lag es – von einzelnen Ausnahmen abgesehen – fern, gegen Frankreich Front zu machen; sie suchten vielmehr die Verständigung mit Napoleon, ohne allerdings ins Schlepptau französischer Machtpolitik genommen werden zu wollen. Niemand dachte in Madrid ernsthaft daran, an der Seite Preußens den Part Italiens von 1866 nun gegen Frankreich zu übernehmen. Man muß sich wirklich fragen, ob nicht in diesem Punkt der preußischen Seite eine glatte Fehleinschätzung der spanischen Politik unterlaufen ist.

In Spanien war man sich wohl bewußt, wie übrigens auch in Preußen, daß Frankreich an der Kandidatur eines Hohenzollernprinzen Anstoß nehmen würde. Über Art, Ausmaß und Stoßrichtung der französischen Reaktion herrschte freilich beträchtliche Unsicherheit. Während Bismarck darauf hoffte, daß eine heftige Wendung Frankreichs auch gegen Spanien die spanische „Nationalität“ zur Gärung bringen und für die preußische Sache gewinnen würde, glaubte Prim fest daran, den französischen Kaiser von der Unausweichlichkeit und Zweckmäßigkeit der Hohenzollernlösung überzeugen zu können. Es war wohl kaum das machtpolitische Argument mit der hinter dem Hohenzollernprinzen stehenden Macht Preußens und des Norddeutschen Bundes, das er gegen Napoleon ins Feld zu führen gedachte, um die Kandidatur durchzusetzen. Die wenigen Äußerungen Prims, die vorliegen, lassen vielmehr darauf schließen, daß es die Drohung mit der Republik war<sup>72</sup>, das Herunterspielen der Bedeutung des konstitutionellen Monarchen für die Politik<sup>73</sup>, und schließlich ist auch anzunehmen, daß der frankophile Prim dem französischen Partner die traditionelle spanische Loyalität zusichern wollte. Die auf spanischer Seite öfters bezeugte Äußerung<sup>74</sup>, was man denn hätte tun sollen, da sich kein Kandidat gefunden hätte, der allen recht gewesen wäre, ist nicht – wie es

<sup>71</sup> Bucher an Karl Anton von Hohenzollern-Sigmaringen, Berlin, 23. Juni 1870, abgedruckt bei *Dittrich*, Bismarck, 401.

<sup>72</sup> Mercier (Madrid) an Ollivier, 29. April 1870, OD XVII, 241 f.; Bericht des österreichischen Vertreters in Lissabon vom 9. Juli 1870, wonach Marschall Saldanha bestätigt habe, „que le général Prim a dit: J'ai passé le Rubicon; si le prince de Hohenzollern ne réussit pas, je proclame la république.“

<sup>73</sup> Man vergleiche Prim's Antwort an den französischen Botschafter Mercier: „Was haben Sie zu fürchten? Was bedeutet heute eine dynastische Verbindung? Was wird bei uns ein fremder Fürst machen können, der damit beginnen muß, die liberalste Verfassung Europas zu beschwören?“, *Wilhelm Lauser*, Geschichte Spaniens von dem Sturz Isabellas bis zur Thronbesteigung Alfonsos, Teil I (Leipzig 1877) 223; Mercier (Madrid) an Gramont, 3. Juli 1870, abgedruckt bei *Fester*, Briefe, 117 ff.

<sup>74</sup> Prim an Eugenio Gaminde, Madrid, 7. Juli 1870, abgedruckt bei *R. Olivar Bertrand*, El caballero Prim. Vida política y revolucionaria, 2 Bde. (Barcelona 1952) II, 471.

auf den ersten Blick scheinen mag – eine Entschuldigung aus Hilflosigkeit, sondern im Gegenteil ein heftiger Vorwurf an die Adresse Frankreichs, nicht zu einem Kompromiß in der Thronfrage bereit gewesen zu sein und alle anderen Lösungen außer der Bourbonenrestauration hintertrieben zu haben.

Als sich der Ernst der Lage zeigte, war es der spanischen Regierung nur mehr darum zu tun, sich gegenüber Frankreich zu entlasten und zu Preußen auf Distanz zu gehen. Was Bismarcks Plan mit der Hohenzollernkandidatur betraf, so zogen sich die Spanier eiligst von ihr zurück, als sie merkten, daß die preußische Seite mehr wollte, als in der Thronfrage eine vermittelnde Hilfestellung zu geben. Die sofortige Unterrichtung des französischen Botschafters in Madrid nach dem „Platzen der spanischen Bombe“ (2. Juli 1870) zeigte schon an, daß Prim sich aus der von Bismarck gelegten Schlinge zu befreien suchte.

Wäre der ursprüngliche Plan zur Ausführung gelangt, also mit der Wahl des Monarchen in der gesetzlich möglichen kürzesten Frist ein *fait accompli* geschaffen worden, hätte die spanische Regierung diese Entscheidung der Volksvertretung wohl oder übel gegen die französischen Proteste und Einmischungen verteidigen müssen – notfalls mit bewaffneter Macht. Darauf hatte Bismarck gesetzt. So aber gelang es nicht, Spanien von Frankreich abzuziehen, und auch nicht, das aufgebrauchte Frankreich an die Adresse Spaniens als des Alleinverantwortlichen für die Hohenzollernkandidatur zu verweisen. Spanien konnte nicht nur neutraler Zuschauer des Krieges bleiben, der „in Preußen gewünscht wurde und den man in Frankreich nötig hatte“<sup>75</sup>, sondern auch im Schatten dieses ganz Europa beschäftigenden Konflikts mit der Wahl des Prinzen Amadeo von Aosta (16. November 1870) relativ rasch und unproblematisch die Thronfrage lösen.

Gleichsam als „Gegenprobe“ kann die Frage dienen, was denn gewesen wäre, wenn Napoleon III. die Erhebung des Hohenzollernprinzen auf den spanischen Thron kaltblütig hingenommen hätte, wenn die französische Regierung das Wüten der öffentlichen Meinung, anstatt diese noch weiter anzuheizen, beruhigt hätte? Nach allem, was wir von der Geschichte Spaniens dieser und der folgenden Jahre wissen, fällt darauf die Antwort leicht: Der Hohenzoller Leopold I. hätte das gleiche Schicksal wie der Savoyer Amadeo I. gehabt, und die Bourbonenrestauration als das Hauptziel der napoleonischen Spanienpolitik hätte wohl noch unter der Ägide des Kaisers verwirklicht werden können. Von Spanien her gesehen stand und fiel also die Bedeutung der Thronfrage in der internationalen Politik vor der Entscheidung von 1870/71 mit der Haltung des bonapartistischen Frankreich als der einzigen Macht, für welche die spanische Thronfrage von Beginn an ein doppeltes Problem war: „... une affaire de sécurité et de l'équilibre en dehors, une question d'honneur national au dedans“<sup>76</sup>.

<sup>75</sup> Olózaga an Sagasta, 24. Juli 1870, zit. nach *Pabón*, España y la cuestión romana, 89.

<sup>76</sup> Bericht des österreichischen Korrespondenten Klindworth aus Paris Nr. 93, 7. Juli 1870, HHStA PA IX 171, fol. 325–331.

Jean Stengers

## Le rôle de l'opinion publique dans la genèse d'une guerre: 1870 et 1914

Des dirigeants, en 1870 et en 1914, ont-ils subi l'influence, et l'influence éventuellement irrésistible, de l'opinion publique? Est-ce l'opinion publique qui a rendu la guerre inévitable? La question se pose essentiellement pour la France de 1870 et pour la Russie de 1914. Si l'on écoute les dirigeants eux-mêmes de ces deux pays, l'analogie entre les deux situations, de 1870 et de 1914, au premier abord, paraît frappante.

Dans une conversation avec un interlocuteur anglais, le 22 juillet 1870, Napoléon III déclare: J'aurais aimé pouvoir régler l'affaire de la candidature Hohenzolern de manière pacifique, «but France has slipped out of my hand. I cannot rule unless I lead. This is the most national war that in my time France has undertaken, and I have no choice but to advance at the head of a public opinion which I can neither stem nor check.»<sup>1</sup> Lorsque l'Empereur vient s'incliner devant son vainqueur, le 2 septembre, à Sedan, il répète: Je n'ai pas voulu cette guerre, «mais l'opinion publique m'y a forcé»<sup>2</sup>.

Le Tsar Nicolas II, le 29 juillet 1914, télégraphie à Guillaume II: «An ignoble war

<sup>1</sup> Lettre signée «An Englishman» publ. dans le Daily Telegraph du 25 juillet 1870. L'auteur, qui a été reçu aux Tuileries, reproduit des paroles que l'Empereur l'a autorisé, dit-il, à faire connaître «au peuple anglais». L'intérêt de cette déclaration, très proche des faits, a été relevé par Charles de Rémusat, Mémoires de ma vie, éd. p. Charles H. Pouthas, t.5 (Paris 1967) 277-279, et par Michael Foot, The Origins of the Franco-Prussian War, in: New Cambridge Modern History, t.10 (Cambridge 1964) 598.

<sup>2</sup> Jean Stengers, Aux origines de la guerre de 1870: gouvernement et opinion publique: in: Revue Belge de Philologie et d'Histoire 34 (1956) 701; abrégé ci-après en: Stengers, Guerre de 1870. L'Empereur fait la même déclaration à Bismarck (ibid. 702). Dans une brochure qu'il écrit durant sa captivité et qu'il fait paraître sous le nom du marquis de Gricourt, il dit de même: «Le pays a voulu la lutte ... L'Empereur (y a été) vivement encouragé si ce n'est contraint par les manifestations de l'esprit public» (Marquis de Gricourt, Des relations de la France avec l'Allemagne sous Napoléon III (Bruxelles s.d. - 1871) 49-50; sur la rédaction de cette brochure, cf. Comte C. de Monts, La captivité de Napoléon III en Allemagne, trad. franç. (Paris 1910) 175, Henri Welschinger, La Guerre de 1870. Causes et responsabilités, t.I (Paris 1911) 54-55, et la correspondance Ollivier-Napoléon III dans Emile Ollivier, Philosophie d'une guerre: 1870 (Paris 1910) 339-340). L'Impératrice Eugénie, jusqu'à la fin de sa vie, continuera à défendre elle aussi la même idée: Stengers, Guerre de 1870, 704.

has been declared to a weak country (c'est la Serbie). The indignation in Russia, shared fully by me, is enormous. I foresee that very soon I shall be overwhelmed by the pressure brought upon me, and forced to take extreme measures which will lead to war.»<sup>3</sup> Ce télégramme se croise avec un message de Guillaume II au Tsar, expédié dans la soirée du 28 juillet: «I fully understand how difficult it is for you and your Government to face the drift of your public opinion.»<sup>4</sup> Telle est bien la «pressure» à laquelle le Tsar est soumis, et à laquelle il craint de ne pas pouvoir résister.

Les ministres, un Ollivier ou un Gramont en 1870, un Sazonow en 1914, soulignent aussi cette pression qu'ils subissent, et font ressortir ce que sont les exigences de l'opinion. Emile Ollivier, dès le 5 juillet 1870, lorsqu'il explique à Lord Lyons, l'ambassadeur de Grande-Bretagne, qu'il est impossible de permettre à un Hohenzollern de monter sur le trône d'Espagne, lui dit: «Public opinion in France would never tolerate it. Any cabinet, any government which acquiesced in it would be at once overthrown.»<sup>5</sup> Au même Lord Lyons, le 12 juillet, et cela après l'annonce de l'abandon de la candidature Hohenzollern, le duc de Gramont explique que «public opinion was so much excited in France» qu'elle exigeait «some more complete satisfaction from Prussia»<sup>6</sup>.

Le 30 juillet 1914, Sazonow déclare à l'ambassadeur de Grande-Bretagne, Sir George Buchanan, parlant de la Russie: «Excitement in country has reached such a pitch that she cannot hold back if Austria refuses to make concession» (c'est le style du télégramme de Buchanan). Et Sazonow de souligner encore que si la Russie demeurerait passive, «there would be a revolution in the country»<sup>7</sup>.

<sup>3</sup> Outbreak of the World War. German Documents collected by Karl Kautsky, éd. p. *Max Montgelas et Walter Schücking*, trad. anglaise (New York 1924) 295; How the War began in 1914, being the diary of the Russian Foreign Office, éd. p. *W. Cyprian Bridge* (Londres 1925) 46. Guillaume II commente le télégramme du Tsar devant le Kronrat, en disant: «Sein Volk sei ausser sich, und selbst wenn er den Krieg mit Deutschland nicht wollte, so würde er von der öffentlichen Meinung überwhelmed werden» (relation de Tirpitz, dans *Immanuel Geiss*, *Julikrise und Kriegsausbruch 1914*, t. II (Hannover 1964) 274).

<sup>4</sup> Outbreak of the World War, 296-297; How the War began, 45-46.

<sup>5</sup> Lyons à Granville, 7 juillet 1870, Public Record Office, F.O. 27/1805; d'après le Blue Book dans *Briefe, Aktenstücke und Regesten zur Geschichte der Hohenzollernschen Thronkandidatur in Spanien*, éd. p. *Richard Fester*, t. II (Berlin 1913) 4.

<sup>6</sup> Lyons à Granville, 12 juillet 1870, Public Record Office, F.O. 146/1474 (minute) et 27/1806 (original); d'après le Blue Book dans le recueil de *Fester*, II, 109-110.

<sup>7</sup> Buchanan à Grey, 30 juillet 1914, dans *British Documents on the Origins of the War 1898-1914*, éd. p. *G.P. Gooch et Harold Temperley*, t. XI (Londres 1926) 191-192. Dans un article sur la crise de juillet 1914, j'ai commis l'erreur de considérer que la première phrase reflétait les vœux, non de Sazonow, mais de Buchanan lui-même (*Jean Stengers*, July 1914, some reflections, in: *Annuaire de l'Institut de Philologie et d'Histoire Orientales et Slaves* 17 (1963-1965) 118; abrégé ci-après en: *Stengers*, July 1914). L'examen attentif du texte, de même que le recours au Confidential Print du Foreign Office, Further Correspondence respecting the War, July and August 1914 (Public Record Office, F.O. 438/2 et 371/2159), ne laissent pas de doute: c'est une déclaration de Sazonow.

Mais tout ceci ne consiste-t-il pas à invoquer – ce qui est un cas fréquent dans les relations internationales – l'«alibi» de l'opinion publique, afin d'expliquer que l'on n'a pas de liberté d'action? Apparemment non. Apparemment, un Gramont, un Sazonow croient ce qu'ils disent. Gramont se sent poussé dans les reins par l'opinion. Lorsqu'il télégraphie, puis écrit à Benedetti, le 10 juillet 1870: «Vous ne pouvez vous imaginer à quel point l'opinion publique est exaltée. Elle nous déborde de tous côtés.» «L'opinion publique s'enflamme et va nous devancer»<sup>8</sup>, lorsqu'il lui télégraphie à nouveau le 12 juillet: «L'animation des esprits est telle que nous ne savons pas si nous pourrions la dominer»<sup>9</sup>, rien ne permet de penser qu'il se sert là d'un «alibi»; il exprime des craintes réelles.

Ces textes, pris ici à titre de simples exemples, invitent donc à une comparaison du cas de la France de 1870 avec celui de la Russie de 1914.

Dans l'étude de ce problème, nous nous trouvons, notons-le immédiatement, devant deux traditions historiographiques complètement différentes.

Le rôle de l'opinion publique dans la genèse de la guerre de 1870 a été un thème de discussion dès l'époque même de la guerre, et la question n'a pas cessé depuis d'occuper les historiens, et souvent de les diviser. Les déclarations de Napoléon III à Sedan, le 2 septembre, avaient été immédiatement connues. Dans une circulaire du 17 septembre adressée aux représentants de la France à l'étranger, le nouveau ministre des Affaires étrangères, Jules Favre, réplique énergiquement: «Vainement ceux qui ont déchaîné sur la France ce redoutable fléau (c'est-à-dire la guerre) essayent-ils aujourd'hui d'échapper à la responsabilité qui les écrase en alléguant fausement qu'ils ont cédé au vœu du pays. Cette calomnie peut faire illusion à l'étranger...; mais il n'est personne chez nous qui ne la repousse hautement comme une œuvre de révoltante mauvaise foi.»<sup>10</sup> Et Michelet d'emprunter pour sa part le mode lyrique lorsqu'il évoque l'Empereur disant «La guerre, ce n'est pas moi, c'est la France qui l'a voulue»: «Mensonge indigne et bas, le plus faux qui se fit jamais... La scène est solennelle ici et mémorable. Elle rappelle celle de la Genèse où ce lâche Adam qui a peur, dit en tremblant: «Moi? Seigneur!... C'est elle, c'est cette femme-là!»<sup>11</sup>

Dans la littérature historique sur 1870, le problème est toujours resté présent. Jules Favre et Michelet ont trouvé des émules parmi les historiens républicains. Le 8, le 9, le 10 juillet 1870, écrit Jean Jaurès, «la France presque tout entière voulait la paix, et elle aurait soutenu énergiquement le ministre, qui, d'une parole mesurée et ferme, aurait dénoncé les agités»<sup>12</sup>. D'autres historiens, par contre, sans suivre com-

<sup>8</sup> Les Origines diplomatiques de la Guerre de 1870-1871, t. 28 (Paris 1931) 190 et 193; abrégé ci-après en: Origines diplomatiques.

<sup>9</sup> Origines diplomatiques, 28, 255. Même télégramme à La Valette, à Londres: ibid. 28, 257-258.

<sup>10</sup> Journal officiel de la République française, 18 septembre 1870.

<sup>11</sup> Jules Michelet, La France devant l'Europe (Florence 2 février 1871) 64-65; rééd. (Genève 1946) 87

<sup>12</sup> Jean Jaurès, La Guerre franco-allemande 1870-1871, rééd. (Paris 1971) 233.

plètement Napoléon III, font de l'excitation de l'opinion publique française un facteur relativement important. Des études spéciales – dont les conclusions ne concordent pas toujours – ont été consacrées au sujet par Malcolm Carroll, par Lynn M. Case, par le signataire de ces lignes<sup>13</sup>.

Pour 1914, au contraire, le problème de l'opinion, ou des opinions publiques, a été presque complètement absent des grandes controverses sur les origines de la guerre. Le livre, pourtant excellent, de *J. F. Scott*, *Five weeks. The surge of public opinion on the eve of the Great War*, publié en 1927, n'a eu pratiquement aucun écho – c'est un des grands méconnus de la littérature historique<sup>14</sup>. Le maître incontesté, en France, des études sur les origines de la guerre, Pierre Renouvin, écrivait en 1955 à propos de 1914: «Les mouvements de l'esprit public, pour autant que la recherche historique peut permettre d'apprécier leur rôle, ne semblent, nulle part, avoir exercé une impulsion ... Les mouvements d'opinion ... n'ont pas poussé les hommes d'État à l'action de force.»<sup>15</sup> Le maître américain, Bernadotte Schmitt, se prononçait en 1961 dans le même sens<sup>16</sup>. Nous avons essayé pour notre part – en sens inverse –, dans un article publié en 1966, d'attirer l'attention sur le cas de la Russie, et sur le poids en 1914 de l'opinion publique russe, ce qui est le thème que nous reprenons dans le présent exposé<sup>17</sup>.

Quelles sont, s'agissant à la fois de 1870 et de 1914, les questions à se poser? On peut, nous semble-t-il, en distinguer essentiellement quatre:

1. Quelles ont été, si l'on se livre à une analyse aussi objective que possible, les réactions de l'opinion?
2. Au moment de prendre ses grandes décisions, le pouvoir a-t-il agi avec le sentiment qu'il lui était impossible de résister à la contrainte de l'opinion?
3. L'opinion, en tout état de cause, rendait-elle ces grandes décisions inévitables?
4. Sans le facteur de l'opinion, la guerre aurait-elle pu être évitée?

<sup>13</sup> *E. Malcolm Carroll*, French public opinion on war with Prussia in 1870, in: *American Historical Review* 31 (1925–1926) 679–700; du même, French public opinion and Foreign affairs 1870–1914 (Londres 1931) 25 et sv.; *Lynn M. Case*, French opinion on war and diplomacy during the Second Empire (Philadelphie 1954) 241 et sv.; *Stengers*, Guerre de 1870. Voir aussi *Aimé Dupuy*, 1870–1871. La Guerre, la Commune et la presse (Paris 1959) et *Rudolf von Albrechtini*, Frankreichs Stellungnahme zur deutschen Einigung während des Zweiten Kaiserreichs, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 5 (1955).

<sup>14</sup> «It is the contention of the writer», écrivait Scott, «that the influence of public opinion in certain countries during the diplomatic crisis of the summer of 1914 was the most important factor in precipitating the war» (Scott, 19).

<sup>15</sup> *Pierre Renouvin*, Le XIXe siècle. II. De 1871 à 1914, in: *Histoire des relations internationales publ. sous la dir. de Pierre Renouvin* (Paris 1955) 372. Voir dans le même sens son article, Les origines de la guerre de 1914, in: *Le Monde*, 29 juillet 1964.

<sup>16</sup> *Bernadotte E. Schmitt*, The relation of public opinion and foreign affairs before and during the First World War, in: *Studies in diplomatic history and historiography in honour of G. P. Gooch*, éd. p. *A. O. Sarkissian* (Londres 1961) 328.

<sup>17</sup> *Stengers*, July 1914.

Cette décomposition du problème peut paraître, bien entendu, quelque peu artificielle, mais de tels éclairages successifs offrent, nous semble-t-il, un bon cadre à la discussion.

*Première question:* Les réactions de l'opinion, analysées aussi objectivement que possible.

#### A. 1870<sup>18</sup>

La candidature Hohenzollern a suscité une réaction très forte, très vive, de l'opinion française: une véritable poussée de fièvre. La réaction a été pratiquement immédiate. Impossible, considère-t-on, de ne pas répondre à une telle provocation. L'ardeur quasi-belliqueuse qui sera celle, le 6 juillet, de la déclaration du duc de Gramont, va, dans les jours qui suivent, donner le ton. «Nous sommes ici en pleine ébullition», écrit le 7 juillet le correspondant parisien d'un journal belge. «Il serait inutile de dissimuler la vivacité de l'agitation qui s'est emparée de l'opinion publique, et dont les journaux, à quelque nuance qu'ils appartiennent, se font les interprètes.»<sup>19</sup> Un diplomate allemand à Paris note le 9 juillet que «les esprits sont montés ici contre la Prusse jusqu'au paroxysme»<sup>20</sup>.

La colère est d'autant plus vive que la candidature Hohenzollern apparaît comme la goutte d'eau qui fait déborder le vase. On a le sentiment d'avoir été, depuis 1866, depuis Sadowa, humilié par la Prusse<sup>21</sup>. «Depuis Sadowa», note – en railant d'ailleurs – un journaliste, «il est admis que nous avons à l'orgueil national une plaie béante et saignante.»<sup>22</sup> L'opposition, dans ses attaques contre le régime, s'est d'ailleurs plu à insister sur ce thème, à souligner l'humiliation de la France. «N'est-ce pas vous», lance Emile Ollivier, «qui depuis 1866 n'avez cessé de représenter l'œuvre de Sadowa comme une déchéance intolérable?»<sup>23</sup> La formule de Thiers est qu'il faut «réparer Sadowa»<sup>24</sup>. On avait à ce point remué le fer dans la plaie «qu'à la fin», observe un contemporain, «Sadowa semblait être une défaite française plutôt qu'une défaite autrichienne»<sup>25</sup>. Après cette longue humiliation, le défi

<sup>18</sup> Nous renvoyons pour les développements du sujet à notre exposé détaillé dans *Stengers, Guerre de 1870*.

<sup>19</sup> Echo du Parlement belge, 9 juillet 1870.

<sup>20</sup> Cité par *Eberhard Kolb, Der Kriegausbruch 1870. Politische Entscheidungsprozesse und Verantwortlichkeiten in der Julikrise 1870* (Göttingen 1970) 100; abrégé ci-après en: *Kolb, Kriegausbruch*.

<sup>21</sup> Analyse de ce sentiment dans *Stengers, Guerre de 1870*, 710–712.

<sup>22</sup> Le Figaro, 12 juillet 1870.

<sup>23</sup> Discours du 15 juillet 1870 au Corps législatif, d'après le Journal officiel de l'Empire français, 1870, n° 193.

<sup>24</sup> Il la répète encore dans son discours du 15 juillet 1870 au Corps législatif: *Adolphe Thiers, Discours parlementaires*, éd. p. *M. Calmon*, t. 12 (Paris 1882) 653.

<sup>25</sup> *Fernand Giraudeau, La vérité sur la campagne de 1870* (Marseille 1871) 103.

de la candidature Hohenzollern: la coupe est pleine. Emile Ollivier lui-même dit à l'ambassadeur d'Autriche-Hongrie, avec une sorte de fureur concentrée: «Nous en avons assez des humiliations que la Prusse veut nous imposer.»<sup>26</sup>

Les témoignages des observateurs étrangers et ceux des observateurs français concordent pour faire ressortir la montée de la fièvre, la montée de l'excitation. Citons-les pour le 11 juillet: «Opinion surexcitée» (Beyens, ministre de Belgique à Paris)<sup>27</sup> – «The nation is extremely impatient, and as time goes on the war party becomes more exacting» (Lord Lyons)<sup>28</sup> – «L'émotion ici est sérieuse et terrible ... Paris est dans une extrême agitation» (Ludovic Halévy)<sup>29</sup> – «Une vive émotion règne dans Paris. La guerre prochaine est l'unique sujet de toutes les conversations. L'élan se prononce de plus en plus, les opinions s'effacent ou plutôt s'unissent dans un sentiment commun, on entend répéter partout: Il faut en finir!» (Correspondance du *Journal de Bruxelles*)<sup>30</sup>.

Même après l'abandon de la candidature Hohenzollern, comme le gouvernement lui-même a annoncé que l'affaire n'est pas close, l'agitation des esprits, entretenue par une grande partie de la presse, persiste. Le 13 et le 14 juillet éclatent à Paris les premières manifestations de rue importantes. L'alarme des diplomates étrangers qui suivent la situation à Paris ne s'atténue pas, bien au contraire. Metternich, l'ambassadeur d'Autriche-Hongrie, télégraphie à Vienne le 14 juillet, à 15 h. 20 (c'est avant qu'il n'apprenne le contenu de la «dépêche d'Em»): «Opinion publique commence à peser sur le gouvernement au point que la paix paraît désormais impossible.»<sup>31</sup>

C'est sur ce fond d'agitation et même, chez beaucoup, d'une surexcitation qui n'a pas cessé, que le gouvernement devra délibérer des suites à donner à la dépêche d'Em.

Dans cette opinion, dont nous tentons d'esquisser ici la physionomie, le sentiment dominant, qui deviendra très vite un sentiment passionnel, est que l'on ne peut tolérer l'attitude de la Prusse, qu'il faut à tout prix – et le prix sera, s'il le faut, la guerre – que la Prusse recule. Mais il existe incontestablement une frange, très

<sup>26</sup> *Hermann Oncken*, Die Rheinpolitik Kaiser Napoleons III. von 1863 bis 1870 und der Ursprung des Krieges von 1870/71, t.3 (Berlin 1926) 402; abrégé ci-après en: *Oncken*, Rheinpolitik.

<sup>27</sup> Beyens à d'Anethan, 11 juillet 1870, Bruxelles, Arch. du Ministère des Affaires étrangères, Correspondance politique, Légations, France.

<sup>28</sup> Lyons à Granville, 11 juillet 1870; Public Record Office, F.O. 27/1805. Dépêche publiée dans le Blue Book avec la date erronée du 12 juillet, ce qui a créé une certaine confusion chez les historiens: voir *Stengers*, Guerre de 1870, 717 n. 4.

<sup>29</sup> Lettre à Prévost-Paradol du 11 juillet, dans *Ludovic Halévy*, Carnets, éd. p. *Daniel Halévy*, t. II (Paris 1935) 169.

<sup>30</sup> *Journal de Bruxelles*, 12 juillet 1870.

<sup>31</sup> *Oncken*, Rheinpolitik, t.3, 437. Lord Lyons télégraphie lui aussi à peu près à la même heure: «The excitement, especially in the army, is so great that it is doubtful whether the Emperor will or can with safety withstand the cry for war» (F.O. 27/1806; non publié dans le Blue Book).

minoritaire sans doute, mais extrêmement bruyante, qui accueille avec une ardeur presque joyeuse l'idée que la France, grâce à l'incident Hohenzollern, puisse enfin infliger à la Prusse la leçon qu'elle mérite. Elle souhaite visiblement la guerre. C'est l'idée de la «bonne guerre» – une guerre évidemment victorieuse, personne n'en doute – qui restaurera le prestige de la France, et consolidera par le fait même le régime impérial. On trouve cette idée chez des hommes politiques, chez des journalistes de droite. C'est aussi celle, apparemment, de l'Impératrice Eugénie<sup>32</sup>.

Certains, à l'époque, ont été à ce point impressionnés par ces voix qui criaient à la guerre qu'ils ont pu croire qu'il s'agissait de la voix du pays. L'envoyé personnel du Roi d'Italie à Paris, le comte Vimercati, va dans ce sens lorsqu'il télégraphie le 14 juillet à Victor-Emmanuel II: «Opinion publique veut la guerre.»<sup>33</sup> Mais c'est surtout – et ceci est capital – Napoléon III qui se laisse aller à cette grossière erreur d'interprétation. L'Empereur a manifestement cru, en 1870, que la France, que «le pays» voulait la guerre. Ce qu'il écrit et dit lui-même est, à cet égard, parfaitement clair. A la nouvelle de la renonciation du prince de Hohenzollern, il déclare: «C'est la paix!», mais il ajoute: «Le pays sera désappointé.»<sup>34</sup> «Je sais bien», dit-il à Nigra, le ministre d'Italie, «que l'opinion publique, excitée comme elle est, eût préféré une autre solution, la guerre...»<sup>35</sup>.

L'erreur, chez Napoléon III, provient sans doute de plusieurs causes. De l'influence de son entourage, presque certainement. Mais aussi peut-être de la projection inconsciente, sur ce qu'il regarde comme «le pays», de sa propre psychologie. L'Empereur, en juillet 1870, est un homme vacillant – malade, ce qui explique sans doute beaucoup de choses, mais surtout vacillant. Il passe par des sentiments divers

<sup>32</sup> Il y a sur Eugénie toute une littérature, qu'il serait trop long d'analyser ici. Voir une page qui nous paraît bonne dans *Adrien Dansette*, Du 2 Décembre au 4 Septembre. Le Second Empire (Paris 1972) 388. Il faut traiter avec une certaine méfiance, notons-le, ce qu'a écrit sur le sujet la veuve d'Emile Ollivier (*Marie-Thérèse Ollivier*, L'Epouse de l'Empereur. Souvenirs personnels, in: Revue de Genève, février 1921; de la même, J'ai vécu l'agonie du Second Empire, éd. p. *Anne Troisier de Diaz*, Paris 1970). Nous attribuons par contre une grande valeur au témoignage d'une demoiselle d'honneur de l'Impératrice, Marie de Larminat. Celle-ci écrit de Saint-Cloud, vraisemblablement le 13 juillet 1870. «Tout le monde ici, l'Impératrice en tête, désire tellement la guerre qu'il me paraît impossible que nous ne l'ayons pas» (*Comtesse des Garats*, Souvenirs d'une demoiselle d'honneur, Auprès de l'Impératrice Eugénie, éd. p. *Marie-Louise des Garats* (Paris 1928) 187).

<sup>33</sup> Documenti Diplomatici Italiani, 1re série, 1861–1870, vol. 13 (Rome 1963) 77; abrégé ci-après en: DDL.

<sup>34</sup> Lettre à Emile Ollivier du 12 juillet, dans *Origines diplomatiques* t. 28, 251–252.

<sup>35</sup> *Costantino Nigra*, Ricordi diplomatici 1870, in: Nuova Antologia 140 (1895) 10. L'Empereur, écrit Emile Ollivier, était «inquiet à cause de la déception qu'allait éprouver le pays de ne pas vider définitivement sa querelle avec la Prusse» (*Emile Ollivier*, L'Empire libéral, t. 14 (Paris 1909) 239; du même, Philosophie d'une guerre: 1870 (Paris 1910) 169). Ollivier cite aussi ces paroles révélatrices de Napoléon III dans la soirée du 14 juillet: «Voyez dans quelle situation un gouvernement peut se trouver parfois; n'aurions-nous aucun motif avouable de guerre, nous serions cependant obligés de nous y résoudre pour obéir à la volonté du pays!» (*L'Empire libéral*, t. 14, 373; Philosophie d'une guerre, 270).

et contradictoires. Lorsqu'il tente des démarches secrètes pour obtenir le désistement de Léopold de Hohenzollern, c'est évidemment dans l'espoir de sauver la paix<sup>36</sup>. Mais à d'autres moments, non moins évidemment, le désir qui le saisit, lui aussi, est celui d'une «bonne guerre». Le 11 juillet, dans la soirée, il s'entretient avec Metternich du meilleur moyen de «rendre la guerre inévitable». «Vous voyez», mande l'ambassadeur à son gouvernement, «que l'on désire marcher (le «on», bien entendu, désigne avant tout l'Empereur), pensant avec raison, je crois, ne jamais trouver une meilleure occasion.»<sup>37</sup> Le 12 juillet, après le désistement, recevant Nigra et Vimercati, Napoléon III ne leur fait pas mystère de ses réactions: il n'est pas satisfait «car il aurait préféré la guerre»<sup>38</sup>. L'Empereur, observe Vimercati, était «véritablement désolé»<sup>39</sup>. De là à projeter ses sentiments sur «le pays», psychologiquement, il n'y a qu'un pas. Ce sera là, chez l'Empereur, un redoutable égarement.

### B. 1914<sup>40</sup>

Soulignons-le d'entrée de jeu: dans la Russie de 1914, l'excitation a été grande, mais on ne trouve nulle part le souhait d'une «bonne guerre». Chez aucun dirigeant, pas plus que dans aucune fraction de l'opinion, on ne perçoit le sentiment que la guerre pourrait être profitable à la Russie, qu'elle pourrait être pour elle une solution heureuse. Certains observateurs, devant la houle qu'ils voyaient monter, ont pu s'y tromper. Ainsi de Maurice Paléologue, l'ambassadeur de France à Saint-Petersbourg, qui déclare le 31 juillet 1914 à un membre de son entourage: Sazonow travaille inlassablement à essayer de sauver la paix, mais «il sera l'homme le plus

<sup>36</sup> Ce sont les démarches par la filière Olozaga-Strat – bien connues depuis le récit d'Emile Ollivier –, et celles par l'intermédiaire du Roi des Belges. «A la demande pressante mais très secrète de l'Empereur Napoléon», mandait Léopold II à la Reine Victoria, «j'ai écrit au Prince Léopold de Hohenzollern pour lui dire que de sa sagesse, de son désistement au trône d'Espagne, dépendait le repos du monde» (The Letters of Queen Victoria, 2e série, t. II, éd. p. George Earle Buckle (Londres 1926) 25–26; la lettre du Roi des Belges à Léopold de Hohenzollern a été publiée par Michel Huysman, Juillet 1870. La candidature Hohenzollern et la famille royale de Belgique, in: Le Flambeau, janvier 1932).

<sup>37</sup> Oncken, Rheinpolitik, t. 3, 427. On trouve un écho de cette conversation entre l'Empereur et Metternich dans une dépêche de Beyens, qui était en contact étroit avec Metternich. «On a délibéré», écrit Beyens le 12 juillet, «sur les prétextes à prendre dans le cas où le dernier grief (= la candidature Hohenzollern) ferait défaut ... Hier encore l'Empereur a repris l'examen de ce point» (Beyens à d'Anethan, 12 juillet 1870; fonds cité).

<sup>38</sup> Nigra à Visconti Venosta, 13 juillet 1870, dans DDI, 1re série, vol. 13, 70.

<sup>39</sup> Vimercati à Victor-Emmanuel II, 12 juillet 1870, dans DDI, *ibid.*, 60. Nigra, dans une note rédigée postérieurement, a contesté la présence de Vimercati à une entrevue avec l'Empereur le 12 juillet (voir *ibid.*, 60 n. 1); sa mémoire le trahissait car Beyens, dans une dépêche du 13 juillet, parle d'une réception à la fois de Nigra et de Vimercati (Beyens à d'Anethan, 13 juillet 1870; fonds cité).

<sup>40</sup> Pour une analyse plus détaillée que celle que nous présentons ici, voir Stengers, July 1914.

vilipendé, le plus impopulaire de son pays s'il évite la guerre»<sup>41</sup>. C'était croire que l'opinion russe voulait la guerre. La méprise était grossière. Peut-être, comme dans le cas de Napoléon III en 1870, s'expliquait-elle en partie par la projection que Paléologue faisait de sa psychologie personnelle: celle d'un patriote français qui, du fond du cœur, ne pouvait s'empêcher de songer à la «revanche»...<sup>42</sup>

L'arrière-plan psychologique sur lequel se profile le conflit qui va éclater n'est pas du tout, dans la Russie de 1914, celui que l'on avait trouvé dans la France de 1870. Ce n'est pas la rancœur et l'animosité à l'égard d'un rival dangereux. C'est un sentiment d'une toute autre nature: le sentiment de solidarité que la Russie, la grande nation slave, éprouve pour ses «frères», les Slaves des Balkans, dont elle se juge la protectrice naturelle. L'ambassadeur britannique à Saint-Petersbourg, Sir George Buchanan, fait là-dessus, avant 1914, d'excellentes observations. «There is one question in Russia on which public opinion cannot be disregarded. In its Slav sympathies all Russia is united», écrit-il le 9 octobre 1912<sup>43</sup>. Et le 15 mai 1913: «Militant Pan Slavism may be limited to a small section of Russian public opinion, but I do believe that every true Russian has at heart a vague sentiment of national solidarity and any war which closely affected Slav interests would at any rate be gladly endured if not welcomed.»<sup>44</sup>

En 1914, l'homme qui sentit sans doute le mieux ce qu'allait être la signification de ce facteur psychologique profond, fut Jean Jaurès. Dans son discours de Vaise, le 25 juillet – le dernier discours qu'il ait prononcé en France – Jaurès s'écriait: «Citoyens, la note que l'Autriche a adressée à la Serbie est pleine de menaces, et si l'Autriche envahit le territoire slave, si les Germains, si la race germanique d'Autriche fait violence à ces Serbes qui sont une partie du monde slave et pour lesquels les Slaves de Russie éprouvent une sympathie profonde, il y a à craindre et à prévoir que la Russie entrera dans le conflit.»<sup>45</sup>

Analyse d'une admirable prescience. L'ultimatum autrichien à la Serbie va provoquer en Russie une indignation générale. «Il n'y a personne ici», écrit le 25 juillet le correspondant d'un journal belge à Saint-Petersbourg, «aussi bien dans ce qu'il est convenu d'appeler les hautes sphères, que dans les masses qui lisent les jour-

<sup>41</sup> Journal de la Marquise de Laguiche, femme de l'attaché militaire français à Saint-Petersbourg; copie entre les mains de sa fille, la Princesse de Merode-Westerloo, à qui j'adresse ici mes vifs remerciements.

<sup>42</sup> Un officier français qui rend visite à Paléologue le 31 juillet écrit: «M. Paléologue paraît tout à fait certain de la guerre et s'en réjouit presque, en songeant que la situation actuelle est la plus favorable que l'on ait jamais pu espérer» (L'Esprit public en Russie. Journal d'un mobilisé, in: Le Correspondant, 10 septembre 1914, 756).

<sup>43</sup> British Documents on the Origins of the War, t. IX, 1re partie, 770.

<sup>44</sup> Id., t. IX, 2e partie, 792-793. Sur ce sentiment de solidarité, voir *Fernand Grenard*, La Révolution russe (Paris 1933) 144-145, et *Stengers*, July 1914, 121-124.

<sup>45</sup> *Alfred Rosmer*, Le mouvement ouvrier pendant la guerre. De l'Union Sacrée à Zimmerwald (Paris 1936) 485; *Jean Jaurès*, Œuvres, éd. p. *M. Bonnaïous*, t. 9 (Paris 1939) 383.

naux et se rendent plus ou moins compte de ce qui se passe, il n'y a personne, dis-je, qui ne considère l'acte de l'Autriche comme un défi, comme une offense sanglante faite à la Russie.»<sup>46</sup> Un Suédois établi dans la capitale russe notait le lendemain ce qu'il entendait dire «de toute part»: «L'Autriche, ce pays haï et méprisé, osait tenir un tel langage et avoir de telles exigences envers une nation si proche du cœur de la Russie, placée sous sa protection, une nation de la même race et de la même foi ... Un coup en pleine face de toute la nation russe!»<sup>47</sup> Après l'attaque contre la Serbie, l'indignation va se faire explosive, violente. Les diplomates, les journalistes étrangers en sont les témoins. Ils parlent d'ailleurs moins d'indignation que d'«enthousiasme». «Enthousiasme», dans leurs rapports, est le mot-clé. «An extraordinary wave of enthusiasm is sweeping over the country», télégraphie le correspondant du *Times* le 29 juillet<sup>48</sup>. Cet enthousiasme, c'est celui des manifestants qui emplissent de leurs cris les rues de Saint-Petersbourg, de Moscou, d'Odessa, des Russes de toutes classes, des ouvriers mêmes – qui, à Saint-Petersbourg passent d'un jour à l'autre d'une grève révolutionnaire à des démonstrations patriotiques<sup>49</sup> –, d'une Russie qui clame qu'elle veut courir au secours de ses frères serbes. Même les petites villes de province sont gagnées par la fièvre, signale le 31 juillet le correspondant du *Matin*. C'est, écrit-il, «l'immense et magnifique élan de la race slave, qui vient se précipiter au secours de ses frères victimes de la plus odieuse, de la plus inqualifiable agression»<sup>50</sup>. Le ministre de Bulgarie à Saint-Petersbourg, le général Dimitrieff, parle successivement, dans ses télégrammes du 30 et du 31 juillet, d'un «enthousiasme grandissant pour la guerre avec l'Autriche», et d'un mouvement populaire en faveur de la guerre qui prend des «proportions incroyables»<sup>51</sup>.

Le diagnostic le plus impressionnant est sans doute celui, le 30 juillet, du correspondant de la *Frankfurter Zeitung*. La guerre, télégraphie-t-il de Saint-Petersbourg, «tient à un fil». Des nouvelles alarmantes paraissent dans la presse russe. Et d'ajouter: «Natürlich steigern solche Alarmnachrichten die an sich hochgespannte Stimmung, die bereits das Mass überschritten hat, innerhalb dessen man annehmen durfte, die leitenden Staatsmänner würden sich ihr entziehen können»<sup>52</sup> – la tension a atteint un tel degré que les dirigeants ne sont plus en mesure d'y résister<sup>53</sup>.

<sup>46</sup> Etoile belge, 2 août 1914.

<sup>47</sup> Svenska Dagbladet, 31 juillet 1914; cf. Stengers, July 1914, 125–126.

<sup>48</sup> The Times, 31 juillet 1914, p. 8.

<sup>49</sup> Stengers, July 1914, 132–133; Alexander Kerensky, *The crucifixion of liberty* (Londres 1934) 175; Bertram D. Wolfe, *An Ideology in power. Reflections on the Russian Revolution* (New York 1969) 93.

<sup>50</sup> Le Matin, 1er août 1914.

<sup>51</sup> Die Bulgarischen Dokumente zum Kriegausbruch 1914, in: Die Kriegsschuldfrage 6 (1928) 249 et 251.

<sup>52</sup> Frankfurter Zeitung, 31 juillet 1914.

<sup>53</sup> Mon analyse, dans July 1914, était fondée notamment sur le matériel original relatif à la Russie recueilli dans les principaux organes de presse de plusieurs pays européens – les jour-

Ces deux brèves descriptions, de 1870 et de 1914, doivent être l'une et l'autre accompagnées d'un tempérament considérable. Nous avons, à propos de la fièvre de 1914, parlé avant tout de Saint-Petersbourg, ou encore de Moscou ou d'Odessa. En 1870, c'est avant tout Paris qui est en scène, et l'on pourrait sans doute y ajouter Marseille et quelques autres grandes villes<sup>54</sup>. Mais que dire de la campagne, des paysans français? Que dire, en 1914, en Russie, des immenses masses paysannes? Georges Sand, dans une lettre du 14 juillet 1870, marque bien le contraste entre Paris et son village de Nohant. «Plauchut», note-t-elle, «m'écrit que Paris est *rugissant* d'enthousiasme. Ce n'est pas la même chose en province. On est consterné.»<sup>55</sup> Un contemporain relève de même dans son journal, à propos de l'agitation de Paris: «Les lettres que les députés recevaient de leurs électeurs attestaient une effervescence analogue dans les grands centres, et un calme véritable dans les campagnes.»<sup>56</sup> En Russie, en 1914, reconnaît de son côté le baron de Taube, si «Petersbourg, Moscou et les grandes villes témoignaient ... de leur ferme volonté de relever, comme il convenait à un grand peuple, le gant jeté à la Russie», il «était difficile de pénétrer dans le fond des sentiments du véritable peuple russe, de l'immense

naux britanniques, français, allemands, autrichiens, belges, hollandais, suisses, suédois et roumains – ainsi que dans des journaux américains. J'y ajoute maintenant la presse italienne, dont les correspondants en Russie fournissent des informations et des commentaires de la même intensité: La Stampa, de Turin, du 31 juillet 1914 (télégramme de Saint-Petersbourg du 30 juillet parlant de la «fervore di guerra»), le Corriere della Sera, de Milan du 1er août 1914 (télégramme de Saint-Petersbourg du 31 juillet), La Tribuna, de Rome, du 2 août 1914 (avec une importante correspondance de Saint-Petersbourg, de juillet, signée «Lwow»), et surtout le Giornale d'Italia du 3 août, contenant une longue correspondance de Saint-Petersbourg d'Armando Zanetti, datée du 28 juillet. Zanetti écrit: «Il pubblico di Pietroburgo, Mosca e di qualche altra grande città, imbevuto di idee panslavistiche, educato, dalla coscienza più o meno diritta dei popoli occidentali, ha un concetto di dignità nazionale e di necessità politiche di una grande potenza, sente vivamente la necessità per la Russia in questo momento ... di riaffermarsi grande potenza, di giungere fino alla guerra pur di evitare una irreparabile annichilazione del proprio prestigio.» L'analyse de Zanetti, dont nous ne citons que ce court passage, est la plus poussée que nous ayons trouvée dans la presse occidentale. Armando Zanetti, jeune journaliste en 1914 – il était arrivé à Saint-Petersbourg en 1913, à l'âge de vingt-trois ans – a encore lu et commenté cinquante ans plus tard mon étude sur July 1914; il est décédé en 1977.

<sup>54</sup> Voir notamment une allusion à Marseille dans une lettre de Napoléon III à La Valette du 23 juillet 1870. L'Empereur écrit: «L'enthousiasme qui existe en France est quelque chose d'incroyable. Le préfet de Marseille écrivait quelques jours avant que la guerre ne fût déclarée: *Une paix, même honorable, ne satisferait pas l'opinion publique, et si Marseille, ville pacifique par excellence, est sur ce diapason, figurez-vous le reste*» (Adrien Dansette, Du 2 Décembre au 4 Septembre, 387–388).

<sup>55</sup> Georges Sand, Correspondance, t.6 (Paris 1884) 3.

<sup>56</sup> Ernest Pinard, Mon Journal, t. II (Paris 1892) 42–43.

population rurale<sup>57</sup>. Sans doute, dans sa très grande majorité, avant que n'arrive l'ordre de mobilisation générale, ignorait-elle même ce qui se passait<sup>58</sup>.

L'«opinion publique» dont nous faisons si grand cas n'était donc, tant en 1870 qu'en 1914, qu'une opinion restreinte. Le terme même d'«opinion publique», dans ces conditions, n'est-il pas abusif? Notons que c'est celui que les contemporains, pratiquement sans exception, employaient constamment. Surtout, ce qui justifie l'usage du terme est que cette opinion, même restreinte, était celle qui, politiquement, comptait. C'est elle, essentiellement, qui pèse sur le régime, c'est d'elle, essentiellement, que le régime dépend. Le gouvernement impérial, s'il voulait éviter des troubles, devait regarder vers Paris, et non vers Nohant. Et personne, en Russie, en 1914, ne pouvait douter – ne fût-ce simplement qu'en observant les grèves de Saint-Pétersbourg, et les barricades que dressaient les grévistes – de l'endroit où, pour le gouvernement du Tsar, se situerait éventuellement le péril. L'«opinion publique» était là où étaient aussi les poudrières.

*Deuxième question:* Le pouvoir, au moment de prendre ses décisions cruciales, a-t-il eu le sentiment qu'il lui était impossible de résister à la contrainte de l'opinion?

Dans ces relations pouvoir-opinion, une question préalable se pose: le pouvoir, en fait, ne subit-il pas la pression d'une opinion qu'il a lui-même contribué à former, à exciter.

Si l'on prend le cas de 1870, il est évident que la déclaration Gramont du 6 juillet, par sa forme même – des paroles qui sonnent la fanfare, et qui ont surpris et choqué des diplomates étrangers<sup>59</sup> – a donné un coup de fouet à l'opinion<sup>60</sup>. Mais, il est facile de le voir, elle n'a fait qu'accentuer une réaction qui était déjà très vive avant même que Gramont ne monte à la tribune, et qui, en tout état de cause, aurait certainement eu une force considérable.

En 1914, à Saint-Pétersbourg, les manifestations de rue ont sans doute bénéficié

<sup>57</sup> *Baron M. de Taube*, La politique russe d'avant-guerre et la fin de l'Empire des tsars, 1904–1917. Mémoires (Paris 1928) 380–381.

<sup>58</sup> De bonnes pages sur le monde paysan dans *Bertram D. Wolfe*, *An Ideology in power*, 94–96. Une remarque frappante du général Broussilov, dans ses Mémoires: «Even after war was declared, the drafts arriving from the interior of Russia had not the slightest notion what the War had to do with them ... The men were led like sheep to the slaughter without knowing why» (*General A. A. Brussilov, A soldier's note-book 1914–1918* (Londres 1930) 37).

<sup>59</sup> Voir *Kolb*, *Kriegsausbruch*, 100–105. Relevons à ce propos la réaction très caractéristique de Jules Devaux, le chef de cabinet de Léopold II, qui écrit à Beyens, le 8 juillet, dans une lettre privée (une lettre où le «nous» représente évidemment avant tout le Roi des Belges): «Nous concevons ici la colère de l'Empereur Napoléon et nous lui donnons raison. Mais nous donnons tort à son gouvernement d'avoir, au Corps législatif, engagé l'amour-propre de la France, au point où ils l'ont fait, sur des semi-informations» (Bruxelles, Arch. du Ministère des Affaires étrangères, Papiers Beyens).

<sup>60</sup> Elle a, écrivait Buloz, «passionné» l'opinion (Chronique de la quinzaine, in: *Revue des Deux Mondes*, 15 juillet 1870, 508). Beyens emploie le même verbe dans sa dépêche du 6 juillet (dans sa correspondance diplomatique, fonds cité).

à certains moments de la collaboration de la police<sup>61</sup>. Mais ce n'est là qu'un élément tout à fait mineur, et on peut dire marginal.

Il est donc impossible de soutenir que le pouvoir a subi le contrecoup de ce qu'il avait lui-même engendré. Pour l'essentiel, l'opinion avec laquelle il a dû compter s'était formée en dehors de lui.

A-t-il eu le sentiment qu'il lui était impossible d'y résister? Passons en revue à ce sujet les décisions majeures de 1870 et de 1914.

#### A. 1870

Deux moments majeurs: la demande de garanties du 12 juillet, et, les 14-15 juillet, la décision de faire la guerre.

La demande de garanties a été élaborée et décidée, dans l'après-midi du 12 juillet, dans un tête-à-tête entre l'Empereur et son ministre des Affaires étrangères<sup>62</sup>. Ni Napoléon III ni Gramont n'ont jamais révélé le secret de cette délibération lourde de conséquences. Gramont dira le lendemain à Metternich que «l'opinion très montée en France réclame cette solution»<sup>63</sup>. Quand on connaît d'autres déclarations de Gramont, et sa correspondance avec Benedetti – nous avons cité ces textes au début de notre article<sup>64</sup> –, quand on connaît les fantasmes que l'Empereur se faisait au sujet du «pays», on incline à penser que Napoléon III et son ministre se sont effectivement imaginé qu'ils devaient agir comme ils le faisaient pour satisfaire aux exigences de l'opinion. L'explication est d'une très grande vraisemblance.

Mais d'autres ministres, une fois mis au courant de la demande de garanties, n'ont pas eu, apparemment, la même analyse. Même s'il subsiste beaucoup d'incertitude au sujet de ce qui s'est passé au Conseil des Ministres du 13 juillet<sup>65</sup>, un fait est clair: le Conseil, le 13 juillet, amorcé, dans la discussion avec la Prusse, une marche arrière. La majorité des ministres ne se sentaient donc manifestement pas tenus à une attitude intransigeante.

A ce moment, tout était encore possible. Comment les dirigeants français, devant une réponse prussienne autre que la gifle de la dépêche d'Ems, auraient-ils réagi? On ne peut se livrer à ce sujet qu'au jeu des hypothèses. Comme Bismarck

<sup>61</sup> *Stengers*, July 1914, 126-127.

<sup>62</sup> Steefel a bien montré que la scène a dû se passer aux Tuileries, et non à Saint-Cloud comme on l'avait toujours dit. Ceci exclut donc la présence de l'Impératrice (*Lawrence D. Steefel*, *Bismarck, the Hohenzollern candidacy and the origins of the Franco-German war of 1870* (Cambridge, Mass. 1962) 155-156).

<sup>63</sup> *Oncken*, *Rheinpolitik*, t. 3, 432.

<sup>64</sup> Voir aussi *Stengers*, *Guerre de 1870*, 724-725, ainsi que les paroles de Gramont et d'Ollivier à Werther lorsqu'ils réclament – peu avant que ne soit élaborée la demande de garanties – une lettre du roi de Prusse: «Les deux Ministres (faisaient) ressortir qu'ils avaient besoin d'un arrangement de ce genre pour calmer l'émotion des esprits» (*Origines diplomatiques*, 28, 462).

<sup>65</sup> Remarques très judicieuses à ce sujet dans *Kollb*, *Kriegsausbruch*, 131-132.

l'écrivait, d'une plume perçante, dans une lettre du 10 juillet: «Man könne politische Entschliessungen zorniger Leute beiderlei Geschlechts eben so wenig vorhersagen wie das Wetter»<sup>66</sup>. Nous sommes ici en face d'un de ces «si» de l'histoire qui sont pratiquement insolubles.

Mais le fait net, incontournable, a été la publication et la communication par la Prusse à des gouvernements étrangers de la dépêche d'Ems. C'est là-dessus – en même temps d'ailleurs que sur des nouvelles relatives aux préparatifs militaires prussiens qui faisaient croire que la Prusse était décidée à la guerre<sup>67</sup> – que le gouvernement français a délibéré le 14 et le 15 juillet, et c'est là-dessus qu'il a décidé lui-même la guerre.

S'agissant de l'opinion publique et de l'influence qu'elle a pu exercer, réglons d'abord un point essentiel. Une très vieille version des faits – que l'on trouve d'ailleurs encore chez des auteurs récents<sup>68</sup> – affirme que la publication de la dépêche d'Ems aurait provoqué à Paris, dans la foule parisienne, une violente explosion de colère qui n'aurait pas manqué évidemment d'impressionner le gouvernement. Cela est faux. L'annonce de la dépêche d'Ems n'a pas eu, dans l'opinion française, un effet immédiat, ni même un effet rapide, car la nouvelle a été noyée dans un flot d'informations diverses et contradictoires, où le public avait du mal à se retrouver. Cela n'a donc pas été un coup de tonnerre. Nous croyons en avoir autrefois apporté la démonstration: au moment où l'Empereur et ses ministres délibèrent, le texte en main, la réaction de l'opinion ne s'est pas encore déclenchée<sup>69</sup>.

Dans ce grand débat des 14–15 juillet, en dehors des soucis d'ordre militaire, deux considérations majeures, manifestement, ont été présentes à l'esprit de ceux qui devaient décider de la guerre ou de la paix:

- les exigences de l'honneur national: la France avait été souffletée
- l'anticipation de ce que serait la réaction du pays à cet outrage lorsqu'il le connaîtrait.

D'après les témoignages – et spécialement celui d'Emile Ollivier – ce second facteur a sans aucun doute pesé sur la décision (avec la formule: «On jetterait de la

<sup>66</sup> *Fritz Stern*, *Gold und Eisen. Bismarck und sein Bankier Bleichröder* (Francfort 1980) 170–171 (lettre dictée à sa femme).

<sup>67</sup> Élément bien mis en valeur dans l'analyse de Langer, *Red Rag and Gallic Bull. The French decision for War 1870*, in: *William L. Langer*, *Explorations in Crisis. Papers on International History* (Cambridge, Mass. 1969) 157–159 et 164. «Dans la journée du 14», déclarera Gramont, nous reçûmes de différents côtés des informations qui s'accordaient pour montrer la mobilisation des troupes prussiennes s'effectuant avec rapidité. (Enquête parlementaire sur les actes du gouvernement de la Défense Nationale. Dépositions des témoins, t. I. (Versailles 1872) 107).

<sup>68</sup> Voir notamment *Aimé Dupuy*, 1870–1871. La Guerre, la Commune et la presse (Paris 1959) 12; *Steeffel*, *Bismarck, the Hohenzollern candidacy*, 208–209; *Otto Pflanze*, *Bismarck and the development of Germany. The period of unification 1815–1871* (Princeton 1963) 456; *Jasper Ridley*, *Napoleon III and Eugénie* (New York 1979) 561.

<sup>69</sup> Voir sur tout ceci *Stengers*, *Guerre de 1870*, 35–44. Résumé dans *Langer*, *Red Rag and Gallic Bull*, 149.

boue sur nos voitures et on nous huerait» si nous ne répondions pas à l'outrage comme il se doit)<sup>70</sup>, mais c'est l'honneur et la dignité de la France, de toute évidence, qui ont été au cœur du débat. Comment pouvait-on concevoir une nation fière qui ne relève pas l'affront public qu'elle avait subi: ce serait une France humiliée, abaissée. Dans les pages qu'Emile Ollivier a écrites sur ce thème, il y a sans doute une bonne dose de rhétorique («J'avais beau sophistiquer, argumenter, me débattre contre l'évidence, elle m'étreignait, me brisait, me subjuguait, et j'en revenais toujours à la même conclusion: la France vient d'être insultée volontairement, grossièrement, nous serions des gardiens infidèles de son honneur si nous le supportions» – «Après ce soufflet de Bismarck, la paix ne pouvait plus être que la paix dans la faiblesse, dans l'humiliation, dans l'abaissement» – «Il ne nous était plus permis de perdre notre temps en sentimentalités inutiles et périlleuses: nous n'avions qu'à accepter la rencontre à laquelle on nous obligeait» – «L'offense était directe, palpable, sanglante, voulue»<sup>71</sup>). Mais ce serait certainement une erreur, parce que cette rhétorique est un peu ampoulée, d'en décrier la valeur historique: une certaine grandiloquence convient bien à l'expression de sentiments qui, à l'époque même, étant donné qu'il s'agissait de l'honneur national et de l'art français de la parole, devaient nécessairement se traduire par du pathos.

Écoutons ce que Gramont déclarera à la Chambre, dans le débat du 15 juillet: «Messieurs, il suffit de ce fait que le gouvernement prussien a informé tous les cabinets de l'Europe qu'il avait refusé de recevoir notre ambassadeur et de continuer à discuter avec lui. Cela est un affront pour l'Empereur et pour la France. Et si, par impossible, il se trouvait dans mon pays une chambre pour le supporter ou pour le souffrir, je ne resterais pas cinq minutes ministre des Affaires étrangères.»<sup>72</sup> Gramont sera acclamé.

La manœuvre de Bismarck avait pleinement réussi.

<sup>70</sup> *Marquis de Gricourt*, Des relations de la France avec l'Allemagne, 46 (voir sur cette brochure ci-dessus n. 2); *Ollivier*, L'Empire libéral, t. 14, 373, et Philosophie d'une guerre, 270.

<sup>71</sup> *Ollivier*, Empire libéral, t. 14, 372, 380 et 555, et Philosophie d'une guerre, 269, 273 et 334. Dès le lendemain des événements, on le notera, Emile Ollivier insiste avec force sur ce thème dans sa correspondance: voir ses lettres à Napoléon III du 27 septembre 1870 («Nous n'avons déclaré (la guerre) que forcés par le procédé du roi de Prusse, par la «réponse d'Ems» comme le dit avec orgueil Mommsen»), à Ernest Ollivier du 24 décembre 1870 («La Prusse a commis envers nous un de ces actes qu'aucune nation n'a jamais supportés sans signer sa déchéance morale et politique») et à Napoléon III encore du 28 décembre 1870 («Supposez qu'un jour votre gouvernement ait fait afficher sur les murs de Paris (comme le roi Guillaume l'a fait à Ems et à Berlin) que les propositions anglaises sur la dénonciation du traité de commerce ayant déplu à Votre Majesté, elle refuse de recevoir de nouveau lord Lyons; non seulement Gladstone et Bright, mais les bonnets de coton anglais eux-mêmes eussent demandé la guerre. Si la France n'avait pas fait cette guerre, elle tombait dans la boue») – *Emile Ollivier*, Journal 1846–1869, t. II, éd. p. *Theodore Zeldin* et *Anne Troisier de Diaz* (Paris 1961) 448; *du même*, Lettres d'exil 1870–1914, in: *Revue des Deux Mondes*, 6e période, 51 (1919) 725; *du même*, Philosophie d'une guerre, 340.

## B. 1914

Trois moments capitaux à distinguer : la décision du gouvernement, puis du Tsar, d'intervenir, par les armes s'il le faut, en faveur de la Serbie; la mobilisation partielle; enfin la mobilisation générale.

1. La décision de soutenir la Serbie, et de le faire par les armes s'il le fallait, a été prise par le Conseil des Ministres russe dès le 24 juillet 1914, c'est-à-dire l'après-midi même du jour où avait été annoncé l'ultimatum autrichien.

Nous ignorions absolument tout, jusqu'il y a peu, du déroulement de ce Conseil – c'était la lacune la plus grave dans notre connaissance des événements de 1914. Nous disposons aujourd'hui du témoignage d'un des participants, le ministre des Finances, Peter Bark. Il est capital<sup>73</sup>.

Citons, en suivant le récit de Bark, les interventions majeures dans la discussion gouvernementale.

Sazonow, le ministre des Affaires étrangères, qui prend la parole le premier, comme il se doit : «The moment had come when Russia, faced with the annihilation of Serbia, would lose all her authority if she did not declare herself the defender of a Slavonic nation threatened by powerful neighbours ... Serbia could not accede to the clauses of the ultimatum without losing her entire independence. The Austrian army would then enter Serbia and that small country would suffer total defeat after a few battles. Russia could not remain a passive spectator whilst a Slavonic people was being deliberately trampled down ... Our policy had always been directed towards the defense of the Slavs. If Russia failed to fulfil her historic mission, she would be considered a decadent State and would henceforth have to take second place among the Powers ... The information at his disposal had convinced him that Austro-Hungary and Germany were resolved to deal a decisive blow at Russian authority in the Balkans by annihilating Serbia. Under these circumstances, he thought that the only way in which Russia could ward off the blow and safeguard her authority in international affairs was to take up a firmer attitude than previously and to intervene in favour of Serbia.»<sup>74</sup>

<sup>72</sup> Journal officiel de l'Empire français, 1870, n° 193.

<sup>73</sup> *Peter Bark*, *Memoirs*, Ms.; New York, Columbia University Libraries, Rare Book and Manuscript Library, Bakhmeteff Archive, Bark Papers, Box 1. Il s'agit là de la traduction anglaise de mémoires que Bark avait rédigés en français (cf. dans les Bark Papers, Box 3, les lettres de Lady Bark à O. Locker-Lampson, du 24 février 1937, et à Mrs Macmillan, s.d.; voir aussi l'introduction de Gaston Riou au texte cité ci-après.) Un seul chapitre de l'original français a été publié : *Peter Bark*, Nicolas II, le dernier tsar (avec introduction de *Gaston Riou*) in : *Hommes et Mondes*, 8 (1953) 58–75. Sur Bark, qui, après avoir quitté la Russie en 1919, fit en Occident une seconde et brillante carrière – il est mort Sir Peter Bark –, voir *Who was who 1919–1940*, 64; *Great Soviet Encyclopedia*, t. 3 (Londres 1973) 23; l'obituary du *Times*, 18 janvier 1937; *F. Sauvair-Jordan*, *Sir Peter Bark*, in : *Revue politique et parlementaire*, 172 (1937) 438–448. Je remercie vivement M. J. L. De Paepe, Attaché scientifique à l'Académie Royale de Belgique, qui m'a assisté dans mes recherches sur Bark.

<sup>74</sup> *Memoirs*, chap. 7, 7–13.

Sazonow est soutenu par Krivoschéine, le ministre de l'Agriculture. Krivoschéine était, nous dit Bark, le «membre le plus influent du cabinet», et son intervention fit une impression profonde. Elle fut, dit-il, «the most instrumental in influencing our decisions»<sup>75</sup>. Krivoschéine concluait lui aussi à la nécessité d'une attitude énergique, et il déclarait notamment, faisant allusion à ce que serait selon toute vraisemblance la réaction de l'opinion: «Public and parliamentary opinion would fail to understand why, at this critical moment involving Russia's vital interests, the Imperial Government was reluctant to act boldly.»<sup>76</sup>

Le Ministre de la Guerre et le Ministre de la Marine déclarèrent sobrement que «hesitation was no longer in its place»<sup>77</sup>.

Bark lui-même se prononce en disant: «Since the honour, dignity and authority of Russia were at stake, the Finance Minister should adhere to the opinion of the majority of the Cabinet.»<sup>78</sup>

Les autres ministres déclarèrent qu'ils partageaient les vues de Sazonow et de Krivoschéine.

Le Président du Conseil, Goremykine, pouvait donc constater l'unanimité du gouvernement. Il conclut «by saying that it was the Imperial Government's duty to decide definitely in favour of Serbia. This was the only course of action which could bring about a peaceful solution of the crisis caused by the Austrian ultimatum. However, if in spite of the efforts made by the Russian Government to prevent an armed conflict, war became inevitable, Russia should be ready to make the sacrifices required of her.» Il résumait la pensée unanime du gouvernement par la formule: «We do not want war, but we do not fear it.»<sup>79</sup>

Le Conseil, on le voit, n'agit pas sous la pression de l'opinion, qui ne s'est pas encore manifestée – bien que l'on devine ce qu'elle pourra être – mais essentiellement en fonction de ce qu'exigent l'honneur, la dignité, la mission historique de la Russie, si celle-ci veut conserver son rang en Europe. Gardons ceci à l'esprit pour la suite de notre analyse.

L'attitude résolue – résolue jusqu'à la guerre, s'il le faut – du Conseil des Ministres du 24 juillet, se traduit, sur le plan militaire, par l'adoption du principe d'une mobilisation partielle, c'est-à-dire d'une mobilisation contre l'Autriche. Le Conseil charge «les ministres de la Guerre et de la Marine de solliciter l'assentiment de Sa Majesté Impériale pour la déclaration de mobilisation des quatre districts militaires

<sup>75</sup> Ibid., 7 et 16. Sur l'importante stature politique de Krivoschéine, voir *D. C. B. Lieven, Russia and the origins of the First World War* (Londres 1983) 142. On notera que Lieven est, à ma connaissance, le seul historien qui ait fait usage jusqu'ici des mémoires de Bark (voir 141-144).

<sup>76</sup> Mémoires chap. 7, 13-16.

<sup>77</sup> Ibid., 17.

<sup>78</sup> Ibid., 17-19.

<sup>79</sup> Ibid., 19-20.

de Kiev, Odessa, Moscou et Kazan, ainsi que des flottes de la Baltique et de la Mer Noire, et ceci en fonction du développement ultérieur des événements.<sup>80</sup>

Le lendemain, 25 juillet, le Tsar approuve les résolutions du Conseil. Le *Journal du Comité* de l'Etat-Major général russe porte :

«Le chef de l'Etat-Major général a informé les membres du Comité que Sa Majesté l'Empereur avait bien voulu déclarer qu'il était nécessaire de soutenir la Serbie, même si l'on devait proclamer la mobilisation et entamer des opérations militaires, ce qui ne pouvait cependant pas se faire avant que les troupes autrichiennes n'aient franchi la frontière serbe ... S'il se trouvait nécessaire de proclamer la mobilisation, en raison du fait que les opérations doivent se limiter à l'Autriche seulement, Sa Majesté a ordonné que la mobilisation se fasse dans les districts militaires de Kiev, Odessa, Kazan et Moscou.»<sup>81</sup>

Les dés sont jetés. On peut dire que tout ce qui suivra ne sera plus que soubresauts et péripéties.

2. Le 29 juillet, dans la matinée, l'Autriche ayant déclaré la guerre à la Serbie, le Tsar signe l'ukaze de mobilisation partielle de l'armée russe, pour les quatre districts prévus<sup>82</sup>. C'est l'application en quelque sorte automatique de la décision de principe proposée par le gouvernement le 24 juillet et adoptée par le Tsar le 25.

3. La suite, qui est un peu chaotique, est l'histoire, avant tout, des vacillations du Tsar. Le 29, au début de la soirée, Nicolas II se laisse convaincre de remplacer l'ordre de mobilisation partielle par un ordre de mobilisation générale. Mais ensuite, à peine deux heures plus tard, il se ravise. Il recule devant la guerre. «The Emperor», écrit Bark, «was filled with an overwhelming desire to prevent at all costs a war whose cruelty appalled him.»<sup>83</sup> Vers 10 h.½–11 h. du soir, le Tsar annule donc l'ordre de mobilisation générale, et l'on en revient à la mobilisation partielle, qui prendra cours le 29 à minuit. Dans la journée du 30, Sazonow autant que les militaires font pression sur le Tsar pour qu'il se résolve à la mobilisation générale. Vers 5 heures de l'après-midi, enfin, il en donne l'ordre – un ordre cette fois définitif, qui sera affiché sur les murs de Saint-Petersbourg dans les petites heures du 31 juillet.

Dans cette grande agitation des 29–30 juillet, la nécessité de la pression militaire sur l'Autriche-Hongrie et, s'il le faut, d'une intervention armée pour soutenir la Serbie, ne sont, il faut le souligner, nullement remises en cause. Le maintien, en tout état de cause, de la mobilisation partielle, le prouve. Comme il s'agit là de ce

<sup>80</sup> Die Internationalen Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus, trad. allemande éd. p. Otto Hoetzsch, 1re série, t. 5 (Berlin 1934) 25–26; Immanuel Geiss, Julikrise und Kriegsausbruch 1914, t. I (Hannover 1963) 354–355; du même, July 1914. The outbreak of the First World War: selected documents (Londres 1967) 186–187.

<sup>81</sup> Die Internationalen Beziehungen, *ibid.*, 67; non repris dans le recueil de Geiss.

<sup>82</sup> Je renvoie ici, et pour ce qui suit, à une étude à paraître prochainement dans un ouvrage collectif: Jean Stengers, 1914; the safety of cyphers and the outbreak of the First World War (dans Exeter Studies in History, vol. 14).

<sup>83</sup> Bark, *Memoirs*, chap. 7, 35.

qu'exige, à grands cris, l'opinion publique, ce n'est pas de ce que réclame l'opinion que s'occupent, dans leurs discussions, le Tsar, ses ministres et les chefs militaires. Le Tsar redoute avant tout la guerre avec l'Allemagne, c'est-à-dire la guerre générale. Il cherche à l'éviter. Aujourd'hui, comme nous lisons dans les cartes de l'Allemagne, nous savons que les espoirs qu'il pouvait nourrir à cet égard étaient pure futilité. La mobilisation partielle de l'armée russe suffisait à rendre l'affrontement général inévitable: même si la Russie en était restée là, l'Allemagne lui aurait adressé un ultimatum et la séquence des événements aurait été la même que celle qui allait se dérouler un peu plus tard à la suite de la mobilisation générale<sup>84</sup>. Mais le Tsar croit que la mobilisation générale ouvre la porte sur l'abîme, et il hésite, il recule. Ses généraux, eux, lui remontent qu'une mobilisation qui n'est que partielle risque de compromettre la mobilisation générale, et de compromettre par conséquent les chances militaires de la Russie. Ce débat est militaire, il est politique, mais, apparemment, la grande ombre de l'opinion publique ne plane pas sur lui.

On voit, en fin de compte, ce qu'est la profonde analogie entre les décisions gouvernementales françaises de 1870 et la prise de position du gouvernement russe en 1914. Les 14-15 juillet 1870, en France, le 24 juillet 1914, en Russie – car c'est ce jour-là que tout s'est joué – ce qui est en cause avant tout, ce ne sont ni des questions de sécurité, ni des questions d'intérêt, au sens classique du mot, mais l'honneur du pays et son rang en Europe. De part et d'autre, la préoccupation majeure est celle de ne pas déchoir. La France serait humiliée, la Russie tomberait au second rang, elle perdrait son autorité: ce que les dirigeants français et russes ne peuvent pas laisser rabaisser est la dignité et la grandeur de leur pays. Leur pays est provoqué, ils se doivent de relever le défi.

*Troisième question:* Une opinion publique qui rendait la guerre en tout état de cause inévitable?

Dans les trois grandes décisions de 1870 et de 1914 qui ont mené à la guerre et dans lesquelles le facteur de l'opinion publique a joué, nous en avons trouvé une (la demande de garanties) où ceux qui se sont imaginé agir sous la contrainte de l'opinion se sont laissé impressionner très largement par un fantasme, une seconde (la décision des 14-15 juillet 1870) où la considération de l'opinion publique, bien que présente et importante, a été éclipsée par d'autres, plus prégnantes, et une troisième enfin (la décision russe du 24 juillet 1914) où l'on a certes tenu compte de ce qu'allaient être, selon toute vraisemblance, les réactions de l'opinion russe, mais qui a été guidée elle aussi avant tout par des considérations différentes.

Mais il faut savoir s'élever au-dessus de l'événementiel: toutes modalités de décision mises à part, l'état de l'opinion en France et en Russie, après la dépêche d'Ems d'une part et après la déclaration de guerre à la Serbie d'autre part, ne devait-il pas,

<sup>84</sup> *Luigi Albertini*, *The origins of the War of 1914*, trad. angl. éd. p. *Isabella M. Massey*, t. 2 (Londres 1953) 485 n.1, et t.3 (Londres 1957) 30-31; *L. C. F. Turner*, *Origins of the First World War* (Londres 1970) 108.

en tout état de cause, mener de manière inéluctable à la guerre? Dans les deux cas, pensons-nous, aucune hésitation n'est permise: la réponse est évidemment affirmative.

Le 14 juillet 1870 dans la soirée, l'ambassadeur britannique à Paris, Lord Lyons, écrivait à Granville: «After the article in the North German Gazette (c'est la publication de la dépêche d'Ems), war seems absolutely inevitable.»<sup>85</sup> Tout est dit là en une phrase. Il était inconcevable, une fois comprise la portée de la dépêche d'Ems – ce qui devait se produire tôt ou tard –, que le gouvernement pût résister à la fureur de l'opinion. Le pays serait entré en guerre avant le gouvernement.

En 1914, pouvait-on davantage concevoir que le gouvernement russe se borne à des protestations platoniques face à l'invasion de la Serbie? Souvenons-nous de ce que disait Sazonov: «There would be a revolution in the country.» Réfléchissant par la suite aux événements, un Kerenski, un Broussilov ne pensaient pas autrement. Kerenski disait: «Had the Russian Government yielded in 1914 and refused to intervene on the side of Serbia, public opinion in all circles would have been so irritated at the feebleness of this conduct, that the result might easily have been the Government's overthrow.»<sup>86</sup> Broussilov écrivait de son côté: si le Tsar n'avait pas marché, «public resentment would have turned on him with such ferocity that he would have been tumbled from his throne, and the Revolution, with the support of the whole of the intelligentsia, would have taken place in 1914 instead of 1917.»<sup>87</sup>

Un régime aussi menacé que le régime tsariste – menacé, ne l'oublions pas, jusque dans sa propre capitale, par les grèves révolutionnaires de Saint-Petersbourg – n'aurait pu, sans danger mortel, aller à l'encontre du grand cri de ses propres partisans – du cri de guerre de ceux qui voulaient que la Russie relève le défi qui lui avait été lancé.

*Quatrième question:* S'il n'y avait pas eu l'opinion publique, y aurait-il eu malgré tout la guerre?

On trouvera peut-être à cette question une saveur de complication intellectuelle, si pas de jonglerie intellectuelle. Mais nous aimerions nous abriter derrière la grande ombre de Max Weber. Pour mesurer si un facteur causal jugé essentiel l'est véritablement, nous enseigne Max Weber, nous pouvons le supprimer «par la pensée», et «nous demander ensuite si, après cette sorte de modification des conditions du devenir, nous aurions pu nous attendre au même résultat, ou bien à un autre, et lequel»<sup>88</sup>.

<sup>85</sup> Public Record Office, Granville Papers, P.R.O. 30/29/85, et, d'après les Papiers Lyons, *Richard Millman*, British Foreign policy and the coming of the Franco-Prussian war (Oxford 1965) 193.

<sup>86</sup> Interview dans *Jonathan French Scott*, Five weeks. The surge of public opinion on the eve of the Great War (New York 1927) 177–178.

<sup>87</sup> *Brussilov*, A soldier's note-book, 40–41.

<sup>88</sup> *Max Weber*, Essais sur la théorie de la science, trad. franç. (Paris 1965) 300. Cf. *Maurice Weyembergh*, Le volontarisme rationnel de Max Weber (Bruxelles 1972) 262 et sv.

Sans l'opinion, aurions-nous pu néanmoins, en 1870 et en 1914, nous attendre à la guerre?

Dans une reconstruction logique du passé – car dans la méthode de Max Weber, tout tient évidemment à un raisonnement logique –, on peut, nous semble-t-il, répondre que oui.

Lorsque Lord Lyons, dans la soirée du 14 juillet 1870, sachant ce qu'est la dépêche d'Ems, écrit que la guerre «seems absolutely inevitable», il songe certainement en premier lieu aux réactions prévisibles de l'opinion, mais il songe aussi, on peut le penser, à tout le reste. Le reste, c'est l'impossibilité morale où se trouvera le gouvernement, s'il ne veut pas perdre la face, de ne pas répondre à l'outrage. Le reste, c'est aussi que l'outrage va atteindre des dirigeants déjà fort excités. Le duc de Gramont est excité, l'Empereur passe par des périodes d'excitation, Emile Ollivier est un caractère hautement émotif, impressionnable, qui a aussi ses moments d'exaltation guerrière. Le noble portrait en pied qu'Ollivier a tracé de lui-même dans *L'Empire libéral*, et dans lequel il garde toujours un admirable sang-froid et suit invariablement la ligne de conduite dictée par la raison, est parfaitement fallacieux. Les textes et les témoignages contemporains révèlent ses accès belliqueux, ou d'intransigeance exigeante<sup>89</sup>. Le 11 juillet, Metternich, qui a une information excellente, écrit qu'Ollivier «voudrait d'autres questions (à joindre) à celle de Hohenzollern pour rendre la guerre inévitable»<sup>90</sup>. Le 12 juillet, dans un entretien avec Werther, l'envoyé prussien, en compagnie de Gramont, Ollivier formule à l'égard du roi de Prusse des desiderata – c'est la fameuse «lettre d'excuses» – qui annoncent à beaucoup d'égards la demande de garanties<sup>91</sup>. C'était véritablement, et d'avance, un encouragement à ce que sera la demande de garanties<sup>92</sup>.

Ces deux éléments – le fait que les dirigeants français étaient acculés à réagir, et le fait qu'ils étaient d'humeur pour le moins très vive – suffisaient, même sans l'opinion, à former ensemble un mélange explosif qui eût rendu la guerre certaine.

Opinion ou pas, les dirigeants russes, en 1914, étaient acculés de la même ma-

<sup>89</sup> Cf. *Douglas W. Houston*, Emile Ollivier and the Hohenzollern candidacy, in: *French Historical Studies* 4 (1965) 125–149, qui a cependant le tort de se fonder exagérément sur les rapports, assez sujets à caution, de l'agent secret Klindworth.

<sup>90</sup> *Oncken*, Rheinpolitik, t. 3, 417. Beyens écrit le même jour que «M. Ollivier s'est grisé de la guerre comme du plébiscite». «Son langage ne diffère guère de celui des jeunes attachés de son cabinet: *Il faut en finir – Il faut que le roi voie ce que c'est qu'un ministre du peuple*, etc.» (Beyens à d'Anethan, 11 juillet 1870; fonds cité).

<sup>91</sup> C'est ce qui ressort du rapport de Werther, qu'Ollivier a assez maladroitement contesté: voir *Origines diplomatiques*, 28, 459–465, et *Pierre Muret*, Emile Ollivier et le duc de Gramont les 12 et 13 juillet 1870, in: *Revue d'Histoire moderne et contemporaine* 14 (1910) 178 et sv.

<sup>92</sup> M. Pierre Guiral est donc à mon sens beaucoup trop indulgent pour Ollivier lorsqu'il considère que, dans la demande de garanties, «sa responsabilité n'est pratiquement pas engagée» et qu'il «n'est pour rien dans la guerre de 1870» (*Pierre Guiral*, Emile Ollivier et la politique extérieure, in: *Regards sur Emile Ollivier*, éd. p. *Anne Troisier de Diaz* (Paris 1985) 203 et 205).

nière: le souci du rang, de la dignité, de l'autorité de la Russie, à lui seul, leur imposait leur décision.

Opinion ou pas, on devait donc, dans les deux cas, déboucher sur la guerre.

Emile Ollivier a écrit là-dessus une page frappante. Aurions-nous pu, se demande-t-il, agir autrement que nous ne l'avons fait? «Depuis 1870», écrit-il, «je me suis souvent imaginé à la tribune le 15 juillet, conseillant la résignation à l'outrage, et je me suis demandé comment j'aurais pu engager une nation sensible à l'honneur, confiante en l'invincibilité de son armée, à dévorer un procédé sans précédents et si manifestement insultant, comment j'aurais répondu aux huées de l'Assemblée et au mépris de tous les hommes de cœur: je n'ai rien trouvé. Il n'était pas humainement possible, dans les circonstances au milieu desquelles nous délibérions, d'agir autrement que nous ne l'avons fait.»<sup>93</sup>

Le Tsar aurait pu sans doute, s'il avait vécu, écrire la même chose à propos de 1914.

Dans les deux cas – et c'est sans doute là l'analogie la plus fondamentale entre 1870 et 1914 –, le pays qui s'est décidé à la guerre s'est senti tenu, obligé de répondre à une provocation. En 1870, il y avait même eu deux provocations successives – la candidature Hohenzollern, puis la dépêche d'Ems. En 1914, l'ultimatum à la Serbie, puis l'attaque de l'Autriche formeront un tout.

Entre la ou les provocations de 1870 et celle de 1914, il faut cependant souligner une différence essentielle: en 1870, l'auteur de la seconde et majeure provocation, c'est-à-dire de la dépêche d'Ems – nous laissons ici de côté la question controversée de la candidature Hohenzollern – l'avait conçue pour provoquer la guerre; en 1914, l'Autriche-Hongrie et l'Allemagne, tout en acceptant l'idée d'une guerre générale, nourrissaient l'espoir que la Russie ne réagirait pas par les armes<sup>94</sup>.

Dans ces conditions, il est intéressant de le noter, on aurait pu s'attendre à ce que les observateurs étrangers, à l'époque, condamnent beaucoup plus sévèrement les premiers provocateurs (nous employons le pluriel car on n'avait pas encore pleinement identifié à l'époque le rôle personnel de Bismarck) qu'ils ne condamneront les seconds. Or le paradoxe est à cet égard assez extraordinaire: c'est le contraire qui s'est produit.

En 1914, l'Autriche-Hongrie et l'Allemagne ont bien été considérées, en général, comme les grandes coupables. En 1870, par contre, ce n'est pas sur la Prusse, mais sur la France que le blâme s'est principalement abattu. Le *Times*, le 16 juillet, publiait un éditorial flamboyant: «The greatest national crime that we have had the pain of recording in these columns since the days of the First French Empire has been consummated. War is declared – an unjust, but premeditated war. That dire

<sup>93</sup> Ollivier, *Empire libéral*, t. 14, 559, et *Philosophie d'une guerre*, 338–339.

<sup>94</sup> Ceci va à l'encontre, il est inutile de le souligner, des thèses de Fritz Fischer. Il serait trop long d'expliquer ici pourquoi je ne puis les accepter. Voir notamment, dans le sens que j'indique, *Luigi Albertini*, *The origins of the War of 1914*, t. 2, 159–161.

calamity ... is, it is now too clear, the act of France – of one man in France.»<sup>95</sup> La presse anglaise, en général, flétrit la France<sup>96</sup>. Des journaux belges, comme *L'Etoile belge*, reproduisent le jugement du *Times*<sup>97</sup>. «Votre gouvernement n'a pas bien engagé son affaire», écrit Emile de Laveleye à Dupont-White le 2 août. «L'opinion partout est contre lui.»<sup>98</sup> Le comte de Flandre, le frère de Léopold II, écrit à la Reine Victoria: «Je crois que la France cherchait un prétexte pour attaquer l'Allemagne, et on a saisi le premier venu.»<sup>99</sup> Léopold II lui-même explique «cette affreuse guerre» en assurant que «la France veut s'agrandir et dominer le monde»<sup>100</sup>. Elle mérite d'être écrasée, écrit-il encore, «pour avoir sans motifs commencé une guerre de pure ambition»<sup>101</sup>.

Ces jugements défavorables, sévères, féroces même parfois, s'expliquent par une série de causes cumulées: par un fond de vieille défiance à l'égard des ambitions du régime impérial; par l'impression désastreuse qu'ont faite les manifestations verbales belliqueuses qui ont précédé la guerre – ce qui fait apparaître la guerre comme le prolongement en quelque sorte de ces cris belliqueux; par l'attitude jugée inadmissible de la France lorsqu'après avoir obtenu pleine satisfaction dans la question de la candidature Hohenzollern, elle a néanmoins continué à poursuivre la Prusse de ses exigences.

Mais on sera surtout frappé par l'accusation de Léopold II: avoir commencé la guerre «sans motifs». Ceci montre que le Roi des Belges n'avait pas du tout mesuré l'importance, pour le gouvernement français, de la dépêche d'Ems. Il est en cela très représentatif de ses contemporains: en dehors de la France, cette importance n'avait guère été perçue<sup>102</sup>. La lecture de la presse – de la presse anglaise, par exemple, ou de la presse belge, du *Times* ou de l'*Indépendance belge* – l'explique parfaite-

<sup>95</sup> The Times, 16 juillet 1870, p. 8.

<sup>96</sup> Patrick Bury, L'opinion britannique et les affaires françaises de 1870, in: Revue d'Histoire diplomatique 84 (1970) 340–344; Richard Millman, British Foreign policy, 195. Thomas Huxley écrit le 18 juillet 1870 à un ami allemand: «Public opinion in England ... is entirely against France» (*Leonard Huxley, Life and Letters of Thomas Henry Huxley*, t.I (New York 1901) 359).

<sup>97</sup> *L'Etoile Belge*, 18 juillet 1870.

<sup>98</sup> Bruxelles, Académie Royale de Belgique, Archives, Lettres d'Emile de Laveleye à Dupont-White. Dans un mémoire rédigé en novembre 1870, sur «L'Allemagne et la Belgique pendant et après la guerre de 1870», Emile Banning écrit: «Quand éclata la guerre actuelle, l'opinion belge, s'inspirant exclusivement des principes de la justice internationale, se prononça presque à l'unanimité en faveur de l'Allemagne, contre la France agressive et conquérante. Les victoires des armes allemandes furent à nos yeux les victoires du droit» (Bruxelles, Archives Générales du Royaume, Papiers Banning, n° 80; Banning a publié ce texte dans une brochure anonyme, sous le même titre (Bruxelles 1870); voir *Jean Stengers, Textes inédits d'Emile Banning* (Bruxelles 1955) 28–29).

<sup>99</sup> Lettre du 16 juillet 1870, dans *Robert Demoulin, Documents inédits sur la crise internationale de 1870*, in: Bulletin de la Commission Royale d'Histoire 122 (1957) 141–142.

<sup>100</sup> The Letters of Queen Victoria, 2e série, t. II, 45 (lettre du 24 juillet 1870).

<sup>101</sup> *Robert Demoulin, Documents inédits*, 218 (lettre du 30 octobre 1870).

<sup>102</sup> Bien remarqué par Kolb, *Kriegsausbruch*, 136–137.

ment: alors que la demande de garanties y occupe une grande place, qu'elle est analysée et commentée, la dépêche d'Ems, elle, n'est pas du tout mise en valeur. Nulle part on ne la place en pleine lumière. La France insultée n'a pas réussi à faire comprendre à l'Europe qu'elle l'était, à convaincre l'Europe qu'elle avait été provoquée<sup>103</sup>. C'est peut-être là que réside l'ineptie majeure du gouvernement impérial.

La manœuvre de Bismarck a donc été doublement triomphante: sa provocation a produit l'effet qu'il souhaitait – tant en Allemagne d'ailleurs qu'en France –, et, en dehors de la France et de l'Allemagne, il n'en a pas payé le prix.

<sup>103</sup> Même le Blue Book anglais, à cet égard, l'a desservie. Gramont avait donné à Lord Lyons, le 15 juillet, une explication claire: «Nor indeed», lui disait-il, «had the King really treated M. Benedetti with the rough discourtesy which had been boasted of by the Prussian Government. But that Government had now chosen to declare to Germany and to Europe that France had been affronted in the person of her Ambassador. It was this boast which was the gravamen of the offence. It constituted an insult which no nation of any spirit could brook» (dépêche de Lyons du 15 juillet 1870; F.O. 27/1806). Ceci ne sera pas publié dans le livre bleu.

*Beate Gödde-Baumanns*

Ansichten eines Krieges

Die „Kriegsschuldfrage“ von 1870  
in zeitgenössischem Bewußtsein, Publizistik und  
wissenschaftlicher Diskussion 1870–1914

*Vorbemerkung*

Der folgende Beitrag bringt einen mehrfachen Wechsel der Perspektiven mit sich. In den vorhergehenden Beiträgen stehen die verantwortlichen Akteure im Mittelpunkt der Betrachtung. Hier wird von den Interpreten die Rede sein. Die vorhergehenden Beiträge handeln aufgrund des Forschungsstandes von 1985 über die Zeit vor dem Ausbruch des Krieges von 1870. Der folgende Beitrag führt einerseits vorwärts in die Zeit nach dem Krieg von 1870/71 und andererseits zurück zu dem längst überholten Forschungsstand von vor 1914.

I

Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges spielt in Deutschland und Frankreich – worauf sich mein Beitrag beschränkt – der Krieg von 1870/71 im kollektiven Bewußtsein eine große Rolle. Das gilt sowohl für den Krieg als Ereignis, an das die Erinnerung auf vielfältige Weise wachgehalten wird, als auch für die historisch-politische Bedeutung, die ihm in beiden Ländern bis 1914 als Wendepunkt der nationalen Geschichte und Ausgangspunkt aller weiteren Entwicklung beigemessen wird. Aus einer Fülle von Belegen dafür seien hier nur einige genannt:

Nicht nur in den großen Städten, sondern auch in vielen Kleinstädten und Dörfern beider Länder werden den Gefallenen des Krieges von 1870/71 Denkmäler errichtet oder Gedenktafeln gewidmet<sup>1</sup>. Sie halten die Erinnerung wach: in

<sup>1</sup> *Meinhold Lurz*, Kriegerdenkmäler in Deutschland – Bd. 2: Einigungskriege (Heidelberg 1985), beschreibt ausführlich Planung, Errichtung und Gestaltung zahlreicher Denkmäler. Vgl. auch: *Reinbart Kosellek*, Kriegerdenkmale als Identitätsstiftungen der Überlebenden, in: *Identität*, hrsg. *Odo Marquardt* und *Karlbeinz Stierle* (München 1979) 255–276; *Thomas Nip-*

Deutschland an die Opfer des Krieges, den Sieg und die Reichsgründung – in Frankreich an den Tod für das Vaterland.

In beiden Ländern werden unzählige Artikel, Broschüren und Bücher über den Krieg veröffentlicht. Bereits 1875 schreibt der französische Historiker Albert Sorel, mit den Schriften aus Frankreich und Deutschland über den Krieg von 1870/71 lasse sich eine ganze Bibliothek füllen<sup>2</sup>. Diese Flut steigt – zu den Gedenkjahren 1895 und 1910 stärker, in anderen Jahren geringer – bis 1914 stetig an. Das Thema 1870/71 bleibt nicht nur für Spezialisten, sondern auch für ein breites Publikum aktuell. Denn der deutsch-französische Krieg erscheint den Menschen, die noch nicht die Erfahrung der Weltkriege gemacht haben, als der gewaltigste Krieg aller Zeiten. „Die Weltgeschichte berichtet von unzähligen Kriegen, aber sie weiß von keinem, der sich mit dem Völkerringen von 1870/71 zu messen vermag“, heißt es zum Beispiel in einem deutschen „Gedenkbuch“ aus dem Jahre 1895. „Es gilt dies in mannigfacher Hinsicht: für die Gesamtanstrengung und Leistung der beiden Gegner, für die Menschenmassen in der Schlacht, die technische Vollendung der Waffen, die Ausbildung der Truppen, des Kranken-, Verpflegungs- und Transportwesens, die unerhörten einseitigen Erfolge, die Großartigkeit der Katastrophen.“<sup>3</sup>

Dieser Einschätzung entspricht der Platz, der dem Krieg von 1870/71 in den Konversationslexika der damaligen Zeit eingeräumt wird. Die Erwähnung, die er unter den Stichworten „Deutschland-Geschichte“ bzw. „Frankreich-Geschichte“ findet, genügt offenbar nicht. So gibt es zusätzlich das Stichwort „Deutsch-Französischer Krieg“, das in „Meyers Konversations-Lexikon“ in der Auflage von 1886 auf fünfeinhalb, in den Auflagen von 1903 und 1909 auf viereinhalb Seiten abgehandelt wird<sup>4</sup>. Der „Brockhaus“ räumt dem Stichwort „Deutsch-französischer Krieg“ 1895 ebenso wie 1901 zwölfteinhalb Seiten ein, während er den Befreiungskriegen von 1812/15 nur gut vier Seiten widmet<sup>5</sup>. „Le Grand Dictionnaire Universel“ von Larousse, zwischen 1866 und 1876 erschienen, gibt auf sieben Spalten einen Überblick über alle bedeutsamen Kriege vom Altertum bis 1867, um sodann

*perdey*, Nationalidee und Nationaldenkmal in Deutschland im 19. Jahrhundert, in: HZ 206 (1968) 529–585; *Gerhard Schneider*, Kriegerdenkmäler als Geschichtsquellen (Geschichtsdidaktik 24, Düsseldorf 1985) 293–330.

<sup>2</sup> *Albert Sorel*, *Histoire diplomatique de la guerre franco-allemande*, Bd. 1 (Paris 1875) ii; im folgenden zitiert: *Sorel*, *Guerre*.

<sup>3</sup> *Julius v. Pflugk-Harttung* (Hrsg.), *Krieg und Sieg 1870–71 – Ein Gedenkbuch*, Bd. 1 (Berlin 1895) 1.

<sup>4</sup> *Meyers Konversations-Lexikon – Eine Encyclopädie des allgemeinen Wissens*, Vierte, gänzlich umgearbeitete Auflage, Bd. 4 (Leipzig 1886) 792–798; *Meyers Großes Konversations-Lexikon – Ein Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens*, Sechste, gänzlich neubearbeitete und vermehrte Auflage, Bd. 4 (Leipzig und Wien 1903) 755–759; *dergl.* – Neuer Abdruck (Leipzig und Wien 1909) 755–759. Im folgenden zitiert: *Meyers* + Jahreszahl.

<sup>5</sup> *Brockhaus' Konversations-Lexikon*, Vierzehnte vollständig neubearbeitete Auflage, Bd. 5 (Leipzig, Berlin und Wien 1895) 98–111; *dergl.* mit dem Zusatz: *Neue Revidierte Jubiläums-Ausgabe* (Leipzig, Berlin und Wien 1901) 5–18. Im folgenden zitiert: *Brockhaus* + Jahreszahl.

das Stichwort „Guerre de 1870/71“ über 16 Spalten abzuhandeln<sup>6</sup>. Die Herausgeber der zwischen 1885 und 1902 erschienenen „Grande Encyclopédie“ schließlich konnten das Erscheinen des 19. Bandes, in dem das Stichwort „Guerre“ an der Reihe war, anscheinend nicht abwarten. Sie handelten das Thema bereits im vorhergehenden Band unter dem Stichwort „Franco-Allemande (Guerre)“ auf 32 Seiten ab<sup>7</sup>.

## II

Auf beiden Seiten für gleich wichtig erachtet, hat der Krieg von 1870/71 im Bewußtsein der Deutschen und der Franzosen jener Zeit aber eine völlig gegensätzliche Bedeutung. Für die Deutschen ist dieser Krieg mit der Gründung des Deutschen Reiches verbunden. Das heißt – in der Sprache des zeitgenössischen Bewußtseins: mit der „Erhebung des deutschen Volkes“ und der Erfüllung des großen Traumes von nationaler Einheit<sup>8</sup>. Das bewegt drei Generationen von Deutschen, diesen Krieg zu lobpreisen. Es sei dies exemplarisch an Aussagen einiger namhafter Historiker aufgezeigt:

Der fünfundsiebzigjährige Leopold v. Ranke sagt im Herbst 1870, „daß ... das Bewußtsein unserer Nationalität ... wieder erwacht und zu einer großartigen Erscheinung gebracht ist, das ist eben das welthistorische Ereigniß, welches eine neue Aera verkündigt“<sup>9</sup>. Ein Jahr später spricht er von den „Begebenheiten, die das Jahr 1870 ewig auszeichnen werden“<sup>10</sup>. Der dreißig Jahre jüngere Liberale Hermann Baumgarten prägt bereits in den ersten Kriegsmonaten das Wort „der heilvolle Krieg von 1870“<sup>11</sup> und beschreibt „seine ganze gewaltige Bedeutung für unser Volk und für die gesammte Welt“<sup>12</sup> wie folgt: „... nun zertheilen sich die Wolken,

<sup>6</sup> *Pierre Larousse*, Grand Dictionnaire universel français, historique, géographique, biographique, mythologique, bibliographique, littéraire, artistique, scientifique, etc., Bd. 8 (Paris s. d.) 1598–1602; im folgenden zitiert: *Larousse*. Da dieses Lexikon in einer sehr kleinen Type gedruckt ist, entsprechen die 16 Spalten rund 16 Seiten in *Meyers* oder *Brockhaus*.

<sup>7</sup> *La Grande Encyclopédie – inventaire raisonné des sciences, des lettres et des arts*, Bd. 18 (Paris s. d.) 2–33; im folgenden zitiert: *Encyclopédie*.

<sup>8</sup> Diese Auffassung kommt beispielsweise treffend zum Ausdruck in der Hauptinschrift des Niederwald-Denkmales (1883): ZUM ANDENKEN AN DIE EINMUETHIGE SIEGREICHE ERHEBUNG DES DEUTSCHEN VOLKES UND AN DIE WIEDERAUFRICHTUNG DES DEUTSCHEN REICHES 1870–1871.

<sup>9</sup> *Leopold v. Ranke*, Rede zur Eröffnung der XI. Plenarversammlung der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, in: *Gesammelte Werke*, Bd. 52 (Leipzig 1888) 563; im folgenden zitiert: *Ranke*.

<sup>10</sup> Ebd. 576 (Eröffnungsrede von 1871).

<sup>11</sup> *Hermann Baumgarten*, *Wie wir wieder ein Volk geworden sind* (1870), in: *Historische und politische Aufsätze und Reden* (Straßburg 1894) 245.

<sup>12</sup> Ebd. 242.

nun lacht der blaue Frühlingshimmel über allen deutschen Gauen und sie alle überschattet der gewaltige Baum deutscher Einheit, deutscher Macht, prangend in herrlichstem Blüthenschmuck ... , und das ganze deutsche Volk fällt Angesichts so wundervoller Offenbarung auf die Knie nieder und ruft zum Himmel: Großer Gott, wir loben dich!“<sup>13</sup> Sein Altersgenosse Heinrich v. Sybel schreibt ein Menschenalter später: „Wer in Deutschland das Glück gehabt hat, diese ersten Tage der nationalen Auferstehung zu erleben, wird ihr Andenken als heiligen Schatz sein Lebenlang im Herzen bewahren.“<sup>14</sup> Ähnlich Heinrich v. Treitschke, der bei der Kriegserinnerungsfeier der Universität Berlin im Jahre 1895 von dem „glücklichsten aller Kriege“ spricht<sup>15</sup>. Er beginnt seine Rede mit den Worten: „Uns Älteren ruft die heutige Feier die goldenen Tage unseres Lebens vor die Seele, die Tage, da Gottes Gnade unter Kampf und Not und Jammer allen Träumen, aller Sehnsucht unserer Jugend über jedes Hoffen hinaus die herrliche Erfüllung schenkte.“<sup>16</sup> Die Jüngeren urteilten indes nicht minder emphatisch. Erich Marcks erklärt 1901 und wiederholt 1911: „Wir wissen alle, was dieser Krieg uns vollendet hat; wie nach allen Opfern ... die Einheit aus ihm emporstieg, die wir heute und immer feiern.“<sup>17</sup> Und der Neu-Rankianer Max Lenz versichert um die Jahrhundertwende ebenso wie 1913, „daß der Krieg, der Deutschlands Einheit schuf, ... der herrlichste ... unserer Kriege gewesen ist“<sup>18</sup>.

Der Stolz über den Sieg von 1870 und der Jubel über die Reichsgründung hat in weiten Bevölkerungskreisen Deutschlands auf lange Zeit den Gedanken verschüttet, daß ein Krieg „zwischen Deutschland und Frankreich im Centrum der europäischen Civilisation“ eine schwere „Versündigung an den Interessen der Menschheit“ und eine Bedrohung der „Wohlfahrt Europa’s“ bedeute, wie Bismarck in der Julikrise noch betonte<sup>19</sup>. Die Versuche von August Bebel und Wilhelm Liebknecht, auf die verhängnisvollen Folgen des deutsch-französischen Krieges aufmerksam zu machen, finden außerhalb der Sozialdemokratie bis 1914 wenig Gehör. In den Schulbüchern und auf den Denkmälern, bei den alljährlichen Sedans-

<sup>13</sup> Ebd. 255.

<sup>14</sup> *Heinrich v. Sybel*, Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I., Bd. 7 (1894, zitiert nach 3. Aufl. Volksausgabe, München und Berlin 1913) 263; im folgenden zitiert: *Sybel*, Begründung, Sybels Überzeugung, es sei der „opferreichste Krieg des Jahrhunderts“ gewesen (257), mindert nicht die Wertschätzung des Krieges.

<sup>15</sup> *Heinrich v. Treitschke*, Ausgewählte Schriften, Bd. 1 (Leipzig 51911) 320.

<sup>16</sup> Ebd. 319.

<sup>17</sup> *Erich Marcks*, Männer und Zeiten – Aufsätze und Reden zur neueren Geschichte, Bd. 2 (Leipzig 1911) 107; im folgenden zitiert: *Marcks*, Aufsätze, Das Zitat entstammt einer Rede, die *M.* 1901 anlässlich der Enthüllung des Kaiser-Wilhelm-Denkmales in Heidelberg hielt.

<sup>18</sup> *Max Lenz*, Geschichte Bismarcks (Leipzig 41913) 387; im folgenden zitiert: *Lenz*, Bismarck. Ebenso bereits in der ursprünglichen Fassung dieses Werkes, dem Artikel: Bismarck, in: ADB 46 (1902) 723.

<sup>19</sup> Rede vom 16. Juli 1870 im Bundesrat des Norddeutschen Bundes, zitiert nach: *H. Schultbess* (Hrsg.), Europäischer Geschichtskalender 11/1870 (Nördlingen 1871) 86f.; im folgenden zitiert: *Schultbess*, Geschichtskalender.

feiern wie in den Konversationslexika, in Memoiren und Romanen, in Gedichten und Liedern erscheint ebenso wie in den Schriften der namhaften Historiker der deutsch-französische Krieg – unlösbar mit der Reichsgründung verbunden – als eine Sternstunde der nationalen Geschichte<sup>20</sup>.

Im Bewußtsein der Franzosen hingegen ist 1871 „l'année terrible“ und der deutsch-französische Krieg „le plus grand malheur qui pût arriver à la civilisation“<sup>21</sup>. Frankreichs Niederlage und der Aufstand der Commune erscheinen hier den Zeitgenossen als zwei Seiten einer Katastrophe<sup>22</sup>. Die Niederlage und die daraus resultierende Notwendigkeit, die Friedensbedingungen zu akzeptieren, werden als ein nationales Desaster empfunden, weil sie als Niedergang Frankreichs erlebt werden. Vom Augenblick seiner Gründung an hat aus französischer Sicht das Deutsche Reich die Position in Europa eingenommen, die zuvor Frankreich jahrhundertlang innegehabt und 1870 eingebüßt hatte. Als ein großes Unglück für Europa, ja als ein Verbrechen gegen die Zivilisation gilt der Krieg, weil nach vorherrschender französischer Auffassung erst er, insbesondere infolge der Annexion Elsaß-Lothringens, unversöhnliche Feindschaft zwischen Deutschland und Frankreich geschaffen habe. So seien diese beiden großen Nationen von ihrer eigentlichen Aufgabe, in friedlichem Wettstreit gemeinsam den Fortschritt der Menschheit zu bewirken, abgelenkt worden<sup>23</sup>.

### III

Angesichts eines Krieges, der sich als Desaster für die Nation, Unglück für Europa und schwerer Rückschlag für die Zivilisation erwiesen hat, drängt sich die

<sup>20</sup> Dieter Tiemann, Die Vorgeschichte des Krieges von 1870/71 in deutschen und französischen Schulgeschichtsbüchern (Diss. Wuppertal 1976) beschreibt ausführlich auch die Wertung dieses Krieges in den Schulbüchern der damaligen Zeit; im folgenden zitiert: *Tiemann*; vgl. auch: *Horst Schallenberg*, Untersuchungen zum Geschichtsbild der Wilhelminischen Ära und der Weimarer Zeit (Ratingen 1964). – Ein typischer Vers – aus einem Gedicht zur Einweihung des Niederwald-Denkmales – lautet: „Nicht ward in mancher Völkerschlacht / Geführt ein solcher Streich – / Da wurde freie Bahn gemacht / Für's deutsche Kaiserreich!“, in: *Gartenlaube* (1883) 628.

<sup>21</sup> *Ernest Renan*, La réforme intellectuelle et morale, in: *Œuvres complètes*, ed. *Henriette Psichari*, Bd. 1 (Paris s. d. 1947) 409.

<sup>22</sup> *Claude Digeon*, La crise allemande de la pensée française, 1870–1914 (Paris 1959) 48.

<sup>23</sup> *Beate Gödde-Baumanns*, Deutsche Geschichte in französischer Sicht – Die französische Historiographie von 1871 bis 1918 über die Geschichte Deutschlands und der deutsch-französischen Beziehungen in der Neuzeit (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz 49, Wiesbaden 1971) 248 ff., 292 ff., 346 ff., 432 ff., im folgenden zitiert: *Gödde-Baumanns*; *dies.*, Bild – Gegenbild – Botschaft. Preußen und die Deutschen in der französischen Historiographie der Jahre 1871–1914, in: *Analele Universitatii Bucuresti – Istorie* 33 (1984) 59–72; *L'idée des deux Allemagnes dans l'historiographie française des années 1871–1914*, in: *Francia* 12 (1984) 609–619.

Frage nach den Schuldigen gebieterisch auf. Sie wird in Frankreich, wo Thiers bereits in der Kammerdebatte vom 15. Juli 1870 schwere Vorwürfe gegen die Regierung erhob, seit der Niederlage um so lebhafter diskutiert, als sie eine wesentliche Rolle in der innenpolitischen Auseinandersetzung zwischen den Anhängern und den Gegnern der Republik, aber auch zwischen der konservativen Rechten und den Bonapartisten spielt. 1872 setzt die Nationalversammlung einen Untersuchungsausschuß ein, um die Verantwortlichkeiten für das Debakel zu prüfen. Das große öffentliche Interesse, das anfangs an dieser Frage herrscht, spiegelt sich bis in das „Grand Dictionnaire“ von Larousse wider: Die Zitate aus der Kammerdebatte vom 15. Juli 1870 erstrecken sich hier über mehrere Spalten<sup>24</sup>.

Seit Beginn der neunziger Jahre nimmt die Heftigkeit des Streites über die Verantwortung für den Kriegsausbruch von 1870 ab. Das erklärt sich vor allem aus innenpolitischen Entwicklungen, von denen hier nur die beiden wichtigsten erwähnt seien: In dem Maße, wie die innere Stabilisierung der III. Republik fortschreitet, wird es weniger dringlich, deren Existenz durch den Verweis auf die fatale Politik des Zweiten Kaiserreiches zu legitimieren.

Außerdem tritt als neuer Kristallisationspunkt innenpolitischer Gegensätze seit 1897 die Dreyfus-Affäre in den Vordergrund – an ihr scheiden sich fortan für lange Zeit die Geister. Neben weiteren Einflüssen aus innerfranzösischen Verhältnissen nehmen auch Bismarcks Ausführungen über die Emser Depesche der Frage nach der Verantwortung für den Kriegsausbruch von 1870 die anfängliche Brisanz. Bismarcks Darstellung, deren Wahrheitsgehalt damals in Frankreich nicht in Frage gestellt wird, wirkt als Bestätigung für die bereits vorher häufig geäußerte Vermutung, daß Bismarck den deutsch-französischen Krieg gewollt habe, um die deutsche Einheit zu vollenden.

Obleich entschärft, wird der innerfranzösische Streit über die Schuld am Krieg von 1870 jedoch bis 1914 weitergeführt. Der Gegensatz der Meinungen in der Sache, der sich bis in die Schulbücher und Konversationslexika verfolgen läßt<sup>25</sup>, bleibt ebenso bestehen wie ein politisches Interesse an der Schuldfrage. So begründet der Außenminister Pichon im Jahr 1907 den Entschluß zur Herausgabe des Aktenwerkes „Les Origines diplomatiques de la guerre de 1870–1871“ gegenüber dem Präsidenten der Republik mit den Worten: „Il vous paraîtra, Monsieur le Président, qu’une démocratie comme la nôtre, dont le sort a été lié à ces événements au cours desquels elle a pris le plein exercice de sa souveraineté, a le droit d’être instruite de toute la vérité, afin de juger équitablement les hommes et les choses dont

<sup>24</sup> Larousse, 1598 f.

<sup>25</sup> Tiemann, 245 ff. über die französischen Schulbücher. Larousse polemisiert heftig gegen die bonapartistische Regierung: „... il est donc avéré que l’Empire voulait la guerre“, „cette guerre insensée“, „cette gigantesque folie“ (1599). *Encyclopédie* stellt mit Blick auf die Beweggründe der französischen Politik hingegen nur die Frage: „Cela valait-il de risquer dans une guerre le sort de l’Empire et la grandeur de la France?“ (4).

l'action a été si profonde sur ses destinées.“<sup>26</sup> 1910 greift die Herausgeberkommission diesen Gedanken im Vorwort zum 1. Band wieder auf<sup>27</sup>.

Kontrovers wurde in Frankreich allerdings nur die Frage nach der Verantwortung für den Ausbruch des Krieges und für Frankreichs Desaster von 1870/71 beantwortet. Die Schuld an den fatalen Folgen des deutsch-französischen Krieges für Europa und die Zivilisation, über die alle Autoren beredete Klage führen, sprechen die Franzosen von Anfang an einhellig und ausschließlich den Siegern von 1870/71 zu, d. h. Bismarck, Preußen und den Deutschen. Diese Aufspaltung der „Kriegsschuldfrage“ hat es gewiß erleichtert, vielleicht sogar erst ermöglicht, daß in einem stark vom Patriotismus geprägten geistigen Klima zahlreiche französische Autoren Frankreich einen mehr oder minder großen Anteil an der Verantwortung für den Kriegsausbruch zugeschrieben haben.

#### IV

Für den Zeitraum 1870 bis 1914 lassen sich in Frankreich wie in Deutschland die Publizistik und die wissenschaftliche Diskussion über Themen der Zeitgeschichte nicht klar trennen. Sie gehen vielmehr fließend ineinander über. Das große Interesse des gebildeten Publikums der damaligen Zeit an historischen Themen führte dazu, daß viele Historiker ihre Schriften auszugs- oder auch kapitelweise vorab in den Zeitschriften veröffentlichten, die von diesem Publikum gelesen wurden, z. B. der *Revue des Deux Mondes*, der *Revue de Paris*, der *Deutschen Rundschau*, der *Deutschen Revue* etc. Auch die großen Zeitungen waren in diesen Kommunikationskreis mit eingeschlossen, wie das Beispiel Ollivier – *Le FIGARO* – v. Sybel zeigt. Emile Ollivier publizierte das Einführungskapitel seines *Memoirenwerkes „L'Empire libéral“*<sup>28</sup> vorab am 23. November 1894 in *Le FIGARO*. Zu diesem Zeitpunkt stand der siebte und letzte Band von Sybels Werk „Die Begründung des Deutschen Reiches“ unmittelbar vor der Auslieferung. Aber Sybel stellte dem bereits fertigggedruckten Band noch eine vom 29. November 1894 datierte Vorrede voran, in der er auf Olliviers Veröffentlichung in *Le FIGARO* einging<sup>29</sup>. Zwar handelt es sich hier um ein besonders spektakuläres Beispiel für die kurzen Wege zwischen Publizistik und wissenschaftlicher Diskussion, aber es scheint mir insgesamt aus der Sachlage gerechtfertigt, die beiden Bereiche gemeinsam zu behandeln.

Die französische publizistische und wissenschaftliche Diskussion zwischen 1870

<sup>26</sup> *Les origines diplomatiques de la guerre de 1870–1871*, Recueil de documents publié par le ministère des Affaires Etrangères, Bd. 1 (Paris 1910)ii.

<sup>27</sup> Ebd. vi.

<sup>28</sup> *Emile Ollivier, L'Empire libéral*, 18 Bde. (Paris 1895–1910); im folgenden zitiert: *Ollivier*.

<sup>29</sup> *Sybel, Begründung*, Bd. 7, Vorrede.

und 1914 über die Verantwortung am deutsch-französischen Krieg ist stärker von inhaltlichen Kontroversen als vom zeitlichen Wandel geprägt<sup>30</sup>. Statt einer Übersicht, die sich an den Erscheinungsdaten der Werke orientiert, empfiehlt sich daher in diesem Fall eine Einteilung nach folgenden zentralen Inhalten:

- a. Apologien Frankreichs.
- b. Kritik an der Unentschiedenheit der Deutschlandpolitik des Zweiten Kaiserreiches und/oder an dem Verhalten der französischen Regierung in der Julikrise – in Verbindung mit der These, daß Bismarck den Krieg zur Vollendung der Einigung Deutschlands gewollt bzw. benötigt habe.
- c. These von der Unvermeidbarkeit eines Krieges zwischen Preußen und Frankreich um die Vormacht in Europa – zumeist in Verbindung mit einer gleichgewichtigen Verteilung der Verantwortung für den Ausbruch des Krieges auf beide Seiten.
- d. Zuweisung der hauptsächlichen „Kriegsschuld“ an Frankreich in Verbindung mit prinzipieller, ideologischer Kritik an der französischen Deutschlandpolitik vor 1870 und der These, daß ein Krieg zwischen Frankreich und der neuen Großmacht Preußen-Deutschland keineswegs unvermeidbar gewesen sei.

Aus der großen Fülle von Schriften, deren Autoren mit Akribie nachzuweisen suchen, daß nicht Frankreich, sondern einzig und allein Preußen bzw. Bismarck die Schuld am deutsch-französischen Kriege trage, seien hier nur zwei besonders bemerkenswerte Beispiele erwähnt: das historiographische Werk von Arsène Legrelle und das Memoirenwerk von Emile Ollivier. Läßt man den literarischen Ruhm und Rangunterschied außer Betracht, ist die Lebensgeschichte von Arsène Legrelle mit jener von Hippolyte Taine vergleichbar. Wie Taine gab der Privatgelehrte Legrelle aus Betroffenheit über die Ereignisse von 1870/71 seine literarischen Studien abrupt und definitiv auf, um nunmehr als Geschichtsforscher der nationalen Sache zu dienen. Wie Taine widmete Legrelle fortan seine ganze Schaffenskraft der neuen Aufgabe, die er sich gestellt hatte. Während Taine die Geschichte Frankreichs erforschte, um die Ursachen seines Niedergangs bis zu ihren Wurzeln aufzudecken<sup>31</sup>, begab Legrelle sich mit Besessenheit daran, Frankreich vor dem vermeintlichen Tribunal der Geschichte gegen die historischen Klagen der Deutschen zu verteidigen. Zunächst arbeitete er seine Verteidigungsschrift „La France et la Prusse devant l'histoire“, anfangs eine Broschüre von rund 80 Seiten, zu einem zweibändigen Werk von rund 1500 Seiten in der vierten Auflage aus<sup>32</sup>.

<sup>30</sup> Dieser Umstand ist an der gesamten französischen Geschichtsschreibung der Jahre 1871 bis 1914 über die deutsche Geschichte und die Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen in der Neuzeit zu beobachten und erklärt sich aus Besonderheiten der Historiographie in der damaligen Zeit. Vgl. *Gödde-Baumanns*, 433 ff.

<sup>31</sup> *Hippolyte Taine*, *Les origines de la France contemporaine*, 11 Bde. (Paris 1876–1894).

<sup>32</sup> *Arsène Legrelle*, *La Prusse et la France devant l'histoire. Essai sur les causes de la guerre*, 2 Bde. (Paris 1874). Legrelle stellte den Titel bewußt um in der Absicht, auf die Überarbeitung aufmerksam zu machen; im folgenden zitiert: *Legrelle*, *Prusse*.

Sodann untersuchte er mit gleicher Gründlichkeit nochmals einen einzelnen Beschwerdepunkt, die Einnahme Straßburgs durch Ludwig XIV. In der ersten Auflage zählt „Louis XIV et Strasbourg“ 252 Seiten, in der vierten und endgültigen Auflage über 800<sup>33</sup>. Diese Arbeit von anderthalb Jahrzehnten ändert nichts an Legrelles Ergebnissen, sondern bestätigt sie nur immer aufs neue – und wie in allen übrigen Punkten plädiert Legrelle auch hinsichtlich des deutsch-französischen Krieges auf vollen Freispruch für Frankreich: „... en Allemagne on trompe et ... en France on se trompe, quand on rejette sur le gouvernement français et, ce qui est plus grave, sur la nation française, cet épouvantable crime de lèse-civilisation qui fut la dernière guerre européenne. Après quatre années de déboires, de fourberies, d'humiliations et d'ironies patiemment supportées, la France n'a tiré l'épée contre la Prusse que poussée à bout par cette dernière, et devant une nouvelle provocation qui ne laissait plus à une nation militaire et encore jalouse de sa dignité d'autre alternative qu'une satisfaction immédiate et complète, ou la guerre.“<sup>34</sup>

Zwanzig Jahre später zitiert Emile Ollivier in der Einführung zu „L'Empire libéral“ diesen Passus mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß Legrelle nicht zum bonapartistischen Lager gehöre, sondern daß es sich hier um das Urteil eines Mannes handle, der außerhalb des Parteienstreits stehe<sup>35</sup>. Nach weiteren 15 Jahren beruft Ollivier sich im 14. Band seiner Memoiren erneut auf Legrelle<sup>36</sup>. Die These, die Emile Ollivier – der liberale, letzte Ministerpräsident des Zweiten Kaiserreiches – in den 18 Bänden seines zwischen 1895 und 1918 erschienenen Werkes ausbreitet, läßt sich in wenigen Sätzen zusammenfassen: Die Schuld am deutsch-französischen Krieg trage einzig und allein Bismarck. Er habe den Krieg gegen Frankreich gewollt, um den Widerstand der süddeutschen Staaten gegen die Einigung Deutschlands zu überwinden. Frankreich habe weder Grund gehabt, sich der Einigung Deutschlands zu widersetzen, noch unter Napoleon III. eine solche Politik verfolgt, trotz der gegenteiligen Forderungen Thiers' und seiner Anhänger<sup>37</sup>. Mit seiner, Olliviers Berufung, sei die Gefahr, daß Frankreich sich gegen die Einigung Deutschlands auflehne, endgültig behoben gewesen<sup>38</sup>. Von diesem Moment an habe Bismarck wohlbedacht darauf hingearbeitet, Frankreich zur Erklärung des Krieges zu provozieren, den er aus innenpolitischen Gründen benötigte. Ohne die Hohenzollernkandidatur und ohne die Veröffentlichung der Emser Depesche

<sup>33</sup> *Arsène Legrelle, Louis XIV et Strasbourg – Essai sur la politique de France* (Paris 1884). Mangels Besserem galt dieses Werk über viele Jahrzehnte als Standardwerk. Vgl. zu Legrelle: *Gödde-Baumanns*, 37 ff., 254 f., 326 ff.

<sup>34</sup> *Legrelle*, Prusse, Bd. 1 vii f.

<sup>35</sup> *Ollivier*, Bd. 1, 17 f.

<sup>36</sup> *Ollivier*, Bd. 14, 542.

<sup>37</sup> *Ollivier*, passim. Insbesondere: Bd. 1, 1 ff.; Bd. 3, 98 ff.; Bd. 7, 472 ff., 488 ff.; Bd. 8, 210 ff., 530 ff.; Bd. 9, 178 ff., 270 ff.; Bd. 10, 243 ff.; Bd. 12, 1 ff., 313 ff.; Bd. 14, 516 ff.; Bd. 15, 513 ff.

<sup>38</sup> *Ollivier*, Bd. 14, 533 sowie 536: „Bismarck ... avait espéré notre attaque; dès qu'il la jugea absolument écartée par mon arrivée au pouvoir (et dans ce sens j'ai indirectement contribué à l'explosion de la guerre), il organisa sa provocation.“

hätte es keinen deutsch-französischen Krieg gegeben. Die Urheberschaft an beidem liege bei Preußen, nicht bei Frankreich. „Le véritable auteur de la guerre, celui qui l'a voulue, cherchée, préméditée, préparée, rendue inévitable à son heure, c'est Bismarck.“<sup>39</sup> Nur um den Preis der Selbstaufgabe habe die französische Regierung auf die Provokation Bismarcks anders als geschehen reagieren können. Die Thronbesteigung eines Hohenzollern in Spanien habe Frankreich um keinen Preis hinnehmen können. Aber die französische Regierung sei bereit gewesen, sich mit dem Rücktritt von der Kandidatur zu begnügen und auf die Erfüllung der – unglücklichen – Forderung nach Garantie zu verzichten. Bismarck indes habe mit der Veröffentlichung der Emser Depesche Frankreich nur mehr die Wahl gelassen zwischen „une guerre douteuse et une paix déshonorée“<sup>40</sup>. So habe er Frankreich zum Kriege gezwungen: „Il n'était pas humainement possible, dans les circonstances au milieu desquelles nous délibérions, d'agir autrement que nous l'avons fait.“<sup>41</sup> So urteilt auch in der Rückschau nach nahezu vierzig Jahren Emile Ollivier, dem seit der Kammerdebatte vom 15. Juli 1870 das leichtfertige Wort anhing, er übernehme die Verantwortung für den Kriegsausbruch „d'un cœur léger“<sup>42</sup>.

Viele Franzosen aber urteilten anders, wie Ollivier selbst bezeugt: „La folle et criminelle déclaration de guerre est devenue le lieu commun indiscuté de la presse et de la tribune, l'enseignement donnée à nos enfants par nos maîtres d'école et à notre peuple par les livres à bon marché, ...“<sup>43</sup>. Selbst Henri Welschinger, ein Autor konservativer Couleur, der in seiner 1900 erschienenen Bismarckbiographie ebenso wie in seinem 1910 erschienenen zweibändigen Werk über den Krieg von 1870 voller moralischer Entrüstung Bismarck beschuldigt, den deutsch-französischen Krieg seit langem gewollt und in allen Einzelheiten verschuldet zu haben, tadelt in harten Worten die Leichtfertigkeit und Ungeschicklichkeit der französischen Politik<sup>44</sup>.

Ein markantes Beispiel für die verbreitete harsche Kritik am Verhalten der französischen Regierung in der Julikrise trotz der Überzeugung vom Kriegswillen der Gegenseite – Bismarck, Preußen, Deutschland werden dabei als Synonyme ver-

<sup>39</sup> *Ollivier*, Bd. 14, 542.

<sup>40</sup> *Ollivier*, Bd. 14, 558.

<sup>41</sup> *Ollivier*, Bd. 14, 559.

<sup>42</sup> Es ist der meistzitierte Ausspruch Olliviers und bis 1914 ein Standardzitat in unzähligen Schriften über das Thema.

<sup>43</sup> *Ollivier*, Bd. 1, 22. – Als die deutsche Kriegserklärung von 1914 die innerfranzösische Debatte über die Verantwortung für den Kriegsausbruch von 1870 beendete, weil nun auch retrospektiv Deutschlands Schuld erwiesen schien, fand Ollivier bei seinen Landsleuten für seine Darstellung mehr Glauben als zuvor. Bezeichnend dafür beispielsweise die entsprechenden Passagen der Gedenkrede, die der Philosoph Henri Bergson bei seiner Aufnahme in die Académie Française am 24. 1. 1918 auf seinen Vorgänger Emile Ollivier hielt, wiederabgedruckt in: *Anne Troisième de Diaz* (Hrsg.), *Regards sur Emile Ollivier* (Paris 1985) 18–28.

<sup>44</sup> *Henri Welschinger*, *La guerre de 1870 – Causes et responsabilités*, 2 Bde. (Paris 1910). Vgl. über Welschinger: *Gödde-Baumanns*, 255 f., 274 ff.

wandt – ist der bereits erwähnte Artikel im „Grand Dictionnaire“ von Larousse, der wie folgt beginnt: „Guerre de 1870–1871, la plus follement entreprise et la plus désastreuse que la France ait jamais eu à soutenir ... on sait que, si la France l’a déclarée, c’est l’Allemagne qui l’a voulue ... Après avoir réduit l’Autriche à l’impuissance, il fallait au Machiavel prussien, pour la réalisation de ses rêves de pangermanisme, l’affaiblissement et peut-être la ruine de la France ... Quant à nos hommes d’Etat, il y avait longtemps qu’il connaissait leur ineptie, égalée seulement par leur infatuation ... L’Allemagne trouvait donc là une occasion unique de satisfaire ses rancunes et ses instincts de rapacité. Bismarck ne se donna même pas la peine d’ourdir une intrigue bien habile, certain d’avance que nos gouvernants tomberaient lourdement dans le premier piège grossier qu’il voudrait leur tendre, sans avoir même assez d’adresse pour mettre de leur côté les apparences du droit.“<sup>45</sup>

Gemessener in der Sprache, aber ebenso unerbittlich in der Sache fällt das Urteil des Historikers Albert Sorel in seiner „Histoire diplomatique de la guerre franco-allemande“ aus dem Jahr 1875 aus. Der Krieg war selbst dann nicht unvermeidlich, wenn Bismarck ihn wollte, erklärt Sorel, denn Frankreich hätte dennoch den Frieden wahren können. Die preußischen Politiker nutzten lediglich die Umstände, die sie vorfanden; sie schufen sie nicht<sup>46</sup>. Nach Sorel war der Krieg für Preußen nicht nur zur Überwindung der innerdeutschen Widerstände gegen die Einigung Deutschlands, sondern auch wegen der Opposition Napoleons III. gegen die Einheitsbewegung unentbehrlich<sup>47</sup>. Aber er widerspricht der Vermutung, daß Bismarck die Hohenzollernkandidatur von Anfang mit einem festen Kriegsplan verknüpft habe<sup>48</sup>, und betont, daß erst das Ungeschick und die Anmaßung der französischen Regierung den Erfolg der preußischen Politik ermöglicht habe<sup>49</sup>.

Sarkastisch beschreibt Sorel, der aufgrund einer 1866 begonnenen diplomatischen Laufbahn zumindest mittelbare persönliche Kenntnisse über die letzte kaiserliche Regierung Frankreichs besaß, deren Inkompetenz: „... le pouvoir était aux mains d’esprits incertains et de politiques médiocres infatués de leur génie, ... Les ministres dirigeants croyaient à leurs collègues comme ils croyaient à eux-mêmes; le duc de Gramont tenait le maréchal Le Bœuf pour un grand homme de guerre; le maréchal Le Bœuf tenait le duc de Gramont pour un grand diplomate; l’empereur rêvait, et le conseil, respectueux du secret diplomatique et des mystères de la stratégie, aurait cru faire injure à ces grands hommes d’Etat en demandant à l’un de visiter ses arsenaux, à l’autre d’examiner ses traités.“<sup>50</sup>

Sowohl die Darstellung Sorels wie der zitierte Lexikonartikel stammen aus der Mitte der siebziger Jahre. Der frische Zorn, der daraus noch spricht, flaut im Laufe

<sup>45</sup> Larousse, 1598.

<sup>46</sup> Sorel, Guerre, Bd. 1, viii f.

<sup>47</sup> Ebd. 49.

<sup>48</sup> Ebd. 53 ff.

<sup>49</sup> Ebd. i.

<sup>50</sup> Ebd. 173.

der Zeit zwar ab. Aber die Kombination der Behauptung, Preußen habe den Krieg gewollt, mit der Verurteilung des Verhaltens der französischen Regierung in der Julikrise, bleibt aufrechterhalten bis hin zu dem vielbeachteten Werk von Palat alias Lehautcourt über den Krieg von 1870, das 1912 erschien. Bismarck habe den Krieg gewollt, um die deutsche Einigung zu vollenden, lautet auch hier das Fazit – seine besten Mitarbeiter aber seien Napoleon III. und dessen Minister gewesen<sup>51</sup>.

Bereits Sorel interpretiert in seiner Schlußbetrachtung den deutsch-französischen Krieg als einen Hegemonialkrieg: „La guerre de 1870 ... avait ses causes profondes dans les mouvements politiques qui agitent l'Europe depuis le commencement du siècle: ce n'était pas la rivalité de deux Etats et de deux dynasties, c'était un conflit de races.“<sup>52</sup> ... „Il ne suffisait pas aux Allemands d'affaiblir la France, ils entendaient établir la suprématie des peuples germaniques sur la nation française.“<sup>53</sup> Aber Sorel bleibt auch unter diesem Aspekt bei der Auffassung, der Krieg sei keineswegs unvermeidbar gewesen<sup>54</sup>, die Schuld an dem Verhängnis sei bei der unfähigen französischen Regierung zu suchen.

Im Gegensatz dazu erklärt zwanzig Jahre später Arthur Chuquet in seinem vorwiegend militärgeschichtlichen Werk über den Krieg von 1870/71, dieser sei angesichts der preußischen Machterweiterung, der deutschen Einheitsbestrebungen sowie der Mißerfolge und Demütigungen Napoleons III. unvermeidlich gewesen und seit 1866 auf beiden Seiten von den Weitsichtigen vorhergesagt und vorhergeplant worden. „La guerre entre Allemands et Français était inévitable“, beginnt der erste Satz<sup>55</sup>. Mit dieser Darstellung findet Chuquet in Deutschland außergewöhnlichen Beifall. Sein Buch wird noch im Erscheinungsjahr 1895 ins Deutsche übersetzt<sup>56</sup>, im gleichen Jahr auch bereits im „Brockhaus“ zitiert<sup>57</sup> und später sogar auszugsweise „zum Schulgebrauch herausgegeben“<sup>58</sup>.

<sup>51</sup> *Pierre Lehautcourt (Général Palat), Les origines de la guerre de 1870 – La candidature Hohenzollern 1868–1870 (Paris 1912) 635 ff.*

<sup>52</sup> *Sorel, Guerre*, Bd. 2, 363. Es wäre irreführend, das Wort ‚race‘ hier mit ‚Rasse‘ zu übersetzen, vielmehr steht es als Synonym für Volk. Vgl. über die unterschiedlichen Sinngehalte des französischen Wortes ‚race‘: *Gödde-Baumanns*, xii.

<sup>53</sup> *Sorel, Guerre*, Bd. 2, 368.

<sup>54</sup> Ebd. 363. Dieser Auffassung gemäß schließt *Sorel*, 369 ff., mit der Versicherung, die wichtigste Aufgabe Frankreichs sei es nunmehr, den Frieden zu wahren und zu beweisen, daß die Furcht der Deutschen vor französischen Revanchegedanken unbegründet sei.

<sup>55</sup> *Arthur Chuquet, La Guerre 1870–71 (Paris 1895) 1.*

<sup>56</sup> *Arthur Chuquet, Der Krieg 1870–71 – Autorisierte Übersetzung aus dem Französischen von L. A. Hauff (Zittau 1895).*

<sup>57</sup> *Brockhaus 1895*, 111.

<sup>58</sup> Herrn Prof. Dr. Gerd Stein, Direktor des Instituts für Schulbuchforschung an der Universität Duisburg, danke ich für den seit langem gesuchten Beweis (vgl. *Gödde-Baumanns*, 163). Folgendes Exemplar liegt mir vor: *La guerre de 1870/71 par Arthur Chuquet – in Auszügen mit Anmerkungen zum Schulgebrauch herausgegeben von Dr. Léon Wespy (Velhagen & Klasing's Sammlung französischer und englischer Schulausgaben – Prosateurs français 169 B, Bielefeld und Leipzig 1914).* Das Ersterscheinungsjahr ließ sich noch nicht feststellen.

Als weiteres Beispiel für die Variante, bei der die Verantwortung für den Ausbruch des Krieges gleichmäßig auf beide Seiten verteilt und die Frage danach als zweitrangig behandelt wird, sei die Deutung des Krieges erwähnt, die der ehemalige Außenminister Hanotaux 1903 im ersten Band seiner „Histoire de la France contemporaine“ gibt. Hanotaux betont, der Krieg von 1870/71 sei eine Episode des alten deutsch-französischen Kampfes um die Vormacht in Europa gewesen. Im Gegensatz zu den Bismarckbiographen Welschinger, Andler und Matter<sup>59</sup> legt Hanotaux den Akzent nicht auf das Streben Bismarcks nach Hegemonie für Deutschland, sondern auf das machtpolitische Interesse Frankreichs, eine Einigung Deutschlands unter Preußens Führung zu vereiteln, weil sie zur Wiederaufnahme dieses alten Kampfes zwang: „... on se trouvait, avec effroi, devant la politique traditionnelle de la lutte pour la domination sur le continent“<sup>60</sup>.

Auch diese Sicht der Dinge war so verbreitet, daß sie sich im Konversationslexikon niederschlug. Unter dem Stichwort „Franco-Allemande (Guerre)“ heißt es in „La Grande Encyclopédie“: „Ce fut à la fois la dernière des guerres entreprises par la Prusse pour unifier l'Allemagne à son profit et la dernière des guerres entreprises par Napoléon III pour s'assurer l'hégémonie de l'Europe ... Les origines de la guerre franco-allemande remontent à 1866; elle a été déterminée par les plans d'organisation européenne de Napoléon III d'une part, par les tendances unitaires allemandes d'autre part.“<sup>61</sup>

Ausgehend von grundsätzlicher Kritik an einer französischen Politik, die machtpolitische Interessen über das Nationalitätsprinzip stellte, weisen Autoren aus Denkfamilien der politischen Linken die Hauptschuld am deutsch-französischen Krieg Frankreich zu. Ernest Denis – der als Historiker der Tschechen zu Ruhm gelangte, während seine bemerkenswerte Geschichtsschreibung über Deutschland kaum ein Echo fand – erklärt im Vorwort zu seiner 1906 erschienenen Geschichte der Reichsgründung zwar, die Frage nach der Schuld am Ausbruch des Krieges sei zweitrangig angesichts der Tatsache, „que la guerre fut l'inéluctable résultat d'une situation donnée; ... nous ne verrons dans les plus coupables que les instruments involontaires d'une fatalité supérieure“ ...<sup>62</sup>. Diese Überzeugung hindert Denis aber nicht, im Laufe der Darstellung die größte Schuld Frankreich zuzusprechen, weil es sich nicht klar zum Nationalitätsprinzip bekannt und das deutsche Einheitsstreben nicht gefördert habe. Bismarck habe den Krieg nicht von Anfang an gewollt, sondern sich erst dazu entschlossen, als er erkannte, daß Frankreich sich der Einigung Deutschlands widersetzen werde. Indem die französische Regierung sich ihm hartnäckig in den Weg stellte, habe sie Bismarck gewissermaßen gezwungen, den Krieg zu suchen. Napoleon III. habe seinerseits den Krieg unvermeidlich

<sup>59</sup> Vgl. *Gödde-Baumanns*, 274 ff.

<sup>60</sup> *Gabriel Hanotaux*, *Histoire de la France contemporaine*, Bd. 1 (Paris 1903) 12.

<sup>61</sup> *Encyclopédie*, 2.

<sup>62</sup> *Ernest Denis*, *La fondation de l'Empire allemand – 1852–1870* (Paris 1906) iv.

gemacht, obwohl er ihn fürchtete, indem er sich weigerte, die unerläßlichen Bedingungen für eine dauerhafte Verständigung zu akzeptieren<sup>63</sup>.

Überzeugt, daß der deutsch-französische Krieg durchaus vermeidbar war, geht der Sozialistenführer Jean Jaurès mit der Tradition der französischen Deutschlandpolitik noch viel härter ins Gericht. Im Mittelpunkt seines Buches über den Krieg von 1870/71, das im Rahmen der von ihm herausgegebenen „Histoire socialiste“ 1908 erschien, steht eine radikale Abrechnung mit der französischen Deutschlandpolitik, die er als eine einzige Kette von Gewalttaten, Verbrechen und Machtmißbräuchen schildert<sup>64</sup>. Die Schuld am deutsch-französischen Krieg lag nach seiner Darstellung vom Anfang bis zum Ende, grundsätzlich und in allen Einzelheiten bei Frankreich: „La France a une grande et profonde responsabilité. C'est elle qui l'a préparée dès longtemps et qui l'a rendue presque inévitable en méconnaissant les conditions de vie de l'Allemagne, en marquant une hostilité sourde ou violente à la nécessaire et légitime unité allemande.“<sup>65</sup> Nach Jaurès hätte Frankreich – wenn es nur wollte – den Krieg verhindern können. Bismarck hätte keinen Kriegsgrund gefunden, wenn Frankreich überzeugend den Verdacht der Deutschen widerlegt hätte, daß es die Bildung eines deutschen Nationalstaates verhindern wollte. Und als Bismarck 1870 wahrscheinlich den Krieg zu provozieren suchte – so führt der Patriot Jaurès die Argumentation des Sozialisten Jaurès fort –, gereichte es Frankreich nicht zur Ehre, das Kalkül des preußischen Kanzlers auf die Dummheit der französischen Diplomaten und die Reizbarkeit der französischen Nation so leicht aufgehen zu lassen<sup>66</sup>.

Der aufgezeigte Gegensatz der Meinungen in der Sache ist – wie gesagt – ein Faktor der innenpolitischen Auseinandersetzung in Frankreich, aber er läßt sich nicht auf den Streit zwischen politischen Parteien reduzieren. Seine Vielschichtigkeit zeigt sich – um nur ein Beispiel zu nennen – allein daran, daß Autoren so gegensätzlicher politischer Couleur wie Ollivier und Jaurès im Hinblick auf die Einigung Deutschlands die gleiche Auffassung vertreten und dennoch die Kriegsschuldfrage völlig gegensätzlich beurteilen. Vergewenwärtigt man sich ferner, daß die Darstellungen von Denis und Jaurès zur gleichen Zeit wie die wichtigsten Bände der Memoiren Olliviers erscheinen, so wird deutlich, wie lebhaft über die Verantwortung für den Kriegsausbruch von 1870 auch noch im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts gestritten wurde. Das Thema blieb in Frankreich bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges ein Bestandteil der Auseinandersetzung über politische Grundfragen der Zeit.

<sup>63</sup> Ebd. 319 ff., 457 f. – Vgl. über Denis: *Gödde-Baumanns*, 206 f.

<sup>64</sup> *Jean Jaurès*, La guerre franco-allemande (Histoire socialiste 11, Paris s. d. 1908) 28.

<sup>65</sup> Ebd. 15.

<sup>66</sup> Ebd. 231. – Vgl. über Jaurès' Deutschlandhistoriographie: *Gödde-Baumanns*, 23, 63 f., 151 ff., 217 f., 259 ff.

## V

Anders in Deutschland. Hier konnte eine vergleichbare Diskussion schlechterdings nicht aufkommen. Von König Wilhelm von Preußen bis zu Karl Marx herrschte bei den Deutschen im Juli 1870 Einigkeit darüber, daß Frankreich der Angreifer sei und das deutsche Volk einen Verteidigungskrieg führe<sup>67</sup>. Der Verdacht einiger Sozialdemokraten wie auch des bayerischen Abgeordneten Jörg, hier handle es sich nicht um einen nationalen, sondern nur um einen dynastischen Krieg, ging in den Wogen der Erregung unter<sup>68</sup>. Nach dem Sieg über Frankreich und der Gründung des Deutschen Reiches wurde die Frage nach der Schuld am Ausbruch des Krieges vollends für lange Zeit gegenstandslos: es macht keinen Sinn, nach den Schuldigen an einem Ereignis zu fragen, das in eine Sternstunde der nationalen Geschichte einmündet. So erklärt sich, daß trotz der Bemühungen Bebels und Liebknechts eine vergleichbare innerdeutsche Debatte über die Schuld am Ausbruch des Krieges von 1870 nicht zustandekam. Jedoch erfuhr in Deutschland die Interpretation des Krieges einen Wandel, der sowohl im Zusammenhang mit Bismarcks Ausführungen über die Emser Depesche als auch in Einklang mit dem Wandel des Zeitgeistes stand und der Schuldfrage eine neue Dimension gab.

Von 1870 bis zu Beginn der neunziger Jahre wird der deutsch-französische Krieg als eine historische Begebenheit beschrieben und begriffen, die aus zwei eindeutig bestimmbareren Aktionen entstanden ist: dem aus konkreten politischen Erwägungen beschlossenen Angriff Frankreichs – eine „freche Herausforderung des alten Erbfeindes“<sup>69</sup> – und der Gegenwehr des deutschen Volkes, das sich endlich seiner gemeinsamen Stärke bewußt geworden war. Der Krieg wird also als das Ergebnis von Entscheidungen verantwortlicher Personen in einer bestimmten Situation aufgefaßt – was die Vorstellung impliziert, daß andere Entscheidungen und mithin auch andere Ergebnisse möglich gewesen wären.

Diese Sicht des deutsch-französischen Krieges ist auf den verschiedenen intellektuellen Ebenen, auf denen sich zeitgeschichtliches Bewußtsein manifestiert, unterschiedlich formuliert, aber dem Sinne nach identisch. In „Meyers Konversations-Lexikon“ liest sich das 1886 wie folgt: „Die Ursachen des Krieges, welchen Kaiser Napoleon im Juli 1870 begann, waren die Eifersucht des französischen Volkes über den unerhörten Aufschwung Preußens im Kriege gegen Dänemark und Österreich, ..., die Furcht vor der immer weiter fortschreitenden Konsolidierung der deutschen Einheit und Macht und der Wunsch der Regierung, durch einen sicher erhofften kriegerischen Erfolg die verblaßte *gloire* Frankreichs herzustellen

<sup>67</sup> Thronrede des Königs von Preußen vor dem Norddeutschen Bund am 19. Juli 1870, in: *Schulthess*, Geschichtskalender, 89 f.; *Karl Marx*, Erste Adresse über den Deutsch-Französischen Krieg, in: *Marx/Engels*, Werke, Bd. 17 (Berlin 1971) 3 ff.

<sup>68</sup> *Der Vorbote*, Politische und sozial-ökonomische Monatsschrift (Genf 1870) 104; *Schulthess*, Geschichtskalender, 200.

<sup>69</sup> *Meyers 1886*, 902.

und dadurch die Dynastie zu befestigen ... So stürzte sich die Regierung Napoleons III., gedrängt von der Ruhmsucht des einmal aufgeregten Volkes, mit verhängnisvollem Leichtsinne und blindem Vertrauen auf die militärische Übermacht Frankreichs in den Krieg ... In Deutschland war man einige Zeit ruhig geblieben ... Am 19. Juli ... eröffnete der König den außerordentlichen Reichstag des Norddeutschen Bundes mit einer Thronrede, worin er der allgemeinen patriotischen Stimmung einen würdigen Ausdruck gab. Man nahm den Krieg voll Mut und Entschlossenheit an; man hatte ihn nicht gesucht, sich aber darauf vorbereitet<sup>70</sup> ... Der Gewinn des Kriegs war nicht bloß die Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen und der Festungen Straßburg und Metz, sondern auch die Gründung eines Deutschen Reiches, welch letzteres schon während des Kriegs 18. Jan. 1871 in Versailles errichtet wurde.<sup>71</sup> Ähnlich, wenn auch kindgemäßer, klingt die Erzählung in den Schulbüchern<sup>72</sup>. In der Sprache des angesehenen Historikers Heinrich v. Sybel lautet die nämliche Geschichte: Frankreich beschloß „aus Eifersucht auf Preußens Wachsthum den Angriffskrieg ... Von dem deutschen Volk im Ganzen gilt, ...: es ist ein kriegsstarke, aber kein kriegslustige Geschlecht ... Man freute sich des hoffnungsvollen friedlichen Daseins ... Plötzlich stürmte in diesen Friedenszustand ... der französische Angriff hinein, der allem Volke als ein Wahnsinn oder eine Verruchtheit erschien, und nun wallte das sonst so ruhige deutsche Blut in heftiger Erbitterung auf, und der alte furor teutonicus warf sich dem französischen Elan mit riesenhafter Wucht entgegen ... jetzt endlich war die deutsche Volksseele ihrer Einheit und ihrer Kraft bewußt geworden, und Millionen drängten sich mit freudigem Entschlusse zu dem neuentdeckten Bruderbunde und zur Abwehr des alten schlimmen Widersachers.“<sup>73</sup>

Als Sybel das schrieb, war er wie alle an der Frage interessierten Zeitgenossen über Bismarcks Redaktion der Emser Depesche informiert, da am 23. November 1892 Reichskanzler Caprivi im Reichstag die Dokumente vorgelegt hatte<sup>74</sup>. Aber Sybel schloß sich der offiziellen, von Caprivi vorgetragenen Version an, wonach Bismarck bei der Redaktion der Depesche „vollkommen korrekt“ den Auftrag König Wilhelms ausgeführt habe<sup>75</sup>, auch stellte er den Vorgang nicht als Provokation, sondern als eine berechtigte Reaktion auf das Verhalten der französischen Regierung dar<sup>76</sup>. So kommt in seinem Schlußwort noch die primäre deutsche Sicht des Krieges aus dem Blickwinkel von 1870 zum Ausdruck, wenn er betont, wie unterschiedlich die Ziele Frankreichs und Deutschlands in 1870 gewesen seien: „Frank-

<sup>70</sup> Ebd. 792 f.

<sup>71</sup> Ebd. 797.

<sup>72</sup> *Tiemann*, 47 ff.

<sup>73</sup> *Sybel*, Begründung, 260–262.

<sup>74</sup> Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags 127 (Berlin 1893) 9 f.; im folgenden zitiert: *Sten. Ber. RT*.

<sup>75</sup> Ebd. 10.

<sup>76</sup> *Sybel*, Begründung, 239 ff.

reich die Bewahrung der bisher geübten europäischen Hegemonie, kraft deren es Spanien die freie Königswahl verbot, Italien den Eintritt in seine nationale Hauptstadt verwehrte, dem deutschen Volke die Vollendung seiner Bundesreform bestritt, Holland wegen Luxemburg, Belgien wegen des Eisenbahnkaufs bedrohte, und selbst der Schweiz ungnädige Mienen wegen des Gotthardtunnels zeigte. Dagegen lebte in Deutschland kein Gedanke an herrschenden Einfluß auf die anderen Nationen: das Volk hatte in patriotischem Zorne zum Schwerte gegriffen, um die seit Jahrhunderten erduldeten fremde Einmischung in deutsche Angelegenheiten von Grund aus zunichte zu machen und die Unabhängigkeit und Einheit des Vaterlandes hoffentlich für alle Zeiten zu sichern. – Frankreich ging für eine alte Ehrenstellung, Deutschland für sein junges Dasein in den Kampf.“<sup>77</sup>

## VI

Anläßlich einer Artikelserie „Aus dem Leben des Grafen Albrecht von Roon“ in der konservativen Zeitschrift „Deutsche Revue“<sup>78</sup> erneuerte Wilhelm Liebknecht 1891 den früheren Versuch August Bebels<sup>79</sup>, Bismarck als Fälscher der Emser Depesche und Kriegstreiber bloßzustellen, der „den Krieg mit Frankreich gewollt und auch unvermeidlich gemacht hat“<sup>80</sup>. Während zwei Artikel August Bebels, die im „Volksstaat“ 1873 und 1876 erschienen, die öffentliche Meinung „ganz unempfindlich“ gelassen hatten<sup>81</sup>, erzielte Liebknecht mit seiner Broschüre „Die Emser Depesche oder Wie Kriege gemacht werden“ Aufsehen. Im Vorwort der zweiten Auflage vom März 1892 berichtet er, daß die erste, „ungewöhnlich große Auflage von 36 000 Exemplaren“ binnen weniger Monate vergriffen gewesen sei<sup>82</sup>. Insgesamt erfuhr die Broschüre, die in der drastischen Sprache eines politischen Pamphlets geschrieben ist, sieben Auflagen.

Noch weit mehr Aufsehen aber erregten in Deutschland wie im Ausland Zeitungsinterviews, in denen Bismarck im Herbst 1892 zu verstehen gab, daß er sich als „Redakteur der Emser Depesche“ einst selbst darin versucht habe, „ohne Fälschung, nur durch Weglassungen und Striche den Sinn einer Rede vollkommen zu

<sup>77</sup> Ebd. 299.

<sup>78</sup> Die Serie lief über drei Jahre, beginnend in: Deutsche Revue 14 (1889) 257 ff., endend in: 17 (1892) 1 ff. Liebknecht bezieht sich auf die Folge XXIV im Mai-Heft von 1891: 16 (1891) 149 ff.

<sup>79</sup> August Bebel, Aus meinem Leben, Bd. 2 (Stuttgart 1914) 168; im folgenden zitiert: *Bebel*.

<sup>80</sup> Wilhelm Liebknecht, Die Emser Depesche oder Wie Kriege gemacht werden (zitiert nach der endgültigen Aufl. – Mit einem Nachtrag: Bismarck nackt – Nürnberg 1899), Vorwort von 1891 (4); im folgenden zitiert: *Liebknecht*.

<sup>81</sup> Ebd. 25. Liebknecht erwähnt nicht, daß die Artikel von Bebel geschrieben wurden.

<sup>82</sup> Ebd. III.

ändern<sup>83</sup>. Sowohl der Sturm der Entrüstung, der sich daraufhin vor allem in der ausländischen Presse erhob, als auch der Umstand, daß Bemerkungen Bismarcks den Argwohn erregten, 1870 habe „der alte Kaiser Wilhelm ... vielleicht in dem Verkehr mit den Franzosen den Akzent nicht getroffen ... der dem berechtigten Bewußtsein der deutschen Nation entsprach“, veranlaßten Reichskanzler Caprivi, am 23. November 1892 im Reichstag im Rahmen der Debatte über eine Militärvorlage zu den Vorgängen Stellung zu nehmen und – wie bereits erwähnt – die Depeschen vorzulegen. Caprivi verwahrte sich gegen den Eindruck, „... das alles, was wir seit 22 Jahren geglaubt haben, eitel Lug und Trug gewesen wäre“. Weder habe „Deutschland“ – wie Caprivi hier ohne weiteres anstelle von „Preußen“ sagt – Frankreich provoziert, noch habe „der Fürst Bismarck“ Depeschen gefälscht. Die Redaktion der Emser Depesche sei keineswegs eine Fälschung gewesen und der Krieg von 1870 vielmehr daraus entstanden, daß Frankreich sich mit dem Rückzug der Hohenzollernkandidatur nicht zufrieden gegeben habe<sup>84</sup>. Bald darauf verebte die öffentliche Erregung – andere skandalträchtige Themen traten in den Vordergrund<sup>85</sup>.

Bismarcks eigene Version über die Emser Depesche erfuhren die Zeitgenossen 1898 aus den „Gedanken und Erinnerungen“, die, wenige Monate nach Bismarcks Tod erschienen, einer „der größten Bucherfolge des Jahrhunderts“ wurden<sup>86</sup>. Bei der Redaktion der Emser Depesche habe er sich von der Überlegung leiten lassen, so Bismarck, „daß die Kluft, die die Verschiedenheit des dynastischen und Stammesgefühls und der Lebensgewohnheiten zwischen dem Süden und dem Norden des Vaterlandes im Laufe der Geschichte geschaffen hatte, nicht wirksamer überbrückt werden könne als durch einen gemeinsamen nationalen Krieg gegen den seit Jahrhunderten aggressiven Nachbar“. Als er die gekürzte Depesche an die Zeitungen und die preußischen Gesandtschaften übermitteln ließ, habe er gewußt, daß sie in Paris „nicht nur wegen des Inhalts, sondern auch wegen der Art der Verbreitung den Eindruck des roten Tuches auf den gallischen Stier machen“ werde. Seinen Gästen Roon und Moltke habe er zu dieser Stunde gesagt: „Schlagen müssen wir, wenn wir nicht die Rolle des Geschlagenen ohne Kampf auf uns nehmen wollen. Der Erfolg hängt aber doch wesentlich von den Eindrücken bei uns und anderen ab, die der Ursprung des Kriegs hervorruft; es ist wichtig, daß wir die Angegriffenen seien, und die gallische Überhebung und Reizbarkeit wird uns dazu machen ...“<sup>87</sup>. An Wirkung stellten die „Gedanken und Erinnerungen“ damals alle Literatur über Bismarck in den Schatten<sup>88</sup>. Zwar verbreitete sich rasch die Erkenntnis, daß Bismarck mehr an der Übermittlung einer politischen Botschaft als

<sup>83</sup> Im Gespräch mit Maximilian Harden, in: Zukunft 1 (1892) 204. Vgl. *Manfred Hank*, Kanzler ohne Amt (München 1977) 210f.; im folgenden zitiert: *Hank*.

<sup>84</sup> *Sten. Ber. RT*, 9 (Zitate) –11.

<sup>85</sup> *Hank*, 212.

<sup>86</sup> *Lotbar Gall*, Bismarck – Der weiße Revolutionär (Frankfurt, Berlin, Wien 1980) 723.

<sup>87</sup> *Otto v. Bismarck*, Gedanken und Erinnerungen, Bd. 2 (GW 15 Berlin 1932) 309f.

<sup>88</sup> *Friedrich Meinecke*, Zur Geschichte Bismarcks, in: HZ 87 (1901) 23.

an historischer Genauigkeit bei seinen Memoiren gelegen war, aber der Wahrheitsgehalt seiner Ausführungen über die Emser Depesche wurde zur damaligen Zeit in Deutschland ebensowenig angezweifelt wie in Frankreich<sup>89</sup>.

Wilhelm Liebknecht hatte bereits 1891 entschieden in Abrede gestellt, daß ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland unvermeidbar gewesen sei, und erklärt, wer noch behaupte, „Deutschland sei 1870 von Frankreich angegriffen worden, ist ein Lügner oder ein Schwachkopf“<sup>90</sup>. Im Jahr darauf erhob er den Vorwurf, Bismarck habe die Emser Depesche „gefälscht“, und schilderte diese Tat als „ein Verbrechen, wie die Welt ein zweites kaum je gesehen hat“<sup>91</sup>. So blieb Liebknecht angesichts der „Gedanken und Erinnerungen“, durch die er seine Auffassung voll auf bestätigt sah, kaum mehr eine Steigerungsmöglichkeit außer der Hoffnung, daß Bismarcks Schandtat unvergessen bleibe: „Das Liebesmahl der Blut- und Eisen-Dreieinigkeit, die am 13. Juli die Kriegsfurie über Deutschland und Frankreich losließ, wird im Gedächtnis der Völker bleiben ... Mit Schauer und Abscheu werden unsere Enkel es ihren Kindern erzählen, wie es am Ende des Neunzehnten Jahrhunderts möglich war, daß der Massenmord für die Machthaber ein Sport und eine Großthat war, deren sie sich rühmten.“<sup>92</sup>

Aber Liebknecht fand im wilhelminischen Deutschland keine große Resonanz. Die bürgerlichen Publizisten und Historiker übergingen seine Schrift mit Schweigen – und diese Abwehr war sogar stärker als der nationale Gegensatz: selbst Emile Ollivier, der sich in der zeitgenössischen deutschen Literatur sehr gut auskannte, zitiert Liebknecht nicht<sup>93</sup>. In der Sozialdemokratie erzielte Liebknecht offenbar auch nur eine begrenzte Wirkung, schreibt doch August Bebel – ein gewiß glaubwürdiger Zeuge – im Jahr 1914, die offizielle und offiziöse Geschichtsschreibung habe den „Glauben, wonach Frankreich der Angreifer, Deutschland der Angegriffene war, bis heute in der großen Masse der Bevölkerung aufrechtzuerhalten verstanden“<sup>94</sup>.

<sup>89</sup> Zur späteren Enttarnung der Darstellung als Legende vgl.: *Eberhard Kolb*, *Der Krieausbruch 1870 – Politische Entscheidungsprozesse und Verantwortlichkeiten in der Julikrise 1870* (Göttingen 1970) 134 ff. und die dort angegebene Literatur; *Joseph Becker*, *Zum Problem der Bismarckschen Politik in der Spanischen Thronfrage 1870*, in: *HZ* 212 (1971) 529 ff.

<sup>90</sup> *Liebknecht*, 45.

<sup>91</sup> Ebd. 68 – Zitat aus einer Reichstags-Rede Liebknechts.

<sup>92</sup> Ebd. 99.

<sup>93</sup> *Sybel*, *Begründung*, 241, erwähnt im Hinblick auf den Vorwurf der Fälschung lediglich „französische Organe“; *Delbrück* (vgl. Anm. 96) spricht in diesem Zusammenhang zwar von „deutschen Zeitungen“, ohne jedoch den Namen Liebknecht zu nennen: *Preuß. Jb.* 70 (1892) 741. Ebensowenig wird Liebknecht in den übrigen deutschen Schriften aus dem bürgerlichen Lager, die ich durchgesehen habe, zitiert. Unter den oben erwähnten französischen Autoren beruft sich lediglich *Welschinger*, Bd. 1, 127, auf Liebknecht. Während *Ollivier* offenbar nicht an Unterstützung seiner These aus dem sozialistischen Lager gelegen war, überging der Sozialist *Jaurès* die ihm zweifellos bekannte Schrift seines deutschen Gesinnungsgenossen mit Schweigen, da sie nicht in seine Konzeption paßte, Frankreichs Fehler zu kritisieren und Verständnis für die deutsche Seite zu wecken.

<sup>94</sup> *Bebel*, 167.

## VII

Während die Darstellung des deutsch-französischen Krieges in den Schulbüchern und Konversationslexika des Kaiserreiches konstant bleibt<sup>95</sup>, tritt in der Publizistik und Geschichtsschreibung, die sich seit Beginn der neunziger Jahre mit dem neuen Erkenntnisstand über die Emser Depesche auseinandersetzt, ein deutlicher Wandel ein. Es soll hier nicht auf die Einzelheiten der wissenschaftlichen Diskussion eingegangen werden, die von der Kontroverse zwischen Heinrich v. Sybel und Hans Delbrück ihren Ausgang genommen hat<sup>96</sup>. Die gemeinsamen Merkmale der Schriften jener Historiker, die Sybels Darstellung vom Kriegsausbruch zurückweisen, sind eine Vertiefung des Erbfeindgedankens und die Behauptung, der Krieg gegen Frankreich als Widersacher deutscher Einheit sei unvermeidbar gewesen. Das historische Ereignis wird jetzt zur historischen Notwendigkeit stilisiert. Das Bewußtsein einer traditionellen Gegnerschaft verdichtet sich zu der Gewißheit eines naturgegebenen Antagonismus zwischen Frankreich und Deutschland. Das Wort „Erbfeind“ steht nicht mehr nur für eine alte historische Erfahrung, sondern bezeichnet nun ein unausweichliches Schicksal. Frankreichs Schuld am Krieg bleibt außer Zweifel – an die Stelle der Frage nach der Verantwortung aber tritt Bismarcks „Verdienst am Ausbruch des Krieges“, wie Erich Marcks bereits 1895 in seinem Nachruf auf Sybel formuliert<sup>97</sup>.

Zwei Jahre später führt Marcks in der „Allgemeinen Deutschen Biographie“ diesen Gedanken innerhalb seines Artikels über Wilhelm I. näher aus. Bismarck habe „den Feind zweifellos in Frankreich gesehen“, erklärt er<sup>98</sup>. Es sei unleugbar, daß Bismarck bereits bei der spanischen Thronkandidatur der Hohenzollern „gegen Frankreich rücksichtslos gehandelt hat und rücksichtslos handeln wollte ... und sicher ist, daß er in jeglichem Falle das Recht hatte, scharf vorzugehen. Daran ... ist doch kein Zweifel: der Angreifer war in dem Verhältniß Deutschlands und Frankreichs schlechterdings Frankreich. Deutschland hat nichts von seinem Nachbarn

<sup>95</sup> *Tiemann*, 39ff. verzeichnet keine nennenswerten Änderungen in den Schulbüchern der wilhelminischen Zeit. In den Konversationslexika werden die entsprechenden Artikel nach der Jahrhundertwende zwar nüchterner formuliert, aber die Deutung des Krieges ändert sich nicht.

<sup>96</sup> *Hans Delbrück*, Der Ursprung des Krieges von 1870, in: *Preuß. Jb.* 70 (1892) 730–746; *Heinrich v. Sybel*, Neue Mittheilungen und Erläuterungen zu Band 6 und 7 der Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I., in: *HZ* 75 (1895) 38–87; *Hans Delbrück*, Das Geheimnis der Napoleonischen Politik im Jahre 1870, in: *Preuß. Jb.* 82 (1895) 1–55.

<sup>97</sup> *Marcks*, Aufsätze, Bd. 1, 271: „Über die Verantwortung oder auch das Verdienst am Ausbruche des Krieges von 1870 schwankt ja noch der Kampf ...“. Einige Jahre später erklärt M. dann dezidiert: „... hat er den Krieg wirklich angelegt, so war das eines der höchsten Verdienste seines gewaltigen Lebens.“ In: *Erich Marcks*, Fürst Bismarcks Gedanken und Erinnerungen. Versuch einer kritischen Würdigung (Berlin 1899) 94f.

<sup>98</sup> *Erich Marcks*, Wilhelm I., Deutscher Kaiser, König von Preußen, in: *ADB* 42 (1897) 517–692, Zitat: 642.

gewollt und Nichts wider ihn beabsichtigt; es wollte seine Einheit, und konnte sich darin durch die noch so begreifliche Eifersucht des Andern nicht hemmen lassen.“<sup>99</sup> Mit der gekürzten Emser Depesche, so Marcks weiter, sei Bismarck „sofort in den rückhaltlosen, in den unwiderruflichen Angriff“ übergegangen. Daß diese Depesche Frankreich in den Krieg treiben mußte, „war beinahe sicher, ... und eben dies war ihr Zweck. Sie war ein Schlag in Frankreichs Antlitz, und sie hat ... den Krieg erzwungen ... Bismarck vollzog das nothwendig Gewordene zu einer Zeit, wo sein Vaterland stärker war als der Feind. Er hatte ... im höheren Sinne immer Recht gehabt, auch unter der Voraussetzung, daß er diesen Krieg von vornherein gewollt und angelegt haben sollte: in dieser Stunde aber hatte er unter allen Voraussetzungen Recht. Was er am 13. Juli that, war schlechthin unanfechtbares Gebot seiner staatsmännischen Pflicht.“<sup>100</sup> Den Vorgängen in der Julikrise schreibt Marcks „den Charakter deutscher Notwehr gegen einen frevelhaft in das Tiefste unseres Lebens hineingreifenden Feind“ zu und deutet den Krieg von 1870/71 wie folgt: „Ein Kampf brach aus, der über alle Persönlichkeiten hinweg zugleich das große Ergebniß uralter, jetzt erneuerter Gegensätze war.“<sup>101</sup>

Die gleiche Auffassung vertritt Max Lenz, der für die „Allgemeine Deutsche Biographie“ den Artikel über Bismarck schrieb und diesen, ebenso wie Marcks den seinigen, später auch als Buch veröffentlichte<sup>102</sup>. „Denn daß die Nötigung zum Kampf in Wahrheit von Frankreich ausging, und daß der Krieg, der Deutschlands Einheit schuf, so wie der herrlichste, so auch der gerechteste unserer Kriege gewesen ist, kann niemals bestritten werden“, lautet der Kernsatz bei Lenz<sup>103</sup> – einem ehemaligen Freiwilligen des Krieges von 1870/71. Diese Auffassung macht es überflüssig, Bismarcks Politik im Detail zu beschönigen, was Lenz auch gar nicht erst versucht. Die Redaktion der Emser Depesche beschreibt er unter dem Gesichtspunkt, daß „wiederum“ Bismarck „und kein anderer es war, der das Rad des Schicksals vorwärts stieß“<sup>104</sup>. Eine friedliche Regelung des Konfliktes, die sich angebahnt habe, sei damit verhindert worden. „Bismarck wußte sehr wohl, was er tat, als er seine Redaktion ... unter die Massen werfen ließ ...; sie war ... der Krieg; ... die Schleusen waren hochgezogen, und alle Kräfte der Nation konnten in tausend tosenden Wirbeln gegen den Erbfeind losgelassen werden.“<sup>105</sup>

Es mag den Anschein haben, daß sich hier nur zwei Biographen von der Begei-

<sup>99</sup> Ebd. 644.

<sup>100</sup> Ebd. 648.

<sup>101</sup> Ebd. 649.

<sup>102</sup> Max Lenz, *Geschichte Bismarcks* (München u. Leipzig 1902, zitiert nach der 4. Aufl. 1913). Trotz des Hinweises im Vorwort zur 4. Aufl., daß der Abschnitt über die Jahre 1866–1870 ganz neu bearbeitet worden sei, sind die entscheidenden Passagen über den Krieg von 1870/71 unverändert. – Vgl. über Lenz: *Rüdiger vom Bruch*, in: NDB 14 (1985) 231–233.

<sup>103</sup> Lenz, *Bismarck*, 387. Die ursprüngliche Fassung in: ADB 46 (1902) 723 lautet: „Denn daß die Offensive diesmal von Frankreich ausging ...“

<sup>104</sup> Lenz, *Bismarck*, 396.

<sup>105</sup> Ebd. 398.

sterung für ihre Helden fortreißen ließen. Aber die Vermutung trügt: Marcks und Lenz haben einer weitverbreiteten Auffassung Ausdruck gegeben. Das zeigt ein detaillierter zeitgenössischer Literaturbericht. Danach sind sich jene deutschen Historiker, die im „Streit über den Ursprung des deutsch-französischen Krieges“ Sybels Darstellung anfechten, einig in der Bewunderung dafür, daß Bismarck mittels der gekürzten Emscher Depesche den Ausbruch des Krieges von 1870 provoziert habe. Und der Berichtersteller fügt seinerseits hinzu: „Daß er diese That vollbrachte, wird ein Volk, welches auf sich hält, ihm ewig danken.“<sup>106</sup>

Aus der berechtigten Abwehr eines mutwilligen Angriffes ist auf dieser, auch nach der Jahrhundertwende noch häufig anzutreffenden Stufe der Interpretation<sup>107</sup>, die aggressive Verteidigung des Rechtes auf nationale Einheit und Selbstbestimmung geworden. Liegt aus dieser Sicht der Kriegsgrund doch, wie es bei Erich Marcks heißt, „einzig und allein in dem Willen Frankreichs, diese Einheit nicht zu gestatten. Die deutsche Politik hatte demgegenüber das Recht und die Pflicht zu jeder Rücksichtslosigkeit“<sup>108</sup>.

In einem nächsten Schritt wird aus dem unvermeidlichen Zusammenstoß zwischen Frankreich und Deutschland eine weltgeschichtliche Notwendigkeit. Sie ist Friedrich Meinecke bereits 1901 Gewißheit<sup>109</sup>. Aber erst 1912 führt ein junger Historiker den Gedanken näher aus. Siegfried Brase vertritt in seiner Untersuchung über „Emile Olliviers Memoiren und die Entstehung des Krieges von 1870“<sup>110</sup> die These, Bismarck habe die Hohenzollernkandidatur aktiv gefördert und dabei bewußt die Gefahr eines Krieges in Kauf genommen. Die Hohenzollernkandidatur sei die Probe auf Frankreichs Verhalten gewesen. Dieser Steigerung in der Deutung der bismarckschen Politik entspricht die neue Steigerung in der Deutung des deutsch-französischen Krieges. Brase selbst betont, daß der Gesichtspunkt der

<sup>106</sup> *Hermann v. Petersdorff*, Der Streit über den Ursprung des deutsch-französischen Krieges, in: FBPG 9 (1897) 55–100, Zitat: 94f.

<sup>107</sup> Zum Beispiel: *Friedrich Regensburg*, 1870/71 – Der deutsch-französische Krieg, Bd. 1 (Stuttgart 1907) 107ff. *Wilhelm Stolze*, Die Gründung des Deutschen Reiches im Jahre 1870 (München und Berlin 1912) 69ff. Nach *Karl Stählin*, Der deutsch-französische Krieg 1870/71 (Heidelberg 1912) 31, war Bismarck zur Umgestaltung der Emscher Depesche „nicht bloß berechtigt, sondern verpflichtet ... Der Krieg war unvermeidlich geworden, sollte nicht die deutsche Ehre schweren Schaden leiden und die deutsche Einheit, das uns länger als jedem anderen Volke vorenthaltene Ziel unserer Sehnsucht, abermals in eine unbestimmte Zukunft verschwinden.“

<sup>108</sup> *Marcks*, in: ADB 42 (1897) 644.

<sup>109</sup> *Friedrich Meinecke*, in: HZ 87 (1901) 49, über die Bismarckbiographie des Franzosen Charles Andler: „... die weltgeschichtliche Notwendigkeit des Krieges kann er auch nicht ... erfassen“. Vgl. zu Andlers Bismarckbiographie: *Gödde-Baumanns*, 282ff.

<sup>110</sup> *Siegfried Brase*, Emile Olliviers Memoiren und die Entstehung des Krieges von 1870 (Historische Studien 98, Berlin 1912). Nach einer Auskunft, für die ich Herrn Dr. *Rüdiger vom Bruch*, München, danke, handelte es sich ursprünglich um eine Dissertation; Doktorvater: Wilhelm Busch, Marburg. Im folgenden zitiert: *Brase*.

„weltgeschichtlichen Notwendigkeit“ des Krieges bei den Historikern bisher nicht „die verdiente Geltung“ gefunden habe<sup>111</sup>. In bester Kenntnis der zentralen These Olliviers, daß der deutsch-französische Krieg durchaus vermeidbar gewesen und allein durch Bismarck verschuldet worden sei, erklärt Brase in seinem Schlußwort, dieser Krieg sei „nicht das alleinige Werk eines Einzelnen, sondern die natürliche Folge“ einer langjährigen Entwicklung gewesen. Seine nicht nur nationale, sondern weltgeschichtliche Bedeutung liege darin, daß Deutschland „in die Lage versetzt wurde, die Rolle des europäischen Friedenshüters“ zu übernehmen und damit die Aufgabe zu erfüllen, der weder das bourbonische noch das bonapartistische Frankreich gewachsen gewesen sei<sup>112</sup>. Aber dieser Gedanke – der in vollem Widerspruch zu dem verbreiteten französischen Vorwurf steht, das Deutsche Reich habe Europa keinen Frieden zu geben vermocht<sup>113</sup> – spielt bei Brase nur eine Nebenrolle. Im Mittelpunkt seiner Betrachtung steht die Idee des Kampfes um die Vorherrschaft: „Dem sich immer enger zusammenschließenden deutschen Volke mußte bei der Überlegenheit seiner bisher zersplitterten, nun aber vereinigten, militärischen und wirtschaftlichen Kräfte und Machtmittel die Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinente zufallen, die seit zwei Jahrhunderten sein westlicher Nachbar ... besessen hatte ... Kampflös aber ist noch nie in der Geschichte eine Hegemonie von einer Macht auf die andere übergegangen, ... So stand auch vor der Vollendung der großen weltgeschichtlichen Notwendigkeit des 19. Jahrhunderts der Kampf als der Vater aller Dinge ... Hätte Bismarck ein Mittel zu einer Politik der Klarheit und der Tat wie die Kandidatur Hohenzollern verschmäht, so würde er zu der schwächlichen Politik ... des Friedens um jeden Preis zurückgekehrt sein, ... Dann hätte er sich wohl das Lob der Franzosen, die Anerkennung eines Ollivier verdient, wäre aber nicht der größte deutsche Staatsmann gewesen, der seinem Jahrhundert den Stempel seines Geistes aufgedrückt hat.“<sup>114</sup>

Markige Schlußworte, mit denen ein Autor sein Erstlingswerk beschließt, sollen nicht überbewertet werden. Andererseits besteht um so weniger Anlaß, ihren Aussagewert gering zu schätzen, je offenkundiger ein solcher Text in Einklang mit dem Zeitgeist steht. Das aber ist hier der Fall. Der Wandel in der Deutung des Krieges läßt sich nicht allein aus dem – naheliegenden – Bestreben erklären, neue Erkenntnisse über den Kriegsausbruch mit der unveränderten Auffassung des Krieges als einer Sternstunde der nationalen Geschichte zu vereinbaren. Vielmehr entspricht der aufgezeigte Wandel der Ansichten über den deutsch-französischen Krieg zugleich dem allgemeinen Wandel des historisch-politischen Denkens in Deutschland zwischen 1871 und 1914. So spiegeln sich drei für die Zeit charakteristische Phänomene – bei deren Beschreibung hier Theodor Schieder gefolgt

<sup>111</sup> Brase, 240.

<sup>112</sup> Ebd. 240.

<sup>113</sup> Gödde-Baumanns, 267 ff., 295 ff.

<sup>114</sup> Brase, 240–243.

sei<sup>115</sup> – auch in der Rückschau auf ein abgeschlossenes Ereignis der Vergangenheit wider: Der Übergang von einer noch wandelbaren Struktur der Staatenbeziehungen zu einer starren Polarisierung – ihr entspricht die These von der naturgegebenen Erbfeindschaft. Eine wachsende Kriegsbereitschaft – sie wird von den Historikern auf Bismarck rückprojiziert. Den Beginn dieses Vorgangs hat Sybel noch scharfsichtig erkannt und in seinem letzten Lebensjahr mit der spöttischen Bemerkung kommentiert: „... es scheint, daß unsere modernen Germanen ganz so wie ihre Vorfahren vor einem Jahrtausend doch unter allen Ruhmestiteln für den höchsten den kriegerischen Lorbeer halten“<sup>116</sup>. Deutlich ist an den drei Stufen der Interpretation, die der deutsch-französische Krieg zwischen 1871 und 1914 erfährt, auch der „Umschlag von nationaler und nationalistischer Mentalität in imperialistische“ abzulesen<sup>117</sup>. Noch ganz einem selbstgenügsamen nationalen Denken verhaftet, hebt Sybel lobend hervor, in Deutschland habe im Gegensatz zu Frankreich 1870 „kein Gedanke an herrschenden Einfluß auf die anderen Nationen“ gelebt<sup>118</sup>. Das ist noch die gleiche Geisteshaltung, darin kommt noch die gleiche Mentalität zum Ausdruck wie in dem Wort, das ein knappes Vierteljahrhundert zuvor, während des deutsch-französischen Krieges, Leopold v. Ranke sprach: Es könne „nicht darauf ankommen, Andere zu erdrücken, sondern nur uns selber zu behaupten“ und die nationale Einheit zu erlangen<sup>119</sup>. Nichts anderes als seine Einheit habe Deutschland erstrebt, versichert auch noch der Neorankianer Erich Marcks. Er verbindet diese Feststellung aber mit dem nationalistischen Argument von dem Recht und der Pflicht „zu jeder Rücksichtslosigkeit“ bei der Verfolgung des nationalen Zieles<sup>120</sup>. Die längst zum Topos gewordene Aussage, die staatliche Einheit sei ein „Lebensbedürfnis“ der deutschen Nation, seine Befriedigung „notwendig“ gewesen, begegnet selbstverständlich auch bei Brase<sup>121</sup>. Aber Brase stellt die Einigung Deutschlands nicht mehr als finales Ziel, sondern nur mehr als Voraussetzung für den Kampf um die Vorherrschaft Deutschlands dar. Darin sieht er den eigentlichen Sinn des Krieges von 1870. Damit deutet Brase den deutsch-französischen Krieg gemäß dem Diskurs über Macht und Weltpolitik um, der das politische Denken in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg bestimmt hat. Im gleichen Jahr wie diese historische Abhandlung, 1912, ist denn auch „Deutschland und der nächste Krieg“ von Friedrich von Bernhardi erschienen<sup>122</sup> – ein Werk, das für die Mentalität im damaligen Deutschland durchaus repräsentativ ist, wie neuerdings

<sup>115</sup> Theodor Schieder, *Staatensystem als Vormacht der Welt – 1848–1918* (Propyläen Geschichte Europas Bd. 5, Frankfurt, Berlin, Wien 1977) 249–272; im folgenden zitiert: *Schieder*.

<sup>116</sup> Heinrich v. Sybel, in: *HZ* 75 (1895) 88.

<sup>117</sup> *Schieder*, 251.

<sup>118</sup> *Sybel*, *Begründung*, 299.

<sup>119</sup> *Ranke*, 563.

<sup>120</sup> *Marcks*, in: *ADB* 42 (1897) 644.

<sup>121</sup> *Brase*, 241.

<sup>122</sup> *Friedrich v. Bernhardi*, *Deutschland und der nächste Krieg* (Stuttgart/Berlin 1912).

Karl Ferdinand Werner mit Nachdruck betont<sup>123</sup>. Was den Rang der Autoren und die Wirkung angeht, die sie erzielten, lassen sich die fachwissenschaftliche Monographie eines unbekanntes jungen Historikers und das aufsehenerregende Buch aus der Feder eines hohen preußischen Generals, das rasch mehrere Auflagen erfuhr, nicht vergleichen. Nichtsdestoweniger bleibt festzuhalten, daß aus der unauffälligen wissenschaftlichen Publikation und dem Polit-Bestseller eine gleiche Botschaft dringt. Der mit der Umdeutung des deutsch-französischen Krieges bei Brase verbundene Lobpreis des Kampfes als Vater aller Dinge zeigt, daß „der kollektive Traum vom Krieg“ – nach Walter Falk die Essenz der deutschen Dichtung jener Jahre<sup>124</sup> – nicht nur mit Blick auf Gegenwart und Zukunft, sondern sogar bei der Rückschau in die Vergangenheit geträumt wurde. Vor allem aber macht der Wandel der Ansichten über den Krieg von 1870 punktuell das gleiche Phänomen sichtbar, das Karl Ferdinand Werner gleichzeitig als spezifisches generelles Merkmal der deutschen Mentalitätsgeschichte dieser Zeit herausgearbeitet hat: eine Einstellung zum Krieg, wonach dieser nicht länger als *ultima ratio* der Politik begriffen wird, sondern als *prima ratio* des nationalen Lebens erscheint<sup>125</sup>.

## VIII

Über den deutsch-französischen Krieg findet in Publizistik und wissenschaftlicher Diskussion zwischen Frankreich und Deutschland in den Jahren 1870 bis 1914 ein reger Austausch statt. Aber dabei kommt keine verständnisfördernde Kommunikation zwischen den beiden Nationen zustande. Deutsche Autoren zitieren französische und französische zitieren deutsche Autoren entweder, um Aussagen der Gegenseite zurückzuweisen, oder um sie als besonders überzeugenden Beweis für die eigene These zu nutzen. In der Funktion als Kronzeuge finden in Frankreich Bismarck mit seinen Ausführungen über die Emser Depesche und in Deutschland der Historiker Arthur Chuquet mit seiner These von der Unvermeidbarkeit des deutsch-französischen Krieges die stärkste Resonanz. Aussagen aus

<sup>123</sup> *Karl Ferdinand Werner*, L'attitude devant la Guerre dans l'Allemagne de 1900, in: 1914 – Les psychoses de Guerre? (Publications de l'Université de Rouen 82, Rouen 1985) 11–33; im folgenden zitiert: *Werner*. Über Bernhardt – in Widerspruch zu Gerhard Ritter und Friedrich Meinecke: 25 ff. Vgl. zur Bedeutung Bernhardtis auch: *Fritz Fischer*, Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914 (Düsseldorf 1969) 343 ff.

<sup>124</sup> *Walter Falk*, Der kollektive Traum vom Krieg – Epochale Strukturen der deutschen Literatur zwischen „Naturalismus“ und „Expressionismus“ (Beiträge zur neueren Literaturgeschichte Bd. 31, Heidelberg 1977).

<sup>125</sup> *Werner*, 33. Dieser Aufsatz wurde mir erst bekannt, als mein Manuskript bereits zum Druck gegeben war, der Hinweis darauf bei der Fahnenkorrektur eingearbeitet. Das sei deshalb vermerkt, weil m. E. die nachträgliche Feststellung, daß punktuelle Beobachtung und generelle These übereinstimmen, den Aussagewert der Übereinstimmung erhöht.

dem anderen Land, die mit dem eigenen Bild vom Gegner nicht übereinstimmen, werden nicht zur Kenntnis genommen, zumindest nicht weiter vermittelt. So finden in Deutschland Äußerungen der Zustimmung zur deutschen Einheit aus Frankreich kaum ein Echo. In Frankreich hingegen wird kaum wahrgenommen, daß die Furcht der Deutschen vor Frankreich den Sieg der Deutschen von 1870 überdauert hat. Einerseits ist dieses Phänomen der selektiven Wahrnehmung, für das es weitere Beispiele aus früheren und späteren Zeitabschnitten gibt, eine Folge und zugleich ein Element des deutsch-französischen Antagonismus gewesen. Andererseits liegen ihm komplexe Wechselwirkungen zwischen kollektivem Selbstverständnis und dem Bild des Anderen zugrunde. Mit Blick auf Wahrnehmungsdefizite, die den kulturellen Austausch zwischen Frankreich und Deutschland auch nach der Überwindung der politischen Gegnerschaft weiter beeinträchtigen, hat insbesondere Robert Picht diese psychologischen Aspekte hervorgehoben<sup>126</sup>.

Der unterschiedliche Verlauf, den die zur gleichen Zeit über das gleiche Thema geführte Diskussion in Frankreich und Deutschland nimmt, steht zunächst in Zusammenhang mit der gegensätzlichen Einschätzung des Krieges von 1870 – als Unglück aus französischer, als heilvoll aus deutscher Sicht. Er läßt aber auch erkennen, daß sich – soweit es die hier untersuchten Schriften betrifft – auf deutscher Seite die Einstellung zum Krieg schlechthin ändert, während sie auf französischer Seite konstant bleibt. 1870 herrscht noch auf beiden Seiten die gleiche Auffassung von Krieg. Er ist als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln grundsätzlich akzeptiert, gilt aber dennoch als Verhängnis. Das Bewußtsein von Krieg als Unheil ist der gemeinsame Hintergrund aller noch so gegensätzlichen Aussagen über die Schuld am Ausbruch des Krieges und aller noch so konträren Bemühungen, diese Schuld dem Kriegsgegner zuzusprechen oder die Verantwortlichkeiten des innenpolitischen Gegners aufzudecken. Dieser Auffassung von Krieg bleiben die französischen Autoren verhaftet – auch mit Blick auf siegreiche Kriege Frankreichs, wie es hier zu ergänzen gilt<sup>127</sup>. Dagegen kommt bei deutschen Autoren in den neunziger Jahren die Vorstellung vom Krieg als einer positiv zu wertenden Notwendigkeit und mithin die Rede von dem Verdienst auf, das sich ein Staatsmann mit der Herbeiführung des Krieges erwerbe. Daß hier Denkweisen – für die Zeitgenossen fühlbar – auseinanderdriften, zeigt die herablassende Bemerkung, mit der Brase seine Studie über Ollivier's Memoiren abschließt: „Das Lob der Franzosen“ sei allenfalls für eine schwächliche Friedenspolitik zu erwarten gewesen, nicht aber für den großartigen Entschluß zum Krieg um der Vorherrschaft Deutschlands willen – den Brase Bismarck unterstellt<sup>128</sup>. Auch das Ergebnis dieses punktuellen, nur dem Urteil über 1870 geltenden Vergleiches steht in Übereinstimmung mit der These

<sup>126</sup> Es sei hier nur der jüngste von mehreren Aufsätzen zitiert: *Robert Picht*, Wissenschaft als Brücke, in: *Frankreich und Deutschland* (Schriftenreihe Bundeszentrale für politische Bildung 232, Bonn 1986) 52–71.

<sup>127</sup> *Gödde-Baumanns*, 37 ff., 143 ff.

<sup>128</sup> *Brase*, 243.

von Karl Ferdinand Werner, wonach im wilhelminischen Deutschland eine Kriegsmentalität zum vollen Durchbruch gelangt sei, die sich im 19. Jahrhundert allmählich herausgebildet habe und besondere, so in den anderen Ländern nicht begegnende Züge trage<sup>129</sup>.

Bei allen Gegensätzen im Urteil über den Krieg und trotz der unterschiedlichen Entwicklung – in Frankreich kontroverse Debatte über die Kriegsschuld, in Deutschland Vertiefung des Feindbildes von Frankreich – weisen Publizistik und wissenschaftliche Diskussion in Deutschland und Frankreich jedoch einen gemeinsamen Grundzug auf: Von 1870 bis Anfang der neunziger Jahre wird in beiden Ländern der Krieg als Ergebnis der Handlungen von Personen begriffen, die bestimmten Traditionen verhaftet sind. Mitte der neunziger Jahre wird diese Sicht der Dinge abgelöst durch die in beiden Ländern verbreitete These von der Unvermeidbarkeit des Krieges. In den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg tritt die Fähigkeit des Menschen zur Entscheidung in den Vordergrund. Das ist das gemeinsame Merkmal der ansonsten so verschiedenen Deutungen des Krieges bei Jean Jaurès, Siegfried Brase und in den wichtigsten Bänden der Memoiren Emile Olliviers. Ob diese Beobachtung mit Erkenntnissen der von August Nitschke und Walter Falk initiierten „Neuen Epochenforschung“ übereinstimmt<sup>130</sup>, bleibt zu prüfen.

<sup>129</sup> *Werner*, 18 ff. Vgl. auch: *Karl Ferdinand Werner*, Fürst und Hof im 19. Jahrhundert: Abgang oder Spätblüte?, in: *ders.* (Hrsg.), Hof, Kultur und Politik im 19. Jahrhundert, Akten des 18. Deutsch-französischen Historikerkolloquiums (Bonn 1985) 1–53.

<sup>130</sup> Vgl. zum Begriff und Konzept der „Neuen Epochenforschung“: *Walter Falk*, Die Entdeckung der potentialgeschichtlichen Ordnung. Zweiter Teil: Die komponentiale Ordnung (Frankfurt/Bern/New York/Nancy 1985). Aktuelle Zusammenfassung des – divergierenden – Forschungsansatzes von *August Nitschke*, Die Gemeinsamkeiten einer Epoche aus der Sicht einer umweltbezogenen Verhaltenstheorie“, in: *Helmut Bernsmeier* (Hrsg.), Der Geschichtslehrer vor neuen Aufgaben (Frankfurt 1986).

*Eberhard Kolb*

## Mächtepolitik und Kriegsrisiko am Vorabend des Krieges von 1870 Anstelle eines Nachworts

Wie die einzelnen Beiträge eindringlich vor Augen führen und wie die Diskussionen während des Kolloquiums selbst deutlich machten, waren es vor allem zwei Komponenten, die den internationalen Beziehungen im Europa der 1860er Jahre ihr signifikantes Gepräge gaben. Zum einen existierte eine ganze Reihe von Konfliktfeldern, und das angehäuften Konfliktpotential erzeugte immer wieder „kriegsträchtige Situationen“<sup>1</sup>. Zum anderen ist es jedoch bemerkenswert, daß es in jenen Jahren trotz der vielfältigen Spannungen und Interessengegensätze nicht zu einer kompakten „Blockbildung“ innerhalb des europäischen Staatensystems gekommen ist. Gewiß gab es einige ausgeprägte Grundtendenzen – die weitgehende Abstinenz der Flügelmächte Großbritannien und Rußland gegenüber den mitteleuropäischen Problemen wäre hier zu nennen sowie die seit 1867 bestehende französisch-preussische Konfrontation –, aber charakteristisch für die Mächtebeziehungen in den 1860er Jahren war doch der rasche Wechsel der Konstellationen. Dadurch eröffneten sich Handlungsspielräume, die die politischen Akteure nutzen konnten – sei es zur Konfliktverschärfung, sei es zur Konfliktdämpfung.

Ausgehend von diesem Befund erscheint es sinnvoll, in Anknüpfung an die Beiträge, aber ohne sie nochmals akzentuierend zusammenzufassen oder den Diskussionsverlauf im einzelnen nachzuzeichnen, hier auf einige Aspekte kurz einzugehen, die für eine Re-Interpretation der Mächtebeziehungen und Mächtekonflikte in den 1860er Jahren von besonderer Bedeutung sind.

Wie nah war in den Jahren vor 1870 ein europäischer Krieg, zumal ein Krieg zwischen dem bonapartistischen Frankreich und der deutschen Führungsmacht Preußen? War dieser Krieg „unausweichlich“, oder konnte er durchaus vermieden werden, wenn und solange keiner der Kontrahenten ihn wirklich auslöste? Die Auffassungen der Historiker gehen in dieser Frage ebenso auseinander wie seinerzeit – bis in die Tage der Julikrise 1870 hinein – die Meinungen, Erwartungen,

<sup>1</sup> Dieser Begriff (in Analogiebildung zu „revolutionäre Situationen“) bei *Dieter Ruloff*, *Wie Kriege beginnen* (München 1985) 10.

Hoffnungen der Zeitgenossen. Die Quellen bieten in der Tat ein höchst widersprüchliches Bild. Es mangelt nicht an Zeugnissen, in der Publizistik wie in der diplomatischen Korrespondenz jener Jahre, in denen die Überzeugung zum Ausdruck kommt, ein kriegerischer Konflikt zwischen Frankreich und dem Norddeutschen Bund werde sich nicht mehr lange vermeiden lassen. Aber diesen Zeugnissen stehen in großer Zahl solche gegenüber, die nicht eine derartige fatalistische Prognose präsentieren. So sind beispielsweise die Bekundungen der Abgeordneten des Norddeutschen Reichstags jüngst auf den Nenner gebracht worden, sie vermittelten den „subjektiven zeitgenössischen Eindruck“ eines Schwankens „zwischen latenter Kriegsfurcht bzw. -hoffnung und der Vermeidung der Gefahr eines unmittelbar bevorstehenden europäischen Zusammenstoßes“<sup>2</sup>. Mit dieser Formulierung dürfte die zeitgenössische Stimmungslage nicht nur diesseits, sondern auch jenseits des Rheins und im übrigen Europa recht zutreffend gekennzeichnet sein.

Hinzu tritt jedoch ein weiterer Sachverhalt, der im allgemeinen zu wenig beachtet wird. Wenn in den diplomatischen Akten der 1860er Jahre auch auf Schritt und Tritt vom Krieg als Möglichkeit, als leicht verfügbarem Instrument, als letztem Ausweg aus einer akuten Krisensituation die Rede ist, so besteht doch eine unübersehbare Diskrepanz zwischen der ständigen Evokation des Krieges und dem weitgehenden Verzicht auf konkrete Überlegungen, wie denn der entscheidende Schritt von der Krise zum Krieg getan werden konnte. Das ist erstaunlich. Im Zeitalter eines sich herausbildenden politischen Massenmarktes ließ sich der Bruch des Friedens nämlich keineswegs so einfach bewerkstelligen, wie anscheinend viele Politiker glaubten (wenn sie es tatsächlich glaubten) und wie manche Historiker annehmen. Bei der faktischen Auslösung eines allgemeinen europäischen Krieges oder eines Krieges zwischen zwei der großen europäischen Nationen war eine hohe Barriere zu überwinden. Dazu bedurfte es nicht nur des entschiedenen Kriegswillens zumindest einer der im Konflikt befindlichen Parteien, sondern der Bruch des Friedens mußte auch in einer stichhaltigen Weise begründet werden können, die sowohl das eigene Volk als auch die übrigen europäischen Nationen zu überzeugen vermochte; durch bloße Manipulation der öffentlichen Meinung war dies nicht zu bewirken. Trotz der gängigen Beschwörung des Krieges als eines universalen und vor allem eines jederzeit und bequem verfügbaren politischen Instruments bestand deshalb auch in den Jahren der sich verschärfenden Konfrontation zwischen Frankreich und dem Norddeutschen Bund wohl doch eine reale Chance, den Frieden zu erhalten.

Der europäischen Konstellation am Vorabend des Krieges von 1870 wird somit eine finale Betrachtungsweise nicht gerecht, die von der Prämisse der schließlichen Unvermeidlichkeit eines kriegerischen Konflikts zwischen Frankreich, das sich in seiner Hegemoniestellung bedroht fühlte, und der im Aufstieg befindlichen deut-

<sup>2</sup> Klaus Erich Pollmann, *Parlamentarismus im Norddeutschen Bund 1867–1870* (Düsseldorf 1985) 236.

sehen Führungsmacht Preußen ausgeht und unter diesem Gesichtspunkt die Quellen selektiert, die Fakten gruppiert und die Zusammenhänge konstruiert. Gegen die Angemessenheit einer solchen Betrachtungsweise spricht nicht zuletzt auch die Tatsache, daß man in den europäischen Kabinetten durchaus um den schlechten Gesundheitszustand Napoleons III. wußte. Angesichts der Struktur des bonapartistischen Systems ließ es sich aber überhaupt nicht absehen, wie sich bei einem Ausscheiden Napoleons III. aus seiner Führungsfunktion die inneren Verhältnisse in Frankreich entwickeln würden, und von dieser Entwicklung wiederum hing es ab, ob sich die Aussichten für die Erhaltung des Friedens in Europa günstiger oder ungünstiger gestalteten. Es war deshalb am Ende des Dezenniums ein situationsadäquates politisches Kalkül, auf Zeitgewinn zu setzen, weil eine allmähliche Entspannung im deutsch-französischen Verhältnis, wenn auch kurzfristig wenig wahrscheinlich, so doch mittelfristig nicht gänzlich außerhalb des Bereichs der Möglichkeiten lag.

Dieser Gesichtspunkt sollte auch bei der Erörterung eines weiteren Problemkomplexes im Auge behalten werden. Wie sich in den Diskussionen des Kolloquiums deutlich herauschälte, ist die Beurteilung der Bismarckschen Süddeutschlandpolitik nach 1866 von ausschlaggebender Bedeutung für die generelle Bewertung der französischen und preußischen „Vorwärts-Strategie“ zwischen 1866 und 1870 und mithin auch für die Sicht der Entstehungsursachen des Krieges von 1870. Die Süddeutschlandpolitik Bismarcks rückte deshalb nicht von ungefähr in den Mittelpunkt des engagierten wissenschaftlichen Diskurses.

Wie ist Bismarcks Politik gegenüber den süddeutschen Staaten in den Jahren 1866 bis 1870 zu qualifizieren – als weitgehend gescheitert, als stagnierend oder als durchaus erfolgreich? Jede dieser Deutungen hat – wie Lothar Gall mit Recht hervorhebt – „weitreichende Konsequenzen für die Interpretation der Bismarckschen Gesamtpolitik und insbesondere für seinen und Preußens Anteil an der Entstehung des Krieges von 1870“<sup>3</sup>. Lange dominierte in der deutschen Historiographie die Deutung, trotz aller Bemühungen Bismarcks um rasche Fortschritte in der deutschen Frage habe die Entwicklung nach 1867 im Zeichen eines zunehmenden Stagnierens des Einigungsprozesses gestanden, und einige Autoren – etwa Josef Becker in verschiedenen Aufsätzen<sup>4</sup> und in seinen Diskussionsbeiträgen beim Kolloquium – verfechten sogar die These, am Vorabend des Krieges von 1870 sei offenkundig gewesen, daß Bismarck mit seiner Süddeutschlandpolitik weitgehend gescheitert war. Demgegenüber gelangt Lothar Gall, unter Berücksichtigung auch der Forschungsergebnisse von Rolf Wilhelm<sup>5</sup> und Klaus Erich Pollmann<sup>6</sup>, zu einer

<sup>3</sup> Siehe oben S. 24.

<sup>4</sup> Insbesondere *Josef Becker*, Zum Problem der Bismarckschen Politik in der spanischen Thronfrage 1870, in: HZ 212 (1971) 529–607.

<sup>5</sup> *Rolf Wilhelm*, Das Verhältnis der süddeutschen Staaten zum Norddeutschen Bund (1867–1870) (Husum 1978).

<sup>6</sup> Siehe Anm. 2.

wesentlich anderen Akzentuierung der Ziele und Ergebnisse von Bismarcks Süddeutschlandpolitik zwischen 1866 und 1870. Er arbeitet heraus, daß in der Einigungsfrage – entgegen landläufiger Ansicht – zwischen Bismarck und den Nationalliberalen keineswegs eine „Partnerschaft mit Divergenzen“ bestanden hat, sondern daß der Lagebeurteilung und der politischen Strategie beider Seiten höchst unterschiedliche, ja gegensätzliche Konzeptionen einer „Lösung“ der deutschen Frage zugrunde lagen.

Bismarcks Süddeutschlandpolitik – so Gall – stand „eindeutig unter dem Primat machtpolitischer Strukturentscheidungen im Innern, wie er sie nach 1866 im Bereich des Norddeutschen Bundes durchgesetzt hatte“<sup>7</sup>. In der Konsequenz dieser Entscheidungen beschränkte die Verfassung des Norddeutschen Bundes die Kompetenzen des Parlaments auf das Budgetrecht und die Mitwirkung bei der Gesetzgebung für Industrie, Handel, Gewerbe, Sozialpolitik und Recht; hingegen blieben die Außen- und Militärpolitik sowie die Besetzung der Regierungämter eine Domäne der monarchischen Gewalt. Diese Machtverteilung zwischen Parlament, Regierung und Krone stand für Bismarck im Fortgang des Einigungsprozesses nicht mehr zur Disposition und war insofern kein „Provisorium“, das möglichst rasch – und womöglich um nahezu jeden Preis – überwunden werden mußte. Deshalb strebte Bismarck in der Süddeutschlandfrage keine kurzfristigen Lösungen an. Er betrieb seine Süddeutschlandpolitik nicht in Gestalt eines Werbens um die Bevölkerung, die Parteien, die parlamentarischen Körperschaften der süddeutschen Staaten, sondern er suchte die süddeutschen Monarchen und ihre Ratgeber zu gewinnen, indem er deutlich machte, daß ein kleindeutscher Staat unter preußischer Führung, was die inneren Machtverhältnisse anbetraf, „kein Instrument der Veränderung, sondern eines der Bewahrung sein werde“<sup>8</sup>. Gleichzeitig vertraute er auf die Wirkungen der dem Norden und Süden gemeinsamen Strukturelemente, insbesondere der institutionellen Klammer des Zollvereins.

Interpretiert man Zielsetzung und Methode der Bismarckschen Süddeutschlandpolitik in dieser Weise, dann läßt sich feststellen, daß auf dem eingeschlagenen Weg bis 1870 bemerkenswerte Erfolge erzielt wurden; dies hat Rolf Wilhelm schlüssig bewiesen. Im Horizont seiner eigenen Zielvorstellungen und Zeitperspektiven hatte Bismarck deshalb keinen Anlaß, im Jahr 1870 seine Süddeutschlandpolitik als gescheitert anzusehen oder ein so gefährliches Stagnieren zu diagnostizieren, daß es für ihn ein verführerischer Gedanke sein mußte, den Teufelskreis mit einer Flucht nach vorn zu durchbrechen.

Anders lagen die Dinge für die Nationalliberalen. Sie setzten gerade darauf, daß die Herstellung einer staatlichen Einheit zwischen dem Norddeutschen Bund und den süddeutschen Staaten die Möglichkeit eröffnen würde, den von ihnen 1866/67 eingegangenen Kompromiß bei der Fixierung der Machtverteilung zwischen Parla-

<sup>7</sup> Siehe oben S. 27

<sup>8</sup> Ebd.

ment und Regierung zu revidieren, und zwar in Richtung einer stärkeren Beschneidung der monarchischen Gewalt. Bei den Nationalliberalen verband sich daher der Wille zu möglichst rascher Verwirklichung der nationalen Ziele mit der Erwartung, daß sie im Zuge der Errichtung eines kleindeutschen Staates auch manche ihrer verfassungspolitischen Absichten würden realisieren können. Aus diesem Grunde waren sie bereit, hohe außenpolitische Risiken einzugehen, sie drängten auf einen Konfrontationskurs gegenüber Frankreich und hofften auf eine Mobilisierung aller Kräfte durch ein massenbewegendes außenpolitisches Ereignis. Gerade an einer solchen Mobilisierung hatte Bismarck aus innenpolitischen Gründen kein Interesse, er erstrebte eine – notfalls langfristige – Lösung auf der Linie der für ihn vorrangigen innen- und machtpolitischen Strukturentscheidungen. Infolgedessen fühlte sich Bismarck in der Deutschlandpolitik nicht unter massivem Zeitdruck.

Die von Gall gebotene Interpretation der deutschlandpolitischen Zielsetzungen und Strategien Bismarcks einerseits, der Nationalliberalen andererseits besitzt nach meiner Auffassung einen außerordentlich hohen Grad von Plausibilität. Aus dieser Deutung ergeben sich wichtige Schlußfolgerungen für die Einschätzung der europäischen Situation am Vorabend des Krieges von 1870. Wenn erwiesen ist, daß Zielvorstellungen, Strategien und Zeitplanungen Bismarcks in bezug auf Süddeutschland keineswegs im wesentlichen identisch waren mit denjenigen der Nationalliberalen, dann erscheint es völlig unzulässig, bei der Bewertung von Stoßrichtung und Perspektiven der Bismarckschen Süddeutschlandpolitik mit dem Maßstab der nationalliberalen Wünsche und Erwartungen zu operieren. Aus dem Drängen der Nationalliberalen nach entschiedeneren deutschlandpolitischen Aktivitäten sowie aus ihrer Enttäuschung über das Ausbleiben spektakulärer Erfolge und nach außen hin deutlich sichtbarer Fortschritte in der Deutschlandpolitik nach 1867 darf man somit keine Rückschlüsse ziehen auf Lagebeurteilung, Absichten und Motivation Bismarcks bei seinem außenpolitischen Agieren im Vorfeld des Krieges von 1870. Dies gilt auch und vor allem für die Untersuchung der Gründe, die Bismarck veranlaßt haben, seit Frühjahr 1870 die spanische Thronkandidatur des Hohenzollernprinzen zu fördern. Wollte Bismarck, indem er sich zur Förderung der von spanischer Seite ins Spiel gebrachten Hohenzollernkandidatur entschloß, die französische Regierung zum Krieg „provizieren“, weil er infolge des angeblichen Scheiterns seiner Süddeutschlandpolitik zunehmend unter einem Zwang zur Flucht nach vorn stand oder zumindest nach seiner subjektiven Lageeinschätzung glaubte, jetzt unter bewußter Inkaufnahme eines hohen Kriegsrisikos zur Offensive gegen Frankreich übergehen zu müssen? Eine solche Behauptung steht – zumal angesichts der eindringlichen Befunde von Gall, Wilhelm und Pollmann – auf schwachen Füßen. Sie bleibt eine bloße Mutmaßung, solange sie nicht durch beweiskräftige Quellenbelege in den Rang einer gesicherten Aussage erhoben werden kann. Derartige Quellenbelege sind bislang jedoch nicht beigebracht worden. Um Bismarcks Manövrieren in der spanischen Thronfrage zurei-

chend zu interpretieren, bedarf es einer sorgfältigen Analyse anhand der Quellen im breiteren Kontext der europäischen Gesamtkonstellation des Jahres 1870<sup>9</sup>.

Die vorstehenden knappen Bemerkungen verfolgen lediglich den Zweck, an einigen Beispielen zu verdeutlichen, daß die in diesem Bande versammelten Beiträge einige wichtige Elemente für die Re-Interpretation der Mächtebeziehungen und Mächtekonflikte im Europa der 1860er Jahre präsentieren und deshalb in vielfältiger Weise dazu anregen können, den gesamten Problembereich neu zu durchdenken. Auch auf dem in jahrzehntelanger Forschung so intensiv durchgepflügten Feld der internationalen Beziehungen im 19. Jahrhundert lassen sich noch Entdeckungen machen, vor allem dann, wenn ein – gegenüber der diplomatiegeschichtlichen Arbeitsweise traditioneller Art – verfeinertes methodisches Instrumentarium eingesetzt wird.

Dazu gehört übrigens auch ein sorgfältig reflektierter Umgang mit jenen Begriffen, die bei der Interpretation von Zielvorstellungen und handlungsleitenden Motiven der politischen Akteure sowie bei der Charakterisierung von internationalen Konstellationen verwendet werden. Bezeichnet man beispielsweise die Förderung der Hohenzollernkandidatur durch Bismarck als eine Aktion, durch die Bismarck die französische Regierung zum Krieg „provizieren“ wollte, so impliziert der Begriff der Provokation schon eine bestimmte Sicht der Zusammenhänge, obwohl eine derartige Feststellung bestenfalls im Ergebnis einer subtilen Analyse getroffen werden kann, nicht jedoch den Ausgangspunkt der Interpretation bilden darf. Ähnliches gilt für Begriffe wie „Defensive“ und „Offensive“, die gern, aber häufig recht unreflektiert gebraucht werden – ohne klare Präzisierung nämlich, ob hier der Historiker sein Urteil abgibt oder ob diese Begriffe auf die Ebene der Perception bezogen sind, auf die Einschätzung der Situation durch die Akteure selbst und die in der Konsequenz dieser subjektiven Lageeinschätzung gewählte politische Strategie. Gerade der Historiker der internationalen Beziehungen sollte sich immer bewußt sein, daß mit dem von ihm benutzten Begriffsvokabular – ob er es will oder nicht – bereits wesentliche Interpretationsvorgaben verbunden sind.

Der Ertrag eines Kolloquiums läßt sich gewiß nicht in wenigen Sätzen bündeln. Will man dennoch den Versuch machen, so etwas wie eine Summe zu ziehen, dann wäre wohl vor allem darauf abzuheben, daß bei der Untersuchung der zwischenstaatlichen Beziehungen und Konfliktlagen am Vorabend des Krieges von 1870 die Frage nach den Entwicklungsalternativen und der prinzipiellen Offenheit der Situation nicht außer acht gelassen werden darf und daß die Zielgerichtetheit

<sup>9</sup> Diese Analyse kann hier nicht geleistet werden. Wichtige neue Aufschlüsse zur spanischen Thronfrage bietet der Beitrag von Hans-Otto Kleinmann in diesem Band. Meine eigene Einschätzung von Bismarcks politischem Kalkül bei der Förderung der Hohenzollernkandidatur habe ich in meiner Studie „Der Kriegausbruch 1870“ (Göttingen 1970) ausführlich dargelegt und begründet. In allen wesentlichen Punkten halte ich – bei voller Würdigung der neueren Forschungs- und Diskussionsbeiträge zur Frage der Hohenzollernkandidatur – an der dort vorgelegten Interpretation fest.

und Planmäßigkeit des außenpolitischen Verhaltens von Staaten und Regierungen – generell, aber gerade auch für diesen Zeitraum – nicht überschätzt werden sollte. Wie Graf Kielmansegg mit vollem Recht betont (und wie die in diesem Band enthaltenen Beiträge zur Genüge belegen), war das internationale System jener Jahre kein stark polarisiertes System, „es war nicht geprägt durch einen dominierenden Konflikt, der den Frontverlauf bestimmte und alle anderen Konflikte gleichsam in sich eingliederte. Probleme und Interessen waren eher diffus gelagert. Eine solche Konstellation erleichtert die Eingrenzung von Konflikten. Sie relativiert die Bedeutung eines jeden einzelnen Konfliktes.“<sup>10</sup>

Diese Feststellung gilt nach meiner Überzeugung auch für den Konflikt, der sich nach 1866 zwischen dem bonapartistischen Frankreich und der deutschen Führungsmacht Preußen entwickelte, der sich aber vor dem Juli 1870 nicht zu einer *permanent* „kriegsträchtigen Situation“ zuspitzte. Angesichts der spezifischen Ausformung des internationalen Systems in den 1860er Jahren ist es deshalb durchaus vorstellbar, daß sich Veränderungen im Mächteverhältnis und selbst in der Rangordnung der Mächte nach 1866 in einem allmählichen Prozeß vollziehen konnten. Zwar hing über der europäischen Szene der späten 1860er Jahre das Damoklesschwert des Krieges, zumal eines nationalen Krieges zwischen Frankreich und den deutschen Staaten. Aber unausweichlich war dieser Krieg zum damaligen Zeitpunkt nicht.

<sup>10</sup> Siehe oben S. 121.

# Personenregister

Die Register wurden von Christiane Kling-Mathey und Christine Lattek erstellt

- About, Edmont 38  
Albert, Prinz von Sachsen-Coburg 104  
Albrecht, Erzherzog von Österreich 13 f.,  
55  
Alexander II., Zar von Rußland 59, 65, 67,  
72, 74–76  
Allison, Graham T. 121–123  
Amadeo von Savoyen, Herzog von Aosta  
128 f., 145 f., 149  
Amiel, Henri Frédéric 116  
Andler, Charles 187  
Andrássy, Julius Graf von 8, 12  
André, Baron 42  
Antoine d'Orléans, Herzog von  
Montpensier 128, 144  
Augusta, Königin von Preußen 98
- Bagehot, Walter 77  
Banning, Emile 173  
Barbolani 128, 139  
Bark, Peter 166–168  
Baumgarten, Hermann 29, 177  
Bebel, August 178, 189, 191, 193  
Becker, Josef 24, 30, 146, 205  
Becker, Otto 23  
Benedetti, Vincent Graf 49, 107, 111 f., 153,  
163, 174  
Bergson, Henri 184  
Bernhardi, Friedrich von 198  
Bernhardi, Theodor von 138  
Bernstorff, Albrecht Graf von 108  
Beust, Friedrich Ferdinand Graf von 5,  
7–13, 15 f., 51 f., 55, 59 f., 93, 95, 137  
Beyens, Eugène Baron 104, 156, 158, 162,  
171  
Bismarck, Otto von VIII, 1, 3–5, 16, 18, 21,  
23–32, 37 f., 40, 42–44, 46–54, 58 f., 62,  
72, 74–76, 88, 91, 95–101, 106–108, 110,  
112, 115, 117 f., 120–122, 126–129,  
134–141, 147–149, 151 f., 163, 165, 172,  
174, 178, 180–199, 205–208
- Bonghi, Ruggiero 101  
Brandenburg, Erich 140  
Brase, Siegfried 196, 198, 200 f.  
Bright, John 165  
Bruck, Karl Ludwig Freiherr von 3, 38  
Brussilov, A. A. 162, 170  
Buchanan, Sir George 152, 159  
Burckhardt, Jacob 114 f., 117
- Cadorna, Raffaele Graf 98  
Caprivi, Leo Graf von 190, 192
- Don Carlos (VII.) von Spanien 144  
Carr, Raymond 133  
Carroll, Malcolm 154  
Case, Lynn M. 154  
Castelnau (General) 48  
Castlereagh, Robert Stewart Viscount 90  
Cavour, Camillo Graf von 93 f., 100, 106  
Cecil, Lord Robert (Marquess of Salisbury)  
77 f., 83, 85  
Chuquet, Arthur 186, 199  
Cialdini, Enrico 128  
Clarendon, George W. F. Villiers, Earl 48 f.,  
52, 86, 104, 106  
Cobden, Richard 84 f., 87  
Crispi, Francesco 101
- Daru, Napoléon Graf 11, 52  
Delbrück, Hans 140, 194  
Denis, Ernest 187 f.  
Derby, Edward, Earl (Lord Stanley) 77,  
88–90  
Devaux, Jules 162  
Dilke, Charles 88  
Dimitrieff, Radko 160  
Disraeli, Benjamin (Lord Beaconsfield) VII,  
82 f., 88 f.  
Dittrich, Jochen 36 f.  
Drouyn de Lhuys, Edouard 41 f., 45, 54, 61  
Dubs, Jakob 115

- Dupanloup, Félix 117  
 Dupont-White, Charles Brook 173  
 Duroselle, Jean-Baptiste 36f.
- Eckardt, Julius von 29  
 Engel-Janosi, Friedrich 7, 9  
 Engels, Friedrich 133  
 Espartero, Baldomero 144  
 Eugénie, Kaiserin der Franzosen 57, 151,  
 157, 163  
 Eyck, Erich 36
- Falk, Walter 199, 201  
 Favre, Jules 54, 153  
 Ferdinand von Portugal 128, 145, 147  
 Fester, Richard 145  
 Fischer, Fritz 24, 172  
 Fleury, Emile Félix Graf 11, 56  
 Forster, William E. 86  
 Frahm, Walter 145  
 Franz Joseph, Kaiser von Österreich-  
 Ungarn 3, 5, 9, 13f., 16, 20, 56  
 Freytag, Gustav 29  
 Frič, Josef Václav 18f.  
 Friedrich II., König von Preußen 120
- Gall, Lothar 205, 207  
 Garibaldi, Giuseppe 44, 94, 98–100  
 Girardin, Emile de 49  
 Gladstone, William Ewart 83f., 88–91, 165  
 Goremykin, Iwan Logginowitsch 167  
 Gortschakow, Prinz Alexander  
 Michailowitsch 45, 48, 53, 66, 73  
 Gramont, Antoine Alfred Agénor, Herzog  
 von 11, 15, 46, 53–59, 63, 152f., 155,  
 162–165, 171, 174, 185  
 Granville, Lord George 91, 170
- Halévy, Ludovic 156  
 Hammer, Bernhard 115  
 Hanotaux, Gabriel 129, 187  
 Hildebrand, Klaus 87  
 Hitler, Adolf 120  
 Hohenwart, Karl Graf von 21  
 Huber, Ernst Rudolf 4  
 Huber, Max 103  
 Huxley, Thomas 173
- Ignatjew, Nikolai Petrowitsch Graf 73f.  
 Isabella II., Königin von Spanien 53, 130,  
 133f., 137, 143f.
- Jarras, L. 13  
 Jaurès, Jean 159, 188, 201  
 Jörg, Joseph Edmund 189  
 Jolly, Julius 26
- Karl von Hohenzollern-Sigmaringen 48  
 Katkov, Michail Nikiforowitsch 67  
 Kennedy, Paul 87  
 Kerenski, Aleksandr Fjodorowitsch 170  
 Kielmansegg, Peter Graf 209  
 Kletečka, Thomas 12  
 Klindworth, Georg 144, 171  
 Kolb, Eberhard 36f.
- Lachat (Bischof von Basel) 117  
 La Marmora, Alfonso 95  
 Lambermont, Auguste 107  
 Langlé-Aylic 54  
 Lanza, Giovanni 93f., 96–98  
 Larminat, Marie de 157  
 Lasker, Eduard 27, 29–31  
 La Tour d'Auvergne, Henri Prince de 11  
 Launay, Michel de 96f.  
 La Valette, Charles Marquis de 11, 42f., 61,  
 161  
 Laveleye, Emile de 173  
 Leboeuf, Edmond 57, 185  
 Lebrun, Barthélemy 13f., 55f.  
 Legrelle, Arsène 182f.  
 Lehautcourt, Pierre (Général Palat) 186  
 Lenz, Max 178, 195f.  
 Leo XIII. 101  
 Léonardon, Henri 130  
 Leopold II., König von Belgien 158, 162,  
 173  
 Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen  
 53, 62, 138, 140, 145–147, 149, 155,  
 157f., 172f., 207  
 Liebknecht, Wilhelm 178, 189, 191, 193  
 Louis Philippe, König von Frankreich 109  
 Ludwig XIV., König von Frankreich 183  
 Lumley, J. Saville 111  
 Lutz, Heinrich 17, 25  
 Lyons, Lord Richard 152, 156, 165, 170f.,  
 174
- Mac Mahon, Patrice Maurice Comte de 59  
 Malmesbury, Harris James Howard Earl  
 105  
 Marcks, Erich 178, 194–196, 198  
 Maria Christina von Spanien 144

- Marx, Karl 79, 136, 189  
 Mathy, Karl 26  
 Matter, Paul 187  
 Mazzini, Giuseppe 94, 98 f.  
 Meding, Oskar 46, 54  
 Meinecke, Friedrich 196  
 Menabrea, Luigi Federico Graf 93–95  
 Mercier, Auguste 148  
 Metternich, Klemens Wenzel Lothar Fürst von 2  
 Metternich, Richard Fürst von 7, 11, 156, 158, 163, 171  
 Meyer, Conrad Ferdinand 117  
 Michelet, Jules 153  
 Minghetti, Marco 100  
 Mittnacht, Hermann von 28  
 Moltke, Helmuth Graf von 105, 192  
 Mommsen, Theodor 4  
 Mony (Abgeordneter) 56  
 Morier, Sir Robert 87  
 Moustier, Lionel Marquis de 11, 45 f., 48
- Napoleon I., Kaiser der Franzosen 35, 104, 116  
 Napoleon, Jérôme Prince de 42, 47  
 Napoleon III., Kaiser der Franzosen 5, 7–11, 13 f., 33–47, 49–51, 53–57, 59–63, 71, 81, 87, 90, 93–99, 101, 104, 106 f., 109–111, 116, 127–129, 132 f., 135, 137–139, 142–149, 151, 153 f., 157–159, 161–165, 171, 183, 185–190, 205
- Niel, Adolphe 50, 110  
 Nigra, Constantino Conte 157 f.  
 Nikolaus I., Zar von Rußland 66, 74  
 Nikolaus II., Zar von Rußland 151 f., 166, 168–170, 172  
 Nitschke, August 201
- O'Donnell, Leopold 132  
 Ollivier, Emile 11, 50–53, 59–61, 152, 155–157, 163–165, 171 f., 181–184, 188, 193, 197, 200 f.  
 Oncken, Hermann 7, 36
- Paléologue, Maurice 158 f.  
 Palmerston, Lord Henry John 77–79, 81 f., 85, 88 f., 104, 109, 132  
 Peel, General Jonathan 84, 86  
 Persigny, Jean Gilbert 41  
 Pichon, Stephen 180  
 Picht, Robert 200
- Pirala, Antonio 140  
 Pius IX., 6, 10, 94, 98–100  
 Plener, Ignaz 20 f.  
 Poidevin, Raymond 37  
 Pollmann, Klaus Erich 205, 207  
 Porter, Bernard 87  
 Potocki, Alfred Graf von 12  
 Potthoff, Heinrich 7  
 Prévost-Paradol, Lucien Anatole 57  
 Prim, Juan 128 f., 135, 140, 142, 144, 147–149
- Rancés y Villanueva, Manuel 146  
 Ranke, Leopold von 177, 198  
 Rascón, Juan Antonio 140  
 Rattazzi, Urbano 93 f.  
 Rechberg-Rothenlöwen, Johann Bernhard Graf von 39  
 Renouvin, Pierre 154  
 Ricasoli, Bettino Baron 93  
 Ritter, Gerhard 36  
 Roon, Albrecht Graf von 88, 191 f.  
 Rothan, Gustave 38, 40, 56  
 Rouher, Eugène 10 f., 42, 44, 46 f., 61  
 Russell, Lord John 82, 88
- Sagasta, Práxedes 140–142  
 Saldanha, João d'Oliveira Daun, Duc de 148  
 Salisbury, Lord → Cecil, Robert  
 Sand, George 161  
 Sandiford, Keith 87  
 Sazonov, Sergej Dimitrijewitsch 152 f., 158, 166–168, 170  
 Schieder, Theodor 197 f.  
 Schmitt, Bernadotte E. 154  
 Schwarzenberg, Felix Fürst zu 3, 38  
 Scott, J. F. 154  
 Segesser, Philipp Anton von 116 f.  
 Sella, Quintino 96, 100  
 Silvela, Manuel 138, 140  
 Solms-Sonnenwalde, Eberhard Graf zu 48  
 Sorel, Albert 176, 185 f.  
 Stubenrauch, Karl von 54  
 Stürmer, Michael 54  
 Sybel, Heinrich von 25, 140, 178, 181, 190, 194, 196, 198
- Taine, Hippolyte 182  
 Talleyrand-Périgord, Charles Angélique Graf 45

- Tapié, Victor-Lucien 7, 10  
 Taube, Baron M. 161  
 Thiers, Adolphe 41, 155, 179, 183  
 Thurn und Taxis, Fürst R. 18  
 Tocqueville, Alexis 123  
 Treitschke, Heinrich von 29, 114, 178  
  
 Umberto I., König von Italien 145, 147  
  
 Visconti-Venosta, Emilio Marchese 96–98,  
 100  
 Versen, Max von 140  
 Viktor Emanuel II., König von Italien 6,  
 9 f., 94, 96 f., 100, 145, 147  
 Viktoria, Königin von England 86, 88 f., 91,  
 158, 173  
 Vimercati, Ottoviano Conte 97, 157 f.
- Weber, Max 4, 170 f.  
 Welschinger, Henri 184, 187  
 Wenzel, Marleen 36  
 Werner, Karl Ferdinand 199, 201  
 Werther, Karl Freiherr von 163, 171  
 Werthern, Georg Freiherr von 31  
 Weyer, Sylvain van de 106  
 Wilhelm, Rolf 23, 205–207  
 Wilhelm I., König von Preußen 151 f., 163,  
 165, 171, 174, 189 f., 192, 194  
  
 Zanetti, Armando 161

# Geographisches Register

Der Begriff „Deutschland“ wurde nicht in das Geographische Register aufgenommen

- Aachen 105  
Ägypten 81, 91  
Algerien 43  
Antwerpen 107  
Auxerre 106
- Baden 26 f., 29, 31, 113  
Balkan IX, 16, 34 f., 44 f., 47, 52 f., 68–75,  
93, 114, 159, 166  
Bayern 13, 15, 28 f., 42, 113, 135  
Belgien IX, 8, 18, 43 f., 46, 50, 82, 86, 90 f.,  
103–112, 114, 173, 191  
Berlin 105, 115 (Berliner Regierung s.  
Preußen)  
Böhmen 12 f., 17–22  
Bosporus 68 f., 71, 73 f., 81 f.  
Bulgarien 160
- Chalons 105  
Chile 132  
China 69  
Cisleithanien 5, 12, 19, 21  
Cochin-China 131 f.
- Dänemark 44 f., 58 f., 63, 84, 87, 189; siehe  
auch Schleswig-Holstein  
Dardanellen siehe Bosporus  
Deutscher Bund 2–4, 17 f., 27, 31, 38, 40,  
43, 63, 74  
Deutsches Reich X, 1, 4, 15 f., 20–22, 25,  
32, 64, 76, 89, 99–101, 110, 117–119, 125,  
178, 189 f.
- Elsaß-Lothringen 75, 97, 100, 113, 115,  
179, 190  
England siehe Großbritannien
- Flandern 106  
Frankreich VII–X, 1 f., 5–15, 19 f., 23, 25,  
29, 31, 33–63, 65, 67, 70–72, 74–76, 81,  
83 f., 90 f., 93–97, 99 f., 104–113, 115–117,  
119–121, 123, 126–143, 145–149,  
151–153, 155–157, 159, 161–165,  
169–201, 203–205, 207–209
- Gibraltar-Frage 145  
Galizien 11, 20, 22  
Großbritannien IX, 15, 34 f., 38 f., 44, 49,  
51, 60, 62, 65, 67, 69–71, 73, 76–91,  
105–108, 110–112, 121, 130–132, 134,  
139–142, 145–147, 151, 165, 173 f., 203
- Hannover 42, 45 f., 50, 54, 57 f., 61  
Hennegau 106  
Holland siehe Niederlande
- Indien 79, 81, 84, 86  
Irland 86, 89  
Italien IX, 3, 6–10, 12 f., 15, 35, 38–42, 49 f.,  
57 f., 63, 93–101, 113, 116, 127 f., 134 f.,  
137, 139, 141, 145 f., 148, 161, 191  
italienischer Krieg 105 f.
- Karibik 132  
Kazan 168  
Kiew 168  
Kirchenstaat siehe Vatikan  
Königgrätz 2, 4, 20, 42, 72, 90, 110, 155  
Konstantinopel 71, 82  
Krim, Krimkrieg 3, 8, 34 f., 37 f., 48, 65 f.,  
69, 74, 76, 126, 130, 132  
Kuba 121 f., 133, 143
- Leipzig 13  
Limburg 109  
London 107 f., 128, 134  
Lüttich 109  
Luxemburg IX, 5, 23, 44–46, 51, 107–110,  
134, 191
- Maas 109  
Madrid 129

- Mannheim 28  
 Marokko 131, 135  
 Marseille 161  
 Metz 112, 190  
 Mexiko 34, 43f., 121, 131–133  
 Moskau 160f., 168  
 Mühlhausen 115  
  
 Neapel 137  
 Niederlande 45, 114, 135, 191  
 Nizza 6, 106, 111, 115  
 Nohant 161f.  
 Norddeutscher Bund, Norddeutschland  
     VIII, 23–25, 27–30, 37, 43, 52f., 71f.,  
     107f., 110, 148, 204, 206f.  
 Nürnberg 13  
  
 Odessa 160f., 168  
 Österreich-Ungarn IX, 1–22, 25, 37–51,  
     55–60, 62f., 68, 70–76, 89f., 93, 95f., 100,  
     106f., 113, 119, 121, 126–128, 134f., 137,  
     139f., 142, 147, 152, 155f., 159f.,  
     166–168, 172, 189  
 Osmanisches Reich 39, 47f., 60, 62, 69–72  
  
 Paris 20, 109, 117, 130, 138, 156, 161f.,  
     164f., 170  
 Persien 69, 81  
 Peru 132  
 Petersburg IX, 135, 159–162, 168, 170  
 Polen 12, 20–22, 35, 37, 39, 44, 59, 71  
 Pontus IX, 68–70, 73, 75, 82, 86, 168  
 Posen 22  
 Portugal 114, 128, 135, 138f., 145f.  
 Prag 12, 19, 27, 44f., 48, 52, 61  
 Preußen VIII f., 1–11, 13–15, 17–21, 23f.,  
     26–28, 36–39, 41–51, 53–63, 67, 71–73,  
     75f., 84, 88–90, 93, 95–97, 99f., 105–112,  
     115, 119–123, 126–130, 134–141,  
     144–149, 152, 155–157, 163–165,  
     171–174, 181f., 184–187, 189, 192,  
     203–206, 209  
 Puerto Rico 133  
  
 Rhein, Rheingrenze 7, 13, 36, 39f., 42–44,  
     46, 48f., 58, 75, 90, 204  
 Rom, Römische Frage IX, 9f., 41, 44, 93f.,  
     96–100, 131, 134, 137, 143  
     siehe auch Vatikan/Kirchenstaat  
 Rumänien 12, 48, 60, 71  
 Rußland IX, 2, 7f., 10–12, 14f., 19f., 22, 34,  
     38, 43–45, 47–49, 51–53, 59f., 62f.,  
     65–76, 78–82, 89f., 97, 119, 121, 134,  
     139, 151–154, 158–162, 166f., 169–172,  
     203  
  
 Saar 13  
 Sachsen 29, 42  
 Sadowa siehe Königgrätz  
 Saint-Cloud 163  
 St. Omer 105  
 Santo Domingo 132  
 Sardinien 135  
 Savoyen 106, 111, 114  
 Schleswig-Holstein 3, 29, 44f., 53, 59, 61,  
     82, 87, 89  
 Schweden 135  
 Schweiz 6, 18, 56, 113–118, 191  
 Sedan 15, 99, 116, 151, 153  
 Serbien 12, 152, 159f., 166–170, 172  
 Spanien IX f., 24, 31, 35, 37, 39f., 48f., 53f.,  
     57f., 96, 113, 125–149, 152, 184, 191,  
     194, 207  
 Stettin 13  
 Straßburg 112, 183, 190  
 Stuttgart 13  
 Süddeutschland, Süddeutsche Staaten VIII,  
     5, 13–15, 18, 23–32, 37, 43, 46, 48f., 52f.,  
     56, 58, 61, 63, 113, 183, 205–207  
 Südosteuropa 2, 70–74  
     siehe auch Balkan  
  
 Tessin 6, 116  
 Trient 6  
 Türkei siehe Osmanisches Reich  
 Tunis 6  
  
 Ungarn 4f., 10, 12, 16f., 20–22, 71, 73  
     siehe auch Österreich-Ungarn  
 USA 34f., 43f., 63, 80, 86, 91, 132–134  
  
 Vatikan 9, 41, 44, 93f., 96–98, 100, 127  
 Venetien 39f., 42, 74, 93, 95, 115  
 Versailles 190  
 Vorarlberg 115  
  
 Wales 106  
 Westindien 135  
 Württemberg 15, 28, 30, 42, 113  
  
 Zürich 117